

Heinz Albers-Schönberg

DIE SCHWEIZ
UND DIE JÜDISCHEN
FLÜCHTLINGE
1933 – 1945

Eine unabhängige Studie

Th. Gut Verlag

Im Zentrum der Debatte über das Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges steht die Flüchtlingspolitik. Der Autor stellt die wesentlichsten Fakten der schweizerischen Aufnahmepolitik gegenüber jüdischen Flüchtlingen übersichtlich zusammen und versucht das Verhalten und die Entscheide der Behörden zu erklären und zu werten. Der Verfasser ist der Auffassung, dass die Politik der Schweiz nur gedeutet werden kann, wenn die internationale Flüchtlingspolitik und das politisch-militärische Umfeld der Schweiz in die Beurteilung miteinbezogen werden; er stellt die schweizerische Flüchtlingspolitik deshalb in den Rahmen einer Skizze der seit 1933 und im Verlauf des Zweiten Weltkrieges sich wandelnden politischen und militärischen Situation unseres Landes. Die schweizerische Flüchtlingspolitik hat gravierende Fehler gemacht, diese werden anerkannt und nicht beschönigt, andererseits ist die Aufnahme von etwa 30'000 jüdischen Flüchtlingen eine positive Leistung: Es ist nicht alles weiss, aber auch nicht alles schwarz. Der Verfasser hat die Meinung, dass der Flüchtlingsbericht der Kommission Bergier ergänzt und überarbeitet werden sollte.

Die Vorlage zum neuen Hardturm-Fussballstadion in Zürich mit zwei 137 m hohen Wohntürmen wurde im November 2018 von den Städtzürchern mit 53,8% angenommen. Das „Ensemble“ genannte Bauwerk entsteht auf einem Grundstück, das teils der Familie des Autors gehört, vgl. dazu etwa <https://www.woz.ch/-21de> und <https://m.20min.ch/schweiz/zuerich/story/19706282>



© 2000, Th. Gut Verlag, 8712 Stäfa
Druck: Schulthess Druck AG, 8034 Zürich
ISBN 3-85717-134-0

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

**«Müssen wir grausam sein in der Gegenwart,
um einer unsicheren Zukunftsgefahr willen,
so quasi auf Vorrat hin grausam?»**

**In respektvollem Gedenken
an den Mann
des weisen und pragmatischen,
aber ungehörten Zwischenrufes**

**Nationalrat
Dr. Albert Oeri
1875-1950**

**Die oft beschworene Pflicht zur Erinnerung genügt
nicht,
sie muss verbunden sein mit dem
Versuch zur historischen Erklärung**

Fritz Stern

FRITZ STERN, Das feine Schweigen, Vorwort

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	13
2.	Die Struktur und Methode der vorliegenden Studie	17
	Vorspann	25
3.	Der Ausgangspunkt: Die deutschen Judenverfolgungen – das Verbrechen des 20. Jahrhunderts	25
	Die Flüchtlingspolitik der Schweiz	33
4.	Die Fakten	33
4.1	Grundlagen	35
4.2	Vom Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland im Januar 1933 bis zur Annexion Österreichs im März 1938	36
4.3	Vom März 1938 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und bis zum Beginn der Deportationen in Frankreich (bis zum 30. Juni 1942)	39
4.4	Vom 1. Juli 1942 bis zum Sturz des Faschismus in Italien (bis zum 30. Juli 1943)	59
4.5	Vom Sturz des Faschismus Ende Juli 1943 bis zur Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944	72
4.6	Die Befreiung Westeuropas; von der Landung der Alliierten in der Normandie bis zum 8. Mai 1945	78

4.7	Zusammenfassende Statistik der Aufnahmen und der Rückweisungen für die ganze Dauer des Krieges	83
5.	Die schweizerische Flüchtlingspolitik – Ein Versuch der Erklärung	87
5.1	Die erste Wurzel: Die Überfremdungsangst in der Schweiz	88
5.2	Die zweite Wurzel: Der Antisemitismus in der Schweiz	93
5.3	Die dritte Wurzel: Rothmunds Fremdenpolitik	94
5.4	Die vierte Wurzel: Die Führungsverantwortung des Bundesrates	106
5.5	Warum hat der Bundesrat nicht gehandelt?	121
5.6	Die Aufgabenfülle des Bundesrates	128
5.7	Bonjours These vom «Versagen und der Mitschuld der ganzen damaligen Generation»	131
5.8	Finanzielle Massnahmen gegenüber Flüchtlingen	133
5.9	Eine Bemerkung zum Bergier-Bericht	134
6.	Unmögliche und notwendige Relativierungen	135
6.1	Ingress	135
6.2	Einzelschicksale sind nicht relativierbar	135
6.3	Die Hilfsbereitschaft des Westens vor dem Zweiten Weltkrieg im Vergleich	137
6.3.1	Ein Fehlschlag: Die Konferenz von Evian	137
6.3.2	Eine Zusammenstellung von Zahlen	140
6.3.3	Skizze einer vergleichenden Wertung	146
6.3.3.1	Grossbritannien	146
6.3.3.2	Vereinigte Staaten von Amerika	159
6.3.3.3	Frankreich	166

6.3.3.4	Holland und Belgien	169
6.3.4	Zusammenfassung	170
6.4	Die Situation während des Krieges	173
6.4.1	Der östliche Fluchtweg	175
6.4.2	Der westliche Fluchtweg	180
6.4.3	Der nördliche Fluchtweg	189
6.4.4	Grossbritannien	194
6.4.5	Zusammenfassung	196
7.	Gedanken und Schlussfolgerungen	198
8.	Noch eine Bemerkung zum Bergier-Bericht	203
9.	Ein persönliches Nachwort	206
	Anhang: Was ist und woher kommt der moderne Antisemitismus?	209
A. 1	Antisemitismus in Deutschland	209
A.2	Antisemitismus in den Vereinigten Staaten von Amerika	221
A.3	Antisemitismus in England	229
A.4	Antisemitismus in Frankreich	236
A.5	Antisemitismus in der Schweiz	239
A.6	Antisemitismus – das Resumee	245
	Dank	247
	Literatur	249
	Curriculum des Verfassers	255

1. Vorwort

Jeder, der diese Studie zur Hand nimmt, wird fragen: Wozu dieses Buch? Hat nicht der Flüchtlingsbericht der Kommission Bergier alles zusammengefasst, alles das, was wir schon wissen, und vielleicht noch etwas mehr? Überhaupt: Wissen wir nicht alles schon? Ist nicht bereits übergenug publiziert worden? Ich begründe die Existenzberechtigung der hier vorgelegten Studie wie folgt:

Erstens wissen wir zwar alle viel, viele wissen sehr vieles; aber es ist schwierig, einen nicht allzu langen Text zu finden, in welchem das Wesentliche, und nur das Wesentliche, zusammengetragen ist. Und es wird wissenschaftlich viel gearbeitet; es liegt aber in der Natur wissenschaftlicher Arbeit, dass meistens nur ein einzelner Aspekt eines grösseren Themas genau untersucht wird; das von den Forschern publizierte Ergebnis ihrer genauen Arbeit ist dann ein Teilergebnis und dient vornehmlich dem wissenschaftlich arbeitenden Kollegen der gleichen Disziplin; es dient, im Falle der Geschichtsschreibung, selten den informationsbedürftigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Diese suchen Überblick, Fakten, die kurz und knapp und so weit wie möglich sine ira et studio, ohne Zorn und Eifer, zusammenhängend und sachlich dargestellt sind. Zum Thema der schweizerischen Politik im Zweiten Weltkrieg wird wenig in diesem Sinne dargestellt: Man findet viel Genaueres über Teilaspekte, und viel oft Ungenaueres oder mit vorgefassten Meinungen formuliertes über das Ganze. Ich habe die hier vorgelegte Arbeit unternommen, weil ich vor deren Beginn, im Sommer 1999, nur ungefähr wusste, welche Flüchtlingspolitik die Schweiz während des Zweiten

Weltkrieges verfolgt hat; das wollte ich aber genauer wissen, ich wollte für mich selbst einen Überblick gewinnen; ich suchte deshalb nach vorhandenem und publiziertem Wissen über die Fakten. Als der Bergier-Bericht dann im Dezember 1999 vorlag, stellte ich fest, dass der Bericht zwar eine Fülle von nützlichen Informationen enthält, dass er aber die Fragen, die mir und wahrscheinlich vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern die wichtigsten zu sein scheinen, offen lässt, die «Frage nach dem Warum», die Frage nach der Verantwortlichkeit, und die Frage, ob und wie die Schweiz anders hätte handeln können.

Zweitens sind wir alle – bis hinauf in die hohe und höchste Politik – im Verlaufe der letzten Jahre mehrmals damit konfrontiert worden, dass «die Schweiz» wegen ihres Verhaltens im Zweiten Weltkrieg angegriffen wurde, und dass der Bürger und die ihn repräsentierende offizielle Schweiz den Angriffen wegen fehlenden Wissens über die Fakten hilflos ausgeliefert waren; die Schweiz wurde zudem konfrontiert mit Attacken, die oft ihrerseits nur auf Halbwissen abgestützt waren. Ich fürchtete, dass sich dies im Bereich der Flüchtlingspolitik wiederholen würde; ich wollte das Wesentliche wissen, um nicht hilflos zu sein. Ich habe oben gesagt, dass ich vor Beginn meiner Arbeit über die Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg herzlich wenig Genaues gewusst habe; heute weiss ich gewiss bei weitem nicht alles, aber doch sehr viel mehr als nur «herzlich wenig»; die Arbeit hat sich, so scheint es mir, gelohnt: Ich sehe Angriffen auf die Schweiz wegen des Verhaltens in der Flüchtlingsfrage gelassen entgegen, weil ich eine Meinung habe. Hätte ich keine solche, dann könnte ich mich gegebenenfalls nur einer der beiden Gruppen

anschiessen, von denen man genau weiss, dass sie existieren: Der einen Gruppe, die sagt, die Schweiz habe damals etwa 300'000 Flüchtlinge jeder Art aufgenommen, sie habe mehr getan als alle anderen Nationen, jede Kritik sei unberechtigt; oder der anderen Gruppe, die sagt, die Schweiz habe damals viele tausend jüdische Flüchtlinge weggewiesen, sie sei somit an deren Ermordung durch die Deutschen schuldig. Beide Gruppen halten je aus ihrer Sicht das Thema für erledigt. Der Teufel steckt im Detail; er will, dass beide Positionen, von sehr ferne her betrachtet, vertreten werden könnten, dass man aber, wenn man etwas näher hinsieht, feststellen muss, dass so einfache Stellungsbezüge der sehr komplexen Sachlage nicht gerecht werden. Alles ist komplizierter, als die Ankläger und Verteidiger simplifizierend vorgeben.

Drittens: Man darf nicht nur Fakten Zusammentragen und dann urteilen, man muss auch die Frage stellen «Warum?». Ich fühle mich in dieser Auffassung bestätigt durch das Wort des jüdischen deutsch-amerikanischen Historikers Fritz Stern, welches ich dieser Studie vorangestellt habe¹: «Die oft beschworene Pflicht zur Erinnerung genügt nicht, sie muss verbunden sein mit dem Versuch zur historischen Erklärung». Der deutsche Aussenminister Joseph (Joschka) Fischer soll einmal gesagt haben: «Wer keine Ahnung hat, hat auch keine Meinung». Zur Wissens- und zur Meinungsbildung gehört die Frage «Warum», der Versuch der historischen Erklärung, d.h. der Versuch zu erklären, warum damals so und nicht anders gehandelt worden ist.

¹ FRITZ STERN, «Das feine Schweigen, Historische Essays», C. H. Beck, München, 1999, Vorwort, pg. 10. Fritz Stern ist Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1999

Ich bin nicht Historiker, die vorliegende Arbeit ist nicht die Studie eines Historikers; sie ist vielmehr die Studie und das Fragen eines neugierigen Naturwissenschaftlers und Staatsbürgers. In dem mir vertrauten Teilbereich der Wissenschaft, in der Physik, entscheidet «die intelligente Formulierung des Problems unter Beschränkung auf die essentiellen Aspekte² darüber, ob «Verstehen» und «Erklären» möglich wird; diesen Grundsatz der wissenschaftlichen Physik habe ich bei meinem historischen Fragen zu nutzen versucht: Ohne die Kenntnis möglichst zuverlässig recherchierter Fakten und Grundlagen, ohne vorsichtiges Vereinfachen, ohne den Versuch, das Wichtige zu erkennen und das Unwichtige zu übersehen, kann Überblick nicht gewonnen werden.

Alles, was ich gelernt habe, verdanke ich anderen, Historikern, die geforscht haben. Und wenn ich Gelerntes aufschreibe, um es zu strukturieren, dann schreibe ich für mich selbst; mihi ipsi scripsi. Ein möglicher Leser, wenn es ihn denn gibt, wird selbst herausfinden, ob es ihm dienlich war, meine Zusammenfassung, meine Aufkonzentration des durch andere zusammengetragenen und publizierten Wissens, meine Gedanken und mein Fragen, mein Vermuten, meinen «Versuch zur historischen Erklärung» mit mir zu teilen; er wird dann vielleicht zustimmen oder – eine andere Meinung entwickeln.

Heinz Albers-Schönberg

Zürich, den 1. September 2000

² KNUT URBAN, «Physik – die Leitwissenschaft des Jahrhunderts», Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Dezember 1999, pg. NI

2. Die Struktur und Methode der vorliegenden Studie

Ich meine, dass es nicht genügt, die schweizerische Flüchtlingspolitik nur allein für sich zu betrachten; Leistungen oder Fehlleistungen der Schweiz müssen dargestellt werden, aber wenn man nur diese allein, losgelöst von den Flüchtlingspolitiken aller anderen Länder, studieren würde, dann verfielen man in die bekannte und oft gerügte Sonderfall-Optik, welche kein abgerundetes Sehen und Beurteilen gestattet; eine Studie würde dann nämlich nur zu einer der beiden bekannten und schon erwähnten Meinungen kommen, zu der einen, die sagt, es sei alles gut gewesen, oder zu der anderen, die sagt, es sei alles schlecht gewesen. Beides ist falsch.

Meine Studie befasst sich ausschliesslich mit der Frage der jüdischen Flüchtlinge. Natürlich müsste eine generelle Studie zur schweizerischen Flüchtlingspolitik auch andere Gruppen von Flüchtlingen einbeziehen; meine ausdrückliche Beschränkung auf die Frage des Verhaltens der Schweiz gegenüber jüdischen Flüchtlingen ist durch die Tatsache begründet, dass vor allem dieses Problem derzeit historisches und politisches Interesse findet. Es darf aber nicht übersehen werden, dass auch in anderen Flüchtlingsfragen folgenreiche Fehlentscheidungen vorgekommen sind; dass auf solche Fragen hier nicht eingegangen wird, soll nicht etwa heissen, dass diese Fragen unwichtig wären.

Um den Gegenstand überhaupt ins Auge fassen zu können beginnt meine Studie im **Ersten Teil** in einem **Vorspann** mit dem wichtigsten Ausgangspunkt, mit einem Resumee der deutschen Judenverfolgung der dreissiger und vierziger Jahre.

Ein zweiter wichtiger Ausgangspunkt der Katastrophe des jüdischen Volkes im zwanzigsten Jahrhundert ist der Antisemitismus, diese rational kaum zu erfassende, weitverbreitete und Jahrhunderte alte Erscheinung der Judenfeindschaft, welche sich im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts, in der Zeit des erwachenden Nationalismus und der gleichzeitigen Emanzipation der europäischen Juden noch besonders akzentuiert hat. Der schwierigen Frage, was Antisemitismus überhaupt sei, gehe ich im Sinne eines Essays im **Anhang** nach, selbstverständlich ohne eine umfassende Darstellung geben zu wollen, vielmehr nur mit der Absicht, einen genügenden Überblick zu gewinnen. Informierte Leser, welche dieser Anhang nicht interessiert, sollten ihn unbeachtet lassen; er ist für die Lektüre und das Verständnis der vorliegenden Studie hilfreich, aber nicht notwendig.

Nach dem Vorspann wird im **Zweiten Teil** die Flüchtlingspolitik der Schweiz zuerst an Hand der Fakten dargestellt, und anschliessend wird der schwierige Versuch unternommen, diese Politik zu verstehen und zu beurteilen; dabei soll «verstehen» nicht heissen «billigen», und «beurteilen» darf nicht automatisch heissen «verurteilen». Ich unternehme den von Fritz Stern verlangten «Versuch zu verstehen» indem ich nach einer plausiblen Erklärung suche.

Im **Dritten Teil** der Arbeit wird die Flüchtlingspolitik der wichtigsten westlichen Demokratien resümiert, und zwar zuerst in der Periode von der «Machtergreifung» der Nationalsozialisten in Deutschland (1933) bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, und dann während des Zweiten Weltkrieges. Dieser Teil setzt sich nicht etwa das Ziel, die Fehl-

leistungen der Schweiz durch einen Vergleich mit den Fehlleistungen anderer Länder zu relativieren; er will vielmehr aufzeigen, dass vor dem Kriege in anderen Ländern auf der Basis anderer Kontexte andere, aber oft sehr ähnliche Fehlleistungen erbracht wurden; und dass andererseits die Verhältnisse in diesen Ländern nach Kriegsausbruch sehr verschieden waren und nun nur noch vom Gang der Kriegshandlungen abhingen. Wenn man das Schicksal und die Katastrophe der europäischen und der osteuropäischen Juden auch nur annähernd erfassen will, wenn man die Verwicklung der Schweiz in diese Katastrophe studieren will, dann muss man das ganze Bild sehen. Die Betrachtung des Verhaltens der Schweiz allein müsste zur Nabelschau werden, was unergiebig wäre: Es braucht etwas mehr Umschau. Der bewusst knappe und mit groben Strichen gezeichnete Überblick über die europäische und die amerikanische Situation vor dem Kriege und während des Krieges soll einem Helvetozentrismus der Betrachtung entgegenwirken.

Im **Vierten Teil** endlich wird in aller Kürze versucht, den Platz der Schweiz in der Vielfalt der Bilder dieses Überblicks zu finden. Welche der schon zweimal genannten Parteien soll recht haben? Diejenige, die sagt, es sei alles gut gewesen, und man könne hoch erhobenen Hauptes weiterschreiten, oder die andere, die sagt, es sei alles schlecht gewesen, die Schweizerinnen und die Schweizer müssten in Sack und Asche gehen? Nach der Meinung des Autors irren beide Parteien.

Der im Vorstehenden erläuterte **methodische Ansatz meiner Studie** bedarf einer Erläuterung und Begründung: Jeder Wissenschaftler weiss, dass er Vorgänge, die er studieren will,

nur dann isoliert betrachten darf, wenn sich diese Vorgänge in einem «abgeschlossenen» System abspielen. «Abgeschlossen» ist ein System dann, wenn die Einwirkung der Umgebung des Systems auf das betrachtete System vernachlässigbar klein ist. Auch die Geschichtsdarstellung darf dieses Prinzip nicht vernachlässigen, wenn man die Abläufe verstehen und Fehlschlüsse und Fehlbeurteilungen vermeiden will. Es wird gewiss unbestritten sein, dass die während des Zweiten Weltkrieges von den nationalsozialistischen und faschistischen Mächten total umgebene Schweiz in diesem Sinne kein «abgeschlossenes System» war, dass sie vielmehr allen möglichen gravierenden Einwirkungen von aussen ausgesetzt war, echten Einwirkungen und gefürchteten Bedrohungen. Man darf folglich das System «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg» nicht für sich allein betrachten, man muss es so ausweiten, dass Effekte von ausserhalb berücksichtigt werden. Das heisst hier nichts anderes, als dass das Verhalten der europäischen und nordamerikanischen Mächte und der Gang der Ereignisse vor dem Kriege und im Ablauf des Krieges mit einbezogen werden müssen, wenn Fehlschlüsse und Fehlbeurteilungen vermieden werden sollen. Etwas salopp ausgedrückt: Wenn man das «geschichtliche System Schweiz» zu eng wählt, verfällt man der Nabelschau; diese kann man nicht wollen, insbesondere dann nicht, wenn nicht nur gefragt wird, was damals falsch oder richtig gemacht wurde, sondern wenn auch noch die Frage beantwortet werden soll, **warum** einiges falsch und einiges andere richtig war, und wo das Verhalten der Schweiz zu plazieren ist.

Eine **Abgrenzung gegen den Bergier-Bericht** ist notwendig: Die Kernfrage, die mir die entscheidende zu sein scheint, lau-

tet: Wie viele jüdische Menschen hat die Schweiz weggewiesen, warum hat die Schweiz diese Menschen weggewiesen, wer hat diese Wegweisungen angeordnet, und wer war dafür verantwortlich, dass man diese Politik auch dann nicht geändert hat, als man erkannt hatte, welches Schicksal den Weggewiesenen bevorstand. Der Bergier-Bericht enthält zu diesen Fragen (zum grösseren Teil bereits bekannte) Informationen. Die Kernfragen «Warum» und «Wer war verantwortlich» stellt der Bergier-Bericht zwar³, er lässt sie aber weitestgehend offen und unbeantwortet⁴. Statt dessen gibt der Bericht sehr ausführlich Auskunft über andere Zusammenhänge, welche zwar informativ sind, z.B. über die Details vieler Einzelfälle von Flucht, Wegweisung oder Aufnahme, über die Unterbringung und über das Leben der Flüchtlinge im schweizer Exil, ausserdem über finanzielle Aspekte und über Vermögensfragen der aus Deutschland vertriebenen Juden. Für eine Rückschau aus der Sicht zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die zum Ziel haben müsste, das Wichtige zu sehen und herauszuarbeiten, sind diese Informationen aber – wie mir scheint – von zweitrangiger Wichtigkeit. Die These, «man müsse das menschliche Einzelschicksal erforschen, darstellen und herausarbeiten», ist dann richtig, wenn man die heute lebende junge Generation, welche die damalige Zeit nicht miterlebt hat, anvisiert und informieren will; dann sind die Einzelschicksale weggewiesener Flüchtlinge ohne Zweifel erschütternd und aufrüttelnd. Hingegen ist der Erkenntniswert im Hinblick auf die hier gestellten wichtigen Kernfragen klein. Ich will damit keineswegs sagen, dass die Fülle der im Bergier-Bericht gebotenen Information nicht nützlich sei; ich

³ Bergier-Bericht, Einleitung, pg. 16

⁴ Bergier-Bericht, Zusammenfassung, pg. 274 und 285/286

sage nur, sie sei unergiebig für die Beantwortung der viele Staatsbürgerinnen und Staatsbürger beschäftigenden Hauptfrage, der Frage «Warum?». Die Bergier-Kommission hat das selbst erkannt, denn sie stellt in ihrer Zusammenfassung fest⁵, dass sie «sowohl bereits bekannte Tatsachen als auch neue Forschungsergebnisse» präsentiere, dass sie aber diese «in einen Gesamtzusammenhang stelle, ohne eine endgültige Erklärung» geben zu können.

Mein Ansatz ist anders: Im Abschnitt «Ein Versuch der Erklärung» habe ich das Wagnis unternommen, eine Erklärung zu vermuten, ich betone: Zu vermuten; eben im Sinne von Fritz Sterns Wort von der Notwendigkeit des «Versuches zur Erklärung». Der Nicht-Historiker hat, bei aller Verpflichtung zu unbedingter Sachlichkeit und zur Wachsamkeit gegen Vorurteile, wie sie Cicero in der nebenstehenden Mahnung verlangt, bei der Suche nach plausiblen Erklärungen vielleicht etwas mehr Freiheit als der Historiker; von dieser Freiheit darf er als Staatsbürger Gebrauch machen.

Die **Fussnoten**, welche meine Arbeit begleiten, dienen dem Nachweis der benutzten Quellen; die Angabe der verwendeten Quellen ist bei Arbeiten, die auf wissenschaftliche Studien anderer abgestützt sind, unerlässliche Pflicht, und zwar auch dann, wenn das Zielpublikum kein wissenschaftliches ist; Leser, welche sich für die von mir verwendeten Quellen nicht interessieren, lesen darüber hinweg. Die Fussnoten stehen jeweils am Fusse einer Seite; so wird der interessierte Leser nicht zu unaufhörlichem sehr lästigem Blättern genötigt.

⁵ Bergier-Bericht, pg. 274

Marcus Tullius Cicero fordert:

Prima historiae lex est,
ne quid falsi dicere audeat, deinde ne quid veri non audeat,
ne quae suspicio gratiae sit in scribendo, ne quae simultatis.

Es ist erstes Gebot der Geschichtsschreibung,
keine falsche Aussage zu wagen,
ferner aber auch,
keine wahre Aussage nicht zu wagen,
damit der Schreibende weder in den Verdacht der Sympathie
komme, noch in denjenigen der Feindschaft.

MARCUS TULLIUS CICERO (106-43 v. Chr.), De oratores, II, 62

Vorspann

3. Der Ausgangspunkt: Die deutschen Judenverfolgungen – das Verbrechen des 20. Jahrhunderts

Am Ende der Agonie der Weimarer Republik beauftragte der damalige deutsche Reichspräsident Paul v. Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler, den Chef der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), mit der Bildung einer Regierung. Der Reichstag wurde sofort aufgelöst und für den 5. März 1933 wurden Neuwahlen angesetzt, welche die Nationalsozialisten durch die systematische Terrorisierung der öffentlichen Meinung zu beeinflussen suchten: Das Reichstagsgebäude ging in Flammen auf, die Grundrechte der Weimarer Verfassung wurden suspendiert, der Notstand wurde proklamiert und zahlreiche Verhaftungen fanden statt. Trotzdem gewannen die Nationalsozialisten bei der Neuwahl nur 44% der Stimmen, und nur mit der Unterstützung anderer weit rechts stehender Parteien, der «Deutschnationalen» und des «Stahlhelms», konnten sie eine knappe absolute Mehrheit von 52% erzielen und sich etablieren. Kaum aber hatte das nationalsozialistische Regime sich installiert, begann die «Machtergreifung»; durch sofortige Besetzung aller wichtigen innenpolitischen Schaltstellen, durch die skrupellose Anwendung legaler und illegaler Mittel wurde jeder Widerstand ausgeschaltet. Das deutsche Volk hatte einer nationalistischen und deutlich erkennbar undemokratischen und antisemitischen Koalition die Macht anvertraut. Es hat 1933 eine knappe, aber doch klare Mehrheit gegeben, die einen demokratischen Staat nach dem Muster Weimars nicht mehr wollte.

Der schon während der Weimarer Republik in Deutschland deutlich erkennbare generelle Antisemitismus verwandelte sich sofort in eine eigentliche Judenverfolgung. Schon am 1. April 1933 wurde zu einem landesweiten Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen, und als ersten konkreten Ausgrenzungsschritt erliessen die Nationalsozialisten alsbald das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vom 7. April 1933. «Nicht-Arier» wurden von allen Regierungsstellungen ausgeschlossen, insbesondere wurden «Nicht-Arier» aus ihren Stellungen als Lehrer und als Professoren an den Universitäten entlassen, Ärzten und Rechtsanwälten wurde die Berufsausübung weitestgehend untersagt. Unzählige Juden wurden erwerbslos und kamen in grosse materielle Not. Weitere üble Schikanen folgten und steigerten sich in regelmässigen Abständen. Die Auswanderung war zwar immer noch möglich, aber natürlich war das Finden neuer Lebensgrundlagen im fremden Ausland äusserst schwierig, wie das Beispiel vieler ins Ausland geflohener Wissenschaftler zeigt; gerade diese aber hatten im Vergleich mit anderen Berufen wohl noch die besten Chancen. Das «Reichsbürgergesetz» vom 15. September 1935 sowie das «Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre» (Rassengesetz), zusammengefasst «die Nürnberger Gesetze», vollendeten «de jure» die gänzliche soziale Ausgrenzung der deutschen Juden. Ab 1938 folgten weitere Gesetze, welche zum Ziel hatten, die Juden aus der Wirtschaft herauszudrängen, ihre wirtschaftliche Existenz zu zerstören und sich ihres Eigentums zu bemächtigen. Nach dem Anschluss⁶ Österreichs im März

⁶ Es ist m. E. bedauerlich, dass sich der Ausdruck «Anschluss» eingebürgert hat; Annexion (gewaltsame widerrechtliche Inbesitznahme) wäre richtiger. Für das Wort «Anschluss» spricht allerdings die Tatsache, dass viele deutsch-

1938 gerieten auch die dort lebenden Juden, die sich bis dahin vergleichsweise sicher gefühlt hatten, sehr plötzlich in den Strudel der Ereignisse. Der Zugriff des nationalsozialistischen Staates auf die Vermögenswerte deutscher Juden begann mit der «Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden» vom 26. April 1938; da ein Transfer von Finanzwerten ins Ausland wegen der deutschen Devisenbewirtschaftung sowieso unmöglich war⁷, ergab dieses Gesetz die praktische Verunmöglichung jeder Vermögensmitnahme und schreckte dadurch viele – Juden und Nicht-Juden – davon ab, die Flucht zu ergreifen: Wer nun noch auswandern wollte, musste den Entschluss fassen, völlig mittellos, nur mit dem Nötigsten im Handkoffer, abzureisen. Auf den 1. Januar 1939 wurden alle Pässe jüdischer Österreicher für ungültig erklärt und vom 5. Oktober 1938 an wurden jüdischen Menschen deutsche Pässe ausgestellt, die mit einem J gekennzeichnet waren, sodass die Einreisebehörden anderer Länder die Anreisenden sofort als jüdische deutsche Flüchtlinge erkennen konnten, zumal die neuen mit dem J gekennzeichneten Pässe häufig den Eintrag «Nur zur Ausreise gültig» trugen^{8,9}. Innert weniger Jahre waren alle deutschen Juden zu verfeimten «Unpersonen» geworden. Sie waren vogelfrei, rechtlos und verfolgt. Die Po-

national gesonnene Österreicher damals den «Anschluss» wünschten und begrüßt haben, und dann auch aktive Nationalsozialisten wurden. André Lasserre nennt den «Anschluss» einen coup, und Österreich ein territoire conquis. (Frontières et camps, Editions Payot, Lausanne, 1995, pg. 53). Auch Carl Ludwig spricht in seinem Bericht von Annexion, pg. 74 etc.

⁷ Das galt auch für nicht-jüdische deutsche Staatsbürger; niemand konnte damals Vermögenswerte aus Deutschland ins Ausland transferieren.

⁸ Wer sich des Schicksals der damaligen deutschen Juden, und vieler anderer Flüchtlinge, bewusst ist, realisiert, welches Geschenk der Besitz eines Schweizerpasses ist, auf dessen erster Seite zudem der Eintrag steht, dass der Inhaber Schweizerbürger ist und jederzeit in die Schweiz zurückkehren kann.

⁹ Auf den Ursprung des J in den Pässen ist ausführlich zurückzukommen.

grome der «Kristallnacht» vom 9. November 1938, in welcher in Deutschland die meisten Synagogen in Flammen aufgingen, viele Geschäfte geplündert wurden und Tausende verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt wurden, zeigten den Grad der Ausgrenzung und die ganze Brutalität dieser Verfolgungen. In der SS-Zeitung «Das Schwarze Korps» wurde im November 1938 mit der Ermordung der deutschen Juden gedroht, falls das Ausland keine Einwanderung derselben zulassen würde¹⁰. Die weitblickende Neue Zürcher Zeitung schrieb damals: «Im Laufe der letzten Jahre sind sämtliche Vorschläge des «Schwarzen Korps» zur Behandlung der Judenfrage, mochten sie auch im Moment der Veröffentlichung noch so phantastisch erscheinen, Punkt für Punkt verwirklicht worden»¹¹. Hitler selbst drohte in seiner Rede zum 30. Januar 1939, dass es im Falle eines neuen Weltkrieges zur «Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa» kommen würde. Seine Drohung wurde nicht ernst genommen, obwohl sie zwei Jahre später, am 30. Januar 1941, wiederum von Hitler selbst, sehr deutlich wiederholt wurde¹². Schon 1940, nach dem leicht errungenen Sieg Deutschlands über Holland, Belgien und Frankreich und nach dem Rückzug der englischen Truppen über den Kanal, wurden Juden aus Deutschland nach Polen und Frankreich verschleppt und in Konzentrationslagern gesammelt; der Beschluss zur physischen Vernichtung aller europäischen Juden wurde an der

¹⁰ GASTON HAAS, «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte, 1941-1942; Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste», Hrsg. Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG), Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1997, pg. 56

¹¹ Neue Zürcher Zeitung, 24. November 1938, zitiert von GASTON HAAS, a.a.O., pg. 56

¹² GASTON HAAS, a.a.O., pg. 57 & 62

«Wannsee-Konferenz» am 20. Januar 1942 gefasst; die systematische Massenverfolgung und Deportation der Juden in allen von Deutschland beherrschten Ländern begann im Juni 1942¹³, sie dauerte in ihrer schlimmsten Form bis Ende 1943 und setzte sich noch bis zum Ende des Jahres 1944 fort; die kaltblütig geplante «Endlösung» wurde auf grausamste Weise verwirklicht. Insgesamt sind mehr als sechs Millionen europäischer Juden auf bestialische Weise umgebracht worden; etwa zwei Drittel von diesen waren polnische und russische Juden, etwa eine viertel Million der Getöteten waren deutsche Juden¹⁴. Von sechs Millionen Menschen ist Entsetzliches gelitten worden, Entsetzliches, dessen fürchterliche Details sich jedem Versuch der Vorstellung entziehen und jeder Beschreibung spotten. Das nationalsozialistische Deutschland hat den grössten gezielten Massenmord in der Geschichte der Menschheit, ein nicht verstehbares Verbrechen, es hat in der Tat das grösste Verbrechen des 20. Jahrhunderts begangen. Ich meine, historisch gebildete Menschen – wenn es solche dannzumal noch gibt – werden vom Judenmord der Jahre 1942-1944 tatsächlich und im wahren Sinne des Wortes noch in tausend Jahren sprechen, so wie sie heute noch wichtige

¹³ Eher unsystematische Mordaktionen hatte es schon vorher gegeben.

¹⁴ Von ursprünglich ca. 750'000 deutschen Juden konnten ca. 560'000 entkommen, JEAN-CHRISTIAN LAMBELET, «Le mobbing d'un petit pays», L'Age d'Hom-me, Lausanne, 1999, pg. 57. Dieses vergleichsweise günstige Verhältnis weist darauf hin, dass sehr viele deutsche Juden rechtzeitig realisiert haben, welch schlimme Gefahr ihnen drohte; dazu hat vermutlich beigetragen, dass viele von ihnen höheren Berufen und dem gut ausgebildeten Bürgertum angehörten, sodass sie über eine erhebliche Portion Urteilskraft verfügten. Zum Vergleich: In der Schweiz lebten 1940 17'973 Juden, davon 9'803 Schweizer und 8'170 Ausländer; 1941 waren es 19'429, davon 10'279 Schweizer und 9'150 Ausländer (Bericht Ludwig, pg. 60). – In Deutschland lebten im Jahre 1999 wieder ca. 70'000 Juden (Angabe im Nachruf auf Ignatz Bubis, International Herald Tribune, 14. August 1999).

Ereignisse des Mittelalters erinnern und zitieren¹⁵; der anderen Scheusslichkeiten dieses Jahrhunderts, und es gibt deren viele, die ich ausdrücklich nicht einzeln nenne, werden sie sich allerdings auch erinnern.

¹⁵ Z.B. den Sieg Ottos I. über die Ungarn auf dem Lechfeld, den Gang Heinrichs IV. nach Canossa, und ähnliche bedeutende Ereignisse der Geschichte.

**A historical period bracketed by two cataclysmic wars
is not the easiest material for testing the reconstructive
and analytical talents of the historian
[when he aims] to present the existing material in a form
that will satisfy the standards of the Professional historian
while holding the interest of the intelligent lay reader.**

Henry L. Feingold

Henry L. Feingold, *A Time for Searching*, pg. XV & XVII

Die Flüchtlingspolitik der Schweiz

4. Die Fakten

Ich versuche im Folgenden die schweizerische Flüchtlingspolitik während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland und speziell im Zweiten Weltkrieg darzustellen und zusammenzufassen, ohne neue Forschungsergebnisse vorzustellen, ausschliesslich auf Grund der reichlich vorhandenen, z.T. schon sehr früh publizierten, relativ leicht zugänglichen, aber ziemlich verstreuten Literatur. Ich benütze als Quelle den sehr grundlegenden Bericht Ludwig¹⁶ (1957), weiter die berühmte Arbeit «Das Boot ist voll...» von Alfred A. Häslers¹⁷ (1967), die «Geschichte der schweizerischen Neutralität» von Edgar Bonjour (1970)¹⁸, eine neuere ausführliche Arbeit von Guido Koller über die behördliche Praxis in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des zweiten Weltkrieges¹⁹ (1996), ausserdem eine Zusammenfassung des Forschungsstandes im

¹⁶ CARL LUDWIG, «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart», Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ), Bern, 1957. Im Folgenden zitiert als «Bericht Ludwig». Der Bericht Ludwig enthält eine grundlegende Sammlung wichtiger Primärdokumente, die für alle späteren Studien unentbehrlich war; er ist ein eigentliches «Grünbuch» zu diesem Thema. Georg Kreis nennt den Bericht Ludwig «bemerkenswert zeitbeständig», was daran liegt, dass der Bericht reich an Fakten ist, diese aber nur zurückhaltend wertet: Der Bericht Ludwig wollte die Wertung weitgehend der Politik überlassen.

¹⁷ ALFRED A. HÄSLER, «Das Boot ist voll...», Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945», Ex Libris Verlag, 1. Auflage, Zürich, 1967

¹⁸ EDGAR BONJOUR, «Geschichte der schweizerischen Neutralität», Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1970

¹⁹ GUIDO KOLLER, «Entscheidungen über Leben und Tod. Die behördliche Praxis in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges», Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Band 22, Haupt, Bern, 1996

Jahre 1997 von Georg Kreis²⁰ und eine Arbeit von Gaston Haas über die Frage, was man in der Schweiz über die Judenvernichtung in Deutschland gewusst hat²¹ (1997). Ein sehr wichtiges und unentbehrliches Werk ist die ausführliche Studie von André Lasserre «Frontières et camps» (1995)²². Ebenfalls unentbehrlich ist die Arbeit von Marc-André Charguéraud «Tous coupables?»²³. Selbstverständlich wurde der Bericht der Kommission Bergier zur Flüchtlingspolitik²⁴, der im Dezember 1999 erschienen ist, berücksichtigt. Weitere verwendete Quellen werden in den Fussnoten und im Literaturverzeichnis angegeben. Meine zusammenfassende Darstellung konzentriert sich auf die jüdischen Flüchtlinge; andere zivile Flüchtlinge, Militäreflüchtlinge, Deserteure und Refraktäre (d.h. Personen, die einem militärischen oder zivilen Stellungsbefehl nicht nachgekommen sind) werden nur erwähnt, soweit es der Zusammenhang erfordert.

Meine Studie versucht, das Wesentliche zu erfassen; sie musste deshalb zum Ziel haben, die oft komplexen Details des geschichtlichen, politischen und diplomatischen Handlungsablaufes vereinfacht zu resümieren und auf das Wichtige zu

²⁰ GEORG KREIS, «Die schweizerische Flüchtlingspolitik der Jahre 1933-1945», Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 47, Nr. 4, pg. 552, Schwabe & Co. AG., Basel, 1997

²¹ GASTON HAAS, «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte, 1941-1942; Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste», Hrsg. Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG), Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1997

²² ANDRÉ LASSERRE, «Frontières et camps», Editions Payot, Lausanne, 1995

²³ MARC-ANDRÉ CHARGUERAUD, «TOUS Coupables?», Labor et Fides, Genf und Les Editions du Cerf, Paris, 1998

²⁴ Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Kommission Bergier), «Die Schweiz und die Flüchtlinge zurzeit des Nationalsozialismus», EDMZ, Bern, 1999. Hiernach zitiert als «Bergier-Bericht»

komprimieren; wer sehen will, muss Nebensächliches übersehen, wer verstehen will, muss Unwichtiges beiseite schieben; nur so kann eine Übersicht gewonnen werden.

4.1 Grundlagen

Als Grundlage des Flüchtlingsrechtes galt während des Zweiten Weltkrieges das Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer; dieses wurde durch eine Vollziehungsverordnung vom 5. Mai 1933 präzisiert, während der kritischen dreissiger Jahre durch verschiedene Weisungen des EJPD²⁵ ergänzt, nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges insbesondere konkretisiert durch den Bundesratsbeschluss vom 17. Oktober 1939, und es wurde während des Krieges durch Vollmachtenbeschlüsse und weitere Weisungen des EJPD bzw. der Polizeiabteilung laufend situativ angepasst. Das erklärt sich, wenn man bedenkt, dass sich das politische Umfeld der Schweiz fortwährend änderte, und dass insbesondere die deutschen Judenverfolgungen nach 1933 verschiedene Phasen durchliefen: Die erste Phase, die bis 1937 dauerte und die man die Phase der beginnenden und sich vorzu steigernden Ausgrenzung der Juden nennen könnte, die zweite Phase von der Annexion Österreichs im März 1938 bis zum Kriegsbeginn im August 1939, welche die Phase der systematischen Vertreibung der deutschen und der österreichischen Juden heissen könnte, und schliesslich die dritte Phase, die Phase der Ermordung eines grossen Teils der europäischen und der osteuropäischen Juden, sowie der Juden in dem von

²⁵ Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Deutschland zeitweise besetzten Teil Russlands; diese Phase begann gleich nach Kriegsbeginn, in Polen, sie erfuhr ihre weitere Vorbereitung schon 1940 nach dem deutschen Sieg über Frankreich, und sie kulminierte in der Zeit vom Hochsommer 1942 bis etwa zum Hochsommer des Jahres 1943, setzte sich dann aber noch lange weiter fort bis gegen Ende des Jahres 1944. Die Schlussphase war die Zeit des Entkommens der wenigen Überlebenden. Die schweizerische Flüchtlingspolitik ist ein deutlicher Spiegel dieser Ablaufphasen des deutschen Verbrechens, aber selbstverständlich wurde sie auch durch andere Kriegsergebnisse geprägt, insbesondere durch die sich schon im Winter 1942/1943 abzeichnende deutsche Niederlage in Russland, durch die deutsche Niederlage in Nordafrika, durch den Sturz des faschistischen Regimes in Italien im Sommer 1943 und durch das Aufrollen der deutschen Westfront durch die Alliierten nach deren erfolgreicher Landung in der Normandie am 6. Juni 1944.

4.2 Vom Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland im Januar 1933 bis zur Annexion Österreichs im März 1938

Die Suspendierung der Grundrechte der Weimarer Verfassung und das ausserhalb dieser Verfassung erlassene «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» vom 24. März 1933 bedeuteten das Ende des demokratischen Rechtsstaates in Deutschland. Aus der nationalsozialistischen Kampfliteratur, insbesondere aus Hitlers Buch «Mein Kampf» war fanatischer Antisemitismus klar erkennbar; die nach der Machtergreifung sofort einsetzenden Schikanen und Verfolgungen veranlassten

deshalb viele Menschen, Juden und politische Gegner des nationalsozialistischen Regimes, welche die Gefahr erkannten, der sie ausgesetzt waren, Deutschland sofort zu verlassen; das löste einen ersten grossen Flüchtlingsstrom aus, der sich den westeuropäischen Demokratien, vor allem Holland, Belgien und Frankreich, und auch der Schweiz zuwandte.

Die Ereignisse in Deutschland im Frühjahr 1933 liessen einen Flüchtlingsstrom befürchten, dem das damals unter der Leitung von Bundesrat Heinrich Häberlin stehende EJPD mit einer Weisung an die für Aufenthaltsbewilligungen zuständigen Kantone entgegenzutreten versuchte. In dieser Weisung vom 31. März 1933 wurde ausgeführt, dass man den in Not geratenen Juden einen vorübergehenden Aufenthalt in der Schweiz nicht verwehren wolle, dass man sie aber auf Dauer nicht aufnehmen und ihnen deshalb unter keinen Umständen die Berufsausübung gestatten könne; «gegen eine Festsetzung wesensfremder Elemente hätte sich die Schweiz mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wehren»²⁶ hiess es. Ein Bundesratsbeschluss vom 7. April 1933, welcher sich mit der Frage der Behandlung politischer Flüchtlinge befasste, liess die Umschreibung des Begriffs «politischer Flüchtling» zunächst offen²⁷; ein Kreisschreiben des EJPD vom 20. April 1933 an die Kantonsregierungen hielt dann aber ausdrücklich fest, dass «Israeliten nur dann als politische Flüchtlinge im Sinne des BRB²⁸ zu betrachten seien, wenn sie aus politischen Gründen geflohen seien²⁹»; die Verdrängung der Juden aus Beamten-

²⁶ Bericht Ludwig, pg. 52, Weisung des EJPD vom 31. März 1933

²⁷ Bericht Ludwig, pg. 55

²⁸ Bundesratsbeschluss (BRB)

²⁹ Bericht Ludwig, pg. 55

stellen und freien Berufen, «der Boykott allein sei nicht als politischer Grund zu bewerten»³⁰. Die Auslegung des Begriffes «Flüchtlinge» anerkannte diese nur dann als «politisch», wenn sie wegen einer tatsächlich politischen Tätigkeit in Gefahr gerieten und fliehen mussten. – Bis 1942 hatten die Kantone bei der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen ein erhebliches Mitspracherecht und einen grossen Entscheidungsspielraum³¹.

Angaben über die Anzahl der im Jahre 1933 in die Schweiz eingereisten Flüchtlinge liegen nicht vor; immerhin ist bekannt, dass im Sommerhalbjahr 1933 allein im Badischen Bahnhof in Basel gegen 10'000 Personen eingereist sind^{32,33}. Viele der eingereisten Flüchtlinge haben nach einiger Zeit die Schweiz wieder verlassen, ob sie weiterreisten oder ob sie z.T. sogar ihr Vertrauen in ihr Heimatland wiedergewannen und nach Deutschland zurückkehrten, ist nicht bekannt. Im Jahre 1934 änderte sich die Lage wenig. Im Jahre 1935, nach dem Erlass der «Nürnberger Gesetze», welche den Juden in Deutschland die Berufsausübung noch vermehrt erschwerten, häuften sich die Anfragen und Gesuche um Niederlassung bei der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin und bei den Konsulaten in Deutschland, aber die äusserst zurückhaltende Praxis der schweizerischen Behörden blieb unverändert. Auch im Geschäftsbericht der Polizeiabteilung für 1936 wird nicht

³⁰ Bericht Ludwig, pg. 55; GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 26

³¹ Bericht Ludwig, pg. 213 ff.; Bergier-Bericht, pg. 23

³² Bericht Ludwig, pg. 65

³³ Allein zwischen März und Mai 1933 sollen 7631 Personen im Bahnhof Basel eingereist sein; Bergier-Bericht, pg. 105

von einer stark veränderten Situation gesprochen³⁴. Es wird nur wieder festgestellt, dass ein länger dauernder Aufenthalt von Flüchtlingen «angesichts der grossen Arbeitslosigkeit und der Überfremdung nicht in Frage komme»^{35,36}. Auch 1937 blieb die Lage mehr oder weniger unverändert; der Geschäftsbericht des EJPD hält nur wiederum und nochmals fest, dass die hohe Arbeitslosigkeit und die Überfremdung es unmöglich machten, Ausländern dauernden Aufenthalt zu gewähren.

Zusammenfassend ist für die fünf Jahre von 1933 bis 1937 festzustellen, dass ein mehr oder weniger dauernder Zustrom von Flüchtlingen aus Deutschland einreiste, dass aber diese Menschen, deren genaue Zahl nicht bekannt ist, doch mehrheitlich irgendwie noch Mittel und Wege fanden, ihre Weiterreise zu ermöglichen. Das sollte sich bereits im folgenden Jahr drastisch ändern.

4.3 Vom März 1938 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und bis zum Beginn der Deportationen in Frankreich (bis zum 30. Juni 1942)

Die in Deutschland lebenden Juden hatten im März 1938 bereits fünf Jahre sehr schlimmer Erfahrungen mit dem antisemitischen nationalsozialistischen Regime hinter sich; die besonders Betroffenen und auch Entschlussfreudigen unter

³⁴ Wegen der 1936 in Berlin stattfindenden Olympiade hatte das nationalsozialistische Regime in diesem Jahre die Tendenz, die Ausgrenzung der Juden nicht zu verstärken sondern zu verbergen.

³⁵ Bericht Ludwig, pg. 69

³⁶ Die Zahl der Stellensuchenden erreichte im Januar 1936 mit 124'000 ihren Höchstwert. Bericht Ludwig, pg. 62

ihnen hatten Deutschland bereits verlassen. Juden in Österreich oder mit österreichischer Staatsangehörigkeit, die bisher wohl eher besorgte Zuschauer gewesen waren, waren nach dem Anschluss Österreichs durch Deutschland im März 1938 von einem Tag auf den anderen zu voll Betroffenen geworden^{37,38}. Das gleiche gilt für österreichische nicht-jüdische nunmehr hoch gefährdete politische Gegner des deutschen Regimes. Eine eindrückliche Schilderung der in Österreich und besonders in Wien sofort einsetzenden Beraubungen und Verfolgungen und der dortigen chaotischen Zustände gibt A. J. Sherman³⁹. Diese Entwicklung löste sofort einen erheblichen Flüchtlingsstrom aus, der sich wiederum zu einem guten Teil der Schweiz zuwandte, was schon aus sprachlichen und geographischen Gründen naheliegend war.

Schon in den ersten Wochen nach der Annexion reisten einige Tausend österreichische Flüchtlinge in die Schweiz⁴⁰, was die Anzahl der in die Schweiz Geflohenen von ca. 5'000 auf 10-12'000 Personen ansteigen liess⁴¹. Die Polizeiabteilung des EJPD erklärte deshalb am 26. März 1938 gegenüber dem Bundesrat, «dass die Schweiz auch für die jüdischen Flücht-

³⁷ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 53

³⁸ Ein berühmtes Beispiel ist die österreichische Physikerin Lise Meitner, welche gemeinsam mit Otto Hahn in Berlin gearbeitet hatte. Hahn entdeckte im Dezember 1938 die Uranspaltung, und Lise Meitner fand, nun schon im Exil in Schweden, die theoretisch-physikalische Erklärung (gemeinsam mit Otto Robert Frisch). Ohne eine deutsche Ausreiselerlaubnis, die ihr verweigert worden war, floh Lise Meitner in der Nacht vom 12. auf den 13. Juli 1938 aus Deutschland über die Grenze nach Holland und von dort nach Schweden.

³⁹ ARI JOSHUA SHERMAN, «Island Refuge, Britain and Refugees from the Third Reich, 1933-1939», University of California Press, Berkeley and Los Angeles, 1973, pg. 83 ff.

⁴⁰ Bericht Ludwig, pg. 75, Bergier-Bericht, pg. 86

⁴¹ Bergier-Bericht, pg. 77 und 86

linge aus Österreich nur als Transitland in Betracht komme, daraus ergebe sich die Notwendigkeit zur strikten Abwehr solcher Elemente»⁴²; «Wenn wir einer unseres Landes unwürdigen antisemitischen Bewegung nicht berechtigten Boden schaffen wollen, müssen wir uns mit aller Kraft und, wenn nötig, auch mit Rücksichtslosigkeit der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren, ganz besonders vom Osten her»⁴³. Überdies sei zu beachten, wurde weiter argumentiert, dass diejenigen Flüchtlinge, die ihr Geld nicht rechtzeitig im Ausland angelegt hatten, gezwungenermassen mittellos ihren bisherigen Wohnsitz verlassen müssten⁴⁴. Die Polizeidirektion stellte deshalb dem Bundesrat den Antrag, für alle Inhaber österreichischer Pässe die Wiedereinführung des obligatorischen Visums zu verfügen⁴⁵; der Bundesrat stimmte diesem Antrag zu und beschloss dementsprechend und mit Wirkung auf den 1. April 1938. Die Gesandtschaften in Wien und Berlin und die Konsulate und ebenso die Kantone wurden aufgefordert, bei der Erteilung der Visa bzw. von Aufenthaltsbewilligungen äusserst zurückhaltend zu sein. In einer Weisung vom 8. April 1938 wurden die Kantone angehalten, bereits eingereiste Ausländer, besonders Juden, zur baldigen Rück-

⁴² Bericht Ludwig, pg. 76. Der pejorative Ausdruck «Elemente» für Flüchtlinge wiederholt sich in den Dokumenten der Polizeiabteilung als ständig benützte Vokabel.

⁴³ Bericht Ludwig, pg. 76 Man beachte, dass hier von der Polizeiabteilung die Prävention eines angeblich befürchteten intern-schweizerischen Antisemitismus als Argument herangezogen wurde.

⁴⁴ Bericht Ludwig, pg. 77

⁴⁵ Rothmund empfahl richtigerweise schon damals die Wiedereinführung des obligatorischen Visums für alle deutschen Staatsangehörigen, seien sie Juden oder Nicht-Juden. Vgl. hierzu die entsprechende Reaktion Grossbritanniens (Abschnitt 6.3.3.1).

kehr nach Deutschland (sic!) oder zur Weiterreise anzuhalten⁴⁶.

Was war die Folge: Im April und Mai 1938 war die Zahl der Einreisen österreichischer Flüchtlinge relativ gering, einerseits weil die deutschen Behörden das Ausreisen eher behinderten, andererseits weil die schweizerischen Behörden bei der Erteilung von Einreisebewilligungen sehr zurückhaltend waren. Ab Mitte Mai änderte sich das Bild schlagartig: Berlin hatte nun Weisung gegeben, die österreichischen Juden mit allen Mitteln abzuschieben: Diese wurden z.B. veranlasst, ihre Steuern zu bezahlen, wenn das geschehen war wurden sie in Camions an die Grenze gefahren, dort zunächst ins Gefängnis gesteckt, wo ihnen die letzten Habseligkeiten bis auf ein paar Mark oder Schillinge abgenommen wurden, dann wurden sie von SS-Leuten an die schweizerische Landesgrenze gestellt und aufgefordert, diese bei Dunkelheit zu überschreiten⁴⁷. Juden, welche ein schweizerisches Visum besaßen, wurde, um die schweizer Zollbeamten zu täuschen, in ihrem Pass eine Rückreisegarantie eingetragen, gleichzeitig wurden sie aber gezwungen, schriftlich zu erklären, deutschen Boden nicht mehr zu betreten; bei Widerhandlungen wurden harte Strafen angedroht⁴⁸. Da die östlichen Nachbarn Österreichs ihre Grenzen geschlossen hielten, und da das faschistische Italien als sicherer Fluchtort auch nicht mehr in Frage kam⁴⁹, wandte

⁴⁶ Bericht Ludwig, pg. 80

⁴⁷ Bericht Ludwig, pg. 82

⁴⁸ Bericht Ludwig, pg. 82

⁴⁹ Auch das faschistische Regime entwickelte einen für die italienischen Juden begünstigenden, wenn auch weniger konsequenten Antisemitismus und führte im September 1938 eine Rassengesetzgebung ein. Als Beispiel: Der italienische Physiker Enrico Fermi war mit einer Jüdin verheiratet; er war entschlossfreudig und

sich der Flüchtlingsstrom allen Schwierigkeiten zum Trotz doch der Schweiz zu: Völlig erschöpft, die meisten nur mit einem Handkoffer oder gar nur mit dem, was sie auf dem Leibe trugen, kamen die unglücklichen Vertriebenen in der Schweiz an und bedurften der Aufnahme, der Unterbringung, der Verpflegung, der Fürsorge. In den Monaten nach der Annexion Österreichs und später nach der «Kristallnacht» konstituierten sich verschiedene, auch kirchliche und jüdische, Hilfswerke, die bei dem massiven Ansturm dringend benötigt wurden. Die bis dahin erst in Ansätzen vorhanden gewesenen Flüchtlingshilfe-Organisationen erhielten konkreten Anlass sich zu strukturieren und zu profilieren⁵⁰.

Es versteht sich, dass das brutale deutsche Ausschaffungskonzept, das Konzept eines Unrechtsstaates, den Bemühungen der Polizeiabteilung des EJPD, den Flüchtlingsstrom innerhalb bestehender Ordnungen einzudämmen, völlig zuwider lief, ja diese eigentlich unterlief, was natürlich die Absicht Deutschlands war. Dementsprechend waren diplomatische Vorstellungen in Berlin erfolglos. Da überdies die schweizerischen Konsulate Visa doch weniger zurückhaltend erteilten als Bern es verlangt hatte⁵¹, kamen im Frühsommer 1938 insgesamt viele tausend Flüchtlinge in die Schweiz, deren Aufnahme erhebliche Probleme bereitete. Das veranlasste den Schwei-

benützte noch im Dezember 1938 die Entgegennahme des ihm verliehenen Nobelpreises, um mit seiner Frau und seinen Kindern nach Stockholm und von dort direkt nach den USA zu reisen. Fermi entwickelte in Chicago den ersten Kernreaktor, der je gebaut wurde.

⁵⁰ Die Flüchtlingsarbeit, insbesondere die protestantische, ist von Hermann Kocher ausführlich dargestellt worden, HERMANN KOCHER, «Rationierte Menschlichkeit», Chronos, Zürich, 1996, pg. 95 ff.

⁵¹ Einige schweizerische Beamte erteilten bewusst und entgegen den Vorschriften Visa an Flüchtlinge. Vgl. hierzu Bergier-Bericht, Kap. 4.2.3

zerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) zu erklären, dass er für den Unterhalt der jüdischen Flüchtlinge aufkommen wolle⁵², daneben befasste sich besonders die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe intensiv mit der Betreuung; beides wurde in Österreich rasch bekannt, so dass der Flüchtlingsstrom nur umso mehr anschwell⁵³.

Im Hochsommer 1938 verschärfte sich die Lage durch eine aus deutscher Sicht konsequente und damals auch schon lange erwartete administrative Massnahme Deutschlands: Eine Verordnung vom 22. Juli 1938 hob die Ausstellung österreichischer Pässe auf den 15. August 1938 auf, und schrieb vor, die bereits ausgestellten österreichischen Pässe sollten durch deutsche Pässe ersetzt und am 1. Januar 1939 ungültig werden. Bern stand vor der Tatsache, dass ab 1. Januar 1939 sämtliche Juden bisher österreichischer Staatsangehörigkeit von solchen deutscher Staatsangehörigkeit an ihren Pässen gar nicht mehr unterschieden werden konnten; die Absicht der Polizeiabteilung des EJPD, insbesondere österreichische Juden nicht einreisen zu lassen, weil man diese mehrheitlich für «besonders unerwünschte» sogenannte «Ostjuden» hielt, konnte nicht mehr zum Ziel führen. Obwohl es im Rückblick nicht einleuchtet, warum es damals noch hätte sinnvoll sein sollen, zwischen deutschen und österreichischen Juden zu unterscheiden, wurde dies von Bern zunächst noch angestrebt. Im Laufe des Sommers 1938 kam es zu einem geradezu hektischen Austausch von diplomatischen Kontakten der Schweiz mit der

⁵² Auf die grosszügige Hilfe, welche die schweizer Juden ihren in die Schweiz geflohenen Glaubensgenossen damals geleistet haben, kann, um der Kürze willen, in dieser Studie nicht eingegangen werden.

⁵³ Bericht Ludwig, pg. 83

nationalsozialistischen Regierung in Berlin; deren Details⁵⁴ nachzuzeichnen brächte wenig Gewinn und würde den Blick auf das Wesentliche verstellen: Die Schweiz konnte trotz aller Versuche, eine sehr rigorose Grenzkontrolle durchzuhalten, den Zustrom von Flüchtlingen nicht verhindern, sie begehrte deshalb eine Kennzeichnung der deutschen Pässe, derart, dass Auswanderer, und insbesondere Juden, von gewöhnlichen Reisenden, wie Touristen und Geschäftsleuten, unterschieden werden könnten. Alle Erörterungen darüber mit Berlin ergaben keine funktionsfähige Lösung; insbesondere fand man auch deshalb keine Lösung, weil Berlin diesem Begehren ablehnend gegenüberstand: Deutschland wollte damals noch, dass möglichst viele Juden auswanderten; und weil viele andere Länder, wie wir später darstellen werden gar nicht etwa nur die Schweiz, keinen Zustrom deutscher Juden wünschten, hätte eine deutliche Kennzeichnung der Pässe die Auswanderung der Juden behindert, sie war also gar nicht im Interesse Deutschlands. Endlich verfügte der Bundesrat, quasi als Notmassnahme, am 19. August 1938, Personen mit österreichischen Pässen, die ohne das verlangte Visum einreisten, zurückzuweisen bzw. über die Grenze zurückzuschicken. Im Hinblick auf die von Deutschland vorgesehene Umstellung österreichischer auf deutsche Pässe beschloss der Bundesrat schliesslich, nach verschiedenen Kontakten mit Berlin, am 30. August 1938 auf Antrag der Polizeiabteilung und des EJPD, das schweizerisch-deutsche Abkommen vom Januar 1926 über den gegenseitigen visumsfreien Reiseverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz auf den vertraglich vorgesehenen Termin, d.h. unter Einhaltung der Kündigungsfrist von

⁵⁴ Sie sind im Bericht Ludwig auf pg. 85 ff. leicht zu finden.

wenigen Monaten, zu künden: Eine allgemeine Visumpflicht für alle Deutschen hätte Bern die Möglichkeit gegeben, jeden Einreisefall einzeln zu regeln. Natürlich wollte man eigentlich beidseitig keine Wiedereinführung der Visumpflicht: Beide Länder wollten keine Behinderung des normalen Reiseverkehrs, und Deutschland fürchtete zudem bei einer Neueinführung der Visumpflicht durch die Schweiz eine diskriminierende politische Signalwirkung auf das übrige Ausland^{55,56}. Für die Schweiz hätte das ganze nur einen Sinn gehabt, wenn sie nun ihrerseits von deutschen Passinhabern einen «Ariernachweis» verlangt hätte, was Bern wohl peinlich gefunden, aber trotz des daraus entstehenden bürokratischen Umtriebs doch akzeptiert hätte: «Ich denke mir, dass wir von ihnen den Ariernachweis verlangen müssen. Das kann natürlich zu ziemlich häufigen Korrespondenzen führen», schrieb Rothmund an die Abteilung für Auswärtiges⁵⁷. Deutschland wollte andererseits natürlich nicht, dass seine Staatsbürger von Ausländern – Schweizer Beamten – gefragt würden, ob sie Juden seien; von sehr vielen, ja wohl von den meisten Deutschen wäre diese Frage zu jener Zeit als eine Beleidigung oder wenigstens als Schikane aufgefasst worden. Der schweizerische Bundesrat wollte seinerseits keinesfalls eine Aktion, welche das an und für sich schon gespannte Verhältnis⁵⁸ zu Deutschland noch

⁵⁵ Bergier-Bericht, pg. 81

⁵⁶ In der Schweiz hatten die Bundesräte Baumann, Motta und Etter «Zweifel an der Notwendigkeit des Visums und fürchteten Auswirkungen auf den Fremdenverkehr»; die Bundesräte Minger und Obrecht waren anderer Meinung; Bergier-Bericht, pg. 81

⁵⁷ Bericht Ludwig, pg. 111

⁵⁸ Ursache von Spannungen war u.a. der Beschluss des Bundesrates, nach der Ermordung von Wilhelm Gustloff (1936), des Leiters der Landesgruppe Schweiz der «Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei» (NSDAP), eine solche Landesgruppe nicht mehr zuzulassen.

mehr belasten würde. Abgesehen von der Polizeiabteilung des EJPD hatten beide Länder im Grunde genommen kein echtes Interesse an der Wiedereinführung der allgemeinen Visums-pflicht.

Die weitere Entwicklung der Passfrage unterlag nun aber bereits einer eigentlichen Eigendynamik, man war auf dem Wege zum «Judenstempel»: Mit Wirkung auf den 1. Januar 1939 hatte die deutsche Regierung nämlich bereits am 17. August 1938, also vor der Kündigung des Visumsabkommens durch die Schweiz, beschlossen⁵⁹, dass deutsche Juden den zusätzlichen Vornamen *Israel*, dass Jüdinnen den zusätzlichen Vornamen *Sara* annehmen müssten⁶⁰. In einer Notiz über eine Besprechung mit dem deutschen Gesandten Otto Köcher schrieb Rothmund, Köcher habe ihn gefragt, ob die Schweiz auf das Visum verzichten würde, wenn die Passinhaber ausdrücklich als Juden bezeichnet würden. «Ich antwortete ihm, *technisch*⁶¹ sei das gewiss möglich, wir müssten aber dann das Visum wieder einführen für Juden. Ob das Politische Departement und der Bundesrat eine solche Massnahme billigen könnten, sei allerdings fraglich»⁶².

⁵⁹ Bericht Ludwig, pg. 109

⁶⁰ Ich erinnere mich deutlich daran, dass ich, damals 12-jährig, erstaunt war, als ich davon erfuhr; was dahinter steckte verstand ich nicht; ich wusste bis dahin wohl kaum, was der Unterschied zwischen Juden und Nicht-Juden ist, denn das war in meinem Elternhaus kein Thema und es war erstaunlicherweise auch in dem Berliner Lessing-Gymnasium, welches ich besuchte, in der dritten Klasse (der «Quarta») kein Unterrichtsgegenstand. Besonders verwirrend war die Sache für mich, weil die Schwester meiner Zürcher Grossmutter Sara hiess (Frau Sara de Chambrier-Rieter).

⁶¹ Das Wort «technisch» ist in Rothmunds Originalnotiz unterstrichen (Bericht Ludwig, pg. 112).

⁶² Bericht Ludwig, pg. 112

Die Frage der Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber Deutschland wurde bei näherem Hinsehen für beide Seiten immer unbequemer: Wenn die Schweiz etwa von deutschen Staatsbürgern «Ariernachweise» verlangen würde, dann würde Deutschland von schweizer Staatsbürgern «Ariernachweise» verlangen; wenn die Schweiz nur Juden der Visumpflicht unterstellen würde, dann würde Deutschland die schweizer Juden der Visumpflicht unterstellen, was Bern – es muss betont werden – unter keinen Umständen akzeptieren wollte. Immerhin behielt sich die deutsche Regierung die Einführung einer Visumpflicht für schweizer Juden vor, wovon sie später allerdings keinen Gebrauch machte. Die schweizerische Zustimmung zu diesem deutschen Vorbehalt war aber im Grundsatz eine sehr unschöne politische Konzession zu Lasten der schweizer Juden.

Die Frage der Wiedereinführung der Visumpflicht war unlösbar, weil es keinen gemeinsamen Standpunkt gab; das Problem löste sich dann aber quasi von selbst, als Rothmund auf Vorschlag des deutschen Gesandten Köcher und mit Billigung des Vorstehers des Politischen Departementes⁶³, jedoch mit eher bedenklichem Zustimmung⁶⁴ des EJPD⁶⁵, nach Berlin entsandt wurde, um an Ort und Stelle mit den deutschen Behörden zu verhandeln. Das Ergebnis war überraschend und sehr simpel: Die Deutschen erklärten gleich vorab zu Beginn der Besprechungen, sie benötigten für innerdeut-

⁶³ Vorsteher des Eidg. Politischen Departementes war Bundesrat Guiseppe Motta, Bundesrat von 1912 bis 1940

⁶⁴ «(...) das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement, qui a eu un peu de peine à s'y resigner». Bericht Ludwig, pg. 124

⁶⁵ Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes war Bundesrat Johannes Baumann, Bundesrat von 1934 bis 1940

sche Zwecke einen Ausweis, der Nicht-Arier ausdrücklich bezeichne; für das Inland sei dazu die sogenannte «Kennkarte»⁶⁶ geplant, für Reisen ins Ausland sei vorgesehen, in den Pässen auf der ersten Seite links oben für Juden ein Kennzeichen einzusetzen in Form eines Kreises mit zwei cm Durchmesser, in dem ein J eingesetzt werde. Rothmund hält in seinem ausführlichen Bericht fest, dass diese für ihn ganz neue Situation es der schweizerischen Delegation erlaubt habe, auf die Wiedereinführung der Visumpflicht zu verzichten⁶⁷. Rothmund wies in seinem Bericht jedoch darauf hin, dass er gegen eine nur gegen Juden gerichtete Massnahme Bedenken habe; der Bundesrat müsse befinden, ob er das akzeptieren wolle⁶⁸. Der Bundesrat nahm vom ausführlichen Bericht Rothmunds⁶⁹ in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1938 einstimmig und zustimmend Kenntnis und verfügte, dass die Einreise nicht-arischer deutscher Staatsangehöriger nur noch erlaubt sein sollte, wenn diese ein schweizerisches Einreisevisum vorweisen konnten. Die deutschen Behörden erliessen bereits am 5. Oktober 1938 eine entsprechende Verordnung über die Kennzeichnung der Reisepässe von Juden «mit einem vom Reichsminister des Innern bestimmten Merkmal». Rothmund hatte sich bis zuletzt für einen allgemeinen Visumszwang für alle Deutschen eingesetzt, entgegen der Auffassung des Bundesrates und der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin; er hatte «bis zuletzt Gewissensbisse»⁷⁰, was Bundesrat Motta

⁶⁶ Gemeint ist eine Identitätskarte

⁶⁷ Gemäss Bergier-Bericht, pg. 83-85, ist das «J» als «der Judenstempel» in den Berliner Besprechungen vom 7.-9. September 1938 als «geeignet» befunden worden.

⁶⁸ Bericht Ludwig, pg. 128

⁶⁹ Nachzulesen im Bericht Ludwig, pg. 124 ff.

⁷⁰ Bergier-Bericht, pg. 85

veranlasste, in einer Notiz (...) zu schreiben: «Der Bundesrat heisst das Abkommen mit Deutschland einstimmig gut. (...) Herr Rothmund kann sich seiner kleinen Skrupel, die ihn noch quälen, also geruht entledigen.»⁷¹

Man war also im Herbst 1938 beim Judenstempel angelangt; warum die deutschen Behörden im August 1938 einen Sinneswandel vollzogen haben, ist unbekannt: Eigentlich wollte Deutschland damals die Vertreibung und Auswanderung der dort ansässigen aber unerwünschten Juden fördern, aber der Judenstempel in den Pässen behinderte deren Auswanderung, er war also aus damaliger deutscher Sicht kontraproduktiv. Ob die an der Sitzung mit Rothmund vorgebrachte deutsche Begründung, man brauche die Kennzeichnung der Juden in ihren Ausweisen zur Durchführung der «Nürnberger Gesetze», die wirkliche Begründung war, ist auf Grund der Akten im Bericht Ludwig nicht zu beurteilen. Ob vielmehr andererseits das Drängen der Schweiz, eine Einwanderungskontrolle von Juden durchführen zu können, die deutsche Entscheidung provoziert oder wenigstens gefördert oder angeregt hat, weil Berlin auf jeden Fall die Wiedereinführung des Visumpflicht vermeiden wollte, ist in den im Bericht Ludwig publizierten Dokumenten ebenfalls nicht feststellbar; immerhin ist es wahrscheinlich; auch der Bergier-Bericht kommt zur Schlussfolgerung, dass nicht schlüssig nachweisbar sei, «wer von beiden – die Deutschen oder die Schweizer – zuerst die

⁷¹ Bundesrat Motta an Pierre Bonna, Leiter der Abteilung für Auswärtiges, am 4. Oktober 1938, Bergier-Bericht, pg. 85; Original des Zitats in französischer Sprache. Auf Vorschlag Rothmunds und auf Ersuchen des Politischen Departementes verzichtete Ludwig 1957 in seinem Bericht mit Rücksicht auf das Andenken an Bundesrat Motta auf die Wiedergabe des Zitats.

Kennzeichnung der Pässe deutscher Juden durch den «J»-Stempel vorgeschlagen hat». ⁷² Jedenfalls hatte der Bundesrat Berlin wissen lassen, dass von der allgemeinen Visumpflicht Abstand genommen werden könne, wenn Berlin eine befriedigende Lösung vorschläge. Das war ein Signal aus Bern, welches zu Verhandlungen einlud ⁷³, aber ich meine, dass man doch nicht sagen könne, Rothmund (d.h. die Schweiz) habe «den Judenstempel erfunden», und dies deshalb nicht, weil die Einführung der zusätzlichen Vornamen *Israel* und *Sara*, die zudem in den deutschen Pässen jüdischer Personen rot unterstrichen sein sollten, von den deutschen Behörden, ohne Rücksprache mit der Schweiz, schon sechs Wochen vor den Berliner Verhandlungen Rothmunds vom 27/29. September 1938, nämlich am 17. August 1938, beschlossen worden war, was ja de facto bereits die «Einführung eines Judenstempels» war ⁷⁴. Wir werden weiter unten sehen ⁷⁵, dass Deutschland mit dem Vorschlag, die Pässe von jüdischen Auswanderern besonders zu kennzeichnen, bereits fünf Monate früher, im April 1938, in London vorstellig geworden und abgewiesen worden war; der Vorschlag eines besonderen Kennzeichens für Juden ist also deutschen Ursprungs, und nicht eine Idee Rothmunds. Es ist allerdings schwer nachvollziehbar, warum Bern, nach dem deutschen Beschluss, Juden und Jüdinnen in ihren Pässen durch die zusätzlichen Vornamen *Israel* und *Sara* zu kennzeichnen, in dieser Sache

⁷² Bergier-Bericht, pg. 75 ff.

⁷³ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 62

⁷⁴ Einer der in den schweizerisch-deutschen Besprechungen vorgebrachten Einwände dagegen, diese Vornamen als Kennzeichnung gelten zu lassen, war die Befürchtung, die rote Unterstreichung könnte mit schwarzer Tinte überdeckt werden.

⁷⁵ Vgl. Abschnitt 6.3.3.1

überhaupt noch mit Berlin verhandelte: Bern hätte auf der Wiedereinführung des Visums für alle deutschen Staatsbürger beharren sollen. Eigentlich ist das Nachgeben Berns in dieser Sache und die Zustimmung des Bundesrates zur Einführung des Judenstempels in den Pässen deutscher Juden nur erklärbar, wenn man sich klar macht, dass diese Verhandlungen der Schweiz mit Berlin gleichzeitig mit dem Höhepunkt der Sudetenkrise stattfanden: Am gleichen Tage, an welchem Rothmund seine Verhandlungen in Berlin abschloss, am 29. September 1938, begann um die Mittagszeit in München die Konferenz der Regierungschefs Englands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands, die zum Nachgeben der Westmächte, zum Münchner Abkommen und zum deutschen Einmarsch in das tschechische Sudetengebiet führte. Die höchst brisante Krisenlage im September 1938 hat mit Sicherheit das Handeln Berns beeinflusst; der Bundesrat wollte offenbar jede zusätzliche Verstimmung Berlins vermeiden. Es wäre naiv, zu meinen, Bern hätte gerade in dem Zeitpunkt gegenüber Berlin unnachgiebig bleiben sollen, in welchem London und Paris in der Sache des Sudetengebietes nachgaben und in München eine «Appeasement-Politik» verfolgten, um Hitler zu besänftigen. In summa muss aber festgestellt werden, dass der in Berlin sehr nachdrücklich vorgetragene schweizerische Wunsch nach einer Möglichkeit, die Einreise deutscher und österreichischer jüdischer Staatsbürger zu kontrollieren, und das Nachgeben in der Frage der Wiedereinführung der Visumspflicht für alle deutschen Staatsbürger die Einführung des Judenstempels geradezu herausgefordert hat. Lasserre stellt deshalb pointiert fest: «Cette solution commode était une capitulation morale et politique qui soumettait la Confédération aux lois allemandes et l'assujettissait aux critères de son nouveau

droit puisque c'est les lois de Nuremberg qui définissent le Juif»⁷⁶; und NR Dr. Hans Oprecht sagte 1957, nach Erscheinen des Ludwig-Berichtes, vom Judenstempel, dieser sei «die Übernahme des nationalsozialistischen Gedankengutes in Bezug auf die Einteilung der Bürger in Herrenmenschen und rechtlose Juden durch die schweizerischen Behörden» gewesen⁷⁷. Es wäre aber zu einfach, Rothmund als einem «Sündenbock» die alleinige Verantwortung für die schweizerische Unterstützung dieser Aktion zuzuschreiben: Rothmund wollte die Visumpflicht für alle deutschen Staatsbürger, gezielte Massnahmen gegen Juden lehnte er ab⁷⁸. Vielmehr war der Bundesrat als Gesamtbehörde verantwortlich⁷⁹; auf den Aspekt der Verantwortung wird weiter unten ausführlich zurückzukommen sein. Im Übrigen muss jede Wertung berücksichtigen, dass Deutschland wie erwähnt dem britischen Foreign Office schon im April 1938, gleich nach dem Anschluss Österreichs, die Kennzeichnung der Pässe jüdischer Emigranten vorgeschlagen hatte⁸⁰, weil bei der Einreise von Flüchtlingen in Grossbritannien genau das gleiche Problem entstanden war; daraus ist zu schliessen, dass die Idee besonders gekennzeichnete Ausweispapiere für jüdische Flüchtlinge in Berlin entstanden ist.

Die Einführung der besonderen Kennzeichnung der Pässe von Juden wurde im Herbst 1938 im Parlament von den National-

⁷⁶ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 62

⁷⁷ Zitiert von JACQUES PICARD, «Die Schweiz und die Juden», Chronos, Zürich, 1994, pg. 151

⁷⁸ Hierzu ausführlich der Bergier-Bericht, pg. 85

⁷⁹ ALFRED CATTANI teilt diese Auffassung, in «Schuld und Verstrickung», NZZ, 5. Mai 1998, pg. 17

⁸⁰ A. J. Sherman, a.a.O., pg. 89

räten Trümpy (Glarus) und Guido Müller (Biel) äusserst kritisch kommentiert. Der letztere wies darauf hin, dass in Deutschland bereits gedroht werde, alle Juden umzubringen, er kritisierte, dass «neudeutsche Gedankengänge auch bei einzelnen Stellen der Bundesverwaltung Platz gegriffen hätten»⁸¹. Bundespräsident Baumann, damals Vorsteher des EJPD, verteidigte den Beschluss des Bundesrates mit der grossen Anzahl zuströmender jüdischer Flüchtlinge und mit der «Sorge um die Abwehr gegen die Überfremdung unseres Landes und die Belastung unseres Arbeitsmarktes zum Nachteil unserer eigenen Landsleute»⁸².

Ich habe die Einführung des Judenstempels und die Frage der Einführung des Visumszwangs durch die Schweiz für jüdische Auswanderer aus Deutschland und Österreich hier ausführlich dargelegt, weil sie in allen Erörterungen über die damalige schweizerische Flüchtlingspolitik eine grosse Rolle spielt^{83,84}; meistens erhält sie dadurch ein meines Erachtens zu grosses Gewicht, denn die viel bedeutendere und gravierendere Fehlbeurteilung der Lage durch die für die schweizerische Flüchtlingspolitik verantwortlichen Beamten und Politiker war, wie weiter unten dargelegt werden wird, eine andere, zeitlich viel später liegende.

⁸¹ Bericht Ludwig, pg. 137

⁸² Bericht Ludwig, pg. 140

⁸³ Auch im Bergier-Bericht

⁸⁴ Sehr ausführlich dazu GEORG KREIS, «Die Rückkehr des Judenstempels, Zur Geschichte einer schwierigen Vergangenheitsbewältigung», Chronos, Zürich, 2000. Kreis befasst sich hier vor allem, ja fast ausschliesslich mit der schweizerisch-innenpolitischen Nachgeschichte der Einführung des Judenstempels.

Nach den deutschen Pogromen im November 1938, nach der sogenannten «Kristallnacht», verschärfte sich die Situation der Juden in Deutschland drastisch und der Auswanderungsdruck erhöhte sich. Verschiedene andere Länder erschwerten für Juden die Zureise oder machten sie unmöglich, und dies umso mehr, weil die Flüchtlings-Konferenz von Evian im Juli 1938 ergebnislos geblieben war: Keines der dort vertretenen Länder hatte sich zu einer grosszügigen Flüchtlingspolitik bereit erklären wollen; das führte im Endeffekt überall zu einer Verhärtung der Flüchtlingspolitik, also zum genauen Gegenteil dessen, was in Evian hätte erreicht werden sollen. Der Bundesrat beschloss am 20. Januar 1939 auf Vorschlag der Polizeiabteilung den Visumszwang für alle Auswanderer, gleich aus welchen Ländern diese herkamen; nach dem deutschen Überfall auf die Tschechoslowakei und der Errichtung des sogenannten «Protektorats Böhmen-Mähren» am 15. März 1939 wurde der Visumszwang auch für alle Inhaber tschechoslowakischer Pässe eingeführt. Damit hatte der «Judenstempel» nur wenige Monate nach seiner Einführung für die Polizeiabteilung seinen ursprünglichen Zweck schon weitgehend verloren.

Bei Kriegsausbruch hielten sich etwa 7'000-8'000 Flüchtlinge in der Schweiz auf, darunter waren etwa 5'000 Juden, die bis dahin keine Möglichkeit zur Weiterwanderung gehabt hatten⁸⁵. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 3. Septem-

⁸⁵ Bericht Ludwig, pg. 164. Aus den Zahlen von Jacques Picard und Guido Koller ergibt sich eine etwas höhere Zahl für die bei Kriegsausbruch in der Schweiz anwesenden jüdischen Flüchtlinge. Es wird häufig von ca. 10'000 jüdischen Flüchtlingen gesprochen, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Schweiz aufgehalten haben. Der Bergier-Bericht meint auf pg. 86, dass nach

ber 1939 veränderte die Situation nochmals radikal: Der Bundesrat beschloss am 5. September 1939 die Einführung des Visumszwangs gegenüber allen Ausländern; ausserdem wurden alle im Lande befindlichen Ausländer aufgefordert, sich alsbald zu melden und um eine Aufenthaltsgenehmigung nachzusuchen. Das Justiz- und Polizeidepartement erliess für die Durchführung Weisungen und verlangte die Ausschaffung aller illegal Eingereisten; «die Ausschaffung sei oft hart; nur um diesen Preis aber könnten die illegalen Einreisen auf ein Minimum beschränkt werden»⁸⁶, hiess es. Auch die Gesandtschaften und die Konsulate erhielten die Weisung, Visa äusser in den dringendsten Fällen nur nach Rücksprache mit der Eidgenössischen Fremdenpolizei zu erteilen.

Das Resultat war, dass vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bis zum 30. Juni 1942 ein erstaunlich geringer Zustrom von Flüchtlingen die Schweiz erreichte, s. Tabelle 1.⁸⁷

der Annexion Österreichs die Zahl der Flüchtlinge auf 10'000 bis 12'000 angestiegen sei.

⁸⁶ Bericht Ludwig, pg. 171

⁸⁷ Ich benütze im Folgenden im Wesentlichen die Zahlen von Guido Koller und subsidiär diejenigen von André Lasserre; der Bergier-Bericht stellt ausschliesslich auf Koller ab.

Tabelle 1: Der Zustrom von Flüchtlingen in die Schweiz vom Kriegsausbruch bis zum 30. Juni 1942

Jahr	Quelle - ²	G. Koller ^{88,89}	A. Lasserre ^{90,91}
1939	1.9.- 31.12.	45	
1939	15.7.-31.12.		32
1940	ganzes Jahr	47	57
1941	ganzes Jahr	120	124
1942	1.1.-30.6.	346	567
Total	11/39-30.6.42	558	780

Zusammenfassend: Während der Zeit von der Annexion Österreichs im März 1938 bis zum Hochsommer (30. Juni) des Jahres 1942 lassen sich zwei Subphasen feststellen:

1. Während der Zeit der akuten Austreibung der Juden aus Deutschland und, nach dem Anschluss, aus Österreich kamen einige tausend Flüchtlinge in die Schweiz, teils illegal, teils legal; sehr viele von ihnen waren Juden, und viele wanderten weiter.

⁸⁸ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 87

⁸⁹ Auch der Bergier-Bericht benützt die Zahlen von Koller

⁹⁰ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 114

⁹¹ JEAN-CHRISTIAN LAMBELET, a.a.O., zitiert und benützt die von Lasserre 1995 genannten Zahlen.

2. Vom Beginn des Zweiten Weltkrieges bis zum Hochsommer 1942 gelangten (auf Grund der Summe der Zahlen von Koller) nur 558 Flüchtlinge in die Schweiz.
3. Die Zulassungspolitik des Bundesrates war durch äusserste Zurückhaltung bei den Bewilligungen und durch eine harte Zurückweisungspraxis ausgezeichnet; Hauptargumente waren die Angst vor der Überfremdung, die Angst vor Problemen auf dem Arbeitsmarkt, und ohne Zweifel auch die Angst vor einem starken Zustrom von jüdischen Flüchtlingen, insbesondere von sogenannten Ostjuden.

Im Zusammenhang mit der französischen Niederlage kamen 1940 französische und polnische Truppen in die Schweiz, später auch französische und polnische Kriegsgefangene, die hatten entweichen und aus Deutschland fliehen können; da in unserem Zusammenhang nur die schweizerische Flüchtlingspolitik gegenüber jüdischen Flüchtlingen interessiert, trete ich auf die Aufnahme militärischer Flüchtlinge nicht ein, sondern bemerke nur, dass Truppenteile oder Truppenangehörige nach den Regeln des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 zu internieren sind; entwichene Kriegsgefangene sind auf Grund eines Abkommens von 1929 in Freiheit zu belassen und dürfen heimreisen; da dies häufig, und besonders nach der Besetzung des bis dahin unbesetzten Teils Frankreichs ab November 1942, gar nicht mehr möglich war, mussten Ausnahmeregeln ad hoc gefunden werden. Was mit Dienstverweigerern und Deserteuren zu geschehen hat, entscheidet das Aufnahmeland, völkerrechtliche Regelungen liegen hierfür nicht vor.

4.4 Vom 1. Juli 1942 bis zum Zusammenbruch des Faschismus in Italien (bis zum 30. Juli 1943)

Ludwig berichtet: «Ab Frühjahr 1942 änderte sich dann die Situation vollkommen. Die Lage der Juden in den deutsch-besetzten Gebieten war schon vorher von Woche zu Woche schlimmer geworden. Keiner von ihnen wusste, ob er nicht weggeführt, als Geisel verhaftet oder unter irgendeinem Vorwand hingerichtet werde. Ereignete sich ein der Besatzungsbehörde missliebiger Vorfall, so richtete sich der Verdacht immer zunächst gegen die Juden. Versuche zur Flucht ins Ausland wurden als versuchte Aufnahme der Verbindung mit dem Feind bewertet und auf das Schwerste bestraft. Nachdem dann auch noch – zuerst in Holland und Belgien – die Verschickungen nach dem Osten eingesetzt hatten, verstärkte sich der Zudrang von Flüchtlingen nach der Schweiz noch mehr»; so schreibt Carl Ludwig über den Beginn der Deportationen der Juden aus Westeuropa⁹². Ganz offenbar begannen die Beschlüsse der berüchtigten «Wannsee-Konferenz» vom 20. Januar 1942 Realität zu werden, die Phase des Martyriums⁹³ und der Ermordung der europäischen, der polnischen und der russischen Juden hatte begonnen. Vom Frühjahr 1942 an wurden in einer unvergleichlichen Menschenjagd überall in den von Deutschland beherrschten Gebieten Juden aller Nationalitäten zusammengetrieben, in den Osten abtransportiert und einem grässlichen Schicksal zugeführt. Die in Deutschland schon im Jahre 1941, in den besetzten Gebieten 1942, eingeführte Vorschrift, dass Juden einen gelben Davidstern sichtbar auf ihren Kleidern zu tragen hatten, erleichterte den

⁹² Bericht Ludwig, pg. 189

⁹³ «le calvaire juif», ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 159

Häschern die Jagd. Das Vichy-Regime kollaborierte, durchkämmte Dörfer, Städte und bestehende Konzentrationslager und lieferte Juden aller Nationalitäten, auch Franzosen, aus dem unbesetzten Frankreich aus; ähnliches geschah in Belgien und besonders scheusslich⁹⁴ Holland.

Der Flüchtlingsstrom in die Schweiz schwoll dementsprechend stark an; im Mai 1942 kamen 132, im Juni 183, im Juli 248; allein in den wenigen Tagen vom 28. Juli 1942 bis zum 11. August 1942 flohen 293 Menschen illegal in die Schweiz, mehr als im ganzen ersten Quartal dieses Jahres⁹⁵. Bern geriet in Panik. Im Auftrag der Polizeiabteilung erstattete deren Mitarbeiter Dr. R. Jezler Ende Juli 1942 einen Lagebericht⁹⁶, welchen Rothmund seinem Departementschef, nunmehr Bundesrat Eduard von Steiger⁹⁷, zukommen liess. Aus dem Bericht Jezler und dem Begleitschreiben Rothmunds geht hervor, dass die verzweifelte und höchst bedrohliche Lage der Juden in den von Deutschland besetzten Ländern zwar deutlich erkannt wurde, dass aber trotzdem eine weiterhin sehr restriktive Aufnahmepraxis für richtig gehalten wurde, «als geboten erschien», wie es heisst, und dem Bundesrat empfohlen wurde: Man habe bisher eine grosszügige Haltung eingenommen, schrieb Rothmund an von Steiger, der in den Ferien war, man habe den Art. 9 des Bundesratsbeschlusses vom 17. Oktober 1939 zwar bisher, ohne den Bundesrat formell zu fragen, nur large befolgt, nach Meinung Rothmunds «sollte der Artikel

⁹⁴ RAUL HILBERG, «Die Vernichtung der Europäischen Juden, Die Gesamtgeschichte des Holocaust», Olle & Wolter, Berlin, 1982, pg. 397

⁹⁵ Bericht Ludwig, pg. 189

⁹⁶ Nachzulesen im Bericht Ludwig, pg. 190 ff.

⁹⁷ Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes war nun Bundesrat Eduard von Steiger, Bundesrat von 1940 bis 1951

aber jetzt angewendet werden»⁹⁸. Dieser Art. 9 schrieb vor, «Ausländer, die rechtswidrig in die Schweiz kämen, ohne Weiteres in das Land auszuschaffen, aus dem ihre Ausreise erfolgt war oder dem sie angehörten»⁹⁹.

Der Bundesrat¹⁰⁰ beschloss am 4. August 1942 entsprechend Rothmunds Antrag; die bisher nur ausnahmsweise durchgeführte Anwendung des Art. 9 wurde vom Bundesrat zwar nachträglich abgesegnet, jedoch für die Zukunft ein härterer Kurs vorgeschrieben; künftig müssten in vermehrtem Masse Rückweisungen stattfinden, «auch wenn den davon betroffenen Ausländern daraus ernsthafte Nachteile (Gefahren für Leib und Leben) erwachsen können», befand der Bundesrat¹⁰¹. Die Polizeiabteilung erliess am 13. August 1942 ein entsprechendes Kreisschreiben, mit der Weisung, Art. 9 wiederum strenger anzuwenden, dabei allerdings Deserteure, entwichene Kriegsgefangene, andere Militärpersonen, und politische Flüchtlinge weiterhin nicht zurückzuweisen; aber «Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z.B. Juden, gelten nicht als politische Flüchtlinge»¹⁰², hiess es weiterhin ausdrücklich.

⁹⁸ Bericht Ludwig, pg. 203

⁹⁹ Bericht Ludwig, pg. 170

¹⁰⁰ Wegen der Ferienzeit konnte keine Sitzung des vollständigen Bundesrates stattfinden; den Entscheid fällten die Bundesräte von Steiger oder sein Stellvertreter als Chef des EJPD, Bundesrat Celio, und Bundespräsident Etter. ANDRÉ LASERRE, a.a.O., pg. 161. Bundesrat von Steiger erinnert sich, er sei selbst anwesend gewesen; Bericht Ludwig, Stellungnahme von Steiger, pg. 383. Der Bergier-Bericht sagt (pg. 93), der Beschluss sei am 4. August 1942 «per Präsidialverfügung» genehmigt worden, ein allfälliges Gespräch innerhalb des Gesamtbundesrates zu diesem Thema sei nicht nachgewiesen.

¹⁰¹ Bericht Ludwig, pg. 204; der BRB machte sog. «Schlepper und Fluchthelfer» für die steigenden Flüchtlingszahlen verantwortlich, was an der Situation vorbei ging: Warum hätten in grösster Angst befindliche Flüchtlinge nicht für den rettenden illegalen Grenzübergang wegekundige Führer benötigen sollen!

¹⁰² Bericht Ludwig, pg. 205

Wegen der Ferienabwesenheit des Departementschefs erliess Rothmund dieses Kreisschreiben auf eigene Verantwortung, von Steiger erklärte aber später am 18. September 1942 gegenüber der Vollmachtenkommission des Nationalrates sein ausdrückliches Einverständnis¹⁰³.

Auf Ersuchen des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) fand am 20. August 1942 eine Sitzung von dessen Zentralkomitee mit Rothmund statt, an welcher «auf die Scheusslichkeiten hingewiesen [wurde], die sich bei den Deportationen ergaben, und auf das fürchterliche Schicksal, das die Deportierten im Osten erwartete»¹⁰⁴. Mit der Bemerkung, «es fehle nicht an Gerüchten, die so grauenhaft sind, dass man ihnen nicht Glauben schenken kann», wies der Präsident des SIG, Saly Braunschweig¹⁰⁵, bereits zu diesem Zeitpunkt darauf hin, dass Juden durch Vergasen getötet wurden. «Nach einer Mitteilung des Primas von Polen sollen in den letzten Monaten über 700'000 Juden erledigt worden sein»^{106,107}. Rothmund suchte die Weisungen vom 13. August 1942 mit dem Hinweis auf das Landesinteresse und das Interesse der bereits anwesenden Flüchtlinge zu rechtfertigen; eine Aufhebung der Weisung vom 13. August komme nicht in Frage, war seine Antwort¹⁰⁸.

¹⁰³ Bericht Ludwig, pg. 206

¹⁰⁴ Bericht Ludwig, pg. 208

¹⁰⁵ Bericht Ludwig, pg. 235, ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 165

¹⁰⁶ Bericht Ludwig, pg. 235

¹⁰⁷ Wegen des Zeitpunktes könnte es sich bei dieser Mitteilung um einen Hinweis auf das Abführen der Juden aus dem Warschauer Ghetto gehandelt haben.

¹⁰⁸ Bericht Ludwig, pg. 208

Die weitere Politik gegenüber jüdischen Flüchtlingen im Jahre 1942 ist gekennzeichnet durch ein Hin und Her zwischen kleinen Erleichterungen¹⁰⁹ – das Kreisschreiben vom 25. August 1942 an die Kantone gestattete, «die Anordnungen über die direkte Zurückweisung von Flüchtlingen vorläufig etwas zu lockern»¹¹⁰» – und Ermahnungen zu unverändert strenger Handhabung der Rückweisungsvorschriften: Die Weisung vom 26. September 1942 hielt daran fest, dass Flüchtlinge nur aus Rassegründen keine politischen Flüchtlinge seien, dass zudem französische Juden ausnahmslos zurückzuweisen sein, da ihnen in ihrer Heimat keine Gefahr drohe¹¹¹. Der Dezember 1942 brachte ein erneutes Anschwellen des Flüchtlingsstromes, einerseits kamen weiterhin zahlreiche Juden, die der deutschen Verfolgung zu entrinnen suchten; nach der Besetzung des bisher unbesetzten Teils von Frankreich im November 1942 verschärften sich die Judenverfolgungen in Vichy-Frankreich. Es kamen auch viele junge Franzosen: Ab Spätherbst 1942 begann in Frankreich die Aushebung von Männern, die wegen des Arbeitskräftemangels in Deutschland zum obligatorischen Arbeitsdienst dorthin geholt wurden. Diesem Frondienst für den Feind und den damit verbundenen Entbehrungen und Gefahren wollten sich viele entziehen. Diese Situation veranlasste die Polizeiabteilung, zu ihrer noch weiter verschärften Weisung vom 29. Dezember 1942; noch immer

¹⁰⁹ Ausgelöst durch eine gemeinsame Vorsprache von Gertrud Kurz und dem Banquier Paul Dreyfus-de Günzbourg am 23. August 1942 bei Bundesrat von Steiger an dessen Feriendomizil in Le Mont-Pèlerin. Auch der Präsident des Schweiz. Evangelischen Kirchenbundes, Alphons Koechlin, intervenierte bei Bundesrat von Steiger, Hermann Kocher, a.a.O., pg. 227 ff., Bergier-Bericht, pg. 96

¹¹⁰ Bericht Ludwig, pg. 210

¹¹¹ Bericht Ludwig, pg. 223

waren «Flüchtlinge nur aus Gründen der Rassenverfolgung nicht als politische Flüchtlinge (...) zu betrachten»¹¹². Das empörte in der Öffentlichkeit¹¹³, besonders auch deshalb, weil diese neue Weisung des EJPD solchen Flüchtlingen, denen es gelungen war auf schweizer Boden zu gelangen, verbot, mit Bekannten, Verwandten oder diplomatischen Vertretungen in Kontakt zu treten oder auch nur zu telefonieren: Die Polizeiabteilung befürchtete, dass solche Kontakte Interventionen auslösen könnten, die eine Ausschaffung hätten verhindern können¹¹⁴.

Die Politik des EJPD blieb keineswegs unumstritten. In der Flüchtlingsdebatte des Nationalrates im Herbst 1942 gab es – neben den offiziellen zustimmenden Äusserungen der drei grossen bürgerlichen Parteien¹¹⁵ – auch sehr kritische Stimmen, aus eben diesen Parteien, sowie aus der Sozialdemokratischen Partei und von anderen Parteien. Mitglieder bürgerlicher und sozialistischer Fraktionen wie Maag, Rittmeyer, Oeri, Muschg, Bringolf, Meierhans, Graber hielten dem Argument der Staatsraison entgegen, wesentlicher Bestandteil der schweizerischen Staatsraison sei eben gerade die Tradition des Asylrechts. Und auf das Argument der Nahrungsknappheit, die der bundesrätliche Sprecher als Gefahr auf lange Sicht hingestellt hatte, antwortete Albert Oeri mit der Frage: «Müssen wir grausam sein in der Gegenwart um einer unsicheren Zukunft willen (...). Müssen wir Mitmenschen, die

¹¹² Bericht Ludwig, pg. 231

¹¹³ Bericht Ludwig, pg. 229, Fussnote 3

¹¹⁴ Bericht Ludwig, pg. 229

¹¹⁵ Freisinnig-Demokratische Partei, Katholisch-Konservative Partei, Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei

uns um Erbarmen anflehen, ins Elend und in den Tod stossen, weil es uns vielleicht später auch einmal schlecht gehen kann?»¹¹⁶. Als weiteres Beispiel sei die vehemente Kritik des St. Galier Freisinnigen Ludwig Rittmeyer erwähnt, der die Stellungnahme der bürgerlichen Bundesratsparteien einem eigentlichen Verriss unterzog¹¹⁷. Auch in der Presse gab es – soweit es die Zensur zuliess – sehr deutliche, ja zum Teil heftige Kritik, besonders nach dem Erlass der Vorschrift vom 29. Dezember 1942, welche nochmals stipuliert hatte, dass Flüchtlinge aus Rassegründen nicht als politische Flüchtlinge zu betrachten sein. Zu viele Nachrichten über die grausamen Deportationen waren in die Schweiz gelangt, und ebenso wurde zu deutlich erkannt, welchem fürchterlichen Schicksal die Deportierten entgegengingen, als dass alle hätten schweigen wollen; solche Nachrichten kamen aus vielerlei Quellen¹¹⁸, so von den schweizerischen Konsuln in Köln, Rom, Bukarest, vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund, von Gerhart M. Riegner, dem Vertreter des jüdischen Weltkongresses in Genf, aus kirchlichen Kreisen, von der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, von jüdischen Hilfsorganisationen. Auch waren die Beobachtungen von Mitgliedern der schweizerischen Ärztemissionen, die im Oktober 1941 und im ersten Quartal 1942 an der deutschen Ostfront gewesen waren und als Augenzeugen über die Ausrottung von Juden berichteten, nicht unbekannt geblieben¹¹⁹. Am 27. Februar 1942 hatte Jean Ro-

¹¹⁶ EDGAR BONJOUR, a.a.O., Bd. VI, pg. 25

¹¹⁷ ALFRED HÄSLER, a.a.O., pg. 167; viele der kritischen Stimmen sind in Häslers Buch wörtlich zitiert.

¹¹⁸ Siehe dazu auch den Bergier-Bericht, pg. 88 ff.

¹¹⁹ DANIEL HELLER, «Eugen Bircher, Arzt, Militär, Politiker», Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 1990, pg. 196 ff. Insbesondere der Missionsteilnehmer Dr. Rudolf Bucher berichtete über das Gesehene in Vorträgen vor halb

dolphe von Salis in seiner Wochenchronik auf die von Hitler verkündete deutsche Absicht, die Juden auszurotten, hingewiesen¹²⁰. Auch war die Erklärung bekannt, welche der britische Aussenminister Anthony Eden am 17. Dezember 1942 vor dem Unterhaus abgegeben hatte¹²¹. Und es gab in unserem Land viele «furchtlose Mahner»¹²²: Der prominenteste unter den Kritikern war vielleicht Nationalrat Albert Oeri¹²³, aber er war keineswegs der einzige, da waren noch die Nationalräte Theodor Gut¹²⁴ und Paul Meierhans¹²⁵, da war der Theologe Karl Barth¹²⁶, und der Flüchtlingspfarrer Paul Vogt¹²⁷, um nur ganz wenige zu nennen, und da waren noch viele andere. Deutschland machte auch gar kein Geheimnis aus seiner Absicht, die Juden auszurotten: Sebastian Haffner hat darauf hingewiesen, dass sich Hitler persönlich im Laufe des Jahres 1942 nicht weniger als fünfmal öffentlich der Ausrottung des europäischen Judentums gerühmt hat^{128, 129}.

öffentlichen Versammlungen; die Bedeutung der Mitteilungen Buchers darf allerdings nicht überschätzt werden, vgl. dazu Paul Stauffer, NZZ, Nr. 138, 16.6. 2000, pg. 70. Vgl. dazu auch Bericht Ludwig, pg. 232

¹²⁰ JEAN RODOLPHE VON SALIS, «Weltchronik 1939-1945», Orell Füssli, Zürich, 1981, pg. 223

¹²¹ Siehe Abschnitt 6.4.4

¹²² ALFRED HÄSLER, a.a.O. pg. 125

¹²³ Chefredaktor der Basler Nachrichten

¹²⁴ Herausgeber der Zürichseezeitung

¹²⁵ Chefredaktor des Volksrechts; später Reg. Rat des Kt. Zürich

¹²⁶ KARL BARTH, «Im Namen Gottes des Allmächtigen, Eine Schweizer Stimme 1939-1945», Zollikon, 1945, pg. 24 ff.

¹²⁷ HERMANN KOCHER, a.a.O., pg. 285 ff.

¹²⁸ SEBASTIAN HAFFNER, «Anmerkungen zu Hitler», Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt, 1998, pg. 159

¹²⁹ Es erstaunt, dass sich Rothmund im Spätherbst 1942 längere Zeit zu Besprechungen in Berlin aufhielt; dass er sich zu einem Besuch des Konzentrationslagers Oranienburg einladen liess, war naiv und beweist einen erheblichen Mangel an Urteilskraft. HEINZ ROSCHEWSKI, «Rothmund und die Juden», Hrsg. SIG, Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1997, pg. 43

Aber es gab natürlich auch viele zustimmende Äusserungen, Meldungen im Sinne des von Anbeginn an umstrittenen Wortes vom «vollen Boot», welches Bundesrat von Steiger in einer Rede in Zürich-Oerlikon am 30. August 1942 geprägt hatte. Dem hatte Oeri aber entgegnet: «Unser Rettungsboot ist noch nicht überfüllt, nicht einmal gefüllt, und so lange es nicht gefüllt ist, nehmen wir noch auf, was Platz hat, sonst versündigen wir uns»¹³⁰.

Ich glaube allerdings, man müsse sich hüten, zu meinen, dass alle diejenigen, die damals das Boot für tatsächlich voll hielten, Antisemiten und herzlose Menschen waren: Viele hatten echte Sorgen um die Belastbarkeit der Schweiz, und viele waren vor allem – und das ist wichtig – in keiner Weise orientiert über die grausamen Verbrechen, welche die «Kultumation» Deutschland damals zu begehen in Angriff genommen hatte: Das Protokoll der Sitzung der eidg. Räte im stenographischen Bulletin wurde seinerzeit nicht veröffentlicht¹³¹.

Zwischenbilanz und Zusammenfassung:

In den dreizehn Monaten vom Juli 1942 bis zum Juli 1943, als in den von Deutschland besetzten Gebieten in Westeuropa und im Osten die nationalsozialistische Menschenjagd begann und ihrem Höhepunkt zustrebte, wollten die schweizerischen Behörden eine äusserst restriktive Aufnahmepolitik verfolgen. Sie hatten dabei – glücklicherweise – nur teilweise Erfolg:

¹³⁰ Zitiert im Bergier-Bericht, pg. 99

¹³¹ Die Publikation erfolgte erst 1979 durch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz.

Einerseits sind zwar viele Schutzsuchende mit grosser Härte weggewiesen worden, andererseits liess sich die von der Polizeiabteilung des EJPD dekretierte Rückweisungspolitik mit der von Bern gewünschten Konsequenz gar nicht durchführen, einmal, weil die mit der Durchführung beauftragten Grenzorgane wegen der grossen Flüchtlingsströme zeitweise überfordert waren, zum zweiten weil die einzelnen Beamten oft von Mitleid geleitet wurden, ihren Dienst deshalb nicht genau nach Vorschrift taten und ein oder zwei Augen zudrückten¹³², und zum dritten weil die Polizeiabteilung selbst durch die Vielzahl und die häufige Änderung der von ihr selbst erlassenen Weisungen, und wegen der oft auch gar nicht eindeutigen Vorschriften, zu Verwirrungen Anlass gab, welche dazu führten, dass mehr Flüchtlinge eingelassen wurden als von Bern beabsichtigt worden war.

Quantitativ: Wie viele Flüchtlinge wurden in der Zeit vom 1. Juli 1942 bis zum Sturz des faschistischen Regimes in Italien Ende Juli 1943 in der Schweiz aufgenommen? Hierfür stellen wahrscheinlich die von Guido Koller¹³³ und von André Lasserre¹³⁴ angegebenen Zahlen zurzeit die zuverlässigste Unterlage dar.

¹³² ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 366

¹³³ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 87

¹³⁴ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 174

Tabelle 2: Aufgenommene bzw. zurückgewiesene Flüchtlinge in der Periode vom 1. Juli 1942 bis zum 31. Juli 1943, d.h. bis zum Sturz des Faschismus in Italien

Quelle -*	G. Koller ¹³⁵		A. Lasserre ¹³⁶	
	Aufnahme ¹³⁷	Rückweisung ¹³⁸ andere Quellen	Aufnahme	Rückweisung Statistik vom 29.12.1945
Monat				
Juli 1942	243	38	248	0 ¹³⁹
August	475	317	561	192
September	2'895	314	3'800	201
Oktober	1'845		1'904	359
November	1'031	162	1'291	91
Dezember	1'601	329	1'595	172
Januar 1943	468	229	468	150
Februar	814	211	859	206
März	777	561	826	322
April	557	292	670	230
Mai	477	191	625	180
Juni	511		612	308
Juli 1943	530		708	236
Total	12'224	2'644	14'167	2'647
Total, korrigiert nach		Lambelet ¹⁴⁰ :		7'412

¹³⁵ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 87

¹³⁶ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 174. Die Zahlen stimmen ab 1943 weitgehend überein mit denjenigen im Bericht Ludwig, pg. 245

¹³⁷ Der Bergier-Bericht benützt für die Aufnahmen die Zahlen von Koller.

¹³⁸ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 94, diverse andere Quellen über Rückweisungen

¹³⁹ Null oder unbekannt, Lasserre und Koller machen keine Angabe

¹⁴⁰ Siehe die folgende Seite für die Erklärung dieser Korrektur

Die Tabelle 2 erfordert Bemerkungen:

1. Die Zahl der Abgewiesenen ist nicht genau bekannt, sie wird mit Sicherheit unterschätzt: Die Buchführung der Grenzorgane war z.T. mangelhaft, und sie ist auch teilweise nicht vollständig überliefert. Jean-Christian Lambelet¹⁴¹ nimmt an, dass die Gesamtzahl der registrierten Abweisungen vom August 1942 bis zum Ende des Krieges mit 2.8 zu multiplizieren sei ^{142,143}. Wenn wir für den hier betrachteten kürzeren Zeitraum vom 1. Juli 1942 bis zum 31. Juli 1943, d.h. vom Beginn der Deportationen in Westeuropa bis zum Sturz des Faschismus in Italien, den gleichen Faktor anwenden, dann ergibt sich nach Lasserre, dass 14'167 Personen aufgenommen wurden, während ca. 7'400 zurückgewiesen wurden.
1. Lambelet macht eine sehr interessante Bemerkung: Er stellt fest¹⁴⁴, dass immer dann, wenn viele Flüchtlinge eingelassen wurden, die Zahl der Rückweisungen relativ (d. h. in Prozenten) klein war, dass hingegen dann, wenn nur wenige Flüchtlinge Einlass beehrten, die Zahl der Rückweisungen relativ (d.h. in Prozenten) gross war. Die einleuchtende Erklärung liegt darin, dass die Grenzüberwachungsorgane offenbar immer dann, wenn der Andrang

¹⁴¹ JEAN-CHRISTIAN LAMBELET, a.a.O., pg. 64

¹⁴² Die generelle Anwendung dieses Faktors ist ein einigermaßen plausibler Notbehelf (Lambelet: «un pis-aller»), in Wirklichkeit variiert der Faktor natürlich von Monat zu Monat in nicht rekonstruierbarer Weise.

¹⁴³ Abgewiesene Visumsgesuche sind nicht mitgerechnet, nur tatsächlich an der Grenze physisch zurückgewiesene sind berücksichtigt. Vgl. CHRISTIAN LAMBELET, a.a.O., pg. 64, Fussnote 54. Auf abgewiesene Visumsgesuche wird in der Gesamtzusammenstellung zurückzukommen sein.

¹⁴⁴ JEAN-CHRISTIAN LAMBELET, a.a.O., pg. 66

gross war, überfordert waren: Entweder konnten sie sich des Zustroms nicht erwehren, oder sie liessen ihr Herz sprechen und drückten oft beide Augen zu. Die Wahrheit wird eine Mischung aus beidem sein.

2. Es ist klar erkennbar, dass die verhärteten Weisungen des EJPD vom 29. Dezember 1942 ihre Wirkung hatten: Die Zahl der Aufnahmen nahm ab Januar 1943 drastisch ab, während die Zahl der Abweisungen nur schwach zunahm: Offenbar hatte sich die verhärtete Aufnahmepraxis der Schweiz im Ausland sofort herumgesprochen.
3. Selbstverständlich ist es unmöglich zu schätzen, wieviele Menschen gar keinen Versuch gemacht haben, die Grenze zur Schweiz zu erreichen; sie wussten, dass die Schweiz eine sehr strikte Rückweisungspraxis übte, und sie liessen sich dadurch entmutigen, den risikoreichen Versuch überhaupt zu wagen und sich durch das von deutschen Truppen besetzte Westeuropa durchzuschlagen. Das gilt natürlich auch für die weiter unten betrachteten späteren Zeitperioden.

«Das [Jahr 1942] stand im Zeichen der unerhörten Deportationswellen in Deutschland und in den von Deutschland besetzten Gebieten, denen Hunderttausende von Nicht-Ariern zum Opfer fielen. Der gottlose Plan völliger Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa trat in offiziellen Reden und in der Tat unverhüllt und schauerlich brutal in Erscheinung», heisst es im Jahresbericht des Schweizerischen Kirchlichen Hilfskomitees über das Jahr 1942¹⁴⁵.

¹⁴⁵ Zitiert im Bericht Ludwig, pg. 247

4.5 Vom Sturz des Faschismus Ende Juli 1943 bis zur Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944

In der ersten Hälfte des Jahres 1943 hatte sich die Lage der Juden kaum verändert: Zwar standen die Deutschen im Osten zunehmend sehr grossen Schwierigkeiten gegenüber: Ihre Hoffnung, den erhofften raschen Sieg über Russland, den sie im ersten Sommer ihres Russlandfeldzuges, 1941, nicht erreicht hatten, im zweiten Sommer, 1942, doch noch erreichen zu können, hatte sich nicht erfüllt; im Gegenteil, die schon im Herbst 1942 kritische Situation und der katastrophale Verlauf des Ostfeldzuges im folgenden Winter 1942/1943 liess ahnen, dass der deutsche Krieg gegen Russland in einem Debakel enden würde. Aber die deutsche Unterdrückungspolitik gegenüber den Ländern Westeuropas, und insbesondere die brutale Judenverfolgung in diesen Ländern, wurde dennoch unverändert fortgesetzt. Die Flüchtlingspolitik der Schweiz blieb ebenso unverändert, und die Weisungen des EJPD vom 29. Dezember 1942 standen deshalb bis zum Sommer 1943 fast ohne Anpassung und eher verschärft in Kraft, immerhin zählten sie altersbedingte, gesundheitliche oder familiäre «Härtefälle» auf, bei deren Vorliegen keine Rückweisung erfolgen sollte¹⁴⁶

¹⁴⁶ Bergier-Bericht pg. 102. Bericht Ludwig, pg. 229-231. Am 26. Juli 1943 «teilte die Polizeiabteilung mit, nach zuverlässigen Berichten seien junge Mädchen zurzeit (sic!) besonders gefährdet (sic!). „Wir haben uns deshalb entschlossen, das Alter von Mädchen, die nicht zurückzuweisen sind, [von 16] auf 18 Jahre hinaufzusetzen»; Bericht Ludwig, pg. 259. Fünfzig Jahre später ist man verblüfft, mit welchen naiven Feststellungen man damals argumentierte, zu einem Zeitpunkt, in welchem man wusste, dass junge Mädchen nicht missbraucht wurden (das wahrscheinlich auch), sondern dass sie vielmehr getötet wurden, wenn sie Jüdinnen waren.

Der Sturz des Faschismus in Italien veränderte die Situation dann allerdings dramatisch und veranlasste die Polizeiabteilung mit Genehmigung des Bundesrates, aber ausdrücklich nur für Flüchtlinge aus Italien, am 27. Juli 1943 eine neue Weisung herauszugeben, welche vorschrieb, grundsätzlich jeden Ausländer, ob Zivil- oder Militärperson, zurückzuweisen bzw. illegal Eingereiste auszuschaffen. Wider Erwarten trafen aber zunächst nur sehr wenige Flüchtlinge an der Südgrenze ein; erst als Italiens neue Regierung unter Marschall Badoglio am 8. September 1943 einen Waffenstillstand mit den Alliierten abschloss und die dadurch für Italien zum Feind gewordene deutsche Wehrmacht Mussolini in Oberitalien neu installierte und Italien zu besetzen und zu verteidigen suchte, drängten grössere Flüchtlingsströme gegen die südliche Grenze unseres Landes. Die Polizeiabteilung erliess am 14./15. und 17. September 1943 ergänzende Weisungen, und am 13. Oktober 1943 beehrte auch die Armeeleitung eine stärkere Schliessung der Grenzen¹⁴⁷: In einem Schreiben an Bundesrat von Steiger wies der General auf die ansteigenden Flüchtlingszahlen hin; «responsable du maintien de l'ordre dans le pays, le Commandant en Chef de l'Armée ne peut voir sans inquiétude leur nombre augmenter encore» schrieb der General im Hinblick auf eventuelle Krisensituationen. Bemerkenswert ist, dass in den genannten drei Weisungen des EJPD zum ersten mal nicht mehr erklärt wird, Juden seien keine politischen Flüchtlinge und müssten zurückgewiesen werden; in Anbetracht der erhöhten Gefahr, die für italienische Juden deshalb bestand, weil nun Deutschland in Italien die staatliche

¹⁴⁷ Bericht Ludwig, pg. 260 ff.

Macht ausübte, wurde gegen Ende 1943 sogar ausdrücklich angeordnet, alle Juden aus Italien seien aufzunehmen¹⁴⁸.

Der Flüchtlingsstrom aus Italien war im Herbst 1943 derart gross und unregelt, dass allen strengen Weisungen zum Trotz eine sehr grosse Zahl Flüchtlinge in die Schweiz gelangte, wobei es schwer war, bei den jüngeren Männern zwischen entwichenen italienischen Militärpersonen und zivilen Flüchtlingen zu unterscheiden. Insgesamt erreichten die Schweiz ca. 20'000 Italiener, die als echte oder unechte Militärpersonen vom Kommissariat der Armee für Internierung betreut wurden; es kamen 3'672 weitere Flüchtlinge verschiedenster Art hinzu: Juden, Partisanen, Männer, welche die Deutschen zum Militärdienst oder zur Arbeitsleistung zwingen wollten, Menschen, welche Gegner des Faschismus waren und sich vor den Deutschen fürchteten, und wohl auch ganz einfach geplagte und verängstigte Zivilpersonen, alle diese Menschen mussten von der Polizeiabteilung betreut werden, dazu kamen noch mehrere tausend entwichene alliierte Kriegsgefangene, vornehmlich Engländer¹⁴⁹. Die Schwierigkeiten, unter derart chaotischen Zuständen eine geordnete Aufnahmepolitik im Sinne des EJPD durchzuführen, waren unüberwindlich, und sie wurden noch verstärkt durch Missverständnisse zwischen der Armee und dem EJPD¹⁵⁰.

Auf der französischen Seite, im Westen der Schweiz, blieb die Lage hingegen fast unverändert: Es kamen weiterhin verfolgte

¹⁴⁸ Telefonische Weisung Rothmund am 3. Dezember 1943; Bericht Ludwig, pg. 268, Fussnote 1

¹⁴⁹ Bericht Ludwig, pg. 269

¹⁵⁰ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 193

Juden, denn die deutschen Judenverfolgungen und -deportationen setzten sich trotz der schwindenden Machtposition Deutschlands mit unverminderter Brutalität fort, und die Weisung der Polizeiabteilung, Juden seien keine politischen Flüchtlinge, galt hier unverändert weiter. Dazu kamen noch andere Menschen, welche Schutz suchten¹⁵¹, z.B. solche, welche der Einberufung zur Zwangsarbeit in Deutschland nicht folgen wollten, sowie Leute aus dem Maquis.

Zwischenbilanz und Zusammenfassung:

In der elfmonatigen Zeit von Ende Juli 1943, d.h. vom Sturz des Faschismus in Italien, bis Ende Juni 1944, d.h. bis der Erfolg der Landung der Alliierten in der Normandie klar erkennbar war, dauerte der Strom der Flüchtlinge, die in der Schweiz Schutz suchen wollten, längs der schweizerisch-französischen Grenze unvermindert an, während er im Tessin und an den Südgrenzen Graubündens und des Wallis im Herbst 1943 einen dramatischen Spitzenwert erreichte. Die Flüchtlingspolitik der Schweiz blieb weitgehend unverändert, immerhin wurde im Herbst und nochmals im Dezember 1943 die Weisung herausgegeben, dass aus Italien kommende Juden nicht mehr abzuweisen seien. Dem gewaltigen Ansturm von Flüchtlingen an der Südgrenze im Herbst 1943 konnte die restriktive Flüchtlingspolitik nicht standhalten, die Grenzschutzorgane wurden zeitweise überrannt. Die Diskrepanz der Flüchtlingspolitiken, welche für die Süd- respektive für die

¹⁵¹ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 191 ff.

Westgrenze formuliert wurden, verblüfft, ist erstaunlich und unverständlich.

Quantitativ: Wie viele Flüchtlinge wurden in der Zeit vom Sturz des faschistischen Regimes in Italien, also vom 1. August 1943, bis Ende Juni 1944, als der Erfolg der alliierten Landung in der Normandie klar erkennbar wurde, in der Schweiz aufgenommen? Hierfür stellen wahrscheinlich wiederum die Zahlen von Guido Koller¹⁵² und von André Lasserre^{153,154} zurzeit die zuverlässigste Unterlage dar.

¹⁵² GUIDO KOLLER, a.a.O. pg. 87

¹⁵³ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O. pg. 190

¹⁵⁴ In der Tabelle von ANDRÉ LASSERRE, pg. 190, hat sich ein Fehler eingeschlichen: Die Tabelle wiederholt bei den Rückweisungen ab Oktober 1944 exakt die Zahlen des Vorjahres 1943, was nicht korrekt sein kann; ich zitiere deshalb bei den Rückweisungen nur die Zahlen von GUIDO KOLLER, pg. 94. Auch der Bergier-Bericht benützt für die Aufnahmen die Zahlen von Koller.

**Tabelle 3: Aufgenommene bzw. zurückgewiesene
Flüchtlinge in der Periode vom 1. August 1943
bis zum 30. Juni 1944, d.h. bis zum sichtbaren
Erfolg der Landung in der Normandie**

Quelle - ►	G. Koller ¹⁵⁵		A. Lasserre ¹⁵⁶	
	Aufnahme vgl. ¹⁵⁸ andere Quellen	Rückweisung ¹⁵⁷ offiz. Statistik		Aufnahme
Monat				
August 1943	699		215	903
September	4'519	1'726	342	4'907
Oktober	1'814		504	2'148
November	1'537		408	1'746
Dezember 1943	1'817		223	1'906
Januar 1944	858		282	923
Februar	577		194	612
März	1'032	10'782 ¹⁵⁹	232	1'077
April	1'206	392	237	1'212
Mai	1'180	483	188	1'216
Juni 1944	640		284	723
Total	15'879	13'383	3'109	17'373
Total korrigiert				
Nach Chr. Lambelet: ¹⁶⁰			8'705	

¹⁵⁵ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 87 und 94

¹⁵⁶ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 190

¹⁵⁷ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 94, diverse andere Quellen über Rückweisungen
Der Bergier-Bericht benützt für die Aufnahmen die Zahlen von Koller.

¹⁵⁸ Es handelt sich hier um eine über etwa 7 Monate summierte Zahl; vgl. GUIDO
KOLLER, a.a.O., pg. 94, Fussnote 223

¹⁶⁰ Total Rückweisungen multipliziert mit 2.8
Für die Erklärung dieses Faktors vgl. Seite 70, Ziff. 1

4.6 Die Befreiung Westeuropas; von der Landung der Alliierten in der Normandie bis zum 8. Mai 1945

Die Lage im Sommer 1944 war dadurch gekennzeichnet, dass wenige Tage nach der Landung der alliierten Truppen am 6. Juni 1944 in der Normandie bereits erkennbar war, dass die Eröffnung einer weiteren Front im Westen erfolgreich verlaufen würde. Die alliierten Truppen begannen ihren Vormarsch, der allerdings noch lange auf harten Widerstand der Deutschen stossen sollte; mit der Ardennen-Offensive unternahm Deutschland noch im Dezember 1944 einen letzten Versuch, den Vormarsch der Alliierten aufzuhalten. Frankreich, Belgien und Holland erwarteten die Befreiung, und die Untergrundorganisationen verstärkten ihre Aktivitäten; die Deutschen versuchten ihrerseits, das Hinterland der neuen Front mit umso härterem Durchgreifen zu sichern.

Die Polizeiabteilung des EJPD zögerte nicht und erließ am 8. Juni 1944 eine Weisung, welche zu verschärften Grenzkontrollen aufrief und welche außerdem forderte, die Kontrolle der bereits im Landesinnem anwesenden Ausländer rigoros und vorschriftsgemäß durchzuführen¹⁶¹.

Der General seinerseits gelangte an den Bundesrat mit dem Ersuchen, sich auf einen größeren Flüchtlingsstrom vorzubereiten. Er argumentierte dabei, man könne eigentlich nur zwischen einer mehr oder weniger vollständigen Schließung der Grenzen und einem fast völligen Öffnen wählen: man habe «nur die Wahl zwischen ungehemmter Aufnahme und gänz-

¹⁶¹ Bericht Ludwig, pg. 290

licher Zurückweisung»; «sans UN refoulement impitoyable équivalent à la fermeture des frontières, il était impossible d'empêcher les fugitifs d'entrer dès qu'ils se présenteraient en nombre important» fand General Guisan¹⁶². Der Bundesrat kam zur Schlussfolgerung, dass aus Gründen der militärischen Landesverteidigung bei der Zulassung von Flüchtlingen weitgehende Zurückhaltung geübt werden müsse, und er gab der Polizeiabteilung Auftrag, eine entsprechende Weisung an die Grenzkontrollorgane zu erlassen.

Diese Weisung ist vom 12. Juli 1944 datiert und erklärt zunächst, dass alle in Uniform oder in Zivilkleidem auftauchenden Flüchtlinge, die glaubhaft erklären könnten, Soldaten oder Deserteure oder entwichene Kriegsgefangene zu sein, der Armee zu übergeben seien; diese entscheide über deren weiteres Schicksal. Die Armeeführung hat später am 7. September beschlossen, auch Partisanen aufzunehmen, sie zu entwaffnen und wie Soldaten zu internieren.

Betreffend Zivilflüchtlinge wurden strenge Kriterien für die Aufnahme stipuliert, Kriterien, welche von denjenigen der Weisung vom 29. Dezember 1942 kaum abweichen, – allerdings mit einer sehr wesentlichen Ausnahme: **«Ausländer, die aus politischen oder anderen Gründen wirklich an Leib und Leben gefährdet sind und keinen anderen Ausweg als die Flucht nach der Schweiz haben, um sich dieser Gefahr zu entziehen, sind aufzunehmen»**, heisst es. Darüber ob und inwiefern Juden als besonders gefährdet zu gelten hätten, besagten die Weisungen nichts. Festzustellen ist je-

¹⁶² ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 201

doch, dass hier ausdrücklich «die **aus anderen Gründen** an Leib und Leben Gefährdeten» den politischen Flüchtlingen gleichgestellt worden sind. Es bestand denn auch, wie die Polizeiabteilung dem Israelitischen Gemeindebund mitteilte, die Meinung, «dass von nun an alle jüdischen Flüchtlinge aufzunehmen seien, da diese in allen unseren Nachbarländern als gefährdet erachtet werden mussten»¹⁶³. Hinter den unscheinbaren Worten «aus anderen Gründen an Leib und Leben gefährdet» verbirgt sich in der neuen Weisung der sehr späte Wandel der Flüchtlingspolitik der Polizeiabteilung gegenüber jüdischen Flüchtlingen.

Weiter wurden die Fremdarbeiter in Deutschland unter die besonders Gefährdeten eingereiht, weil von deutscher Seite gegen solche, die sich von der ihnen aufgezwungenen Arbeit entfernten, immer härter vorgegangen wurde. Es kam dann auch, wie vorausgesehen, wiederholt zum Übertritt kleinerer oder grösserer Gruppen von Menschen, die Zuflucht und Schutz vor kämpfenden Truppenteilen suchten, es kam zum Übertritt von Soldaten und von Partisanen. Auch wurde eine relativ grosse Zahl von Müttern mit ihren Kindern aufgenommen. Der Bericht Ludwig erwähnt zwar einzelne Versuche, im Jahre 1944 grössere Gruppen von Juden, z.B. aus Ungarn, in die Schweiz zu bringen, im Übrigen berichtet er aber nicht mehr detailliert, wie für frühere Perioden, über Aufnahme oder Rückweisung von Juden, die sich an der schweizerisch-französischen Grenze gemeldet hatten.

¹⁶³ Bericht Ludwig, pg. 293

Um über die Gesamtzahl der in der Zeit vom 1. Juli 1944 bis zum 8. Mai 1945 von der Schweiz aufgenommenen Flüchtlinge eine Übersicht zu gewinnen, benutzen wir wieder die von Guido Koller und Lasserre angegebenen Zahlen:

Tabelle 4: Aufgenommene bzw. zurückgewiesene Flüchtlinge in der Periode vom 1. Juli 1944 bis zum 31. Mai 1945, d.h. bis zur deutschen Niederlage

Quelle	G. Koller ¹⁶⁴		A. Lasserre ¹⁶⁵	
	Aufnahme vgl. ¹⁶⁶ andere Quellen	Rückweisung Quellen	offiz. Statistik	Aufnahme
Monat				
Juli 1944	682		180	830
August	908	1'448	476	928
September	1'520	719	412	1'240
Oktober	6'678		315	7'939
November	777		876	987
Dezember 1944	1'848		322	435
Januar 1945	356		217	622
Februar	1'452		451	1'467
März	422		209	750
April	6'032	691	284	5'748
Mai 1945	1'793		203	1'911
Total	22'468	2'858	3'945	22'857
Total korrigiert				
Nach Chr. Lambelet: ⁶			11'046	

¹⁶⁴ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 87 und 94

¹⁶⁵ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 190; die grossen Differenzen zwischen den Werten von Lasserre und denjenigen von Koller werden stark relativiert, wenn man beachtet, dass die Summen praktisch gleich sind.

¹⁶⁶ Der Bergier-Bericht benützt für die Aufnahmen die Zahlen von Koller.

¹⁶⁷ Total Rückweisungen multipliziert mit 2.8

Für die Erklärung dieses Faktors vgl. Seite 70, Ziff. 1

4.7 Zusammenfassende Statistik der Aufnahmen und der Rückweisungen für die ganze Dauer des Krieges

Die Arbeit von Guido Koller bietet vermutlich derzeit die genauesten Zahlen. Ich resümiere dieselben im Folgenden:

Tabelle 5: Aufnahme und Rückweisung von Zivil-Flüchtlingen, Zusammenzug der Jahre 1939-1945

Jahr	Aufnahmen ¹⁶⁸ vgl. ¹⁷⁰	Rückweisungen ¹⁶⁹	
		Polizeiabteilung Statistik v. 29.12.1945	Andere Meldungen
1939	45		
1940	47		999
1941	120		236
1942	8'436	1'017	605
1943	14'520	3'324	1'780
1944	17'906	3'998	10'688
1945	10'055	1'364	407
Total	51'129	9'703	14'715
Total	51'129	- ' 24'418 '- ¹⁷¹	

Verhältnis der offiziellen Statistik der Polizei-
Abteilung vom 29.Dezember 1945 zum Total 2.5
Zum Vergleich der «Lambelet-Faktor»¹⁷² 2.8

¹⁶⁸ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 87.

¹⁶⁹ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 94

¹⁷⁰ Diese Zahlen stimmen exakt überein mit dem Bergier-Bericht Tab. 1, pg. 24

¹⁷¹ JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 415 gibt für diese Zahl 24398 an.

¹⁷² JEAN-CHRISTIAN LAMBELET, a.a.O., pg. 64; Lambelet kommt auf Grund etwas anderer Zahlen zu einem um ca. 10% höheren Faktor.

Wir folgen Guido Koller¹⁷³ und zählen die Rückweisungen gemäss der Statistik der Polizeiabteilung vom 29. Dezember 1945 und die «Rückweisungen aus anderen Meldungen» zusammen; dann ergibt sich, dass die Zahl der offiziellen Statistik mit 2.5 multipliziert werden muss, um auf den totalen Wert der Rückweisungen zu kommen. Lambelet gibt für diesen Faktor 2.8 an. Natürlich wäre es sehr willkürlich, mit grosser Unsicherheit behaftet, und wahrscheinlich sogar falsch, diesen über die ganze Dauer des Krieges ermittelten Faktor auf einzelne kürzere Zeitperioden anwenden zu wollen. Sowohl die offiziellen Zahlen als auch die Zahlen aus anderen Quellen sind mit grossen Unsicherheiten behaftet, sodass mit einer erheblichen Fehlermarge gerechnet werden muss. Dazu kommt die unbekannte Anzahl derer, die eine Flucht in die Schweiz gar nicht versucht haben. Der Bergier-Bericht geht auf die Rückweisungen nicht im Einzelnen ein, er nennt nur summarisch die Gesamtzahl von «über 24'000»^{174,175}.

Bei der Beurteilung der Zahl der Rückweisungen ist weiter zu berücksichtigen, dass die Eidgenössische Fremdenpolizei seit der Einführung der allgemeinen Visumpflicht am 5. September 1939 die Einreise Schutzsuchender stark erschwert hat; die Anzahl derjenigen Personen, denen ein Visum verweigert wurde, muss deshalb realistischerweise zur Anzahl der Zu-

¹⁷³ GUIDO KOLLER, a.a.O., Tabelle pg. 94

¹⁷⁴ Bergier-Bericht, pg. 278

¹⁷⁵ JEAN-CHRISTIAN LAMBELET meint, (NZZ, 19. 8. 2000, pg. 93), die Zahl der Rückweisungen liege tiefer, viele Flüchtlinge hätten mehrfach versucht, die Grenze zu überschreiten, sodass Doppelzählungen vorgekommen seien. Ich halte diese Argumentation nicht für sinnvoll, sie geht am Wesentlichen vorbei: Man weiss, dass alle Statistiken ungenau sind; die Erörterung der Fehlermarge ungenauer Statistiken kann zur Gesamtbeurteilung der schweizerischen Flüchtlingspolitik kaum etwas beitragen.

rückgewiesenen addiert werden; das führt allerdings immer dann zu Doppelzählungen, wenn diejenigen, denen das Visum verweigert wurde, später persönlich als Flüchtlinge an der schweizer Grenze erschienen sind und dann entweder eingelassen oder zurückgewiesen wurden. Wenn die vorsichtigeren Betrachtung gewählt wird, müssen die verweigerten Visa vollständig zur Zahl der Rückweisungen hinzugezählt werden.

Mit dieser Annahme ergibt sich als «definitives», aber mangels besserer Zahlen doch ungenaues Ergebnis des Zusammentragens des vorhandenen Zahlenmaterials:

**Tabelle 6: Die Aufnahme von Flüchtlingen
Zusammenzug der Jahre 1939-1945**

Total der Aufnahmen	51'129	
Total der Rückweisungen a.d. Grenze ¹⁷⁶		24'418
Total verweigerte Visa ¹⁷⁷		14'500
Total verweigerte Einreisen		38'918
Verhältnis Aufnahmen zu Wegweisungen		1.31

Zusätzliche Information bietet Guido Kollers Tabelle¹⁷⁸ über die Nationalitäten der aufgenommenen Personen (Tabelle 7). Von den gezählten 21'304 Juden waren 19'495 jüdischer Rasse und jüdischen Glaubens und 1'809 jüdischer Rasse, aber christlichen Glaubens. 42% des Totals waren Juden. Es wäre aber m.E. unzulässig, den gleichen Prozentsatz für die Zurückgewiesenen anzunehmen; bei diesen ist der Anteil der

¹⁷⁶ Der Bergier-Bericht nennt hier 24'398

¹⁷⁷ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 97, der Bergier-Bericht nennt die gleiche Zahl

¹⁷⁸ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 90

Juden vermutlich höher. Ausgehend von dieser Zusammenstellung und von den Totalzahlen aller Aufgenommenen bzw. Zurückgewiesenen kann versucht werden, zu einer Gesamtbeurteilung zu kommen.

Tabelle 7: Nationalität der Aufgenommenen Flüchtlinge¹⁷⁹¹⁸⁰

Nation	Insgesamt	davon Juden
Belgien	815	334
Deutschland	2'592	1'404
Frankreich	10'384	2'868
Griechenland	664	142
Grossbritannien	185	51
Italien	13'986	3'605
Jugoslawien	1'835	1'025
Luxemburg	91	60
Niederlande	2'075	1'373
Österreich	870	799
Polen	8'025	4'715
Rumänien	690	609
Sowjetunion	3'251	275
Spanien	418	0
Staatenlos	2'186	1'932
Tschechoslowakei	1'240	842
Ungarn	1'304	1'045
Unbekannt/An-	538	225
Total	51'149	21'304

¹⁷⁹ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 89 und 90

¹⁸⁰ Diese Zahlen stimmen exakt überein mit dem Bergier-Bericht Tab. 2, pg. 25, welche dort wiederum von Koller übernommen worden sind.

5. Die schweizerische Flüchtlingspolitik – ein Versuch der Erklärung

Die im Vorstehenden resümierte schweizerische Flüchtlingspolitik während der Jahre von 1933 bis 1945 ist geprägt durch die harte und kompromisslose Haltung der Polizeiabteilung des EJPD, welche während dieser ganzen Zeit – und auch schon vorher, und auch noch nachher – unter der Leitung von Dr. Heinrich Rothmund stand. Das hat zur Folge, dass diese nachträglich, aber vielfach auch schon damals, sehr umstrittene Politik fast immer allein Rothmund angelastet wird. Ich halte dafür, dass eine solche Schuldzuweisung zu einfach wäre; die schwierige Frage ist aufzuwerfen, wo diese Politik ihre Wurzeln hat, und, vor allem, wer dafür verantwortlich war, dass sie nicht korrigiert wurde. Ich meine, dass die eine Wurzel der damaligen Politik die verbreitete Angst vor der Anwesenheit zu vieler Ausländer war; diese Angst führte zum politischen Problem der «Überfremdung», welche schon in den zwanziger Jahren in der schweizerischen Innenpolitik eine bedeutende Rolle spielte, und welche unser Land auch seither immer wieder beschäftigt. Eine zweite Wurzel ist der damals überall, und auch in der Schweiz, gegenwärtige Antisemitismus, ein Antisemitismus, der zwar in der Schweiz in der Regel in zivilen Formen blieb, aber ohne jeden Zweifel vorhanden war. Die dritte Wurzel ist die Person Rothmund, deren Meinungen und Überzeugungen diesen Beamten dazu führten, seine Überfremdungsangst mit seinem persönlichen Antisemitismus zu verstärken und zur Maxime seines Handelns zu machen. Die vierte Wurzel endlich, und eine sehr wichtige Wurzel, ist der Bundesrat, meistens vertreten durch den Vorsteher des EJPD, in wichtigen Fragen jedoch als Gesamt-

bundesrat, welcher die Vorkehrungen und Anordnungen des Chefbeamten Rothmund nicht korrigiert hat. Ich versuche im Folgenden diese vier Wurzeln der Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu beleuchten und ihre Bedeutung zu interpretieren.

5.1 Die erste Wurzel: Die Überfremdungsangst in der Schweiz

Die Anwesenheit von Ausländern in der Schweiz ist keine neue Erscheinung des 20. Jahrhunderts. Im Jahre 1850 machten Ausländer 3.5% der Wohnbevölkerung aus. Die Ausländer konzentrierten sich damals zu mehr als drei Vierteln in den Kantonen Zürich, Bern, Basel-Stadt, St. Gallen, Tessin, Waadt, Neuenburg und Genf¹⁸¹; in einigen Städten betrug ihre Anzahl etwa 20% der Wohnbevölkerung. Einer der Gründe für den damaligen hohen Ausländeranteil war die sehr großzügige Gewährung des Asyls für politisch Verfolgte, die aus dem restaurativen Europa des 19. Jahrhunderts hatten fliehen müssen. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges betrug der Ausländeranteil 17% der Wohnbevölkerung; 65% der in der Schweiz lebenden deutschen Staatsbürger wohnten damals in nur fünf Kantonen, in Basel, im Aargau, in Zürich, in Schaffhausen und im Thurgau; Genf wies einen Ausländeranteil von 40% auf, im Kanton Tessin betrug der Anteil der Ausländer 28%. Es gab damals keine Niederlassungsbeschränkungen und so konnte ein Ge-

¹⁸¹ GEORGES ANDREY, ROLAND RUFFIEUX, HANS ULRICH JOST, in «Die Geschichte der Schweiz und der Schweizer», Kapitel 6, 7 & 8, Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1986

fühl der Überfremdung entstehen, besonders in einigen Berufen, welche einen sehr hohen Ausländeranteil aufwiesen. Während des Ersten Weltkrieges und in der Zwischenkriegszeit ging der Ausländeranteil zwar stetig und stark zurück, z. T. allerdings wegen Einbürgerungen, er betrug 1940 nur noch 5%; aber der Begriff und die Angst vor der Überfremdung verloren ihre politische Bedeutung keineswegs; am 29. November 1921 wurde eine Verordnung über die Kontrolle der Ausländer erlassen¹⁸², die mehrmals angepasst und dann durch das Bundesgesetz vom 26. März 1931 ersetzt wurde, welches einer verstärkten Ausländerkontrolle dienen sollte. Die wirtschaftlichen Probleme während des Ersten Weltkrieges und in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, besonders die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, welche in der Schweiz etwas verspätet, erst etwa Mitte der dreissiger Jahre, ihren Höhepunkt erreichte, sowie die durch die Krise verursachte hohe Arbeitslosigkeit trugen dazu bei, dass die Furcht vor der Anwesenheit zu vieler Ausländer fortbestand. Diese Furcht wurde verstärkt durch die Verunsicherung wegen der epochalen Umstrukturierung und Destabilisierung des europäischen politischen Umfeldes der Schweiz als Folge der Niederlage Deutschlands und Österreichs im Ersten Weltkrieg, als Folge der Flüchtlingsströme des Ersten Weltkrieges, als Folge der Revolutionen in Russland und Deutschland. Auch die Nachwirkung des Erlebnisses des Landesstreiks von 1918 erhöhte das Misstrauen gegenüber Ausländern¹⁸³. «La natio-

¹⁸² Man beachte die Parallele zu Amerika: Auch dort wurden ab 1921 Ausländergesetze erlassen und dann im Laufe der zwanziger Jahre weiterentwickelt.

¹⁸³ Z.B. wurden 1919 vom Schweizerischen Vaterländischen Verband Initiativen lanciert, die den Bund anweisen wollten, «Ausländer, welche die innere oder äussere Sicherheit des Staates gefährden, auszuweisen»; daneben sollte die

nalité est en péril (...) quand presse et professeurs d'Université étrangers insufflent leur culture nationale dans les esprits ou quand les Juifs répandent leurs tentacules»¹⁸⁴. Das alles fand politische Resonanz, schlug sich in der Gesetzgebung nieder und führte dazu, dass in den Weisungen des EJPD vom 31. März 1933 zum Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer die politische Zielsetzung wie folgt umschrieben wurde: «Da die Schweiz übervölkert und überfremdet ist, steht jedem nicht zweifellos nur vorübergehenden Aufenthalt eines Ausländers der allgemeine Gegengrund der Überfremdung im Wege; nur wenn dieser durch stichhaltige und genügend starke Fürgründe überwogen wird, kann eine Bewilligung in Frage kommen»¹⁸⁵. Die Eidgenössische Fremdenpolizei fasste «die Bekämpfung der Überfremdung», die Abwehr «wesensfremder Elemente» und die Entlastung des schweizerischen Arbeitsmarktes als wichtigstes Ziel ihrer Tätigkeit auf¹⁸⁶. In den zwanziger Jahren war Dr. Heinrich Rothmund wesentlich am Aufbau der damals neu geschaffenen Eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei beteiligt gewesen; 1929 wurde er zum Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung ernannt. Rothmunds Überzeugung, dass die Abwehr der Überfremdung nicht nur ein vorübergehendes, sondern ein echtes und dauerndes politisches Problem des Schweizervolkes sei, seine Auffassung, dass die Schweiz «rein gehalten werden» müsse, dass «Juden wesensfremde Elemente» seien, die abgewehrt werden müss-

Einbürgerung erschwert werden. Beide Initiativen wurden verworfen. DANIEL HELLER, a.a.O., pg.105

¹⁸⁴ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 15

¹⁸⁵ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 24, zitiert aus den Weisungen des EJPD zum Bundesgesetz vom 26. März 1931

¹⁸⁶ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 24,

ten, hat ihre Wurzel in einer generalisierten Überfremdungsangst; das führte dazu, dass die Eidgenössische Fremdenpolizei in hohem Masse durch diese seine Überzeugungen geprägt wurde, obwohl die in der Schweiz wohnhaften Juden nie mehr als etwa ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten: 1930 lebten in der Schweiz 17'973 Juden, von denen 9'803 Schweizer und 8'170 Ausländer waren, insgesamt machten sie nur 0.44% der schweizerischen Gesamtbevölkerung aus¹⁸⁷. Dass eine so kleine Zahl von jüdischen Mitbürgern als Problem gesehen werden konnte, ist schwer verständlich; dies meint wohl Golo Mann, wenn er sagt, «der Antisemitismus sei ein Gespenst, das man, wenn man es ergreifen will, überhaupt nicht recht finden könne»¹⁸⁸.

Das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 und die zugehörige Verordnung vom 5. Mai 1933 waren das Resultat eines Kompromisses zwischen verschiedenen Tendenzen. Denen, welche die Grenzen weiter öffnen wollten, rief Bundesrat Häberlin¹⁸⁹ an einem freisinnigen Parteitag 1921 zu: «Haben diese Leute wirklich keine Ahnung, wie unendlich viel grösser die Überfremdung bei uns in der Schweiz ist als bei allen zum Vergleich herangezogenen Staaten? Sehen diese Leute nicht, wie von allen Seiten her der Druck auf unsere Grenzen noch andauert und bei einem Öffnen der Grenzen ohne kontrollierendes Visum eben mit dem erwünschten Fremden auch die

¹⁸⁷ JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 61

¹⁸⁸ GOLO MANN, «Über Antisemitismus», 1960, in «Geschichte und Geschichten», S. Fischer Verlag, Frankfurt a.M., 1961, pg. 199

¹⁸⁹ Heinrich Häberlin war Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes von 1920 bis 1934

Unerwünschten stromweise sich über unser Land ergiessen würden»¹⁹⁰. In einer anderen Rede sagte Häberlin: «Wir wollen die Schweizereigenart auch durch diese Gesetzgebung¹⁹¹ wahren helfen (...) Helfen Sie uns die goldene Mittellinie zwischen diesen verschiedenen Strömungen zu gewinnen (...)». Der Gesetzgeber müsse Lösungen finden, die «neben der grundsätzlichen Tendenz zur Freiheit» auch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den verbreiteten Überfremdungängsten Rechnung trügen, meinte Häberlin¹⁹², der gewiss kein kleinlich und eng denkender Mensch war, der aber als Politiker in dem ihm gegebenen Umfeld handeln musste, – und dieses Umfeld war durch die Angst vor zu vielen Fremden bestimmt, durch die Idee, die physische und vor allem die geistige nationale Identität der Schweiz sei gefährdet; die Angst vor der «Überfremdung», war realer als der Begriff selbst, – Lasserre beklagt «la nébulosité de ce terme»; (...) le gouvernement offrit d’institutionaliser son critère plus limité, de capacité de réception du pays, sans même tenter de la chiffrer»¹⁹³. Das ist wichtig und darauf ist zurückzukommen.

Die Angst vor Überfremdung war also ohne Zweifel eine reale Wurzel der schweizerischen Fremdenpolitik in den zwanziger und dreissiger Jahren und sehr ausgeprägt eine Wurzel der Flüchtlingspolitik in der Zeit von 1933 bis 1945.

¹⁹⁰ ROLF SOLAND, «Zwischen Proletariern und Potentaten, Bundesrat Heinrich Häberlin und seine Tagebücher», Verlag NZZ, Zürich, 1997, pg. 181

¹⁹¹ Gemeint war das Ausländergesetz

¹⁹² ROLF SOLAND, a.a.O., pg. 182

¹⁹³ ANDRE LASSERRE, a.a.O., pg. 14 et 20

5.2 Die zweite Wurzel: Der Antisemitismus in der Schweiz

Ich habe im Anhang gefragt, was der moderne Antisemitismus eigentlich sei, und woher er komme. Wir haben dort festgestellt, dass es ohne jeden Zweifel auch einen schweizerischen Antisemitismus heute gibt, und damals gab (vgl. Anhang A.6). Wie verbreitet er ist, und damals war, ist schwer oder gar nicht fassbar und muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist Antisemitismus, verknüpft mit der Überfremdungsangst, die zweite Wurzel der schweizerischen Flüchtlingspolitik. Zwar meint Golo Mann, wie wir im Anhang zitiert haben, dass der schweizerische Antisemitismus «wohl der erträglichste, zivilisierteste» unter den Antisemitismen sei, und dass in der Schweiz alles «seine menschliche Dimension» habe¹⁹⁴; vielleicht war das aber auch nur Golo Manns sehr

¹⁹⁴ Es muss als Beispiel angemerkt werden, dass die Behandlung des Einbürgerungsgesuches des Physikers und Nobelpreisträgers Wolfgang Pauli (nach 12 Jahren Lehrtätigkeit an der ETH wurde ihm von Rothmund 1940 mit der Begründung fehlender Assimilation die Einbürgerung verweigert), sowie die Politik des Schweizerischen Schulrats in der Frage der kriegsbedingten mehrmaligen Verlängerung von Paulis Beurlaubung als Professor an der ETH während des Zweiten Weltkrieges (Pauli lebte während des Krieges in Princeton in den USA) ohne Zweifel ein sehr unrühmliches Beispiel «schweizerischen Antisemitismus» ist. In der Tat erwog der Schweizerische Schulrat – und dies ausgerechnet im heissen Flüchtlingsherbst im September 1942 – allen Ernstes, Pauli deshalb, weil er während des Krieges die Schweiz verlassen habe und «freiwillig und nur in [seinem] Interesse nach den USA gereist» sei, nicht wiederzuwählen oder gar zu entlassen. Es wurde sogar in einem Brief des Präsidenten des Schweizerischen Schulrates an den damaligen Bundespräsidenten Etter behauptet, dass Pauli, wenn er erst nach Kriegsende zurückkäme, «aus moralischen Gründen unter keinen Umständen den Unterricht an der ETH wieder aufnehmen dürfe; sein Ansehen wäre völlig untergraben und sein Lehrerfolg daher nur noch sehr gering». Als «Lösung» wurde vom Schulrat tatsächlich beschlossen, Pauli auf das Ende seiner laufenden Amtsdauer Ende 1948 zu entlassen. Es muss festgestellt werden, dass es letztlich Bundesrat Philipp Etter war, der als Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern diese Auffassung des Schulrates vom Tisch wischte, mit der Begründung,

persönliche Erfahrung. In der Art, in welcher die Eidgenössische Fremdenpolizei in der Zeit von 1933 bis 1945 ihren – ich betone – **ihren** Antisemitismus zur Leitidee ihres Handelns und Anweisens machte, in dieser Art fehlte «diese menschliche Dimension» jedenfalls über weite Strecken. Sie fehlte hingegen nicht – man muss es gleich beifügen – bei vielen Vertretern der Politik und der Presse (soweit diese letztere es trotz der Zensur sagen durfte), und sie fehlte auch nicht bei sehr vielen einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, die diese Politik unmenschlich fanden, kritisierten und ablehnten, und sich auch persönlich dementsprechend verhielten.

5.3 Die dritte Wurzel: Rothmunds Fremdenpolitik

Die dritte Wurzel der schweizerischen Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg ist Dr. Heinrich Rothmund als Person; er war Jurist, geboren 1888. Er begann seine Beamtenlaufbahn im Ersten Weltkrieg, 1916, als zweiter Sekretär des Chefs der eidgenössischen Kriegsmaterial Verwaltung. 1919 wurde er Chef der damals neugeschaffenen «Eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei», die er somit von Anbeginn weg

dass Pauli einen ordentlichen Urlaub erhalten habe, und dass es ja nicht sein Fehler gewesen sei, dass er während des Krieges nicht habe zurückkehren können. Die Zürcher Physik darf sich glücklich schätzen, dass Pauli, trotz dieses Affronts und trotz des Angebots, Einsteins Stellung am Institute for Advanced Study in Princeton zu übernehmen, auf das Sommersemester 1946 zurückkehrte; er hat sich im Lehrkörper und bei den Studenten allerhöchster Hochachtung erfreut und bis zu seinem Tode (1957) an der ETH als anspruchsvoller Lehrer gewirkt. – Details zu dieser trüben Sache in CHARLES P. ENZ, Hrsg., et. al., «Wolfgang Pauli und sein Wirken an der ETH Zürich», Hochschulverlag AG an der ETH (vdf), 1997 – War hier nicht Antisemitismus und dazu noch intellektueller Neid im Spiel?

gestaltet und geprägt hat. 1929 wurde er zusätzlich Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes; in dieser Position blieb Rothmund bis zu seiner Pensionierung 1954. Das wäre in einer anderen Zeit ein vielleicht etwas langweiliges curriculum vitae, ein beschaulicher Lebenslauf gewesen; aber Rothmunds Stellung erhielt in der schwierigen Zeit von 1933 bis 1945 grosse Bedeutung und einen hochpolitischen Charakter: Der Chef der Polizeiabteilung hatte bestimmenden Einfluss auf die Fremden- und Flüchtlingspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Rothmund hat in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während dieser Zeit eine Schlüsselrolle gespielt, er hat recht eigentlich sein eigenes persönliches Dafürhalten zu dieser Politik gemacht; seine Person und sein Einfluss sind deshalb in der gesamten einschlägigen Literatur ausgiebig behandelt worden. Ich resümiere hier das Wesentliche¹⁹⁵: Rothmund war ein engagierter Vertreter des Überfremdungsgedankens: Er war absolut überzeugt davon, dass die Gefahr der Überfremdung eine tatsächliche Bedrohung des nationalen Charakters des Schweizervolkes sei. In allen Fragen der Gewährung von Niederlassungsbewilligungen und erst recht bei Fragen der Einbürgerung vertrat er deshalb eine äusserst zurückhaltende Politik. Seine These war, dass Einwanderer erst nach sehr langer Aufenthaltsdauer genügend assimiliert seien. Eines seiner ersten Ziele war daher die Erschwerung der Einbürgerung von Menschen, die, nach seiner Meinung, noch nicht assimiliert waren. In zäher Bemühung setzte er in Zusammenarbeit mit den Kantonen durch, dass Einwanderer mindestens zehn Jahre in der Schweiz gelebt haben mussten,

¹⁹⁵ Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, einige Zitate, die weiter oben schon vorkommen, zu wiederholen.

und dies am gleichen Wohnort, bevor sie ein Einbürgerungsgesuch stellen konnten. Die Entscheidung über Einbürgerungen war auf eidgenössischer Ebene Sache der Polizeiabteilung; so konnte Rothmund die von ihm für richtig gehaltene zehnjährige Frist leicht durchsetzen. Für «besonders schwer assimilierbare Einwanderer aus Osteuropa» legte er das Mindestdomizilerfordernis sogar auf fünfzehn Jahre fest, wobei er zudem bei gebildeten Einwanderern noch kritischer war als bei «einfachen Leuten», wie Arbeitern, weil die Gebildeten, die Intellektuellen nach seiner Meinung einen grösseren Einfluss auf ihre nähere oder weitere Umgebung ausüben konnten. Juden hielt er für wesensfremd. Rothmund machte – und das scheint mir wichtig für das Weitere – seine ganz persönliche Auffassung über die Gefahr der Überfremdung und der zu leichten Einbürgerung zur Maxime seines Handelns, und damit zum Entscheidungsprinzip der Eidgenössischen Fremdenpolizei. Er war erfüllt von der «Sorge um die Verhütung der Zunahme der Überfremdung, ganz besonders mit unserer Eigenart fremden Elementen», und er meinte 1937 «dass es die Fremdenpolizei nicht verantworten könnte, noch weitere Emigranten auch nur zu vorübergehendem Aufenthalt zuzulassen, deren Weiterreise nicht durch das Visum eines anderen Landes endgültig sichergestellt ist»¹⁹⁶. Rothmund hielt die Überfremdung für «das Resultat einer falsch verstandenen liberalen Weltanschauung und zugleich unverantwortlichen Gleichgültigkeit»¹⁹⁷. Er wollte die Anzahl der in der Schweiz lebenden Fremden in «vertretbarer Proportion» zur Gesamtbevölkerung halten; soweit aus den Quellen hervor-

¹⁹⁶ Zitiert aus einem Vortrag Rothmunds vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG) am 3. April 1937, bei ALFRED A. HASLER, a.a.O., pg. 16

¹⁹⁷ Kreisschreiben des EJPD vom 31. März 1933

geht unternahm er aber nie auch nur einen Versuch, quantitativ zu benennen, was er für vertretbar hielt. Seine geradezu missionarisch verfolgte Idee des Schutzes der Schweiz vor der Überfremdung, «cette mission de salut public»¹⁹⁸, geht nahtlos über in seine spätere Politik des Zurückweisens von Flüchtlingen.

Die politischen Ereignisse in Deutschland änderten an seinen Anschauungen nichts: «Die Ereignisse in Deutschland veranlassen eine grosse Zahl von Israeliten zur Abwanderung. Viele davon suchen Zuflucht in der Schweiz. Wenn wir auch der Auffassung sind, dass diesen Ausländern in der gegenwärtigen für sie schweren Zeit ein vorübergehender Aufenthalt in unserem Land nicht verwehrt werden sollte, so verlangt doch unsere Lage in Bezug auf die Überfremdung dieser Zuwanderung gegenüber die grösste Aufmerksamkeit. Wir dürfen von unserer bisherigen fremdenpolizeilichen Praxis trotz der heutigen Ereignisse nicht abweichen und müssen uns vor allem gegen eine Festsetzung wesensfremder Elemente mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln wehren»¹⁹⁹. Auf Grund dieser Leitlinie befand die Polizeiabteilung 1933, dass der in Deutschland geübte Boykott einem Juden kein Anrecht gebe, als politischer Flüchtling betrachtet zu werden²⁰⁰.

Durch ungezählte immer wieder zitierte Schriftstücke, die Rothmund verfasst oder genehmigt hat, zieht sich die Ablehnung jüdischer Zuwanderung wie ein roter Faden²⁰¹. Sogar im

¹⁹⁸ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 17

¹⁹⁹ Kreisschreiben des EJPD vom 31. März 1933

²⁰⁰ Kreisschreiben des EJPD vom 20. April 1933

²⁰¹ Das kann z.B. im Bericht Ludwig leicht überprüft werden.

September 1938, sechs Monate nach der Annexion Österreichs durch Deutschland, als die Sudetenkrise ihrem Münchener Höhepunkt zustrebte, als auch die Vertreibung der Juden aus Österreich in vollem Gange war, schrieb Rothmund an Bundesrat Baumann, den Vorsteher des EJPD: «Wir haben seit dem Bestehen der Fremdenpolizei eine klare Stellung eingehalten. Die Juden galten im Verein mit den anderen Ausländern als Überfremdungsfaktor. Es ist uns bis heute gelungen, durch systematische und vorsichtige Arbeit eine Verjudung der Schweiz zu verhindern»²⁰². Eine seiner immer neu wiederholten Thesen war, man dürfe die Zuwanderung von Juden nicht zulassen, um das Aufkommen des Antisemitismus in der Schweiz zu verhindern: «Wenn wir einer unseres Landes unwürdigen antisemitischen Bewegung nicht berechtigten Boden schaffen wollen, müssen wir uns mit aller Kraft und, wenn nötig, auch mit Rücksichtslosigkeit der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren, ganz besonders vom Osten her»²⁰³. Genau diese Art der Begründung meint Picard wahrscheinlich, wenn er meint, der Antisemitismus sei «auf ihn selbst begründende Konstruktionen angewiesen»²⁰⁴. Das heisst bei Rothmund bei anderer Gelegenheit so: «So sehr ich dafür eintrete, dass wir die schweizerischen Juden als zu uns gehörige gleichwertige Menschen betrachten, so sehr habe ich Befürchtungen für die Zukunft, wenn wir neue jüdische Familien zulassen. Die Tendenz der Juden geht, nicht nur aus rassemässigen, sondern aus ganz natürlichen Zusammengehörigkeitsgründen, wegen der Verfolgungen, denen sie heute vielerorts ausgesetzt sind, immer mehr dahin, sich zusammen-

²⁰² Bericht Ludwig, pg. 119

²⁰³ Bericht Ludwig, pg. 76; vgl. hierzu den Fall Pauli; dieser war Österreicher.

²⁰⁴ JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 41

zuschliessen. Diese Bewegung hat in Deutschland dem Fass den Boden ausgeschlagen und würde bei uns, wenn wir ihr durch den Zuzug von ausländischen Juden Raum gewähren würden, zweifellos ebenfalls zu sehr schweren Auseinandersetzungen führen»²⁰⁵. Eine andere Aussage Rothmunds heisst: «Wir haben nicht seit zwanzig Jahren mit dem Mittel der Fremdenpolizei gegen die Zunahme der Überfremdung und ganz besonders gegen die Verjudung der Schweiz gekämpft, um uns heute die Emigranten aufzwingen zulassen (...)»²⁰⁶.

Die Zeit der Vorbereitung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 fiel in die Amtszeit von Bundesrat Heinrich Häberlin. In dessen Tagebuch finden sich (*hier zitiert in Kursivschrift*) interessante Bemerkungen über Heinrich Rothmund:

Am 5. Mai 1928 heisst es:

«Ich benutze den Samstag Nachmittag um Rothmunds Bemerkungen zum Niederlassungsgesetz zu Ende zu lesen (...). Sätze wie der, dass auch der Niedergelassene stets daran erinnert werden solle, er sei doch ein fremder Fetzeln (sic!) kommen mir nun doch spanisch vor» (...). Am 7. Mai 1928 notiert Häberlin: «Jetzt müssen wir uns alle zwingen, einmal Farbe zu bekennen beim Niederlassungsgesetz (...). Ruth²⁰⁷ hat zwar die Sache von aussen angepackt, aber mit eher xenophobem²⁰⁸ Einschlag. Rothmund will sich über diesen Geist erheben, steckt aber stark in den jetzigen Formeln drin».

²⁰⁵ Brief Rothmund an Dr. H. Walther, 14. April 1937, zitiert von HEINZ ROSCHEWSKI, a.a.O., pg. 31

²⁰⁶ Zitiert von GEORG KREIS, (1997), a.a.O., pg. 566

²⁰⁷ Dr. Max Ruth, Jurist, war 1. Adjunkt der Polizeiabteilung

²⁰⁸ Xenophobie (griech.) ist Fremdenfeindlichkeit

Die Wahl Rothmunds zum Chef der Polizeiabteilung fällt in die Amtszeit Häberlins; dieser notiert am 26. April 1929:

«Jetzt meldet sich auch Rothmund eventuell als Nachfolger von Delaquis²⁰⁹ (...). Er wie Ruth haben ihre Grenzen erkannt (...). Vielleicht aber muss ich noch froh sein. Ich sage Rothmund offen, dass, wenn ich einen tüchtigen Outsider kriege, ich ihn jedenfalls auf seinem bisherigen Posten lasse».

Aus Häberlins Tagebuch geht hervor, dass er Rothmund als ehrlich und zuverlässig einschätzte. Aber bereits vor und dann wieder nach dessen Ernennung zum Chef der Polizeiabteilung 1929 hielt er ihn für einen bürokratisch veranlagten ehrgeizigen Egozentriker.

Auch die *«übertriebene Ukaserei»* missfiel Häberlin²¹⁰. Er schätze sich und seine Arbeit sehr hoch ein, heisst es, und er, Häberlin, habe bei niemandem mit so viel verletztem Eigengefühl zu tun, wie bei diesem Chefbeamten. Wörtlich heisst es in Häberlins Tagebuch am 29. April 1926: *«Im Übrigen muss ich mit der Antijuden-Praxis der Zentralstelle schon etwas zum Rechten sehen; es riecht manchmal stark nach gerechtem Kammacher²¹¹ und nach auserwählter Nation (...)*»; am 11. Oktober 1926: *«Rothmund muss ich stets etwas bändigen, dass er mir bei den Einbürgerungsgesuchen sein Ariertum nicht zu sehr durchbrennen lässt (...)*»; am 12. Februar 1927: *«Mit Rothmund scharmuzziere ich wieder wegen zurückgewiesener Slawen und Juden, die seit vielen Jahren in der Schweiz sind; er vergisst, dass die Vollassimilation auch bei andern nicht eintritt, bevor sie Schweizer geworden sind».* Und dann, nach Häberlins Rücktritt, am 29.

²⁰⁹ Ernst Delaquis war Rothmunds Vorgänger

²¹⁰ ROLF SOLAND, a.a.O., pg. 185; Ein «Ukas» ist ein Erlass des Zaren.

²¹¹ Ein Bezug zu GOTTFRIED KELLER, Seldwyla-Novellen, 1856

September 1939: «Rothmund sendet mir einen ganzen Dossier mit Fremden-Edikten, dazu einen Entwurf eines neuen, das mir schon in einem Anfangsartikel recht sadistisch gedacht erscheint. Ich halte es für richtig, ihm diesen Eindruck offen darzulegen mit der Frage, ob es nicht andere Lösungen gebe»; am 21. Dezember 1941: «Nachmittags geht's nach Bern, ab Zürich mit Rothmund. Er erzählt viel von seiner Fremdenpolizei, hat offenbar den Trieb behalten, eine Rolle zu spielen und in Politik zu machen».

Aus diesen Bemerkungen wird deutlich, dass Häberlin gegenüber Rothmund starke Vorbehalte machte; aber die Suche nach dem «besseren Outsider» war erfolglos, und so fiel dann bei der Suche eines Chefs der Polizeiabteilung die Wahl doch auf Rothmund, «aber seine Wahl war eben doch das geringere Übel»²¹².

Häberlin scheint ein hervorragender Menschenkenner gewesen zu sein. Es ist festzustellen, dass Rothmunds Antijuden-Komplex (den Bundesrat Häberlin offensichtlich nicht teilte), seine Vorliebe für «Ariertum», sein Gefühl der Berufung, eine «reine» Schweiz erhalten zu sollen, seine Tendenz, sich selbst höchst wichtig zu finden, seine Neigung zu bürokratischem Perfektionismus und zum Verharren in bisher befahrenen Geleisen, das fortwährende Herausgeben von Weisungen, die Tendenz, eine Rolle spielen zu wollen, Politik machen zu wollen, dass alle diese Charakteristika Rothmunds von Bundesrat Häberlin klar erkannt worden sind. Diese Stichworte sind wichtig, sie beschreiben genau die Eigenschaften, welche

²¹² ROLF SOLAND, a.a.O., pg. 184; die Zitate aus Häberlins Tagebuch sind Solands Buch entnommen.

Rothmunds spätere Tätigkeit geprägt haben. Die Frage drängt sich auf: Warum hat Bundesrat Häberlin trotz seiner Bedenken Rothmund zum Chef der Polizeiabteilung gewählt?

Die Antwort ist – wie mir scheint – sehr einfach: Überall, in der Wirtschaft und in der Verwaltung, wo immer über die Neubesetzung einer Position zu entscheiden ist, stellt sich zuerst die Frage, ob «intern» ein geeigneter Anwärter zur Verfügung steht. Zutreffendenfalls erfolgt dessen Wahl; Manager nennen das eine «Hausbeförderung». Wenn Zweifel über die Eignung interner Kandidaten oder Kandidatinnen besteht, wird auswärts gesucht; das ist kostspielig, zeitraubend und immer mit Zweifeln behaftet; ausserdem desavouiert es die eigenen internen Mitarbeiter, das vermeidet man gerne. Und ist denn der externe Kandidat, den man nicht kennt, wirklich besser als der interne, der für die gestellte Aufgabe vielleicht nicht ganz optimal ist, dessen Schwächen man aber erkennt, und der «den eigenen Betrieb» kennt? Schwächen des externen Kandidaten gibt es auch, aber man lernt sie erst später kennen. In ungezählten solchen Fällen wird, vielleicht mit einigen Bedenken, der interne Kandidat dem von aussen Gesuchten, dem unbekanntem «tüchtigen Outsider» vorgezogen. Die zuständigen Chefs versprechen dann sich selbst und anderen, die beförderte Person zu beaufsichtigen, zu kontrollieren, zu korrigieren, zu führen, – und das erfolgt dann nicht oder ungenügend. Es kann – im billigen Rückblick – wie mir scheint keinem Zweifel unterliegen, dass die Wahl von Rothmund zum Chef der Polizeiabteilung ein geradezu klassischer Fall nach diesem bekannten Muster ist. Ob überhaupt und wie intensiv nach dem «tüchtigen Outsider» gesucht wurde, bleibt

offen.²¹³ Und bei Rothmund kam hinzu, dass er damals seit zehn Jahren die Fremdenpolizei aufgebaut hatte; musste Häßberlin, musste der Bundesrat ihm die Chance nicht geben, nun die Polizeiabteilung zu führen? Es ist sehr einleuchtend, dass Rothmund gewählt wurde, damals, in der ganz normalen Zeit des Jahres 1929.

Fazit: Die antisemitisch geprägte persönliche Überfremdungsangst Rothmunds, gepaart mit seinem nicht zu bezweifelnden Patriotismus und seinem ausgeprägten Pflichtbewusstsein, ist die dritte Wurzel der schweizerischen Flüchtlingspolitik. «L'Überfremdung l'obsède»²¹⁴. Aber gleichzeitig ist auch dieser Mann «kein ausgeklügeltes Buch, sondern ein Mensch mit seinem Widerspruch»²¹⁵: Spät, sehr spät schreibt Rothmund am 3. Februar 1944 an Bircher: «Dürfen wir Juden zurückweisen, solange wir wissen, dass sie von den Deutschen umgebracht werden? Ich kann es mit dem besten Willen nicht, wenn ich mir nicht als Komplize vorkommen will bei dieser grössten aller Sauereien. Ich nehme es lieber in Kauf, noch einige Tausend dieser zum Teil wirklich recht wenig sympathischen Flüchtlinge aufzunehmen (...)»²¹⁶. Man möchte sich wünschen, dass Heinrich Rothmund früher, wenigstens schon im Sommer 1942, zur Erkenntnis gekommen wäre, dass in Deutschland damals «die grösste aller Sauereien» unternommen wurde! Warum hat niemand Rothmund die Augen geöffnet? Vielleicht, möglicherweise sogar wahrscheinlich,

²¹³ ROLF SOLAND, a.a.O., pg. 184

²¹⁴ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 362

²¹⁵ CONRAD FERDINAND MEYER, Vorspann zu «Huttens letzte Tage», 1871

²¹⁶ Text: DANIEL HELLER, a.a.O., pg. 235, Datum: ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 195

wäre er dankbar gewesen, wenn er geführt worden wäre, wenn er von seinem Chef eine Weisung erhalten hätte, die ihn in eine andere Richtung gelenkt hätte, wenn ihm jemand die Verantwortung dafür abgenommen hätte, in dieser Situation grosszügig zu sein. Diesen Chef hatte Rothmund nicht. Vielleicht fehlte ihm selbst nur der Mut, von sich aus einen Politikwechsel vorzuschlagen und gegenüber dem Bundesrat zu vertreten.

Aber ganz abgesehen von dieser grundsätzlichen Frage muss Rothmund auch ein «handwerklicher Fehler» vorgeworfen werden: Die Aufnahmepolitik der Eidgenössischen Fremdenpolizei ging schon in den zwanziger Jahren, dann weiter in den dreissiger Jahren und während des Krieges, immer von der Idee aus, die Überfremdung müsse verhindert oder bekämpft werden, der Arbeitsmarkt müsse zu Gunsten von schweizerischen Stellungsuchenden von Ausländern entlastet werden. Diese Politik blieb jedoch immer beim Qualitativen stehen, sie wurde nur «deklamiert», dahergeredet; ein Versuch, diese Idee zu quantifizieren, wurde nicht unternommen²¹⁷; deshalb konnte es z.B. geschehen, dass die Anwesenheit von ausländischen Juden in der Proportion von nur einigen Bruchteilen eines Prozents zur Zahl der Gesamtbevölkerung als «hoch» oder «zu hoch» bezeichnet oder empfunden werden konnte. Das Fehlen irgendeiner, wie schwach auch immer rational begründeten, quantitativen Richtgrösse rächte

²¹⁷ Jedenfalls habe ich in der von mir konsultierten Literatur keine Hinweise auf irgendwelche Versuche, das Problem der Überfremdung und der Flüchtlinge zu quantifizieren, finden können. Wenn solche Versuche unternommen worden wären, wären sie Ludwig und Lasserre und anderen Forschern kaum entgangen.

sich angesichts der grossen Flüchtlingsströme, die nach 1938 und während des Zweiten Weltkrieges an unsere Grenzen kamen: Man war auf die Situation nicht vorbereitet. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges war man von der Annahme ausgegangen, man könne ca. 8-10'000 Flüchtlinge aufnehmen; das war aus der Luft gegriffen. Aber auch als diese Zahl längst massiv überschritten war, wurde die Frage, wie viele man denn aufnehmen könne, nicht gestellt. Man hätte fragen müssen: **Wie** viele sind **zu** viele. Das ist unbegreiflicherweise nicht geschehen. «On administrait dans l'arbitraire»²¹⁸. Im Jahre 1943 musste Bundesrat von Steiger einen Fragesteller befriedigen, welcher begehrte, die Definition des politischen Flüchtlings weniger restriktiv aufzufassen als bis anhin, damit mehr Flüchtlinge aufgenommen werden könnten; von Steiger antwortete, es komme nicht so sehr darauf an, ob einer ein politischer Flüchtling sei oder nicht, wichtig sei vielmehr, «ob und wie viele Flüchtlinge die Eidgenossenschaft überhaupt aufnehmen könne»²¹⁹; ist es nicht erstaunlich, ja verblüffend, dass von Steiger eine solche Antwort gegeben, aber von seinen Mitarbeitern nicht verlangt hat, wenigstens einen Versuch zu unternehmen, die Frage, «ob und wie viele Flüchtlinge man aufnehmen könne», quantifiziert zu beantworten? Hier ist von einem Chefbeamten die notwendige Stabsarbeit nicht geleistet worden: Deshalb bestätigte sich später die bekannte führungstechnische Erfahrung: Wer nicht geplant hat, kann beim Eintreten veränderter Umstände nicht situationsgerecht überlegen, improvisieren und handeln.

²¹⁸ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 187. Lasserre vertritt ebenfalls die Meinung, dass es ein bedeutender Fehler war, keinerlei Versuch zu machen, das Problem zu quantifizieren.

²¹⁹ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 166

5.4 Die Vierte Wurzel: Die Führungsverantwortung des Bundesrates

Die Frage, wer Rothmund hätte führen, beaufsichtigen, kontrollieren und korrigieren müssen, ist höchst einfach zu beantworten: Natürlich der Bundesrat; je nach Situation entweder der Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, oder der Gesamtbundesrat.

Es müsste in der Regierung sein wie in der Wirtschaft: Die Aufgabe des obersten Chefs, des Departementschefs, wie in der Wirtschaft die des Verwaltungsratspräsidenten, ist **erstens** die Festlegung der Ziele und der Strategie, das heisst die Festlegung dessen, was man erreichen will, und der Methoden, die zum Erreichen des Ziels gewählt werden sollen, **zweitens** die Wahl der obersten Exekutivorgane, die Wahl derer, die das Gewollte auszuführen und das Ziel zu erreichen haben, **drittens** die Aufsicht über diese Exekutivorgane und deren strategisches und taktisches Vorgehen, sowie gegebenenfalls die Korrektur von deren Handlungen, und **viertens** endlich das persönliche Eingreifen in Krisenlagen. Das Wahrnehmen dieser vier Chefaufgaben heisst – in der Sprache der Manager – das Wahrnehmen der Führungsverantwortung. Diese Führungsverantwortung hat der Bundesrat m. E. während des Zweiten Weltkrieges im Falle der Flüchtlingspolitik ungenügend wahrgenommen.

Spezifisch der Fall Rothmund: Bundesrat Häberlin hatte, trotz seiner höchst beeindruckenden Menschenkenntnis, und wahrscheinlich sehr contre coeur, 1929 Rothmund zum Chef der

Polizeiabteilung befördert; das wäre in normalen Zeiten auch weitgehend ohne Folgen geblieben. Wie schlimm die Zeiten von 1933 bis 1945 werden würden, hat Häberlin nicht ahnen können; wenn man ihn auf Grund seiner Tagebücher beurteilt, möchte man meinen, dass Häberlin Rothmund nicht zum Chef der Polizeiabteilung ernannt hätte, wenn er gewusst hätte, was auf die Polizeiabteilung zukommen sollte. Es ist aber anzunehmen, dass Häberlin bei seinem Rücktritt 1934 gegenüber seinem Nachfolger, Bundesrat Baumann, eine Beurteilung Rothmunds abgegeben hat. Nach Häberlins Rücktritt hätten die Bundesräte Baumann und später von Steiger realisieren müssen, dass Rothmund der Kontrolle und der Hilfe bedurfte.

Es muss gefragt werden, ob man an Hand des bekannten Ablaufes der Flüchtlingsgeschichte konkrete Wegmarken aufzeigen kann, bei deren Erreichen Handlungsbedarf bestanden hätte, Situationen, in welchen Rothmund der Führung bedurft hätte, kritische Zeitpunkte, zu welchen der Bundesrat Rothmund die Weisung hätte erteilen müssen, die Politik der Eidgenössischen Fremdenpolizei, Flüchtlingen und insbesondere jüdischen Flüchtlingen gegenüber, den gewandelten Gegebenheiten und der akuten Bedrohungslage der Juden anzupassen.

An dieser Stelle der Überlegung begibt man sich unweigerlich auf schwieriges Terrain: Wir, die Spätgeborenen, kennen den Ablauf der Geschichte; einige von uns haben ihn als ganz junge Menschen noch miterlebt²²⁰, andere, jüngere haben diese Geschichte sehr genau studiert, der damals in der Verantwortung stehende Bundesrat aber kannte die damalige Zu-

²²⁰ Z.B. der Verfasser, geb. 1926; er lebte damals nicht in der Schweiz.

kunft, seine Zukunft, nicht. Man muss deshalb äusserst vorsichtig überlegen, wenn man Meinungen formulieren oder gar Urteile fällen will. Wenn sich die heutige Geschichtsschreibung mit der Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg befasst, gehen die Autoren fast immer nur gerade so weit, zu sagen, «dass die damalige Schweiz für die Flüchtlinge mehr hätte tun können und müssen»^{221,222}, dass diese Politik falsch gewesen sei. Es wird der Vorwurf erhoben, die Flüchtlingspolitik sei zu hart, sie sei unmenschlich hart gewesen, und das zu Recht. Sehr selten, fast nie, wird gefragt oder gar gesagt, wie viel menschlicher diese Politik quantitativ hätte sein sollen, und hätte sein können. Angesichts der bedrückenden Tatsache, dass die Flüchtlingspolitik der Schweiz für viele einzelne Menschen, für in manchen Fällen individuell benennbare Männer und Frauen und Kinder, den Tod bedeutet hat, bleibt genau an dieser Stelle das Beklagen des Geschehenen und die Kritik der Kommentatoren stehen. Mit Recht hat man sehr viel Respekt und scheut vor der quantitativen Dimension des Urteilens zurück; kann Mitmenschlichkeit quantifiziert werden? Aber wenn Geschichtsschreibung interpretieren will, dann muss sie zuerst die Fakten²²³ etablieren; deshalb geht es hier nicht ohne das Wagnis einer quantitativen Überlegung; der Beweis für deren Notwendigkeit ist

²²¹ Z.B. MAX FRENKEL, in «Flüchtlingsbericht schafft Handlungsbedarf», NZZ, Nr. 271, 20. November 1999, pg. 13

²²² Z.B. auch der Bergier-Bericht in der Schlussfolgerung, pg. 286

²²³ THOMAS MAISSEN nennt in seiner Besprechung des zitierten Buches von Jean-Christian Lambelet eine Geschichtsschreibung, welche «Fakten» von «Interpretationen» unterscheiden möchte, «längst überholten Positivismus». NZZ, 21. Juli 1999, pg. 13. Ich meine, dass das wahrscheinlich weitgehend so ist, dass aber eine Interpretation doch erst dann möglich und zuverlässig wird, wenn so weit wie nur überhaupt möglich und «sehr positivistisch» die Fakten etabliert worden sind.

durch die Umkehrung der Frage leicht zu erbringen: Hätte der Bundesrat etwa entscheiden sollen, alle Juden aufzunehmen, die damals in nicht zu grosser Entfernung von unseren Grenzen gewohnt haben, also im Wesentlichen einen guten Teil der westeuropäischen Juden? Das wäre mit Sicherheit ebenso falsch gewesen, wie Rothmunds sehr restriktive Politik; man wäre dann nämlich technisch und innenpolitisch gescheitert, vielleicht auch aussenpolitisch. Die ungeheuer schwierige Frage, welche Flüchtlingspolitik denn die richtige gewesen wäre, lässt sich also nicht wegschieben. Lässt sie sich beantworten? Welche Politik wäre menschlich und weise gewesen und hätte technisch sowie innenpolitisch durchgehalten werden können? Vielleicht ist es anmassend²²⁴, versuchen zu wollen, diese Frage anzugehen; jedenfalls ist es ein Wagnis, wenn ich im Folgenden frage, welches eine mögliche Politik gegenüber jüdischen Flüchtlingen hätte sein können.

Nun die erste Wegmarke: Zunächst muss man sagen, dass das Agieren Rothmunds nach dem Anschluss Österreichs nicht vertretbar war; man hätte im Jahre 1938 und im Winter 1938/1939 gegenüber den aus Österreich fliehenden Juden grosszügiger sein sollen. Damals konnte man noch annehmen, die zugewanderten Juden würden nach einer Weile weiterwandern, sodass das Überfremdungsargument in den Hintergrund hätte treten können; das Gegenteil geschah, – wobei man erkennen muss, dass das Ergebnis der Konferenz von Evian in die falsche Richtung wies. Und mit Sicherheit war

²²⁴ Dieser Text war schon ausformuliert, als Max Frenkel es a.a.O. als «Anmassung» bezeichnete, zu meinen, «man könne mit der geballten Kompetenz des Buchwissens und der Vorurteile im Nachhinein beurteilen, was der Handlungsspielraum der Schweiz im Zweiten Weltkrieg gewesen sei».

das Agieren der Schweiz in der Frage des Judenstempels falsch; nur darf man hier nicht vor allem Rothmund kritisieren, denn es war der Bundesrat selbst, welcher die von Rothmund ursprünglich gewünschte Einführung der Visumpflicht für alle deutschen Staatsbürger nicht verfolgen wollte; in dieser Sache hat der Bundesrat gegenüber Deutschland nachgegeben, nicht Rothmund. Der letztere verhandelte in Berlin im Wissen, dass der Bundesrat die allgemeine Visumpflicht für deutsche Staatsbürger nicht einführen wollte. Wenn man den Blick aufs Ganze richtet, sind aber die Fehlentscheidungen von 1942 und 1943 die viel gewichtigeren, folgenreicheren, schlimmeren; die Sache mit dem Judenstempel hatte, und hat, wie Georg Kreis ausführlich darstellt²²⁵, symbolisch grosse Bedeutung; faktisch hatte sie aber vielleicht eine heute eher überschätzte Wirkung: Die ganze Welt wusste damals, dass Deutschland die deutschen Juden, mit oder ohne Pässe, mit Pässen mit oder ohne «Judenstempel», brutal aus Deutschland vertreiben wollte. Wie viel Unheil der Judenstempel tatsächlich angerichtet hat, ist nicht quantifizierbar.

Die zweite Wegmarke: Die äusserst restriktive Aufnahme politik gegenüber jüdischen Flüchtlingen, die im August 1942 zur Maxime erhoben und grundsätzlich erst zwei Jahre später, im Sommer 1944, geändert wurde, ist die wesentliche Fehlentscheidung der schweizerischen Flüchtlingspolitik. Ich meine, dass hier, ohne die schweizerischen Interessen zu beeinträchtigen, eine grosszügigere, menschlichere Politik hätte geführt werden können und sollen. Das haben schon viele andere gesagt oder geschrieben; wenige wagen, konkret darüber

²²⁵ GEORG KREIS, (2000), a.a.O. Chronos, Zürich

nachzudenken, was denn genau diese richtigere, menschlichere Politik hätte sein sollen, auch der Bergier-Bericht unternimmt das Wagnis nicht; wenn aber etwas falsch war, sollte, ja muss man dann nicht versuchen, wenigstens zu vermuten, was denn etwa richtig hätte sein können?

Ich meine, das Vermuten sei keine Anmassung und unternehme das Wagnis des Versuches, zu quantifizieren; dabei gehe ich von Picards Gesamtzahl der 1941 in der Schweiz lebenden Juden aus; die schweizer Juden berücksichtige ich nicht, denn sie sind schweizerische Staatsbürger wie alle anderen schweizerischen Staatsbürger. Nach Picard²²⁶ lebten 1941 (Annahme: am 31. Dezember) 9'150 jüdische Ausländer in der Schweiz. Wir wissen aus der Tabelle auf Seite 57, dass vom 1. September 1939 bis zum 31. Dezember 1941 nur ca. 250 Flüchtlinge²²⁷ in die Schweiz gekommen sind; ich nehme weiter an, dass diese sämtlich Juden gewesen seien. Wir wissen zudem aus der Tabelle auf Seite 86, dass insgesamt während des Krieges 21'304 Juden in die Schweiz geflohen sind²²⁸; folglich ergibt sich durch zurückrechnen der Stand bei Kriegsbeginn zu etwa 8'900. Man kann nun die folgende Überlegung anstellen:

²²⁶ ANDRÉ PICARD, a.a.O., pg. 61

²²⁷ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 114, GUIDO KOLLER a.a.O., pg. 87

²²⁸ GUIDO KOLLER, a.a.O., pg. 90

	Personen in % d. Ges.- Bevölkerung	
In der Schweiz lebten zu Beginn des Krieges ausländische Juden ²²⁹ , ca.	8'900	
Zuwachs 1. Sept. 1939 bis Ende 1941, ca.	250	
Bestand ausl. Juden Ende 1941, ca.	9'150	0.22
Zuwachs 1. Jan. 1942 bis 8. Mai 1945, ca.	21'050	
Bestand ausl. Juden im Mai 1945 ²³⁰ , ca.	30'200	0.71
Hypothetische Mehraufnahme, eine willkürliche Annahme	40'000	
Theoretisch möglicher Bestand ausländischer Juden im Mai 1945, ca.	70'000	1.63

Das Ergebnis meines Vermutens heisst: Die hypothetische mögliche Mehraufnahme von ca. 40'000 jüdischen Flüchtlingen, entsprechend gerade etwa der Gesamtzahl der an der Grenze physisch zurückgewiesenen zuzüglich derjenigen, denen Visa verweigert wurden²³¹, hätte dann, wenn diese sämtlich Juden gewesen wären, die Gesamtzahl der in der Schweiz lebenden ausländischen Juden bei Kriegsende auf ca. 70'000

²²⁹ Der Bericht Ludwig, gibt für diese Zahl nur ca. 5000 an; pg. 164

²³⁰ Diese Zahl wird meistens mit 29'000 angegeben.

²³¹ Auch GEORG KREIS, (1997), geht von 24'400 Rückweisungen und 14'500 verweigerten Visa aus, d.h. von ca. 39'000 nicht aufgenommen Flüchtlingen; er meint, dass diese Zahlen «durch weitere Forschungsergebnisse noch leicht modifiziert werden könnten. Die zentralen Befunde werden sich deswegen aber kaum verändern.». a.a.O., pg. 574

Personen gebracht, d.h. auf ca. 1.6 Prozent der schweizerischen Gesamtbevölkerung; das ist – wie mich dünken will – keineswegs eine Zahl, welche vom Bundesrat als bedenklich hätte betrachtet werden müssen, auch damals nicht, besonders wenn man bedenkt, dass 1941 insgesamt 223'554 Ausländer in der Schweiz lebten, von denen 78'274 Deutsche (!) waren²³². Der Bundesrat musste zwar die damalige allgemeine Angst um die Versorgungslage in Betracht ziehen, und diese diente ihm auch als Argument zur Begründung seiner Flüchtlingspolitik, tatsächlich politikbestimmend war die Versorgungslage aber nicht²³³; in keiner der von mir konsultierten Arbeiten ist erkennbar, dass die für die Landesversorgung verantwortlichen Behörden eine Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen gefordert hätten. Die Flüchtlingspolitik wurde auch nicht durch Drohungen aus Berlin beeinflusst^{234,235,236}, solche gab es in anderen Sektoren, z.B. in der Handelspolitik²³⁷, aber nicht in der Flüchtlingsfrage. Die angestrebte Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen wurde stets vor allem und fast ausschliesslich mit der Überfremdung und ausserdem, subsidiär, mit der Arbeitsmarktsituation begründet, gelegentlich auch mit Aspekten der Landesverteidigung, dies besonders in Krisenlagen, wenn General Guisan eine Begrenzung des Zustroms von Flüchtlingen wünschte.

²³² JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 61

²³³ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 359

²³⁴ GEORG KREIS, (1997), a.a.O., pg. 570

²³⁵ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 187

²³⁶ Bergier-Bericht, pg. 56 und 97

²³⁷ HEINZ ALBERS-SCHÖNBERG, «Hat die Schweiz den Krieg verlängert?», NZZ Verlag, Zürich, 1999, an mehreren Stellen.

Man wird mit Recht entgegen, dass die zusätzliche Aufnahme dieser Menschen eine Lawine weiterer Flüchtlinge hätte anziehen können; das war z.B. 1944 das Bedenken General Guisans gewesen: Er hatte nach der alliierten Landung in der Normandie argumentiert, man habe – wegen der zu erwartenden Sogwirkung einer liberaleren Politik – «nur die Wahl zwischen ungehemmter Aufnahme und gänzlicher Zurückweisung»²³⁸. Selbstverständlich will ich die Frage der eventuellen Sogwirkung einer liberaleren Politik nicht von der Hand weisen, denn man weiss, dass sich die jeweilige Aufnahmepraxis der Schweiz unter den Verfolgten im Ausland sofort herumsprach. Aber man kommt genau hier meines Erachtens an die Grenze sinnvollen Fragens und Spekulierens: Die Frage «was wäre geschehen, wenn» darf in der Geschichtswissenschaft nur in sehr engem und sehr konkretem Rahmen gestellt werden, wenn man im Bereich der Realität bleiben will²³⁹. Und genau deshalb kommt an dieser Stelle des Überlegens mit fast erschreckender Klarheit zum Vorschein, wie ungeheuer menschlich, klug, weise und zugleich innen- und ausenpolitisch höchst pragmatisch die Frage war, die Nationalrat Albert Oeri im Herbst 1942 an Bundesrat von Steiger stellte: «Müssen wir grausam sein in der Gegenwart um einer unsicheren Zukunftsfahr²⁴⁰ willen, so quasi auf Vorrat hin grausam?»²⁴¹. Anders formuliert lautete Oeris Frage doch, warum man nicht, ganz einfach auf Zusehen hin, zunächst einmal grosszügig, oder wenigstens grosszügiger, sein könne.

²³⁸ Bericht Ludwig, pg. 292

²³⁹ Ich meine, dass meine obige «Vermutung» innerhalb dieser Grenzen bleibt.

²⁴⁰ Gemeint war die Gefahr von Versorgungsengpässen.

²⁴¹ Nationalrat Dr. Albert Oeri in der Herbstsession 1942 des Nationalrates; zitiert von ALFRED HÄSLER, a.a.O., pg. 169, ebenso von EDGAR BONJOUR, a.a.O., Bd. VI, pg. 25

Ebenso erkennt man, dass Nationalrat Ludwig Rittmeyer recht hatte, wenn er sagte: «wenn, nach Abwägung all dieser Probleme für und gegen in der Flüchtlingsfrage, wir uns verstandesmässig nicht klar werden können, wir dann letzten Endes das Gewissen sprechen lassen müssen, und dann müssen wir uns sagen, dass das, was bis jetzt geschehen ist, nicht recht ist, und dass wir es daher nicht billigen können („..)»²⁴². Man muss selbstverständlich erkennen, dass die hypothetische Aufnahme von zusätzlichen ca. 40'000 jüdischen Flüchtlingen das Problem der französischen Juden und der in Frankreich zusammengetriebenen jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland, Holland und Belgien auch nicht annähernd gelöst hätte: Allein aus Frankreich haben die Deutschen wohl etwa 80'000 Menschen ab- und in die Vernichtungsstätten in Polen geführt²⁴³. Alle hätte die Schweiz gewiss nicht aufnehmen können, aber sie hätte pragmatischer handeln können; das hat Oeri, wie ich meine, vorschlagen wollen.

Fazit: Ich meine, dass im August 1942, als die Deportationen von Juden aus den westeuropäischen Ländern begannen, als die grosse jüdische Flüchtlingswelle vor unseren Grenzen stand und flehentlich um Einlass und Schutz bat, dass damals

²⁴² Nationalrat Dr. Ludwig Rittmeyer, in der Herbstsession 1942 des Nationalrates; zitiert von ALFRED HÄSLER, a.a.O., pg. 168. NR Rittmeyer war 1941 als Offizier der Heerespolizei persönlich mit einem Fall konfrontiert, in welchem von ihm selbst zunächst eingelassene Flüchtlinge nach ein paar Tagen ausgeschafft wurden. Bergier-Bericht, pg. 143

²⁴³ MICHAEL R. MARRUS und ROBERT O. PAXTON, «Vichy et les Juifs», Calmann-Lévy, sine loco, 1981, pg. 372. Die Publikation von Marrus und Paxton wurde auch unter dem Titel «Vichy France and the Jews» bei Basic Books, Inc., New York, sine anno publiziert. KURT R. GROSSMANN, «Emigration, Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933 – 1945», Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M., 1969, pg. 210 gibt eine höhere Zahl, vgl. auch Abschnitt 6.3.3

ein Wechsel der Flüchtlingspolitik angezeigt gewesen wäre. Genau an dieser Wegmarke, in dieser Krisenlage, hätte der Bundesrat eingreifen und Rothmund anweisen müssen, seine Politik zu ändern und die vor deutschen und kollaborierenden Häschern fliehenden Juden den politischen Flüchtlingen gleichzustellen: Sie waren politische Flüchtlinge, und sie waren in akuter Lebensgefahr. Der Bundesrat hätte sich selbstverständlich **vorbehalten können und** auch **unbedingt Vorbehalten müssen**, die Situation genau zu beobachten, um gegebenenfalls dann «grausam» zu werden, wenn es notwendig geworden wäre, aber «nicht auf Vorrat hin». Der Bundesrat hat damals gewusst, dass die Deutschen die deportierten Juden ermorden wollten und ermorden würden; es lagen genügend diesbezügliche Informationen vor. Er hätte nicht in diesem Moment, am 4. August 1942, und in Kenntnis des Berichtes von Jezler vom 30. Juli 1942, welcher auf die Not der am Leben bedrohten fliehenden Juden ausdrücklich hingewiesen hatte, auf Antrag von Rothmund beschliessen dürfen, «dass künftig in vermehrtem Masse Rückweisungen von ausländischen Flüchtlingen stattfinden müssen, auch wenn den davon betroffenen Ausländern daraus ernsthafte Nachteile (Gefahren für Leib und Leben) erwachsen können»²⁴⁴. Es scheint mir glasklar zu sein: Der Bericht Jezler lag dem Bundesrat vor, Rothmund war Antragsteller, und der Bundesrat hat gutgeheissen, statt in dieser Krisenlage die Flüchtlingsfrage zur «Chefsache» zu machen und zu korrigieren. Der Bundesrat hätte auch ein paar Monate später erkennen müssen, dass er die Fortsetzung der äusserst harten Flüchtlingspolitik der Polizeiabteilung und deren erneute Festschreibung

²⁴⁴ So wörtlich die Feststellung des Bundesrates; Bericht Ludwig, pg. 204

für das Jahr 1943 in der Weisung des EJPD vom 29. Dezember 1942 nicht hätte gutheissen sollen.

Es drängt sich die Frage auf, warum der Bundesrat nicht mit einer veränderten Politik reagierte: Ich vermute, dass das Fehlen jeglicher quantitativen Überlegung zur Frage, wie viele Flüchtlinge die Schweiz denn überhaupt aufnehmen könne, neben anderen Gründen, dafür mitverantwortlich war, dass der Bundesrat nicht gehandelt hat. Für das Fehlen dieser Planung aber war Rothmund verantwortlich, ich habe es erwähnt. Nach den Ereignissen in Deutschland von 1938, oder spätestens 1942, nachdem bekannt wurde, dass die Deutschen die Juden ermorden wollten, wäre es seine Pflicht gewesen, zu erkennen, dass seine Abwehr gegen jüdische Flüchtlinge angesichts der unmenschlichen und verbrecherischen Politik des nationalsozialistischen deutschen Nachbarn im Norden nicht mehr vertretbar war. Rothmund hätte sich die Frage stellen müssen: «Wie reagieren wir, was beantrage ich dem Bundesrat, wenn sehr viel mehr Flüchtlinge vor der Grenze stehen ...». Diese Frage zu beantworten, wäre eine «Bringschuld» Rothmunds gegenüber dem Bundesrat gewesen; andererseits hat Bundesrat von Steiger die fehlende Stabsarbeit nicht eingefordert: *Gouverner c'est prévoir*. Weil die quantitative Frage nicht gestellt und beantwortet worden war, hatte der Bundesrat nicht einmal eine Entscheidungsgrundlage.

Eine dritte Wegmarke, die vom Bundesrat zu einem Politikwechsel hätte genutzt werden sollen, liegt zeitlich im Hochsommer 1943. Zu diesem Zeitpunkt war erkennbar, dass das Kriegsglück der Deutschen sich definitiv gewendet hatte: Die deutsche Niederlage von Stalingrad im Februar 1943, der

stetige deutsche Rückzug in Russland seither, die deutsche Niederlage in Nordafrika im Mai 1943, die Landung der Alliierten in Sizilien Anfang Juli 1943 und der Sturz des Faschismus Ende Juli 1943, das alles waren überdeutliche Zeichen. Ich meine, dass man, wenn nicht früher, dann spätestens ab August 1943 betreffend die jüdischen Flüchtlinge einen Politikwechsel hätte vornehmen sollen: Die Not der Juden war immer noch und nun gänzlich unverkennbar, ausserdem war die Befürchtung, jüdische Flüchtlinge nach dem Kriege «nicht mehr los zu werden», kaum noch berechtigt, das Überfremdungsargument, wenn es denn je gültig gewesen war, galt nun nicht mehr. Zwar wurde ab Herbst 1943 die in den bisherigen Weisungen stets wiederkehrende Auffassung, dass Juden keine politischen Flüchtlinge seien, für die Südgrenze – und nur für diese – nicht mehr ausdrücklich vertreten²⁴⁵, im Dezember 1943 erteilte Rothmund sogar ausdrücklich telefonisch die Weisung, Juden aus Italien seien aufzunehmen²⁴⁶, aber eine generelle Änderung der Aufnahmepolitik gegenüber bedrohten Juden ist damals noch nicht beschlossen worden, jedenfalls nicht im Klartext, das erfolgte erst mit der Weisung vom 12. Juli 1944²⁴⁷, nach der erfolgreichen Landung der Alliierten in der Normandie, ein Jahr nach der Wegmarke vom Hochsommer 1943. Auch dann erfolgte die Politikänderung nur implizite, nämlich dadurch, dass jüdische Flüchtlinge nicht mehr ausdrücklich erwähnt und als «nicht-politisch» bezeichnet wurden. Ein limitierter Politikwechsel hat allerdings im zweiten Halbjahr 1943 doch stattgefunden, die

²⁴⁵ Bericht Ludwig, pg. 260 ff.

²⁴⁶ Telefonische Weisung Rothmund am 3. Dezember 1943; Bericht Ludwig, pg. 268, Fussnote 1

²⁴⁷ Bericht Ludwig, pg. 294

Rückweisungspraxis wurde de facto, mehr unter äusserem Druck als gewollt, larger gehandhabt²⁴⁸, es wurden quantitativ deutlich mehr Flüchtlinge aufgenommen, man kann es in den vorstehenden Tabellen etwa ab Herbst 1943 ablesen.

So weit das konkrete. Und nun das Generelle: Ein genaues Studium des Berichtes Ludwig und der anderen publizierten Arbeiten zeigt, dass der Bundesrat fast ausschliesslich die Anordnungen Rothmunds absegnete und guthiess, er gab – soweit aus der Literatur erkennbar ist – kaum Anordnungen, er kontrollierte und korrigierte wenig. Pointiert formuliert: Rothmund hat die schweizerische Flüchtlingspolitik gemacht, nicht der Bundesrat; Rothmund führte den Bundesrat, nicht umgekehrt. Man muss zur Schlussfolgerung kommen, der Bundesrat habe seine Führungsverantwortung in der Flüchtlingsfrage quasi an Rothmund delegiert. In der Herbstsession 1942 des Nationalrates wurde das denn auch erkannt und gerügt²⁴⁹; die dem Chef der Polizeiabteilung eingeräumte Macht wurde kritisiert; bereits damals ist gesagt worden, dass Rothmund auch Entscheide fällte, die politische Entscheide waren und in die Kompetenz des Bundesrates gehört hätten. Lasserre fällt ein sehr hartes Urteil: « (...) sous Baumann le chef de la police acquit une grande puissance et un statut comparable à celui d'un secrétaire d'Etat. Von Steiger qui en hérita n'y changea pas grandchose. (...) Par faiblesse, commodité ou complicité, le gouvernement a accordé sa confiance à Rothmund ou l'a utilisé pour lui faire endosser des décisions politiques déplaisantes ou critiquables qui n'entraient pas dans les compétences d'un fonctionnaire. (...) quel conseiller fédéral l'a re-

²⁴⁸ ANDRE LASSERRE, a.a.O., pg. 218 und 361

²⁴⁹ Bericht Ludwig, pg. 220

tenue? Le gouvernement l'a laissé faire parce qu'il était d'accord avec des mesures qui s'inscrivaient dans la ligne des choix constitutionnels ou législatifs des années 1920 à 1931, ou qu'il a manqué de volonté politique pour redresser des comportements trop autoritaires²⁵⁰.

Auch André Lasserre, ein ganz vorzüglicher Kenner der Materie, meint also, Rothmund sei nicht geführt worden. Man kann verstehen, warum das so war : Chefs sind häufig von den ihnen direkt unterstellten Mitarbeitern abhängig, besonders dann, wenn sie diese bei ihrer eigenen Amtsübernahme schon in deren Ämtern vorgefunden haben. Rothmund hatte seit 1919 die Fremdenpolizei aufgebaut, er war mit und an dieser Aufgabe gewachsen, er war schon lange Jahre in diesem Amt gewesen, als Häberlin ihn zum Chef der Polizeibehörde ernannte, Bundesrat Baumann hatte ihn fortfahren lassen²⁵¹; Bundesrat von Steiger war der dritte ihm vorgesetzte Bundesrat; es war offenbar so, dass Rothmund in einer Einfluss- und Erfahrungsposition war, die zu brechen von Steiger nicht wünschte oder wagte, mitten im Zweiten Weltkrieg, und mit einer kritischen Flüchtlingssituation an den Grenzen. Rothmund war, so schien es, unentbehrlich. Daher liess auch Bun-

²⁵⁰ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 363 und 365

²⁵¹ Im Tagebuch von Bundesrat Feldmann findet sich am 9. Januar 1957 im Zusammenhang mit der bevorstehenden Veröffentlichung des Berichts Ludwig die Mitteilung, die Gattin Baumanns habe berichtet, BR Baumann sei 1938 empört gewesen, dass Rothmund im September entgegen Baumanns Rat und hinter dessen Rücken zu den Verhandlungen nach Berlin gereist sei. (GEORG KREIS, (2000), a.a.O., pg. 40 und Fussnote 95). Es ist erstaunlich, mit welcher Freiheit Rothmund gegen die Meinung seines Chefs gehandelt hat: Der Entscheid, sich nach Berlin zu diesen Verhandlungen zu begeben, war ein hochpolitischer Entscheid. Ebenso erstaunlich ist, dass Baumann das offenbar hingenommen hat.

desrat von Steiger ihn fortfahren. Und weil es – wie ich vermute – im Bundesrat gute Sitte ist, sich gegenseitig in Departementsinterna nicht einzumischen, liess auch der Gesamtbundesrat Rothmund gewähren.

Nochmals: Wir, die Spätgeborenen, kennen den Ablauf der Geschichte; einige haben sie miterlebt, andere haben sie studiert; der damals in der Verantwortung stehende Bundesrat aber kannte die damalige Zukunft, seine Zukunft, nicht. Man muss deshalb sehr vorsichtig sein wenn man Urteile fällt. Verstehen heisst aber nicht billigen: Ich persönlich bin der Meinung, dass der Bundesrat an den weiter oben genannten Wegmarken hätte Kurskorrekturen vornehmen sollen, und dass er dies ohne Nachteile für unser Land hätte tun können. Lasserre teilt diese Meinung: «(...) il est hors de doute que la Suisse aurait pu accepter plus d'émigrés sans mettre en danger sa survie ou son économie. C'est indiscutable pour l'avant-guerre. Pour la période suivante, on aurait pu recevoir encore bien des réfugiés avant que leur masse nuisît à la population ou obérât l'avenir»²⁵². Die «Nichtreaktion» des Bundesrates ist die vierte Wurzel der schweizerischen Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg.

5.5 Warum hat der Bundesrat nicht gehandelt?

Ich habe bisher argumentiert, der Bundesrat habe Rothmund «machen lassen», er habe ihn nicht geführt; das würde sich zwanglos unter Lasserre's Stichworte «faiblesse» und «com-

²⁵² ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 359

modité» subsummieren lassen, «Schwäche und Bequemlichkeit».

Wie steht es mit Lasserre's Stichwort «complicité»? Dies ist in unserem Zusammenhang ein heisses Wort. Man wird wahrscheinlich annehmen dürfen, dass auch die Bundesräte Baumann und von Steiger unter dem politischen Einfluss der damaligen starken Überfremdungsangst standen. Das Thema Überfremdung war seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein Dauerthema gewesen. Ebenso war die Arbeitslosigkeit eine brennende Frage, diese hatte 1936 ihr Maximum erreicht. War die Frage der Arbeitslosigkeit schon vor dem Zweiten Weltkrieg aktuell, so wurde sie es nach der Mobilmachung erst recht: Arbeit war zwar an sich genug vorhanden, und man hätte Ausländer und Flüchtlinge gut gebrauchen können, um die Lücken zu füllen, welche die zur Armee befohlenen Soldaten hinterlassen hatten; aber die eingerückten Wehrmänner durften und sollten keinerlei Anlass erhalten, zu fürchten, Einwanderer würden ihre Arbeitsplätze wegnehmen. Die Bundesräte Baumann und von Steiger waren Männer ihrer Zeit, Politiker ihrer Zeit, sie konnten nicht aus ihrer «Überfremdungsangst» heraus, niemand kann aus seiner Zeit heraus, schon gar nicht in einer Zeit äusserer Bedrohung. Vielleicht ist aber die Annahme nicht verfehlt, dass die Bundesräte Baumann und von Steiger nicht ausgesprochen «philosemitisch» dachten, wenn man einen selten verwendeten Begriff benützen will, dass sie jedenfalls keine besondere Sympathie für in grosser Zahl und in Kriegs- und Krisenzeiten zuwandernde Juden hatten. Rothmunds Antisemitismus war bekannt, schon Bundesrat Häberlin hatte ihn durchschaut; Baumann und von Steiger müssen gewusst haben, wie Rothmund dachte; sie haben nicht einge-

griffen, obwohl sie über Rothmunds Meinung informiert waren, sie wussten, dass die Ablehnung jüdischer Einwanderung sein «ceterum censeo», seine immer wieder geäußerte Überzeugung war, und sie müssen gewusst haben, was damals in Deutschland geschah. André Lasserre meint²⁵³, es habe zwischen Rothmund und dem Bundesrat «une parenté d'idées [gegeben] que l'on n'a pas de motif de mettre en doute jusqu'ici»; das könnte so gewesen sein, aber belegen kann man diesen Gedanken vermutlich nicht.

Aber Lasserre's Stichworte «faiblesse, commodité, complicité» genügen noch nicht, um die Passivität des Bundesrates zu erklären. Ich meine, man müsse auch das äussere Umfeld berücksichtigen, wenn man die damalige schweizerische Flüchtlingspolitik verstehen will. In den frühen Jahren des deutschen Nationalsozialismus wurde dieser unterschätzt, niemand konnte ahnen, welche abscheulichen Formen der damalige deutsche Antisemitismus annehmen würde. Das wurde nach 1938, nach der Annexion Österreichs, sehr rasch anders. Die Beziehungen mit Deutschland waren gespannt, wegen der ablehnenden öffentlichen Meinung in der Schweiz, wegen Fragen der Pressefreiheit und der Zensur, wegen des Treibens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in der Schweiz, wegen der Ermordung von deren schweizerischem «Landesleiter» Gustloff in Davos (1936). Die Annexion Österreichs im März 1938 weckte Widerstandsgeist²⁵⁴, der Bundesrat erklärte am 21. März 1938 ausdrücklich den Unabhängigkeitswillen der Schweiz; nach der Annexion des Sudetenlandes im Herbst 1938, nach der Zerschlagung der

²⁵³ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 363

²⁵⁴ HANS ULRICH JOST, a.a.O., pg. 789 ff.

Tschechoslowakei und der Besetzung von Böhmen und Mähren und der Errichtung des «Protektorates» am 15. März 1939 herrschte in der Schweiz höchste Nervosität; die Frage «wann kommen wir an die Reihe» muss in der Luft und allen Leuten auf der Seele gelegen haben²⁵⁵. Am 16. März 1939 erklärte Bundesrat Obrecht «die Schweizer würden nicht ins Ausland wallfahren gehen,²⁵⁶ und jedem Angreifer warte bei uns der Krieg». Die schweizerische Politik deklamierte Unabhängigkeitswillen, aber sie wurde gleichzeitig geprägt durch Angst, durch den Wunsch, die Beziehungen zu Deutschland nicht noch schlechter werden zu lassen, als sie schon waren, durch das Ziel, gegenüber Berlin «low profile»²⁵⁷ zu zeigen, «freundlich neutral» zu erscheinen, nur ja nicht aufzutumpfen. In diesem Umfeld schien es dem Bundesrat wahrscheinlich geraten, Deutschland nicht durch eine betontjudenfreundliche Flüchtlingspolitik herauszufordern; es war – so scheint mir – sehr naheliegend, Rothmund «machen zu lassen», das muss 1938 und 1939 auf der Linie der damaligen Politik gelegen haben.

In den vier Jahren zwischen den Hochsommern 1940 und 1944, d.h. also in der Zeit zwischen der Niederlage Frankreichs und der alliierten Landung in der Normandie, war die Schweiz von Hitlers Deutschland bzw. dem Italien Mussolinis gänzlich umgeben; gerade im heissen Flüchtlingsherbst 1942 war, nach der Besetzung des bisher unbesetzten Teils von

²⁵⁵ Daran ist nicht zu zweifeln, Gespräche mit älteren Menschen, die Zeitzeugen sind, bestätigen es.

²⁵⁶ HANS ULRICH JOST, a.a.O., pg. 791; gemeint waren die demütigenden Besuche des österreichischen Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg und des tschechischen Präsidenten Emil Hacha bei Hitler.

²⁵⁷ «low profile zeigen» heisst etwa: sich unauffällig, zurückhaltend benehmen

Frankreich durch die Deutschen am 11. November, auch der schmale Durchlass von Genf nach Annemasse noch verschlossen worden, die Schweiz war völlig umzingelt. Zwar war Deutschland in Russland in schwere Kämpfe verwickelt, die deutsche Absicht, im Sommer 1941 Russland in einem «Blitzkrieg» niederzuwerfen war misslungen, und auch der Versuch, das 1941 verfehlte Ziel durch die Sommeroffensive des Jahres 1942 doch noch zu erreichen, war bisher nicht erfolgreich gewesen; aber dennoch konnte damals noch niemand wissen, wie der Krieg ausgehen würde. Der Bundesrat durfte zwar annehmen, dass die Schweiz gerade damals, 1942, nicht «in der Schusslinie» Hitlers lag, dieser war in Russland zu sehr beschäftigt; dennoch schien die Politik des «low profile» dem Bundesrat vermutlich weiterhin angezeigt. Er konnte nicht wissen, ob er sich nicht eines Tages in der Mitte eines von Hitler dominierten Europa finden würde. Dass Hitler in diesem Falle versuchen würde, die Schweiz wie eine reife Frucht ohne viel Mühe seinem Machtbereich zu unterwerfen, war klar. Wollte man in einer solchen Situation, in der Mitte eines von Deutschland beherrschten Europa, Juden betont Zuflucht bieten? Konnte es nicht, wenn man diese Entwicklung auch für eine mögliche hielt, aus der damaligen Sicht Berns tunlich sein, Rothmund weiterhin «machen zu lassen»? Man darf die These «gouverner c'est prévoir», nicht dort leugnen, wo es – nach dem heutigen Standort und dem Wissen des Kommentators über den damaligen Stand der Dinge im politischen Umfeld – bequem oder unbequem ist.

Erst im Jahre 1943 konnten die Weitsichtigen sehen, worauf es mit Hitlers Krieg hinauslaufen würde: Der Zusammenbruch der deutschen Front im Osten im Winter 1942/1943, die

deutsche Niederlage in Nordafrika im Mai 1943, die alliierte Landung in Sizilien im Juni 1943, der Sturz Mussolinis im Juli 1943 und der Separatfrieden Italiens im September 1943 liessen erkennen, wer schlussendlich der Sieger sein würde. Erst genau in diesem Moment, und als der grosse Ansturm auf die schweizerische Südgrenze erfolgte, liess die Polizeiabteilung zum ersten mal ihre berüchtigte Weisung, dass jüdische Flüchtlinge, Flüchtlinge aus Rassegründen, keine politischen Flüchtlinge seien, fallen, und dies damals leider nur für die Südgrenze; und erst im Sommer 1944, nach dem klar erkennbaren Erfolg der alliierten Landung in der Normandie, verschwand die Weisung ganz; nun wurde jeder eingelassen, der «an Leib und Leben» bedroht war, erst als am Sieg der Alliierten auch nicht der kleinste Zweifel mehr bestehen konnte, wurde die Flüchtlingspolitik grundsätzlich geändert.

Ich meine, dass bei gebührender Berücksichtigung des sich wandelnden europäischen Umfeldes erkennbar wird, dass Lasserre's Stichworte «faiblesse» und «commodité» tatsächlich nicht genügen; sie decken einen Teil der Antwort auf die Frage, warum der Bundesrat so gehandelt hat, wie er gehandelt hat. Aber auf Seiten des Bundesrates war mit kritischem und besorgtem Blick auf das europäische politisch-militärische Umfeld mit Sicherheit auch noch sehr viel «Staatsraison» involviert. Musste es ihm nicht zweckmässig erscheinen, sich bis zur klar erkennbaren Wende des Krieges so zu verhalten, dass die Chance, sich zwecks Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz notfalls mit einem siegreichen Deutschland irgendwie zu arrangieren, nicht von vornherein gänzlich blockiert wurde? War dies verwerflich, wenn man doch vom Bundesrat verlangt, voranzusehen? «Gouverner c'est prévoir»,

heisst es, wir kommen nicht darum herum. Darf man dem Bundesrat das Recht absprechen, so überlegt zu haben? War es nicht sogar die Pflicht des Bundesrates, auch die Möglichkeit eines siegreichen Deutschland in sein Kalkül einzubeziehen? Wenigstens bis zum Winter 1942/1943 war der Ausgang des Krieges keineswegs klar vorhersehbar²⁵⁸.

Und nun die Schlussfolgerung: Dass man von dieser «Staatsraison» kein Jota abwich, obwohl es sich bei den jüdischen Flüchtlingen um Menschen in äusserster Lebensgefahr und Todesangst handelte, das ist der tragische dunkle Punkt der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges; und dies umso mehr, weil man (natürlich im nachhinein leicht und ohne Risiko) argumentieren kann, dass man wohl – wenigstens grössenordnungsmässig – etwa so viele Menschen hätte aufnehmen können, wie man zurückgewiesen hat. Darin, dass man das nicht erkannt hat, obwohl man es mit kritischem Fragen hätte erkennen können, und dass man auf Albert Oeris von Mitmenschlichkeit geprägten, pragmatischen und sehr treffsicheren Zwischenruf, man solle doch auf Zusehen hin grosszügiger sein, überhaupt nicht reagiert hat, darin liegt meines Erachtens der bedrückende Fehler, der in der schweizerischen Flüchtlingspolitik gemacht worden ist.

Ich betone nochmals und mit allem Nachdruck: Sechzig Jahre später kann man leicht wissen und sagen, dass der Bundesrat mit einigem Mut schon im Spätsommer 1942 mehr Menschlichkeit hätte walten lassen können, und dass spätestens im

²⁵⁸ Auch JACQUES PICARD ist der Meinung, dass sich die damalige Aussenpolitik der Schweiz «taktisch nach den Erfolgen des 'Dritten Reiches' richtete»; a.a.O., pg. 414

Sommer 1943 eine neue Flüchtlingspolitik hätte definiert werden können und sollen. Dass das nicht geschah, könnte sehr gut mit Lasserre's Wort von der «Schwäche und Bequemlichkeit» zu tun haben, womit sich der Kreis der Vermutungen schliesse: Wahrscheinlich, so meine ich, hat man es damals, zuerst im August 1942 und dann erst recht wieder ein Jahr später im August 1943, ganz einfach versäumt, gründlich, unvoreingenommen und sehr kritisch darüber nachzudenken und sehr ernsthaft zu fragen, ob man unter den gegebenen Umständen aus dem alten Geleise Rothmunds nun nicht ausbrechen müsse. Das Eingreifen in diesen beiden Krisenlagen wäre die Aufgabe des obersten Chefs gewesen, des zuständigen Departementsvorstehers zunächst, und dann des Gesamtbundesrates; womit wir wieder bei der Feststellung der fehlenden Führung angelangt wären.

5.6 Die Aufgabenfülle des Bundesrates

Es ist bekannt, dass den Regierungen Gossbritanniens und der Vereinigten Staaten der Vorwurf gemacht wird, frühzeitig von der Ermordung der Juden gewusst, aber dennoch nicht gezielt versucht zu haben, den Gang der Ereignisse aufzuhalten. Der Amerikanische Holocaustforscher Richard Breitman hat kürzlich Studien publiziert²⁵⁹, in welchen er nachweist, dass die englische Regierung schon 1941 wusste, was in Deutschland geplant war und begann, durchgeführt zu werden.

²⁵⁹ RICHARD BREITMANN, «Official Secrets, What the Nazis Planned, What the British and Americans Knew», Penguin Books, London, 1999, erste Ausgabe bei Hill and Wang in USA 1998

In seinen Schlussfolgerungen schreibt Breitmann: «Some of Churchills Statements suggest, that he recognized at the time the moral and historical significance of Nazi policy toward the Jews, but he did not act as if he did, nor did Roosevelt. Both Churchill and Roosevelt, but particularly Churchill, deserve great credit for recognizing the evils of Nazism at an early date; and both men, especially Churchill, took tremendous risks to oppose Nazi Germany, but during the war they inevitably dealt far more with the larger questions of military and diplomatic strategy and of the Allied partnership than with specific decisions about rescue of Jews. (...) It is of course asking a great deal of wartime heads of government to recognize in the maelstrom of events the significance of a moral crisis and to initiate an appropriate response. Both men directly involved themselves in managing the military and diplomatic campaigns against the Axis. For the most part, they depended on subordinates and colleagues to handle Nazi killings of Jews and other civilians, and occasionally they ratified – or disagreed with – the recommendations that reached them from below».²⁶⁰

Ich meine, man müsse fairerweise und in analoger Weise auch dem Schweizerischen Bundesrat zugestehen, sich während des Zweiten Weltkrieges primär mit der ihm gestellten Aufgabe befasst zu haben; diese war im Vollmachtenbeschluss der Bundesversammlung vom 30. August 1939 formuliert worden: «Die Bundesversammlung erteilt dem Bundesrat Vollmacht und Auftrag, die zur Behauptung der Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, zur Wahrung

²⁶⁰ RICHARD BREITMANN, a.a.O., pg. 228

des Kredits und der wirtschaftlichen Interessen des Landes und zur Sicherung des Lebensunterhaltes erforderlichen Massnahmen zu treffen»²⁶¹. Aus diesem Auftrag folgte eine Fülle von Verantwortungen für vielerlei Aktivitäten und Vorgänge, und wie in jeder anderen Regierung konnte diese Fülle, konnte das tägliche Handeln «in the maelstrom of events», im turbulenten Strom der Ereignisse, vom Bundesrat nicht bewältigt werden, ohne auf ihm unterstellte Chefbeamte und weitere Mitarbeiter abzustellen und sich weitgehend auf diese zu verlassen. Ich habe oben argumentiert, dass der Bundesrat sich zu sehr auf Rothmund abgestützt und diesen nicht geführt und korrigiert habe. Ich meine, diese Kritik sei gerechtfertigt, aber andererseits müssen wir Spätgeborenen zur Kenntnis nehmen, dass während des Zweiten Weltkrieges die Rettung verfolgter ausländischer Juden nicht zuoberst auf der Prioritätenliste eines Departementschefs gestanden hat; dies nicht zu erkennen wäre naiv. Die Aufgabe des Bundesrates bestand darin, die Schweiz durch die Zeit des Zweiten Weltkrieges zu führen und ihre Unabhängigkeit zu wahren. Im Rahmen dieser Aufgabe war die Festlegung der Flüchtlingspolitik ein Kapitel unter sehr vielen anderen, und wahrscheinlich selten oder nie das wichtigste. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen Rothmunds in Berlin im Sommer 1938 heisst es im Bergier-Bericht: «Die während der Sitzung vom 30. August 1938 geführten handschriftlichen Notizen des Bundeskanzlers zeigen, dass der Bundesrat den Bundesfinanzen und den internationalen Spannungen sehr viel mehr Zeit widmete als der Diskussion über die Verhandlungen mit Deutschland bezüglich des Flüchtlingsproblems»²⁶². Es ist kaum anzunehmen,

²⁶¹ EDGAR BONJOUR, a.a.O., Bd. IV, pg. 32 ff.

²⁶² Bergier-Bericht, pg. 81

dass das während des Krieges anders war. Die Notizen des Bundeskanzlers zeigen, dass die flüchtlingspolitischen Fragen in den Sitzungen des Bundesrates meistens unter «Diverses» behandelt wurden, also nicht einmal auf der Traktandenliste standen²⁶³. Das war ein Fehler; der Bundesrat hätte 1942 realisieren müssen, dass die Not der Einlass begehrenden jüdischen Flüchtlinge gross war, und dass hier ein schwerwiegendes Problem anstand, das nicht unter «Diverses» behandelt und weiterhin an Chefbeamte delegiert werden durfte, dessen er sich vielmehr selbst hätte annehmen müssen, um bei seiner Bewältigung aktiv die Führung zu übernehmen.

5.7 Bonjours These vom «Versagen und der Mitschuld der ganzen damaligen Generation»

Edgar Bonjour hat die Meinung vertreten, dass nicht nur der Bundesrat anders hätte handeln sollen, sondern dass das Parlament und das Volk hätten aufbegehren müssen; er schreibt, es sei «allzu billig, wegen der begangenen offensichtlichen Fehler nach den Behörden jener Zeit mit Steinen zu werfen. Die ganze damalige Generation hat versagt und ist mitschuldig. Denn in einer direkten Demokratie wie der schweizerischen wäre das Volk, wenn es sich richtig aufgegriffen hätte, durchaus nicht gezwungen gewesen, den ihm unleidlichen Kurs der Regierung während zehn Jahren passiv zu ertragen»²⁶⁴. Man kann dem teilweise, aber tatsächlich doch nur teilweise zustimmen: In einer turbulenten und sehr gefährvollen Zeit wie der damaligen ist der Mensch mit seinen Aktivitäten, mit sei-

²⁶³ Bergier-Bericht, pg. 93, Fussnote 78

²⁶⁴ EDGAR BONJOUR, a.a.O., Bd. VI, Kapitel I, insbesondere pg. 41

nen Sorgen und Ängsten voll beschäftigt; er beschränkt sich auf den engen Kreis seiner eigenen Aufgaben und Probleme. In der Schweiz hatten die Stimmbürger das Parlament gewählt, und dieses hatte einen wesentlichen Teil seiner Kompetenzen im Vollmachtenbeschluss dem Bundesrat übergeben. Die Mehrheit des Volkes wird damals, wie ich meine, gedacht haben, «die da oben sind gewählt, sie werden's schon machen, sie werden auch wissen, was sie tun». Die Rolle der Exekutive war damals, von einem vom Volk gewählten Parlament so gewollt, eine wesentlich stärkere als in Friedenszeiten. Die Idee, «aufzubegehren», ein anders zusammengesetztes Parlament zu wählen, um dem Bundesrat «von unten her», vom Volk her durch einen Wechsel der Volksvertreter dreinzureden, muss den Menschen jener Zeit ein fremder Gedanke gewesen sein. Damals muss man weitherum gemeint haben, man müsse einig sein, zusammenstehen, man müsse hinter den Behörden stehen, diesen den Rücken stärken; sichtbares Zeichen dafür war 1943 die Wahl des Sozialdemokraten Ernst Nobs in den Bundesrat. Nur vor diesem Hintergrund ist es zu erklären, dass in der Flüchtlingsdebatte im Herbst 1942 nur wenige mutige Mahner die Flüchtlingspolitik kritisierten, wir haben es resümiert, und dass die offiziellen Sprecher der Bundesratsparteien die Politik des Bundesrates billigten. Die Bundesratsparteien tragen tatsächlich eine Mitverantwortung, sie hätten auf die mahnenden Zwischenrufer im Parlament hören und diesen Gewicht und Wirkung verleihen können. Aber auch die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren unterstützte den Bundesrat. Das Volk der Wähler hatte mehrheitlich viel zu wenig Information, um zu realisieren, was in Deutschland geschah; die Presse stand unter Zensur, das Protokoll der Flüchtlingsdebatte ist damals nicht veröf-

fentlich worden. Ich glaube in Summa, dass die Exekutive tatsächlich sehr weitgehend die Hauptverantwortung trug, und dass das Parlament in zweiter Linie Mitverantwortung trug; aber die Meinung, das Volk in seiner Gesamtheit, spezifisch das Volk der damals wahlberechtigten Männer, in eine Mitschuld einzubeziehen, wie sie Bonjour formuliert, scheint mir nicht genügend durchdacht zu sein, wenn man versucht, sich in die Realität der damaligen politischen Gegenwart zurückzusetzen und hineinzudenken; ganz abgesehen davon, dass zwischen den eidgenössischen Wahljahren 1939 und 1943 das Volk gar keine Möglichkeit hatte, die Zusammensetzung des Nationalrates zu verändern.

5.8 Finanzielle Massnahmen gegenüber Flüchtlingen

Diese Studie beschränkt sich auf das Wesentlichste, d.h. auf die Aufnahmepolitik der Schweiz; deshalb soll auf die finanziellen Lasten, die den Flüchtlingen in der Schweiz aufgebürdet wurden, nicht eingegangen werden. Es soll nur erwähnt werden, dass z.T. Kautionen verlangt wurden, dass etwa mitgebrachte Vermögenswerte der Flüchtlinge zwecks Verwaltung durch das EJPD angemeldet und abgeliefert werden mussten, und dass von den etwas wohlhabenderen Flüchtlingen eine als «Solidaritätsabgabe» bezeichnete Sondersteuer erhoben wurde²⁶⁵; bei der Abwicklung sind auch sehr unerfreuliche Fälle vorgekommen, auf die ich hier nicht eingehen kann, weil sie meine Themastellung zu wenig berühren.

²⁶⁵ Ausführlichere Angaben finden sich im Bergier-Bericht auf pg. 220 ff.

5.9 Eine Bemerkung zum Bergier-Bericht

Die entscheidenden Kernfragen, die meines Erachtens beantwortet werden müssten, lauten: Wie viele jüdische Menschen hat die Schweiz weggewiesen, warum hat die Schweiz diese Menschen weggewiesen, wer hat diese Wegweisungen angeordnet, und wer war dafür verantwortlich, dass man diese Politik auch dann nicht geändert hat, als man erkannt hatte, welches Schicksal den Weggewiesenen bevorstand. Der Bergier-Bericht stellt in seiner Zusammenfassung ausdrücklich fest, dass er auf diese Frage «keine endgültige Erklärung» geben könne²⁶⁶. Man hätte sich gewünscht, dass es der professionellen Geschichtsforschung gelungen wäre, zu erforschen, warum der Bundesrat damals so gehandelt hat, wie er gehandelt bzw. eben nicht gehandelt hat. Zu dieser Frage gibt der Bergier-Bericht leider keine Auskunft. Man weiss sehr viel über Rothmund, aber bisher sehr wenig, ja praktisch nichts über die Überlegungen, die sich der Bundesrat mit Sicherheit zum Problem der Flüchtlinge gemacht hat; diese m.E. zentrale Frage hätte die Kommission Bergier zu klären versuchen müssen. Wenn diese Wissenslücke wegen des Nichtvorhandenseins von Protokollen oder wegen des Fehlens von Akten²⁶⁷ tatsächlich nicht geschlossen werden konnte, dann allerdings muss unser Nichtwissen als bedauerliches Faktum stehen bleiben, es bleibt uns dann tatsächlich nur das Vermuten.

²⁶⁶ Bergier-Bericht, pg. 274

²⁶⁷ Nach Angabe von JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 415, fehlt im Bundesarchiv ein wesentlicher Teil der Akten von BR von Steiger; im Bergier-Bericht findet sich leider keine weitere Aussage über die Akten- und Forschungslage zum Thema «Überlegungen des Bundesrates», und auch nicht zur wichtigen Frage des Verbleibs der Akten von BR von Steiger.

6. Unmögliche und notwendige Relativierungen

6.1 Ingress

Wenn man die schweizerische Flüchtlingspolitik einordnen will, sind verschiedene Bezugspunkte möglich; und diese Politik muss von mehreren Bezugspunkten aus betrachtet werden, die nicht je einzeln und allein ausschliesslich die richtigen sind, sie ergeben vielmehr unabhängig voneinander verschiedene Bilder. Keines dieser Bilder relativiert das andere oder hebt es auf; keines ist allein richtig oder falsch.

6.2 Einzelschicksale sind nicht relativierbar

Der wichtigste Bezugspunkt ist der Blick auf das Einzelschicksal; viele Schicksale sind bekannt²⁶⁸, mehr als viele sind unbekannt. Man wird nie herausfinden können, wie viele Menschen wegen der Flüchtlingspolitik der Polizeiabteilung des EJPD in Polen den Tod gefunden haben²⁶⁹. Wegen der hohen «Effizienz» der deutschen Mordaktion ist zu befürchten, dass ein erheblicher Teil der von der Schweiz nicht aufgenommenen Flüchtlinge, soweit sie Juden waren, den deutschen Mördern zum Opfer gefallen ist; das ist eine Feststellung, die bedrückt.

²⁶⁸ Der Bergier-Bericht stellt in Kap. 4 einige Schicksale dar.

²⁶⁹ Auf Grund der Zahlen von Koller, die auch der Bergier-Bericht benützt, und die ich oben zusammengestellt habe, sind, die nicht erteilten Visa mitgerechnet, etwa 40'000 Personen nicht eingelassen worden; man weiss nicht wieviele von ihnen Juden waren, und ebenso wenig weiss man, wieviele umgekommen sind.

Ich meine, dass es gänzlich unerlaubt wäre, dieses Faktum dadurch kleiner machen zu wollen, dass man es mit der Zahl der insgesamt von den Deutschen umgebrachten Menschen in Relation setzt: Jeder ermordete Mensch, – in unserem Fall jeder einzelne Mensch, der deshalb ermordet wurde, weil die Schweiz nicht geholfen hat, ihn in Sicherheit zu bringen, – jeder solche Mensch hat *sein* Leben verloren. Und jeder Mensch lebt *sein* Leben, gestaltet *sein* Leben, genießt *sein* Leben, wirkt in *seinem* Leben, liebt und trauert in *seinem* Leben, arbeitet und denkt in *seinem* Leben. Aus der Sicht dessen, der sein Leben gewaltsam verliert, ist es (ausser in sehr speziellen Situationen) völlig gleichgültig, ob andere Menschen ihr Leben auch gewaltsam verlieren oder ob sie davonkommen. Jeder, der hier oder dort in die höllische Mühle des Zweiten Weltkrieges geraten und davongekommen ist, ist dafür zeit-lebens ganz persönlich individuell dankbar²⁷⁰; wenn einer nicht davongekommen ist, wäre es ihm, wenn er es realisiert hätte, kein Trost gewesen, zu wissen, dass tausend andere das gleiche Schicksal erlitten haben. Jedes Leben, welches nicht gelebt worden ist, weil irgendjemand, oder irgendein Land, z.B. die Schweiz, Hilfe verweigert hat, ist ein verlorenes Leben, eine verlorene Vielfalt von Möglichkeiten und Chancen, von Freude und Trauer, von Glück und Unglück, kurz, ein verlorenes Geschenk Gottes. Jede andere Betrachtung ist ungültig. Deshalb müssen wir um jeden einzelnen der zurückgewiesenen Menschen, von denen wir annehmen müssen, dass sie umgebracht worden sind, trauern, ob sie nun mit Namen genannt werden können oder nicht.

²⁷⁰ Der Verfasser dieser Studie ist einer dieser Glücklichen, einer, der um Haaresbreite, «by the skin of his teeth», im März 1945 davongekommen ist.

6.3 Die Hilfsbereitschaft des Westens vor dem Zweiten Weltkrieg im Vergleich

Was verglichen werden kann, und meines Erachtens auch verglichen werden muss, was relativ zu einander betrachtet werden kann und muss, wenn man sich eine Meinung machen will, das ist die Hilfsbereitschaft der um Hilfe angegangenen westlichen demokratischen Länder. Dass diese Bereitschaft viel zu gering war, zeigt sich fast demonstrativ bereits an dem von den demokratischen Ländern des Westens gemeinsam zu vertretenden Fiasko von Evian.

6.3.1 Ein Fehlschlag: Die Konferenz von Evian

Die Welt begriff wohl erst nach dem Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland im Frühjahr 1938, wegen der brutalen nun in Österreich einsetzenden Judenverfolgungen, und wegen der Vertreibung der Juden aus diesem Lande, dass der Antisemitismus Deutschlands etwas politisch aussergewöhnliches war, dass reagiert werden musste. In dieser Lage ergriff der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt die Initiative und schlug vor, die Flüchtlingsfrage international zu lösen; seine Initiative führte zur Konferenz von Evian vom Juli 1938²⁷¹. Das Treffen, an welchem 32 Län-

²⁷¹ Zur Konferenz von Evian siehe z.B. ALFRED CATTANI, Neue Zürcher Zeitung, 7. Juli 1998, Nr. 153, ausserdem THOMAS MAISSEN in der gleichen Ausgabe; sowie ARNO LUSTIGER, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Juli 1998, Nr. 152. Ebenso zu diesem Thema, zehn Jahre früher, die Ausgabe der Neuen Zürcher Zeitung vom 6. Juli 1988, Nr. 155. Ein wichtiges Werk ist RALPH WEINGARTEN, «Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage: Das Intergovernmental Committee on Political Refugees 1938-1939», Verlag Peter Lang, Bern, Frankfurt und New York, 1981. Ausführlich behandelt A. J. Sherman, a.a.O., die britischen Vorbereitungen für die Konferenz von Evian;

der und 39 Hilfsorganisationen teilnahmen, verlief praktisch ergebnislos; als Folge der Konferenz von Evian wurde das Intergovernmental Committee on Political Refugees (IGC) gegründet, welches sich in der Folge, besonders nach den Pogromen der «Reichskristallnacht» im Herbst 1938 um Lösungen bemühte, – auch wieder weitestgehend erfolglos; die letzte Sitzung des IGC fand im Juli 1939 statt, knapp vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die Schweiz nahm an der Konferenz von Evian aus Rücksicht auf Deutschland nur ungerne und zögernd teil; sie hatte es aus dem gleichen Grunde auch abgelehnt, der Konferenz Gastrecht zu gewähren. Vertreten war die Schweiz durch den Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund; dieser wies in Evian auf die damals in der Schweiz lebende hohe Zahl von Ausländern und auf die hohe Arbeitslosigkeit hin und erklärte, dass die Schweiz für Flüchtlinge nur Transitland sein könne.

Im Endeffekt wirkte das Ergebnis der Konferenz von Evian kontraproduktiv: Nachdem dort alle Länder de facto negativ reagiert hatten, wollte sich *nach* Evian kein Land mehr zur Flüchtlingsfrage positiv einstellen, weil überall befürchtet wurde, man würde dadurch zum Hauptziel der jüdischen Auswanderungsströme. Als besonders unrühmliches Beispiel bekannt ist die Odyssee des Schiffes «St. Louis», welches mit 930 Auswanderern nach Kuba auslief, dort, und auch in USA nicht akzeptiert wurde, zum Schluss nach Europa zurückkehrte und seine verzweifelte Fracht wieder auslud; die Auswanderer wurden auf England, Frankreich, Holland und Bel-

er zeigt, wie sehr Grossbritannien darauf aus war, in Evian keinerlei Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen zu übernehmen.

gien verteilt, wo viele später der deutschen «Endlösung» zum Opfer fielen.

Im englischen Unterhaus erklärte Lord Winterton im Auftrag der Britischen Regierung im April 1939 «that not one of the thirty-two IGC Governments was prepared to admit either any moral obligation to solve the refugee question or financial liability for the transfer and upkeep (...) or for the permanent Settlement of refugees; the unhappily pervasive (...) subcurrent of anti-Semitism or anti-alienism which existed in many countries made it impossible for governments to do more for refugees than for their own people»²⁷².

Für Deutschland war das negative Ergebnis von Evian ein deutliches Zeichen dafür, dass das Schicksal der Juden draussen in der Welt zwar Interesse fand, dass aber ernsthafte Hilfs- oder gar politische Gegenmassnahmen nicht zu erwarten waren; das kann in Berlin nur als Ermunterung aufgefasst worden sein, im bisherigen Stil weiterzumachen. Mehr als verbale Proteste waren nicht zu erwarten.

²⁷² A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 228

6.3.2 Eine Zusammenstellung von Zahlen

Marc-André Chaguéraud hat für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg aufschlussreiche Zahlen zusammengestellt²⁷³; ich benütze diese im Bewusstsein, dass alle Statistik über die jüdische Flucht aus Europa ungenau ist, dass offizielle Zahlen oft fehlen oder lückenhaft sind, sodass man sich mit weiten Fehlergrenzen zufrieden geben muss; ich meine aber, dass dies einer grundsätzlichen Übersicht, wie sie hier gesucht wird, keinerlei Abbruch tut.

Chaguéraud strukturiert die bekannten Zahlen über die jüdische Flucht in der Zeit von Anfang 1933 bis zum Ende des Jahres 1939, d.h. von der «Machtergreifung» der Nationalsozialisten bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, und zwar tut er dies nach zwei Kriterien: Einmal gruppiert Chaguéraud nach Ziel- und nach Herkunftsländern, das andere mal gruppiert er nochmals nach Zielländern, nun aber nach dem zeitlichen Verlauf: Bis und mit 1937 und ab 1938; dies im Bewusstsein, dass das Jahr 1938 mit der Annexion Österreichs und den im Herbst folgenden Pogromen der «Kristallnacht» eine entscheidende Verschlimmerung der Lage brachte; Chaguérauds Aufteilung entspricht etwa unseren weiter oben definierten Phasen eins und zwei.

²⁷³ MARC-ANDRÉ CHAGUÉRAUD, «TOUS Coupables?», Labor et Fides, Genève, Les Éditions du Cerf, Paris, 1998

Tabelle 8 : Jüdische Flüchtlinge, gruppiert nach Ziel- und Herkunftsländern²⁷⁴

Zielland	Aus Deutschland, inkl. Österreich & Böhmen/Mähren	Aus anderen Ländern	Total
Belgien	15'000	15'000	30'000
Frankreich	30'000	25'000	55'000
England	42'000	23'000	65'000
Holland	27'000	8'000	35'000
Schweiz ²⁷⁵	12'000	4'000	16'000
Palästina ²⁷⁶	80'000	123'000	203'000
Shanghai	18'000	7'000	25'000
USA	108'000	57'000	165'000
Südamerika	85'000	43'000	128'000
Total	417'000	305'000	722'000

²⁷⁴ MARC-ANDRE CHARGUERAUD, a.a.O., Tab. IV, pg. 191

²⁷⁵ Charguéraud vermutet, dass seine Zahl für die Schweiz zu hoch ist.

²⁷⁶ Davon kamen 92'000 zwischen 1932 und 1939 aus Polen.

Tabelle 9: Jüdische Flüchtlinge, gruppiert nach Fluchtperiode; bis 1937 und ab 1938²⁷⁷

Zielland	1933-1937	Ab 1938	Total
Belgien	15'000	15'000	30'000
Frankreich	25'000	30'000	55'000
England	9'000	56'000	65'000
Holland	17'000	18'000	35'000
Schweiz	7'000	9'000	16'000
Palästina	172'000	31'000	203'000
Shanghai	0	25'000	25'000
USA ²⁷⁸	30'000	135'000	165'000
Südamerika	70'000	58'000	128'000
Total	345'000	377'000	722'000
Prozentsatz	48%	52%	100%

In einer dritten Tabelle gibt Charguéraud die Fluchtrate, d.h. die Anzahl der Juden, die geflohen sind, im Verhältnis zur Anzahl der jüdischen Bevölkerung, die ursprünglich vorhanden war.

²⁷⁷ MARC-ANDRÉ CHARGUÉRAUD, a.a.O., Tab. VI, pg. 193

²⁷⁸ Diese Zahlen für die USA stimmen sehr genau überein mit denjenigen, die Breitman und Kraut, sowie Feingold, angeben, allerdings sind sie bei diesen Autoren unübersichtlich im Text verstreut und nicht wie bei Charguéraud aus verschiedenen Quellen zusammengetragen und tabellarisch dargestellt.

Tabelle 10: Die Fluchtrate der jüdischen Bevölkerung²⁷⁹

	Aus Deutschland inkl. Österreich & Böhmen/Mähren	Aus anderen Ländern	Total
Geflohen	464'000	338'000	802'000
Ursprünglich vorhanden	869'000	8'357'000	9'226'000
Prozentsatz	53%	4%	8.7%

Die Zahlen in den Tabellen Charguérauds²⁸⁰ erfordern Kommentar:

1. Charguéraud schätzt, dass seine Zahlen in den Tabellen 8 und 9 nur etwa 90% der Flüchtlinge erfassen; er meint deshalb, dass insgesamt etwa 800'000 Juden aus Zentral- und Osteuropa vor dem Zweiten Weltkrieg in die westlichen Demokratien fliehen konnten.
2. Belgien, Frankreich und Holland haben insgesamt 120'000 Flüchtlinge aufgenommen, davon 57'000 bereits vor 1938.
3. England hat sehr langsam reagiert, vor 1938 wurden hier nur 9'000 Flüchtlinge aufgenommen; erst nach der Annexion Österreichs und nach den Pogromen von 1938 hat Grossbritannien seine Flüchtlingspolitik leicht verändert.
4. Auch die USA haben langsam reagiert, hier wurden vor 1938 nur 30'000 Flüchtlinge aufgenommen, und erst nach 1938 wurden die amerikanischen Hürden gegen die Einwanderung etwas deutlicher gelockert.

²⁷⁹ MARC-ANDRÉ CHARGUÉRAUD, a.a.O., Tab V, pg. 192

²⁸⁰ CHARGUÉRAUD erläutert seine Tabellen auf pg. 189 ff. mit einem ausführlichen Fussnotenapparat, auf dessen Wiedergabe ich verzichte.

5. Erstaunlich ist, wie viele Flüchtlinge nach Palästina auswandern konnten, obwohl der Staat Israel damals noch nicht bestand; viele von diesen kamen aus Polen. Vgl. hierzu weiter unten den Abschnitt über Grossbritannien.
6. Tabelle 9 zeigt auf, dass nur etwas weniger als die Hälfte der jüdischen Flüchtlinge sich schon vor 1938 zur Flucht entschlossen haben; offenbar haben viele vor 1938 gemeint, die nationalsozialistische deutsche Regierung werde kein langes Leben haben; ausserdem haben die deutschen Juden die nationalsozialistischen Drohungen nicht früh genug genügend ernst genommen. Nur knapp die Hälfte der aus Deutschland stammenden Juden ist vor 1938 geflohen.
7. Die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Südamerikanische Länder, Shanghai und Palästina haben insgesamt 586'000 Flüchtlinge aufgenommen; nur diese Flüchtlinge hatten sich mit ihrer Flucht definitiv in Sicherheit bringen können; Die etwa 120'000 in Holland, Belgien und Frankreich verbliebenen Flüchtlinge kamen später nochmals in grosse Gefahr als Deutschland diese Länder besetzte; 30'000 von diesen kamen ums Leben²⁸¹.
8. Insgesamt konnten von den ursprünglich im deutschen Machtbereich²⁸² lebenden Juden gut die Hälfte (53%) fliehen, während von den in Zentral- und Osteuropa lebenden weit über 8 Millionen Juden nur 338'000 Menschen, kümmerlichen 4%, die Flucht gelungen ist. Das ist damit zu erklären, dass die Massenflucht einer so grossen Zahl von Menschen undenkbar gewesen wäre, ausserdem lebten wohl die meisten dieser Menschen in Osteuropa in engen

²⁸¹ MARC-ANDRÉ CHARGUÉRAUD, a.a.O., pg. 193; ich halte diese Zahl für zu tief.

²⁸² Deutsches Reich in den Grenzen von 1918, Österreich, Sudetengebiet, «Protektorat Böhmen und Mähren»

Verhältnissen, die sie nicht auf die Idee kommen liessen, man müsse im Hinblick auf eine zukünftige deutsche Invasion die Flucht ergreifen; nach Russland konnten sie nicht ausweichen, denn dort gab es ebenfalls üblen Antisemitismus; sie hätten weit hinaus in die westlichen Demokratien oder nach Palästina wandern müssen; beides wäre überaus schwierig, ja fast unmöglich gewesen. Alle diese Juden kamen später irgendwo zwischen die deutschen und russischen Frontlinien, oder hinter die deutsche Front in den jahrelang von Deutschen beherrschten Raum, in welchem es höchstens ein Sichverstecken und aus dem es nur selten ein Entrinnen gab. Die Juden im deutschen Machtbereich in Westeuropa hatten eine Chance von etwa 50%, rechtzeitig fliehen zu können; diese Chance betrug für die Juden im Osten nur weniger als 5%.

6.3.3 Skizze einer vergleichenden Wertung

Ich skizziere in diesem Abschnitt mit sehr groben Strichen einen Vergleich der Leistungen einiger wichtiger Länder, die damals als Aufnahmeländer für die jüdischen Flüchtlinge in Frage kamen. Eine detaillierte Darstellung ist im Rahmen meiner Studie weder möglich noch notwendig: Mehr als ein grobes, fast «kubistisch» gezeichnetes Bild brauchen wir nicht, um zu Schlussfolgerungen zu gelangen und die Schweiz in ihrem damaligen Umfeld plazieren zu können.

6.3.3.1 Grossbritannien²⁸³

Die Reaktion Grossbritanniens auf die nationalsozialistischen Judenverfolgungen der Zeit zwischen 1933 und dem Ausbruch des Krieges ist von Ari Joshua Sherman auf der Basis gründlichen Studiums der Akten des British Foreign Office und des British Home Office ausführlich und kompetent dargestellt worden²⁸⁴.

Die englische Regierung reagierte während der Jahre 1933 bis 1937 gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen äusserst zurückhaltend; für diese Zurückhaltung wurden verschiedene Gründe angegeben. Übergeordnet war die Auffassung, dass jedenfalls und vor allem das Interesse des eigenen Landes

²⁸³ Es lässt sich nicht vermeiden, und hat auch Vorteile, dass in diesem Abschnitt auch die Bemühungen des Völkerbundes erwähnt werden, denn sie sind mit der englischen Flüchtlingspolitik eng verknüpft.

²⁸⁴ ARI JOSHUA SHERMAN, «Island Refuge, Britain and Refugees from the Third Reich, 1933-1939», University of California Press, Berkeley and Los Angeles, 1973

gewahrt werden müsse; auf eine diesbezügliche Anfrage im Unterhaus erklärte der Home Secretary, Sir John Gilmour, am 21. Februar 1933, [that] «the general principle on which the Aliens Order is administered is that aliens are only allowed to come in for permanent residence if their seulement here is consonant with the interests of this country. (...) the interests of this country must predominate over all other considerations»²⁸⁵. Andererseits erklärte die Regierung am 9. März 1933, «that it was not within the contemplation of the law that there should be discrimination against aliens on grounds of belief or racial origin (...)»²⁸⁶.

Ein wichtiger Grund für die Zurückhaltung Grossbritanniens war die generelle Angst vor Einwanderern: Auf dem von Arbeitslosigkeit geplagten Beschäftigungsmarkt sollten keine zusätzlichen arbeitssuchenden Bewerber zugelassen werden; die deutschen jüdischen Flüchtlinge entstammten zu überwiegendem Teil dem bürgerlichen Mittelstand; die Aufnahme einer grossen Zahl von Arbeitssuchenden dieser Berufsklassen schien der Britischen Regierung unmöglich. Obwohl in den Anfangsjahren 1933 und 1934 noch relativ wenige Flüchtlinge in Grossbritannien eintrafen, und obwohl diese zum grössten Teil keine Arbeitsbewilligung erhielten, ergab sich Unruhe, u.a. besonders von Seiten der Organisationen medizinischer Berufe; «the president of the Royal College of Physicians called on the Home Secretary in November 1933; he conceded that there might be room in Britain for a few doctors of special distinction, but that the number that could usefully be absorbed or teach us anything could be counted on the

²⁸⁵ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 28

²⁸⁶ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 28

fingers of one hand»²⁸⁷(sic!). Die Opposition in Presse und Parlament war generell; schon am 9. März 1933 erklärte ein Gewerkschaftsvertreter im Unterhaus «[that] hundreds of thousands of Jews are now leaving Germany and scurrying from there to this country; are we prepared in this country to allow aliens to come in here from every country while we have 3'000'000 unemployed?»²⁸⁸. Die Zurückhaltung Grossbritanniens bei der Aufnahme deutscher jüdischer Flüchtlinge hatte noch einen weiteren bevölkerungspolitischen Aspekt: Die Regierungen Polens, Ungarns und Rumäniens liessen immer wieder verlauten, dass sie meinten, eine zu grosse jüdische Bevölkerungsgruppe zu haben; der polnische Aussenminister hatte 1936 dieses Problem sogar offiziell an einer Sitzung des Völkerbundes vorgetragen und erklärt, Polen müsse etwa 80'000 bis 100'000 Juden zur Auswanderung veranlassen, es könne diesen aber aus volkswirtschaftlichen Gründen die Vermögensmitnahme nicht ermöglichen. Es ist naheliegend, dass solche Mitteilungen, die 1938 noch wiederholt wurden, nur eine Verhärtung der britischen Aufnahme politik bringen konnten.

Ein weiterer Punkt, dem die Britische Regierung besondere Aufmerksamkeit schenken musste, war die Situation in Palästina; dieses Land war damals kein Staat, sondern ein Mandats-Territorium unter der Oberhoheit des Völkerbundes, welches unter der Verwaltung durch einen Britischen Hochkommissar stand. Der zuständige Hochkommissar hielt es 1933 nicht für möglich, in Palästina jüdische Flüchtlinge aufzunehmen: «(...) there is no reason to suppose that room could be found in

²⁸⁷ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 48

²⁸⁸ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 28

Palestine in the near future for any appreciable number of German Jewish refugees. (...) the number of Jewish refugees who could be allowed to enter the country is strictly conditioned by what the country can absorb»²⁸⁹. Weil ein Zustrom von Flüchtlingen – legal und illegal – später aber doch stattfand, stellte sich dann allerdings heraus, dass die Aufnahmefähigkeit von Palästina durch eben diesen Zustrom von völlig mittellosen, aber offenbar zu gewaltigem Arbeitseinsatz motivierten Flüchtlingen zu- statt abnahm. Trotz aller Bemühungen, die Einwanderung nach Palästina klein zu halten, stieg sie doch dramatisch an²⁹⁰. In der Tat war die illegale Einwanderung nach Israel zeitweise so hoch, dass vorgesehen wurde, die Einwanderungsquote für das am 1. Oktober 1939 beginnende Verwaltungsjahr auf Null zu setzen²⁹¹.

Ein dritter Punkt, welcher in allen britischen Erörterungen zur Flüchtlingsfrage immer wieder auftaucht, ist die Frage der Kosten. Das Britische Government stellte sich strikte auf den Standpunkt, dass staatliche Mittel für die Betreuung der zuströmenden Flüchtlinge nicht zur Verfügung stehen könnten. Das schuf ein schwieriges Problem, weil einerseits die brutale Vertreibungspolitik der Deutschen die jüdischen Flüchtlinge zuerst mehr als weniger ausplünderte und sie erst dann aus Deutschland verjagte, und dies je länger desto schamloser, und weil andererseits zur Verhinderung einer Belastung des britischen Arbeitsmarktes den Flüchtlingen die

²⁸⁹ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 31

²⁹⁰ Sie betrug 1932: 9'553; 1933: 30'327; 1934: 42'359; 1935: 61'854; 1936: 29'727; 1937: 10'536; 1938: 12'868; 1939: 16'405; Insgesamt in diesen acht Jahren 213'629 Personen.

²⁹¹ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 239

Berufsausübung verboten wurde. Um in dieser Situation zu helfen, griffen die britischen Juden in die eigene Tasche und gründeten ein «Jewish Refugees Committee», dessen tatkräftiger Chairman ein ursprünglich deutscher Emigrant war. Dieses Committee konnte längere Zeit das Problem einermassen lösen, es hatte auch wesentliche Mitsprachemöglichkeiten und -pflichten bei Entscheidungen über Aufnahmen von Flüchtlingen. Aber im Laufe der Zeit kam das Komitee dann doch an die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit.

Schon früh, bereits im Mai 1933, begann man sich in Grossbritannien zu fragen, ob das Flüchtlingsproblem nicht dem Völkerbund zur Behandlung zugewiesen werden solle. Allerdings wurde diese Idee von Anfang an sehr vorsichtig verfolgt und immer verknüpft mit der Absicht, ja keine allzu grosse Initiative zu zeigen, um zu verhindern, dass der Völkerbund auf solche Initiative etwa damit reagieren würde, Grossbritannien Führungsaufgaben im Sektor Flüchtlingspolitik aufzubürden, denn solche wollte man unter keinen Umständen übernehmen. Einerseits kam es am 12. Oktober 1933 zur Ernennung eines High Commissioner for Refugees des Völkerbundes²⁹², «[but] the Foreign Office for its part considered it undesirable to have a British subject as High Commissioner, since he might think himself bound to ask us to relax our restriction in the UK and in Palestine, and such a request coming from a British High Commissioner might be difficult to refuse»²⁹³. Diese Haltung setzte sich während der ganzen Zeit von 1933 bis in den Herbst 1938 fort; nie kam Grossbri-

²⁹² A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 40

²⁹³ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 41

tannien aus diesem Dilemma heraus: Einerseits wollte man dem Völkerbund womöglich die Lösung des Flüchtlingsproblems aufbürden, andererseits wusste man auch immer wieder jede erdenkliche vorbeugende Massnahme zu ergreifen, um zu verhindern, vom Völkerbund zu einer flexibleren Flüchtlingspolitik gedrängt zu werden. Diese im Hochsommer 1938 zu Händen der britischen Verhandlungsdelegation nochmals mit besonderer Deutlichkeit formulierte britische Völkerbunds- und Flüchtlingspolitik war in letzter Konsequenz wesentlich mitverantwortlich für das Scheitern der Konferenz von Evian.

Die Annexion Österreichs durch Deutschland im März 1938 liess das Flüchtlingsproblem völlig neue Dimensionen annehmen und führte in Österreich, besonders in Wien, wegen der äusserst brutalen Verfolgungsaktionen der Nationalsozialisten zu geradezu chaotischen Zuständen. Das für die Grenzkontrollen zuständige britische Home Office geriet in Panik und erklärte, «(...) [that] from the Home Office point of view the situation is serious, and (...) without the check that a visa System affords there can be no guarantee that the entry of refugees from Germany and Austria can be effectively controlled»²⁹⁴. Grossbritannien reagierte deshalb auf die Herausforderung, welche die Annexion Österreichs bedeutete, mit der Wiedereinführung der im Jahre 1928 abgeschafften Visumpflicht für alle deutschen und bisher österreichischen Staatsangehörigen, d.h. genauso, wie die Schweiz hatte reagieren wollen und wohl auch hätte reagieren sollen. Wegen der befürchteten Behinderung des Geschäftsreiseverkehrs und des Tourismus wollte Deutschland aber die Wiedereinführung

²⁹⁴ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 87

des Visums durch Grossbritannien verhindern: Nur wenige Tage nach der am 21. April 1938 in Berlin erfolgten Ankündigung der neuen Visumpflicht für Deutsche durch die Britische Regierung erschien deshalb der deutsche Chargé d’Affaires am 27. April 1938 im British Foreign Office «with the counterproposal that it might be possible to negotiate an arrangement which would obviate the necessity for imposition of visas. The Foreign Office, always hopeful of removing any potential irritant to Anglo-German relations, welcomed the German demarche, but the Home Office remained adamant in refusing to depart from its determination to demand visas of both Germans and Austrians so long as the Germans persist in their persecution policy with its attendant refugee problem. The German Embassy followed its verbal representations with written proposais which the Foreign Office found sufficiently reasonable to warrant further examination, but the Home Office reacted with asperity²⁹⁵ to the prospect of any negotiations, stating that the German scheme – *which contemplated that the would-be-emigres should be issued with a distinctive passport* – would not at all solve its problem of how to decide which individuals should properly be admitted to Britain»^{296,297}. Die Deutsche Botschaft wurde über die

²⁹⁵ Ein in diplomatischem Zusammenhang sehr deutliches Wort; im «Grossen Webster»: «sharpness of tone, temper or manner».

²⁹⁶ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 89

²⁹⁷ Es ist in unserem Zusammenhang zu beachten, dass der deutsche Vorschlag, für Emigranten – natürlich vornehmlich für Juden – speziell gekennzeichnete Pässe einzuführen, in England vorlag, lange bevor die Gespräche Rothmunds mit Berlin auch nur begonnen oder gar in die Nähe einer Konkretisierung gekommen waren, lange auch vor der deutschen Erfindung, Juden und Jüdinnen die Vornamen Israel und Sara in ihre Pässe zu schreiben. Der Schweizerische Bundesrat hat die Kündigung des Abkommens über den visumsfreien Reiseverkehr mit Deutschland am 30. August 1938 in Berlin deponiert (Bericht Ludwig pg. 107), die Ankündigung der Eintragung der Namen Israel und Sara in den Pässen deut-

negative Reaktion Londons auf ihre Vorschläge am 20. Mai 1938 orientiert, worauf sofort und ohne weitere Vorwarnung britischen Reisenden, die kein Visum besaßen, die Einreise nach Deutschland verweigert wurde .

In einem – an die Britischen Konsulate gerichteten – Zirkularschreiben wurde sehr deutlich gemacht, dass sich die Visumspflicht speziell gegen jüdische deutsche Auswanderer richtete: «Such persons, especially those who appear to be of Jewish or partly Jewish origin, or have non-Aryan affiliations, should be

scher Juden erfolgte offiziell in Berlin am 17. August 1938 (Bericht Ludwig, pg. 109). Der in London deponierte deutsche Vorschlag, Pässe von Juden und Jüdinnen zu kennzeichnen, liegt also zeitlich sehr viel früher als die Notenwechsel und die Verhandlungen der Schweiz mit Deutschland über dieses Thema. Daraus ist zu schliessen, dass nicht Rothmund und die Schweiz den Judenstempel «erfunden» haben, sondern die Deutschen, und zwar sehr früh, und als Reaktion auf die Gefahr der Störung des normalen Reiseverkehrs mit Grossbritannien und vielleicht mit anderen Nachbarn, welche die Annexion Österreichs hervorgerufen hatte. Der Vorschlag wurde wegen dessen Ablehnung durch London offenbar in Berlin pendent gehalten, um ca. fünf Monate später im September 1938 Rothmund vorgelegt und dann vom Bundesrat akzeptiert zu werden. – Ich stelle diese Sache in ihrem zeitlichen Ablauf (entsprechend der mir vorliegenden Literatur) genauso dar, wie sie tatsächlich war: Dies nicht etwa um die damalige schweizerische Politik zu entschuldigen, sondern um der intellektuellen Redlichkeit willen. Letztlich ist aber die Frage, wer den Judenstempel «technisch erfunden» habe, irrelevant; wichtig im Falle der Schweiz ist seine Akzeptanz durch den Bundesrat.

²⁹⁸ Etwas ausserhalb unseres Zusammenhangs mag immerhin zitiert werden, wie ein Beamter des Foreign Office hierauf reagierte: «This is typical. Obviously, while the German Embassy were imploring us to postpone our visa requirement, Orders had already been given to retaliate – thus causing the maximum inconvenience to innocent people, a too favourite pastime of these people, I fear. It is perfectly useless to ask them to be considerate for people without visas». A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 90

discreetly questioned as to their family circumstances, and how their business or employment has been affected by recent events; and if it is suspected that emigration is intended, the applicant should be invited to say so frankly. He may be told that, if he does so, his application for a visa will be dealt with on its merits on that basis. If he persists that a visit only is intended, he should be told that his application will be dealt with accordingly, and that, if a visa is granted, he will be required to terminate his visit and leave at the end of the specified time. He should be required to sign an undertaking that he will do so, and he should be warned that, if he overstays the period allowed, Steps will be taken to compel him to return to Germany or Austria, as the case may be, notwithstanding any plea to the contrary»^{299,300}. Dem Home Office war es also bitter ernst mit der verlangten Kontrolle der Personen, die sich um Visa bewarben.

Ein weiterer Punkt muss erwähnt werden, wenn man das Verhalten Grossbritanniens in der Flüchtlingsfrage vor dem Zweiten Weltkrieg beurteilen will: Es ist unverkennbar, dass der «Geist von München» lange vor «München» umging. In Shermans Bericht kommt immer wieder vor, dass die Britische Regierung die «guten» Beziehungen mit Berlin nicht durch irgendwelche Démarchen in Flüchtlingsfragen stören wollte. Der Britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, riet immer wieder zur Vorsicht. Der Vorsitzende des IGC (Inter-

²⁹⁹ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 90

³⁰⁰ Man kann nicht vermeiden, sich daran zu erinnern, dass ein Jahr später der Art. 9 des Bundesratsbeschlusses vom 17. Oktober 1939 mit frappierend ähnlicher Wortwahl stipulieren sollte, dass Ausländer, die rechtswidrig in die Schweiz kämen, ohne Weiteres in das Land auszuschaffen seien, aus dem ihre Ausreise erfolgt war oder dem sie angehörten.

governmental Committee on Political refugees), M. C. Taylor, schlug vor, dass der Britische Prime Minister Neville Chamberlain in den Verhandlungen in München Hitler daran erinnern sollte, dass für die wegen der Annexion des bisher tschechischen Sudetengebietes durch Deutschland zu erwartenden neuen Flüchtlingsströme Lösungen gefunden werden müssten; «it was felt however that a reminder to Hitler would be quite impracticable, at any rate at the moment» (...). «The moment was the eve of Mr. Chamberlain's departure for Godesberg», schreibt A. J. Sherman³⁰¹; man wollte damals bekanntlich «peace for our time», und gar nichts anderes.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Britische Regierung bis in den Herbst 1938 eine Politik verfolgte, die gekennzeichnet ist durch Rücksichten auf den Arbeitsmarkt, auf Palästinafragen, auf die Vermeidung eines einwanderungspolitischen Präzedenzfalles gegenüber osteuropäischen Juden, auf das problematische, sehr zwiespältige, Verhältnis Grossbritanniens zu den Versuchen des Völkerbundes, eine Flüchtlingspolitik zu formulieren, sowie auf die finanziellen Konsequenzen der Flüchtlingsaufnahme. Der alles bestimmende Hintergrund war zudem die Absicht der britischen Politik, Konfrontationen mit Deutschland wenn immer möglich zu vermeiden.

Die «Kristallnacht» vom 9. Auf den 10. November 1938 brachte eine nochmalige Brutalisierung, eine eigentliche Pogromisierung der Judenverfolgungen. Die konkrete Folge war die nochmalige Verschärfung aller antijüdischen Vorschriften,

³⁰¹ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 136

und insbesondere die de facto entschädigungslose Enteignung aller deutschen Juden³⁰². Die Atmosphäre des Terrors, die in Deutschland herrschte, glich derjenigen, die in Wien unmittelbar nach der Annexion geherrscht hatte. Verzweifelt stellte das Intergovernmental Committee on Refugees fest, dass die Zulassungsquoten der USA völlig ungenügend waren, dass die englische Zulassungspraxis in derselben Grössenordnung lag, und dass die Nachbarn Deutschlands soweit machbar ihre Grenzen schlossen und unerwünschte Flüchtlinge wahllos über die Grenze zurück nach Deutschland abschoben. Die unmittelbare Reaktion der britischen Regierung war aber keineswegs eine neue Flüchtlingspolitik: Das Home Office wollte weiterhin die Kontrolle über jeden einzelnen Einwanderungsfall behalten, der Colonial Secretary brachte seine bekannten Bedenken über die Aufnahmefähigkeit der Kolonien vor, «Kenya z.B. könne etwa 25 Familien pro Jahr verkraften» (!), hiess es von dort, und die Finanzierung sollte weiterhin privaten Organisationen aufgebürdet werden; dabei war klar, dass jede grössere Rettungsaktion enorme Summen gekostet hätte. Im Übrigen brach ein an Streit grenzendes Diskutieren mit den USA an über die Frage, ob England genug für die Lösung der Flüchtlingsfrage tue, oder ob nicht die USA ihr Quotensystem etwas flexibilisieren könnten; der zuständige amerikanische Under-Secretary of State, Sumner Wells, erklärte dies für unmöglich, «the terms of the law» würden es nicht gestatten, war die Antwort. Derweil reagierte die britische Öffentlichkeit vehement zu Gunsten der Flücht-

³⁰² Die schon bestehende «Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens» vom 26. April 1938 wurde nun ergänzt durch die «Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft» vom 12. November 1938.

linge, die Liberal Party warf der Regierung vor, «[that] the generous instincts of the British people were being grievously misrepresented by men whose sole object appeared to be to protect certain alleged economic interests and that the British Government would have widespread populär support in offering asylum to large numbers of refugees from the Nazi regime»³⁰³. Die Labor Party argumentierte ähnlich. Es gab aber auch ebenso deutliche Zeichen für das Aufkommen einer flüchtlingsfeindlichen Stimmung³⁰⁴. Der Völkerbund brachte starken Druck auf die Britische Regierung, um diese zu veranlassen, eine nunmehr wesentliche Aktion zu starten, und zwar unter Einbezug der Kolonien und der Dominions. In Grossbritannien wurde eine klare, zwischen den verschiedenen Departementen der Regierung koordinierte Politik verlangt. Aber zu einer solchen kam es nicht. Die von A. J. Sherman gegebene Beschreibung der Bemühungen, eine solche Politik zu finden, ergibt das Bild eines chaotisch sich drehenden Argumentenkarussells, in welchem die immer gleichen Fragen gestellt wurden und nie beantwortet werden konnten: «As of April 1939 Whitehall's refugee policy remained fixed on two seemingly immutable principles: first, no Government financial assistance for the emigration and settlement of refugees; second, immigration into Great Britain itself must be strictly limited in view of the numbers of British still unemployed and the risk of fanning anti-alien and anti-Semitic feelings among the population»³⁰⁵. Der Suche nach Siedlungsplätzen, die genügend Flüchtlinge hätten aufnehmen können, war kein Erfolg beschieden.

³⁰³ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 178

³⁰⁴ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 216

³⁰⁵ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 222

Und immer gab es auch jetzt noch die Stimmung des appeasement: In einer Unterhaus-Debatte am 21. November 1938 – also zwei Wochen nach den Pogromen der «Reichskristallnacht» – erklärte der damalige Home Secretary, Mr. Hoare, er sei «a convinced believer in the possibility of Anglo-German friendship»³⁰⁶ (sic), und als der frühere Prime Minister, Earl Baldwin, gemeinsam mit dem Erzbischof von Canterbury, Cardinal Hinsley, mit Lord Rothschild und dem Lord Mayor of London eine Stiftung für Flüchtlinge ins Leben rief und einen Spendenaufruf erliess, wurde er vom Foreign Office zwar unterstützt, aber doch nur bedingt, nämlich «as long as his words could not be misrepresented as an attack by a British statesman on the Nazi as such»³⁰⁷.

Als am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, hielten sich 48'897 Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich in Grossbritannien auf³⁰⁸; dazu kamen noch etwa 6'000³⁰⁹ aus der Tschechoslowakei, insgesamt also etwa 55'000 Personen. Diese von A. J. Sherman gegebene Zahl weicht etwas ab von den oben zitierten Zahlen von Charguéraud, welche aus einer Arbeit von Herbert Agar stammen³¹⁰, Shermans Zahl liegt tiefer; aber natürlich kann die Differenz leicht durch die Weiterwanderung von ca. 10'000 Personen entstanden sein und erklärt werden.

³⁰⁶ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 180

³⁰⁷ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 185

³⁰⁸ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 256

³⁰⁹ A. J. SHERMAN, a.a.O., pg. 256

³¹⁰ HERBERT AGAR, «The Saving Remnant, An Account of Jewish Survival since 1914», Rupert, Haert, Davis, London, 1960

63.3.2 Vereinigte Staaten von Amerika³¹¹

Die Tatsache, dass die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Ersten Weltkrieg sehr erschwert wurde und deshalb stark zurückging, war nicht etwa nur eine Folge der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den zwanziger Jahren, sie war ebenso auch eine Konsequenz der ausserordentlich hohen Immigration vor dem Ersten Weltkrieg, insbesondere auch der hohen jüdischen Immigration, die wir im Anhang skizziert haben.

Es ist eine merkwürdige Koinzidenz, dass Präsident Franklin Delano Roosevelt (FDR) vom ersten Moment seiner Amtsführung an mit der Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland konfrontiert war: Roosevelt hatte sein Amt am 4. März 1933 angetreten, Hitler hatte in den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 seine Machtposition definitiv gefestigt. Die neue amerikanische Regierung war mit einer sehr kritischen wirtschaftlichen Lage konfrontiert, die Weltwirtschaftskrise hatte zu schwierigsten Verhältnissen geführt, es herrschte hohe Arbeitslosigkeit, und der Präsident musste das vordringliche Ziel haben, die USA aus dieser wirtschaftlichen Krise herauszuführen; das entsprechende Regierungsprogramm ist unter dem Namen «New Deal» in die Geschichte eingegangen³¹². Die Erfahrung der sehr starken Immigration vor dem

³¹¹ RICHARD BREITMAN and ALAN M. KRAUT, «American Refugee Policy and European Jewry, 1933 – 1945», Indiana University Press, Bloomington and Indianapolis, 1987

³¹² Die volkswirtschaftliche Wirksamkeit des «New Deal» genannten Programms der Administration Roosevelt bei der Bekämpfung der Krise der dreissiger Jahre ist unter Ökonomen umstritten; das schmälert die immense politische Bedeutung in keiner Weise.

Ersten Weltkrieg sowie die Lage auf dem Arbeitsmarkt hatten im Verlauf der zwanziger Jahre zu einer wesentlich restriktiveren amerikanischen Einwanderungspolitik geführt, welche mit dem Quotensystem eine höchst unflexible Praxis eingeführt hatte. Dieses System war 1930 von Präsident Herbert Hoover noch ergänzt worden: Hoover war der Meinung, dass unter den damals herrschenden Umständen jeder Einwanderer, der seinen Lebensunterhalt verdienen musste und deshalb auf die Ausübung eines Berufes angewiesen war, «wahrscheinlich eine Belastung des Gemeinwesens werden würde», «[that such person was] likely to become a public charge»³¹³. Diese Hypothese führte dazu, dass seither alle Einwanderungsgesuche unter dem Gesichtspunkt der sogenannten «LPC clause»³¹⁴ geprüft wurden, was zu einer ausserordentlich restriktiven Genehmigungspraxis bei Einwanderungsgesuchen führte, sodass die an sich schon sehr kleinen zugelassenen Quoten de facto gar nicht ausgenutzt wurden: Einwanderer sind auch Auswanderer, oft Flüchtlinge und fast per definitionem arme Schlucker. Tatsächlich war die amerikanische Einwanderungspolitik schon in den zwanziger Jahren, vor 1933, antijüdisch: «The national origins idea that determined the immigration quotas was based on the notion of Nordic supremacy and bore an unmistakable resemblance to the Aryanism of Nazi ideology. The Reich was pushing Jews out for the same reason that America was reluctant to accept them. The refugee policy of the thirties seemed to be a replay of the re-

³¹³ RICHARD BREITMAN and ALAN M. KRAUT, a.a.O., pg. 12

³¹⁴ Der Begriff «LPC clause», «likely to become a public charge», wurde damals wiederbelebt, er war aber nicht neu, er war von den Einwanderungsbehörden schon anlässlich der sehr grossen Einwandererströme in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg geprägt worden.

strictionism of the twenties, but this time the danger was more imminent, while the Depression created even greater reluctance to receive refugees»³¹⁵.

Unter diesen Umständen war es gegeben, dass die Notlage der Juden in Deutschland zu einer direkten Konfliktsituation mit der Einwanderungspolitik der USA führte. Einerseits war Frances Perkins, die damals neue Chefin des Department of Labor, bestrebt, den in Not geratenen deutschen Juden zu helfen und möglichst viele Einwanderungsgesuche zu genehmigen, andererseits war das State Department unter der Leitung von Cordell Hüll sehr zurückhaltend: Hüll befürchtete die Einmischung des Kongresses, welche wahrscheinlich nur eine noch weitere Reduktion der zugelassenen Quoten ergeben hätte. Dazu kam, dass beide Departemente die führende Rolle in der Einwanderungspolitik für sich begehrten, sodass alsbald ein Machtkampf ausbrach; in diesem Machtkampf setzte sich das State Department mit seiner sehr zurückhaltenden Politik weitgehend durch, zu einem guten Teil wegen des Einflusses von Wilbur J. Carr, eines Beamten, der für die Aufsicht über die Konsulardienste verantwortlich war, und welcher auch in den zwanziger Jahren zu einem guten Teil die Formulierung der restriktiven Einwanderungspolitik der USA besorgt hatte. Carr war einerseits ein eher antisemitisch eingestellter Mann, andererseits war er aber sehr korrekt, er wollte nicht etwa jüdische Einwanderer gezielt benachteiligen, es fiel ihm aber auch schwer, sie zu bevorzugen. «Carr was a dedicated public servant who felt that he was a steward of the government of

³¹⁵ HENRY L. FEINGOLD, «A Time for Searching», Bd. IV des fünfbandigen Werkes «The Jewish People in America», Henry L. Feingold (Hrsg.) et al., The Johns Hopkins University Press, Baltimore and London, 1992, pg. 227

the United States and the American people. He regarded immigration restriction as part of a broader national interest which he was bound to defend»^{316,317}. Zudem dachte Can-legalistisch und beharrte auf der genauen Einhaltung der Regeln, insbesondere insistierte er auf der Pflicht der amerikanischen Konsuln, bei der Prüfung von Einwanderungsgesuchen die «LPC clause» gebührend gründlich anzuwenden und zu berücksichtigen. Genau an dieser Stelle liefen sich viele Gesuche von Juden, die aus Deutschland fliehen mussten, fest: Diese Flüchtlinge gehörten oft zum gebildeten Mittelstand, hatten entsprechende damals in Amerika offenbar überfüllte Berufe, und konnten, selbst wenn sie solche besessen hätten, keine Vermögenswerte aus Deutschland mitnehmen: Sie mussten im Sinne der von Carr verlangten genauen Auslegung und Befolgung der Vorschriften «a public charge» werden und scheiterten deshalb an der «LPC clause». George Messersmith und Breckinridge Long, beide hohe Beamte des State Department, verfolgten nach Carrs Rücktritt die gleiche Einwanderungspolitik wie dieser. Der «LPC clause» ausweichen konnten nur diejenigen, die Verwandte oder Freunde hatten, welche eine glaubwürdige Unterhaltsgarantie abgeben konnten und dazu auch bereit waren; wenige waren in der glücklichen Lage, solche Garantien beibringen zu können.

Der amerikanische Präsident musste unter den damals in den USA gegebenen Umständen sehr vorsichtig operieren, einerseits gegenüber den Gewerkschaften, welche wegen der Lage

³¹⁶ RICHARD BREITMAN and ALAN M. KRAUT, a.a.O., pg. 39

³¹⁷ Man kann nicht umhin, bei Carr und seinen Nachfolgern deutliche Parallelen zu den Auffassungen Heinrich Rothmunds zu erkennen.

auf dem Arbeitsmarkt keine Einwanderer zulassen wollten, andererseits gegenüber einer Öffentlichkeit, in welcher Fremdenfurcht und Antisemitismus weit herum verbreitet war. Einwanderer, welche als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt empfunden wurden, waren keineswegs etwa deshalb akzeptiert, weil sie Juden waren, aus Deutschland fliehen mussten und der Hilfe bedurften. Diese Situation führte dazu, dass FDR sich nur sehr zurückhaltend zu Gunsten der jüdischen deutschen Flüchtlinge äusserte und eine eher abwartende Haltung einnahm. Auch war in den ersten Jahren von Hitlers Herrschaft noch keineswegs klar, ob dieser politisch überleben würde. FDR verhielt sich daher gegenüber Deutschland politisch zunächst noch zurückhaltend. Das Resultat war, dass während der ersten Amtsdauer von Präsident Roosevelt die Zuwanderung von jüdischen Flüchtlingen nach den USA gering war: Waren 1929 aus Deutschland 48'918 Menschen eingewandert (Juden und Nicht-Juden), so waren es 1931 noch 10'100 und 1933 noch ganze 1'324³¹⁸. In den Folgejahren stieg diese Zahl nur geringfügig auf 4000 bis 5000 pro Jahr an, für 1937 wird eine Zahl von 11'352 angegeben^{319,320}; die deutsche Quote betrug 25'957 und wurde bis 1937 bei weitem nicht ausgenützt, erst 1939 wurden die nun verbundenen deutschen und österreichischen Quoten (zusammen 27'370) etwa ausgeschöpft. «The basic obstacle to the admission of German Jewish refugees to the United States (...)

³¹⁸ RICHARD BREITMAN and ALAN M. KRAUT, a.a.O., pg. 39

³¹⁹ HENRY L. FEINGOLD, a.a.O., pg. 229

³²⁰ Die von Charguéraud, Breitman und Kraut, und von Feingold angegebenen Zahlen stimmen recht gut überein. Differenzen ergeben sich u.a. deshalb, weil von Breitman und Kraut nicht immer klar zwischen erteilten Visa und effektiver Einwanderung unterschieden wird. Es gab immer auch Visa, die nicht benutzt wurden.

remained the State Department's interpretation of the LPC clause (...). The real problem (...) for American Jewish proponents of increased immigration was that a sharply restrictionist policy apparently enjoyed widespread public and congressional support. To challenge the State Department's policy involved substantial political risks for the immigration liberals and for the Roosevelt administration generally»³²¹. Eine Umfrage der Zeitschrift *Fortune* ergab 1938, dass 67% der amerikanischen Bevölkerung damals einen totalen Einwanderungsstop wünschte; eine ähnliche Umfrage nur ein Jahr später ergab, dass eine Erhöhung der Quoten zu Gunsten von Flüchtlingen abgelehnt wurde³²². «(...) it was one thing to sympathize with the plight of the Jewish refugees and quite another to pit his presidency against a xenophobic, anti-Semitic mood of the country in the 1930s and early '40s. This Roosevelt was unwilling to do»³²³.

Natürlich erkannte der amerikanische Präsident die Situation, und er realisierte, dass sich seine Administration zwischen der traditionellen Asyltradition der Vereinigten Staaten und deren Tradition der Offenheit gegenüber Einwanderern einerseits und einer an sich unamerikanischen, aber damals vorherrschenden Fremdenfeindlichkeit andererseits in einem schwierigen politischen Dilemma befand: Nur damit ist zu erklären, dass Roosevelt die Initiative für die Konferenz von Evian ergriff, obwohl für ihn eigentlich von vorn herein hätte fest-

³²¹ RICHARD BREITMAN and ALAN M. KRAUT, a.a.O., pg. 27

³²² HENRY L. FEINGOLD, a.a.O., pg. 229

³²³ DORIS KEARNS GOODWIN, «NO Ordinary Time, Franklin and Eleanor Roosevelt: The Home Front in World War II», Simon & Schuster, New York, 1994, pg. 102

stehen müssen, dass eine Änderung der Einwanderungsgesetze nicht zur Diskussion stehen konnte. President Roosevelt hat damals mit seiner Initiative für die Konferenz von Evian Hoffnungen geweckt, die nicht erfüllt werden konnten; das hat grosse Enttäuschungen verursacht.

Zusammenfassend: Insgesamt haben die Vereinigten Staaten von 1933 bis 1941 201'664 europäische Flüchtlinge aufgenommen, davon waren 165'756 europäische Juden³²⁴. Aber über alles genommen wurden die zusammengefassten deutschen und österreichischen Quoten bei weitem nicht ausgeschöpft. Alle Bemühungen jüdischer und nicht-jüdischer Kreise, die Administration Roosevelt zu einer flexibleren oder gar grosszügigen Einwanderungspraxis zu bewegen, scheiterten, weil der Präsident und das State Department in der vorherrschenden Atmosphäre der Fremdenfurcht und des Antisemitismus eine Änderung der Einwanderungspolitik im Kongress nicht hätten durchbringen können und deshalb entsprechende Initiativen unterliessen. Im Gegenteil, die strikte Anwendung der «LPC clause» führte sogar dazu, dass weniger Flüchtlinge aufgenommen wurden als auf Grund der Quoten möglich gewesen wäre; zudem war auch in den USA die Frage der Kostentragung eines der fremdenpolitisch bestimmenden Elemente. Erst nach 1938 wurden die zur Verfügung stehenden Quoten im Wesentlichen ausgenützt, aber auch das war angesichts der europäischen Flüchtlingsnot keine wirkliche Erleichterung. Nach 1941 erreichten nur noch ganz wenige jüdische Flüchtlinge die USA, einerseits, weil Deutschland Europa weitgehend beherrschte und praktisch jede Aus-

³²⁴ RICHARD BREITMAN and ALAN M. KRAUT, a.a.O. pg. 144. Diese Zahl stimmt überein mit der Zahl von Charguéraud

reiseerlaubnis verweigerte, andererseits weil die amerikanische Einwanderungspraxis nach dem Kriegseintritt Amerikas prohibitiv restriktiv wurde³²⁵.

6.3.33 Frankreich

Während der zwanziger Jahre war Frankreich gegenüber Einwanderern ausserordentlich liberal gewesen, vor allem auch weil das Land unter einem Mangel an Arbeitskräften gelitten hatte. Unter den Einwanderern waren auch politische Flüchtlinge, z.B. viele Italiener, welche dem faschistischen Regime Mussolinis ablehnend gegenüberstanden und deshalb verfolgt

³²⁵ Ein illustratives Beispiel zum Thema Einzelschicksal: Die Auswanderung deutscher Juden wurde im Oktober 1941 verboten. Einer der wenigen, die noch spät aus Deutschland emigrieren konnten, war der jüdische deutsche Physiker Fritz Reiche. Es gelang ihm im März 1941 via Frankreich, Spanien, Portugal nach USA zu reisen. Wenige Tage vor seiner Abreise aus Berlin erhielt er auf Veranlassung von Max von Laue (Nobelpreis für Physik 1914) den Besuch des Physikers Fritz Houtermans. Dieser trug ihm auf, folgende Nachricht ja nicht aufzuschreiben, sondern zu memorieren und nach Amerika zu bringen: «Please remember if you come over, to tell the interested people the following thing: We are trying here hard, including Heisenberg, to hinder the idea of making a bomb. But pressure from above ... Please say all this; that Heisenberg will not be able to withstand longer the pressure from the government to go very earnestly and seriously into the making of the bomb. And say to them, say they should accelerate, if they have already begun the thing ... they should accelerate the thing». Für von Laue und Houtermans bedeutete es ein grosses Risiko, diese Mitteilung zu machen. Reiche überbrachte die Nachricht in Princeton einem kleinen Kolloquium hoch qualifizierter Physiker: «They didn't say anything but were grateful», erzählte Reiche später, dem American Institute of Physics in einem Interview am 9. Mai 1962; zitiert in THOMAS POWERS, «Heisenberg's War», Jonathan Cape, London, 1993, pg. 106 ff.

wurden; «fuorusciti» nannte man sie in Italien. Auch Flüchtlinge aus Russland und aus Spanien wandten sich vorzugsweise nach Frankreich; «For generations France had received the political outcasts of repressive Continental regimes, and Paris had been for emigres a political Mecca (...). In 1933, with a new wave of fugitives from fascism, many assumed that France was the obvious place to go, to organize, and to await the collaps of Hitler»³²⁶. Das änderte sich mit der grossen Wirtschaftskrise, die Frankreich in arge Schwierigkeiten brachte; die Beschäftigung ging drastisch zurück, und die beinahe drei Millionen Einwanderer, die 1931 in Frankreich lebten³²⁷, wurden nun doch eher als Belastung empfunden. Aber dies hatte auf die erste grosse Welle von Flüchtlingen, die 1933 aus Deutschland kamen, keinen Einfluss: Unbehindert kamen sie über die Grenze, ein grosser Teil von ihnen sogar ohne gültige Pässe; Frankreich bot grosszügiges Asyl. Ab Ende 1933 änderte sich aber die Politik; die Lage auf dem Arbeitsmarkt war sehr schwierig, viele meinten, die Flüchtlinge nähmen französischen Bürgern die Arbeitsplätze, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus mischten sich hinzu, es entstand Kritik an der Asylpolitik der Regierung, und Paris musste zurückhaltender werden. Erst mit dem Sieg der Linken, der «Volksfront», verbesserte sich die Situation der Flüchtlinge etwas; die Regierung Léon Blum versuchte ab 1936 vorsichtig, eine flüchtlingsfreundlichere Ausländerpolitik zu verfolgen; aber als die Volksfrontregierung 1938 gestürzt wurde, begann eine neue Flüchtlingskrise, besonders auch verstärkt von aussen, weil die Annexionen Österreichs

³²⁶ MICHAEL R. MARRUS, «The Unwanted», Oxford University Press, New York and Oxford, 1985, pg. 145

³²⁷ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 146

im Frühjahr 1938 und des Sudetenlandes im Herbst 1938 die Flüchtlingsströme noch weiter anschwellen liessen; sechs- bis achttausend Österreicher wurden zwar eingelassen, die meisten, obwohl sie kein Visum besaßen³²⁸. Aber die neue Regierung Edouard Daladier erliess doch wieder deutlich zurückhaltendere Einwanderungs- und Zulassungsregeln³²⁹.

Für eine grosse Zahl von Flüchtlingen war Frankreich das erste Ziel, viele von ihnen konnten nach einer Weile weiterwandern; deren Zahl ist nicht exakt bekannt. Offizielle Statistiken besagen, dass sich nie mehr als etwa 30'000 Flüchtlinge gleichzeitig in Frankreich aufhielten; allerdings gibt es auch Berichte, wonach sich weitere etwa 30'000 deutsche und österreichische Juden illegal in Frankreich aufhielten – man nannte sie «les clandestins». Es wird geschätzt, dass sich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges etwa 40'000 jüdische Flüchtlinge in Frankreich befanden³³⁰. Insgesamt ist festzustellen, dass Frankreich in der Zeit von 1933 bis zum Kriegsausbruch keine kohärente Flüchtlingspolitik formuliert hat; vielmehr wurde improvisiert, liberale Perioden wechselten ab mit restriktiven Perioden, wobei härtere Vorschriften oft durch unsystematische Anwendung in der Praxis gemildert wurden. Charguéraud nennt die damalige Situation in Frankreich «chaotisch»; die von den einander rasch ablösenden Regierungen erlassenen Vorschriften änderten sich fortgesetzt und widersprachen sich zudem häufig; jemand schrieb im Sommer 1939 in der französischen Presse: «La France a

³²⁸ MARC-ANDRÉ CHARGUÉRAUD, a.a.O., pg. 194

³²⁹ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 148

³³⁰ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 148 zitiert Sir John Hope Simpson, «Refugees, A Review of the Situation Since September 1938», London, 1939

une police de l'immigration, elle n'a pas de politique d'immigration»³³¹. Das ergab für die Flüchtlinge, bei aller Unsicherheit, unter welcher sie sehr litten, auch Chancen: «Rien n'était définitivement acquis mais toute était possible»³³². In seinem berühmten Roman «Arc de Triomphe» hat Erich Maria Remarque das Emigrantenleben im Paris der Vorkriegsjahre eindrücklich erfasst und beschrieben^{333,334}; der Roman ist gewiss keine grosse Literatur, aber er ist ein wichtiges Zeitzeugnis der damaligen Nöte der aus Deutschland und Österreich vertriebenen und in Frankreich Zuflucht suchenden Menschen.

6.33.4 Holland und Belgien

Holland und Belgien haben trotz der geringeren Anzahl ihrer Bevölkerung eine grosse Zahl Flüchtlinge aufgenommen: Nach Belgien flohen 30'000 und in die Niederlande 35'000 jüdische Flüchtlinge³³⁵. Auch in diesen Ländern stand jedoch nach den ersten grossen Flüchtlingswellen in den Jahren nach 1933 die Lage auf dem Arbeitsmarkt einer grosszügigen Aufnahme von Flüchtlingen entgegen. Es kam sogar dazu, dass Juden, die nach Holland geflohen waren, wegen der schwierigen Lage auf dem Beschäftigungsmarkt nach Deutschland zurückkehrten; Holland litt damals unter besonders hoher Arbeitslosigkeit. Nicht nur Frankreich, sondern auch Holland

³³¹ «Esprit» Juli 1939, zitiert von ANDRÉ CHARGUÉRAUD, a.a.O., pg. 198

³³² MARC-ANDRÉ CHARGUÉRAUD, a.a.O., pg. 199

³³³ ERICH MARIA REMARQUE, «Arc de Triomphe», Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1999. Erste Auflage: 1945

³³⁴ Der Verfasser hat als junger Mensch nach dem Zweiten Weltkrieg die Bücher von Remarque «verschlungen».

³³⁵ MARC-ANDRÉ CHARGUÉRAUD, a.a.O., pg. 212

und Belgien klagten über die negativen Einwirkungen³³⁶ der grossen Flüchtlingsströme auf ihre Arbeitsmärkte, sodass nur wenige Flüchtlinge akzeptiert wurden. Im Krisenjahr 1938 erklärte der belgische Justizminister am 14. Juni, also lange vor der «Reichskristallnacht», im Parlament: «La Belgique renforce par des détachements de gendarmerie la surveillance des frontières afin d'empêcher des entrées irrégulières et n'avoir pas après coup à ordonner des expulsions»³³⁷, eine Erklärung die – wie Charguéraud meint – «aurait pu être fait en France, en Hollande, au Danemark ou même en Italie»³³⁸; oder wohl auch in der Schweiz. – In Holland lebten zu Beginn des Krieges ca. 140'000 Juden, in Belgien waren es ca. 90'000 Juden³³⁹.

6.3.4 Zusammenfassung

Es gab – neben der Schweiz – fünf weitere wichtige Zielländer der Flüchtlingsströme der dreissiger Jahre: England, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Holland und Belgien. Ich habe im vorstehenden mit sehr groben Strichen die Aufnahmepolitik dieser Länder gegenüber den bemitleidenswerten, von Deutschland ausgeplünderten und aus seinem Machtbereich verjagten Menschen skizziert. Das Ergebnis ist betäubend einfach und zugleich beeindruckend: Überall sieht man praktisch das gleiche Verhalten: Fremdenfeindlichkeit,

³³⁶ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 134 & 136

³³⁷ BETTY GARFINKELS, «Belgique, Terre d'Accueil 1933-1940» Bruxelles, 1974, pg. 116

³³⁸ MARC-ANDRE CHARGUERAUD, a.a.O., pg. 215

³³⁹ RAUL HILBERG, a.a.O., pg. 397 ff. & 415 ff.

welche unter anderem, aber nicht nur, verursacht wird durch die schwierige Lage des Arbeitsmarktes in den Jahren der Wirtschaftskrise; Antisemitismus, der, potentiell überall vorhanden, dadurch akzentuiert wird, dass die meisten, fast alle Flüchtlinge Juden waren, dass Juden in grosser Zahl gleichzeitig Einlass erbaten; Regierungen, welche das Problem zwar erkannten, die aber um ihrer innenpolitischen Ziele willen eine andere, flüchtlingsfreundlichere Politik nicht zu praktizieren wagten. Alles ist in den einzelnen Ländern je etwas verschieden, einmal geht es etwas systematischer zu, z.B. in England, ein anderes Mal wird unsystematisch, ja chaotisch reagiert, z.B. in Frankreich bei jedem Regierungswechsel anders, ein drittes Mal wird bürokratisch und ausgesprochen opportunistisch und wahlpolitisch reagiert, z. B. in Amerika zurzeit der Administration Roosevelt; in einigen Ländern kann man die Autoren der dort praktizierten Fremdenpolitik mit Namen nennen, z.B. in der Schweiz Heinrich Rothmund oder in den USA Wilbur J. Carr, zwei Beamte, die sogar ähnlich argumentieren. In allen Ländern wird die Frage gestellt, wer die finanziellen Lasten tragen soll, welche die Aufnahme von Flüchtlingen mit sich bringt, und überall wird die gleiche Antwort erteilt: Nur nicht der Staat! Überall müssen die dort ansässigen Juden mit privaten Mitteln helfen; und überall beobachtet man, dass diese dort lebenden Juden zwar helfen, z.T. sogar grosszügig helfen, dass sie aber bald ans Ende ihrer finanziellen Tragkraft kommen, und dass sie oft zugleich auch selbst besorgt sind, die zuströmenden jüdischen Flüchtlinge könnten den lokal latent vorhandenen Antisemitismus anheizen. Und überall beobachtet man, dass in den Regierungen die Vertreter einer zurückhaltenden Aufnahmepolitik als Teilbegründung dieser Politik das

Argument benutzen, man müsse eine restriktive Politik betreiben, um das Aufkommen von Antisemitismus im eigenen Lande zu verhindern. Mutatis mutandis ist die Reaktion also überall die gleiche: Man will die Flüchtlinge nicht; Michael R. Marrus gibt seinem Buch über die europäischen Flüchtlinge des zwanzigsten Jahrhunderts zu Recht den Titel «The Unwanted»; und wenn Marc-André Chaguéraud schon mit der Wahl des Titels seines Buches die Frage stellt «Tous Coupables?», dann muss ihm geantwortet werden: «Oui, tous sont coupables». Diese Antwort, diese Feststellung, ist weder eine Verteidigung der schweizerischen Politik der dreissiger Jahre, die ich oben zusammenfassend dargestellt habe, noch bedeutet sie eine Anklage gegenüber der anderen Ländern; es ist aber eine Feststellung, um die nicht herumzukommen ist: Die Flüchtlingspolitik der Welt, im Wesentlichen der westlichen Demokratien, und zwar aller demokratischen Länder ohne Ausnahme, war in den dreissiger Jahren keine adäquate Reaktion auf die Vertreibungspolitik Deutschlands gegenüber den Juden. Die Reaktion auf den Nationalsozialismus war bekanntlich in anderen Politikbereichen genau so inadäquat. Es gibt Historiker, die sagen, «Evian» sei das «München» der Flüchtlingspolitik gewesen; wenn man pointiert formulieren will, dann kann man das Nullergebnis von Evian ohne Zweifel so klassifizieren; 1938 war ein Jahr schlimmer politischer Fehler; deshalb ist «München» ein Synonym geworden für die Erfolglosigkeit und die Niederlagen von Appeasement-Politiken.

6.4 Die Situation während des Krieges

Der Ausbruch des Krieges änderte die Lage aller europäischen Juden dramatisch, und zwar sowohl für diejenigen, die, wo auch immer in Europa, noch an ihren ursprünglichen Wohnorten lebten, als auch für diejenigen, welche bereits auf der Flucht waren, und die nun Gefahr liefen, von ihren Verfolgern eingeholt zu werden; den ersteren war jetzt praktisch jede Flucht verunmöglicht und jeder Fluchtweg abgeschnitten, von den letzteren wurden viele von ihren erbarmungslosen Verfolgern irgendwo eingeholt. Jedenfalls gilt nun gar nicht mehr, was vor dem Zweiten Weltkrieg gültig war: In jener Periode war, wie wir soeben gesehen haben, die Reaktion in vielen Ländern etwa die gleiche, sehr einfache: Die Flüchtlinge waren unerwünscht. Von nun an hing alles von der wechselnden Lage des Krieges ab, zuerst und lange Zeit vom Willen Hitlers, dann zunehmend von den Erfolgen und dem Vordringen der alliierten Truppen.

Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 kam zunächst eine Zwischenperiode, die zwar einen offiziellen Namen nicht trägt, die aber doch ganz entfernt etwas gemeinsam hat mit der Periode der «*drôle de guerre*» des Winters 1939/1940, in dem Sinne nämlich, dass – wie man heute weiss – nichts geschah, was den Krieg einer Entscheidung näherbrachte. Deutschland richtete sich als Besatzungsmacht über Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich ein; Deutschland führte einen Luftkrieg gegen England, der, wie man bald einmal merkte, eine Entscheidung nicht herbeiführen sollte: «*The Battle-of-Britain*» zeigte, dass Englands Widerstandswille ungebrochen war; die für den September 1940

geplante Landung der Deutschen in England wurde von Hitler abgeblasen. Im Herbst 1940 eröffnete Mussolini einen Krieg gegen Griechenland, welchen England mit einem Angriff auf Kreta und einer Landung in Griechenland beantwortete; ab Frühjahr 1941 griff Hitler im Balkan ein und zog die dortigen Länder in seinen Machtbereich; er drang bis nach Griechenland vor und besetzte nach hartem Kampf gegen die Engländer Kreta. Von Lybien aus ergriffen im Herbst 1940 die Italiener, bald verstärkt durch das deutsche «Afrika-Korps», eine Offensive in Richtung Suez. Das waren alles gigantische Unternehmungen, die, im Rückblick gesehen, der Achse sehr wenig brachten, die im Gegenteil ihre Kräfte hoch beanspruchten und zersplitterten, und die im Wesentlichen nur einige der Schlachtfelder vorbereiteten, auf denen Deutschland später entscheidende Niederlagen erleiden sollte. Es war aber nun klar, dass das östliche Mittelmeer ein Raum von strategisch allerhöchster Bedeutung geworden war: Hitler stand nördlich des Seeweges von Malta zum Suezkanal auf Kreta, und in Afrika drängte er nach Osten in Richtung auf Ägypten; was in diesem Raum geschah, war von unerhörter Wichtigkeit für England. Grossbritannien durfte es im östlichen Mittelmeerraum nicht zu einer Verstimmung der Araber kommen lassen, deshalb musste es sich an das im «White Paper»³⁴⁰ stipulierte Einwanderungsregime für Palästina halten. Das sollte Grossbritanniens Flüchtlingspolitik sehr wesentlich beeinflussen. Der letztlich kriegsentscheidende Angriff Deutschlands gegen Russland erfolgte erst nach dieser Zwischenperiode, im Juni 1941. In unserem Zusammenhang ist wichtig, dass die deutsche Judenpolitik schon damals, in dieser soeben

³⁴⁰ Vgl. hierzu den Anhang A.3

skizzierten Zwischenperiode einige wichtige Weichenstellungen für die später, ab 1942, eingeleitete deutsche Verfolgungs- und Vernichtungsaktion vornahm.

Die Konsequenz der Entwicklung der ersten Kriegsjahre bis zum Frühjahr 1941 war für die verfolgten Juden verheerend: De facto gab es nun nur noch vier mögliche Fluchtwege: Aus Osteuropa konnten sie hoffen, nach Süden zu fliehen, in Richtung Rumänien und Bulgarien, um dann von dort aus per Schiff durch die Dardanellen ins Mittelmeer und womöglich nach Palästina zu gelangen. Juden in Westeuropa, d.h. solche, die sich in Holland, Belgien und Frankreich befanden, hatten zwei mögliche Fluchtziele, die Schweiz sowie Spanien und Portugal, die Länder auf der iberischen Halbinsel. Ein vierter vornehmlich für dänische und norwegische Juden wichtiger Fluchtweg führte nach Schweden.

6.4.1 Das jüdische Schicksal im Osten und der östliche Fluchtweg

Polen hatte ursprünglich eine jüdische Bevölkerung von etwa 3,5 Millionen. Da der Pakt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion von 1939 eine Teilung Polens, de facto «die vierte Teilung Polens»³⁴¹ vorsah, kamen etwa ein Drittel dieser Juden unter sowjetische Herrschaft; zu diesen der Sowjetunion zugeteilten Juden kamen aber noch diejenigen polnischen Juden hinzu, welche vor den Deutschen flohen und nun, die allermeisten illegal, ver-

³⁴¹ KURT R. GROSSMANN, a.a.O., pg. 177

suchten, in die ehemals polnischen Teile der Sowjetunion zu gelangen. Die Schätzungen ihrer Zahl liegen weit auseinander, Grossmann meint, es seien etwa 300'000 gewesen³⁴². Einige wenige wanderten wegen der misslichen Zustände in der Sowjetunion sogar noch wieder zurück in das von Deutschland beherrschte Polen, was dort kurz darauf zu ihrer physischen Vernichtung führte. Viele im östlichen Polen ansässige oder dorthin geflüchtete Polen, Juden oder Nicht-Juden, wurden von der Sowjetunion ins Innere Russlands deportiert, wo sie elend umkamen, wo andere aber, die zur Zwangsarbeit eingesetzt und deshalb ernährt wurden, daraus die Chance gewannen, der deutschen Mordaktion entgangen zu sein und zu überleben. In dieser an sich schon äussersten Situation menschlichen Schicksals erfolgte am 22. Juni 1941 der deutsche Angriff auf Russland. Hunderttausende versuchten in Panik nach Osten zu fliehen, die meisten zu Fuss, immer in der Gefahr stehend, von den rasch vordringenden deutschen Armeen überholt zu werden. Im östlichen Polen vermischte sich die polnische mit der jüdischen Tragödie zu einem Inferno von Entbehrung und Tod. Gleich nach der Eroberung Polens hatten die Deutschen im Oktober 1939 mit der Aussiedlung der in Deutschland noch lebenden deutschen Juden in das östliche Polen begonnen³⁴³. Auch das Schicksal dieser Juden vermischte sich mit dem Schicksal der polnischen Juden. Der östliche Kriegsschauplatz, der Schauplatz der späteren kriegsentscheidenden deutschen Niederlage, war

³⁴² KURT R. GROSSMANN, a.a.O., pg. 180

³⁴³ DER GROSSE PLOETZ, 29. Auflage, 1980, pg. 945, gibt an, es seien vom Herbst 1939 bis Oktober 1941 aus Deutschland 537'000 Juden und aus dem «Protektorat Böhmen und Mähren» weitere 30'000 in den Osten abtransportiert worden.

auch der Hauptschauplatz des deutschen Verbrechens der Ermordung von etwa 6 Millionen Juden. Am 20. Januar 1942 hatte die Wannseekonferenz die Ermordung aller Juden beschlossen: Zwischen dem 22. Juli 1942 und Mitte September 1942 wurden die Bewohner des Warschauer Ghettos weggeführt und getötet³⁴⁴, im Hochsommer 1942 begannen die Deportationen aus Frankreich; Deutschland hatte offenbar das erste Halbjahr 1942 zur Errichtung der Tötungsanlagen benötigt und benutzt. Solange die Front im Osten hielt, konnte Hitler hier morden, ohne dass irgendjemand in der Lage war, ihn zu behindern; er hatte etwas mehr als zwei Jahre Zeit, vom Hochsommer 1942 bis zum Herbst 1944. Erst im Herbst 1944 wurde Polen befreit³⁴⁵.

Wenn osteuropäische Juden eine Chance suchten, zu entkommen, so blieb nur das Versteck, der Untergrund, oder der Weg über den Balkan und von dort nach Palästina; und dieser Weg stand, aus ganz praktischen Gründen, wohl nur sehr wenigen offen, vor allem den rumänischen und bulgarischen Juden, die sich nicht allzu weit entfernt von den Hafenstädten am Schwarzen Meer befanden.

Obwohl also die einzige Möglichkeit für osteuropäische jüdische Menschen, zu entkommen, nur die Flucht durch die Länder des Balkans und eventuell durch die Türkei nach Palästina war, blieb Grossbritannien in Bezug auf die Öffnung Palästinas für Flüchtlinge auf der vor dem Kriege im «White Paper» vom Mai 1939 festgelegten äusserst harten Linie. Immer wie-

³⁴⁴ MARCEL REICH-RANICKI, «Mein Leben», Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1999, pg. 252

³⁴⁵ Marcel Reich-Ranicki konnte am 7. September 1944 sein Versteck verlassen.

der wurde, ausgehend von den rumänischen oder bulgarischen Schwarzmeerhäfen, auf jämmerlichen Schiffen die Flucht und die Fahrt nach Palästina versucht, was Grossbritannien mit Hilfe patrouillierender Boote der Royal Navy zu verhindern suchte³⁴⁶. Viele Boote schafften den Weg nicht, oder nur nach gefahrvollen, horrend abenteuerlichen Fahrten. Alle hatten die Dardanellen, d.h. türkische Hoheitsgewässer zu passieren; die Türkei wollte neutral bleiben und war, als islamisches Land, jüdischen Flüchtlingen gegenüber eher ablehnend gesonnen, sodass ihre Hilfsbereitschaft begrenzt blieb; immerhin liess sie die Flüchtlingsschiffe passieren. Auch die Tragödie des Flüchtlingsschiffes «Struma» konnte die Härte der britischen Politik nicht erweichen: Dieses Schiff war am 12. Dezember 1941 mit 796 jüdischen Flüchtlingen an Bord von einem bulgarischen Hafen ausgelaufen und musste wegen einer Maschinenhavarie vor Istanbul liegen bleiben; in unendlichem Hin und Her zwischen Ankara und London konnte auch nach zwei Monaten keine Einigung über das weitere Schicksal des seeuntüchtigen Dampfers gefunden werden: Die Türkei schleppte ihn zum Schluss ins Schwarze Meer hinaus, wo er mitsamt seiner unglücklichen Fracht von einem russischen U-Boot versenkt wurde, nur ein einziger der Flüchtlinge wurde gerettet³⁴⁷. Dieses Desaster löste in Grossbritannien und in den USA öffentliche Empörung und Proteste aus. Dennoch blieb London bei der äusserst limitierten Einwanderungspolitik für Palästina und bei der Absicht, illegale Einwanderung so weit

³⁴⁶ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 153

³⁴⁷ Die Struma-Tragödie ist ausführlich beschrieben worden von BERNARD WASSERSTEIN, a.a.O. pg. 143 ff.; die International Herald Tribune nennt anlässlich einer Gedenkfeier, die im Spätsommer 2000 am Ort der Tragödie auf hoher See stattgefunden hat, 778 Opfer (IHT 4. September 2000).

irgendwie nur möglich zu verhindern; dabei war man sich in London durchaus im Klaren darüber, dass wegen der grossen Schwierigkeiten des Fluchtweges die Anzahl der illegalen Einwanderer jedenfalls nicht gross sein würde³⁴⁸. Der im «White Paper» formulierte Widerruf der «Balfour Declaration» sollte aufrechterhalten werden, und ein wesentlicher Punkt dieses Grundsatzpapiers war eben die beabsichtigte Limitierung der jüdischen Einwanderung, eine Konzession an die Araber. Als einzige Erleichterung wurde im April 1942 beschlossen, illegale Einwanderer in Lagern zu konzentrieren, und sie nach sorgfältiger Sicherheitsüberprüfung und gegen Verrechnung mit der erlaubten Einwanderungsquote freizugeben. Die Durchführung dieser Konzession wurde durch die Tatsache erleichtert, dass die Anzahl der legalen und der illegalen Einwanderer wegen der Lage in Osteuropa und auf dem Balkan und wegen des äusserst schwierigen Fluchtweges klein war. Als die Nachrichten über die deutschen Greuelthaten immer deutlicher wurden, wurde die britische Haltung ab Herbst 1942 konzilianter, und am 2. Juli 1943 beschloss das britische Kabinett sogar, dass jüdische Flüchtlinge, denen es gelungen war, bis in die Türkei zu gelangen, ein Anrecht auf Einlass nach Palästina haben sollten³⁴⁹. Dieser Entscheid kam aber zu spät, denn die Anzahl derjenigen, denen die Flucht bis in die Türkei gelang, war nachgerade sehr gering geworden. Der Grund für die äusserst harte Haltung Grossbritanniens in Bezug auf die Einwanderung nach Palästina war selbstverständlich dessen strategische Lage: So nahe beim Suezkanal gelegen, durfte in dieser Region die Freundschaft der Araber

³⁴⁸ BERNARD WASSERSTEIN, «Britain, and the Jews of Europe 1939-1945», Institute of Jewish Affairs, London, Clarendon Press, Oxford, 1979, pg. 157

³⁴⁹ BERNARD WASSERSTEIN, a.a.O., pg. 162

keinesfalls durch eine in deren Augen zu starke jüdische Einwanderung nach Palästina aufs Spiel gesetzt werden.

Der östliche Fluchtweg hat zwischen 1940 und 1945 insgesamt 58'000 jüdischen Flüchtlingen ermöglicht, nach Palästina zu gelangen; damit war nicht einmal die Quote des «White Paper» ausgefüllt³⁵⁰. Das war für die wenigen dem nationalsozialistischen Terror entkommenen Flüchtlinge die Rettung, im Blick auf das Ganze war es ein Tropfen auf einen heissen Stein.

6.4.2 Das jüdische Schicksal im Westen und der westliche Fluchtweg

Der Überfall Deutschlands auf Holland, Belgien und Frankreich eröffnete eine neue Phase der französischen Flüchtlings- und Judenpolitik. Am 13. Mai 1940 verordnete die französische Regierung die Internierung sämtlicher Männer und Frauen, soweit sie aus «Grossdeutschland» stammten, und unabhängig davon, ob sie Flüchtlinge waren oder nicht; eine solche Aktion war in keiner Weise vorbereitet; viele der Internierten wurden nach Südfrankreich geschafft, die Bewegungen der Flüchtlingstransporte vermischten sich auf verstopften Strassen mit der fliehenden französischen Bevölkerung aus dem Norden Frankreichs, mit Flüchtlingen aus Belgien und aus Holland und mit den Bewegungen des Militärs; es entstand ein unbeschreibliches Chaos; im Hochsommer 1940 befanden sich in Westeuropa 6 Millionen Menschen³⁵¹ auf der

³⁵⁰ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 278

³⁵¹ Bergier-Bericht, pg. 106, Fussnote 19

Flucht! Die Internierten wurden zunächst von Lager zu Lager gebracht, deren keines für ihre Aufnahme vorbereitet war, sie wurden dort unter denkbar schlechten und primitiven Umständen festgehalten; später wurden sie nach undurchschaubaren Kriterien z.T. wieder entlassen, oder auch zurückbehalten. Militärisch brach Frankreich nach kurzer Zeit zusammen und musste den Waffenstillstandsvertrag von Compiègne unterzeichnen. In dessen Art. 19 wurde die spätere Tragödie der nach Frankreich geflohenen deutschen Juden quasi de iure vorbereitet; es hiess dort:

«(...) Die französische Regierung verpflichtet sich, alle Deutschen, die von der deutschen Regierung in Frankreich namentlich aufgeführt werden, wie auch die in französischen Kolonien, Territorien und Mandatsgebieten, auszuliefern. Die französische Regierung verpflichtet sich, zu verhindern, dass deutsche Kriegs- und Zivilgefangene von Frankreich nach französischen Besitzungen und anderen Ländern gebracht werden (...)»³⁵².

Das Eintreten auf diese deutsche Vorschrift, die jeder denkbaren Menschenjagd Tür und Tor öffnete, zeigt, wie machtlos Frankreich damals den Vertretern des deutschen Diktators und Siegers gegenüberstand. Die Flüchtlinge, viele von ihnen waren Juden, gerieten in Angst und Panik, denn alle nach Frankreich geflohenen deutschen und österreichischen Juden waren de iure «Deutsche»; sie ergriffen jedes Mittel, um zunächst ins unbesetzte Frankreich zu gelangen und womöglich Frankreich zu verlassen, entweder via Spanien und Portugal, oder via

³⁵² KURT R. GROSSMANN, a.a.O., pg. 200

Nordafrika nach Übersee, oder durch die Flucht in die Schweiz. Die Schilderungen der Details dieser abenteuerlichen Fluchten sind ohne Zahl, die misslungenen Fluchtversuche wurden zwangsläufig selten beschrieben.

Im nördlichen, im besetzten Teil Frankreichs begann Deutschland sogleich mit der Menschenjagd auf Flüchtlinge und Juden; die Gefangenen wurden in mehreren Lagern unter scheusslichen Bedingungen und in primitivsten Unterkünften konzentriert, es herrschten Hunger und Krankheiten; bis zum Mai 1942 waren allein im besetzten Frankreich 25'000 Juden festgesetzt worden³⁵³; viele versuchten der Verhaftung zu entgehen und mit allen Mitteln ins unbesetzte Frankreich zu gelangen, aber schon im Juli 1940 verordnete die Vichy-Regierung die Internierung aller jüdischen Flüchtlinge im unbesetzten Frankreich. Im Oktober 1940 wurden überdies etwa 10'000 Juden aus Deutschland, aus Baden und aus der Rheinpfalz, nach Südfrankreich deportiert, wo auch diese in Lagern festgehalten wurden und ihres weiteren Schicksals harreten³⁵⁴; zu dieser Zeit war die Vertreibungspolitik noch in Kraft, und Deutschland begann, Juden in das besiegte Frankreich abzuschicken. Einige der Internierten wurden als «Travailleurs étrangers» eingesetzt und ausgebeutet.

Deutschland hatte am 20. Januar 1942 beschlossen, für die Entfernung der verhassten Juden eine «Endlösung» zu suchen, welche darin bestand, alle Juden, deren man habhaft werden konnte, umzubringen. Für die in Frankreich festgehaltenen Juden bedeutete das zunächst den Abtransport nach Polen zur

³⁵³ KURT R. GROSSMANN, a.a.O., pg. 204

³⁵⁴ KURT R. GROSSMANN, a.a.O., pg. 204

«Zwangsarbeit», de facto in die Vernichtungslager; zuerst wurden die in Holland und Belgien und im besetzten Frankreich greifbaren Juden deportiert, später wurden unter Anwendung des oben zitierten Artikels des Waffenstillstandsvertrages die Lager in Südfrankreich durchgekämmt; alle «frei» in diesen Ländern lebenden Juden wurden zusammengetrieben, und zwar nicht nur Fremde und Flüchtlinge, sondern auch Juden holländischer, belgischer und französischer Staatsangehörigkeit; französischen Juden hatte die Vichy-Regierung im Rahmen ihrer eigenen ausgesprochen antijüdischen Gesetzgebung³⁵⁵ ihre französische Nationalität aberkannt, sodass sie vogelfrei und zur Menschenjagd frei gegeben wurden. Die Besetzung des südlichen Frankreich durch Deutschland im November 1942 hob die interne Zweiteilung Frankreichs auf. Der Judenjagd in ganz Frankreich konnten nun nur noch diejenigen entgehen, denen es entweder gelang, das Land in irgendeiner Richtung zu verlassen, z.B. nach Spanien oder in die Schweiz, oder in die von Italien verwalteten Gebiete Südfrankreichs, in denen die Jagd auf die Juden wenig intensiv durchgeführt wurde. Einige entkamen in kleineren Schiffen nach Nordafrika. Viele wurden von der französischen Bevölkerung versteckt oder verbargen sich, in dem sie ins Maquis gingen. Die tatkräftige Mithilfe der Vichy-Regierung bei der Deportation der Juden aus Frankreich ist ein sehr dunkles Kapitel der jüngeren französischen Geschichte. Es ist klar, dass auf der ganzen Länge der schweizerisch-französischen Grenze von Genf bis Basel Fluchtwege gesucht wurden.

³⁵⁵ «Le Statut des Juifs» vom Oktober 1940

In Spanien hatte Franco im Frühjahr 1939 soeben mit der Hilfe des nationalsozialistischen Deutschland den Sieg im spanischen Bürgerkrieg davongetragen; politisch stand Spanien eher der Achse nahe, es trat aus dem Völkerbund aus und wurde Mitglied des «Antikominternpaktes». In Spanien herrschte Armut, der Bürgerkrieg hatte enorme Verluste an Menschen und Gütern verursacht. Man hätte nicht denken mögen, dass dieses Spanien gegenüber Menschen, die vor den Deutschen flohen, aufnahmebereit gewesen wäre. Aber Franco suchte während des Zweiten Weltkrieges systematisch seinen eigenen Weg mit dem Ziel, sich aus Hitlers Abenteuern herauszuhalten; ein Treffen zwischen Hitler und Franco, das dem Zwecke hätte dienen sollen, Franco zum Eintritt in den Krieg auf der deutschen Seite zu bewegen, endete mit einem eklatanten Misserfolg Hitlers.

Spaniens Haltung gegenüber den Flüchtlingen war einfach³⁵⁶: Diese sollten nicht in Spanien bleiben, aber so lange sie nur durchzogen und etwas Geld zurückliessen, wurden sie durchaus geduldet. Auf französische Ausreisevisa und korrekte Reisedokumente legte Spanien in vielen Fällen keinen grossen Wert; gelegentlich wurden Flüchtlinge ohne Papiere eingesperrt, nur wenige wurden nach Vichy-Frankreich zurückgeschickt. Spanien wurde in mehreren Wellen von Flüchtlingen überschwemmt: Zuerst nach 1940, als die Polizei Vichy-Frankreichs begann, mit Deutschland zu kollaborieren, Juden zusammenzutreiben und den Deutschen auszuliefern, und dann wieder nach dem Beginn der Besetzung des bisher unbesetzten Teils Frankreichs durch die Deutschen im November

³⁵⁶ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 258 ff.

1942, und dann nochmals zu Beginn des Jahres 1943, als die Deutschen begannen, junge Franzosen zur Zwangsarbeit nach Deutschland aufzubieten. Im März 1943 machte Deutschland sogar einen Versuch, gemeinsam mit der französischen Vichy-Polizei die Grenze zu Spanien abzuriegeln; das gelang aber nicht, und die Situation in Russland, die sich damals nach Stalingrad stark verschlechterte, zwang Deutschland, aufzugeben und zwei nördlich der Pyrenäen stationierte Divisionen abzuziehen. Das Kriegsglück hatte begonnen, die Achse zu verlassen, und die Alliierten begannen Druck auf Spanien auszuüben; Churchill persönlich liess den spanischen Botschafter in London zu sich kommen, um ihm klar zu machen, dass die voraussichtlichen Sieger eine anständige Behandlung von Flüchtlingen verlangten, nicht nur der Juden, sondern natürlich auch und vor allem ihrer eigenen Soldaten, wenn diese aus deutscher Kriegsgefangenschaft geflohen waren und über die iberische Halbinsel heimzugelangen suchten³⁵⁷; – dabei darf man nicht vergessen, dass Grossbritannien gleichzeitig den jüdischen Flüchtlingen gegenüber in Palästina strikte die Politik des «White Paper» praktizierte: Politik ist häufig eine doppelzüngige Sache. Spanien unternahm es damals sogar, sephardische Juden zu retten, mit der Begründung diese seien «Nachkommen einstmaliger Spanier», die 1492 aus Spanien vertrieben worden seien, ein Unternehmen mit einer im damaligen Umfeld geradezu surreal anmutenden Begründung³⁵⁸. Spanien rettete auch einige tausend ungarische Juden³⁵⁹. In summa war Spanien gewiss kein einfacher Fluchtweg – solche gab es sowieso nicht – aber es war immerhin ein Fluchtweg.

³⁵⁷ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 262

³⁵⁸ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 262

³⁵⁹ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 263

Portugal unter der Führung von Salazar wollte sich vielleicht noch konsequenter aus Hitlers Krieg heraus- und neutral halten, als Spanien. Es versuchte mit beiden Parteien in einigermassen guten Beziehungen zu stehen und Handel zu treiben; Lissabon war eine «Hauptstadt der Flüchtlinge», ein Handelsplatz zwischen den Parteien und Neutralen, ein Umschlagplatz für Güterströme, legale und illegale, und ein Platz, wo Menschen mit zwielfichtigen Aufgaben sich trafen oder sich aus dem Wege gingen. Nach dem Kollaps Frankreichs stellten die portugiesischen Konsulate in Frankreich zunächst freigebig Visa aus, bis Lissabon die Politik änderte und etwas zurückhaltender wurde. Aber Flüchtlinge strömten während des ganzen Krieges nach Portugal, immer war eine grössere Anzahl dort, Zuströmende und Weiterreisende hielten sich zeitweise einigermassen die Waage, zeitweise übertrafen die Ankomenden die Abziehenden deutlich.

Es ist schwer abzuschätzen, wieviele jüdische Flüchtlinge den Weg ins Überleben über die iberische Halbinsel nehmen konnten. Marrus meint³⁶⁰, dass insgesamt etwa 40'000 Juden durch die Flucht nach Spanien gerettet wurden. Da mindestens während gewisser Perioden mehr Flüchtlinge zuströmten als weiterreisten, ergab sich in Spanien ein Flüchtlingsstau, welcher die Alliierten fürchten liess, Spanien könnte seine Grenze gegen Frankreich schliessen; die Frage, wie man die spanische Flüchtlingssituation erleichtern könne, war deshalb ein wichtiges Thema der ergebnisarmen Konferenz von Bermuda. Insgesamt war der Fluchtweg via Frankreich und die

³⁶⁰ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 264

iberische Halbinsel der einzige, der definitive Rettung versprach, und er war vergleichsweise effizient.

Eine zweite Variante des westlichen Fluchtweges war die Flucht in die Schweiz über die schweizerisch-französische Grenze, die auf ihrer ganzen Länge von Genf bis Basel technisch vielerlei Möglichkeiten bot. Die schweizerische Flüchtlingspolitik, die wir weiter oben ausführlich geschildert haben, ist ein Abbild der französischen Flüchtlingsstrategie, ihre Geschichte ist zu einem guten Teil die Geschichte dieses zweiten Astes des westlichen Fluchtweges.

Vielleicht am schlimmsten wüteten die Verfolger in Holland; hier überlebte von den 1939 dort lebenden 140'000 Juden nur gerade jeder vierte; von den bei Kriegsbeginn in Belgien lebenden 90'000 Juden wurden «nur» 25'000 deportiert und umgebracht³⁶¹. Das hängt nach Hilberg damit zusammen, dass Deutschland die Niederlande als ein «germanisches» Gebiet zum «Schutzstaat» erklärte, d.h. quasi dem Deutschen Reich eingliederte und von einem «Reichskommissar» regieren liess³⁶², während Belgien und Frankreich als «romanische» Länder einer Militärregierung unterstellt wurden. Das hatte zur Folge, dass «die deutschen Generäle in Belgien und Frankreich dazu neigten, ihren Auftrag im Wesentlichen als der militärischen Sicherung und wirtschaftlichen Ausbeutung geltend zu betrachten. Diesen Generälen musste sich die Vernichtung der Juden als zweitrangiges Problem darstellen»³⁶³.

³⁶¹ RAUL HILBERG, a.a.O., pg. 413

³⁶² Es war dies der berüchtigte Arthur Seyss-Inquart, ursprünglich Österreicher

³⁶³ RAUL HILBERG, a.a.O., pg. 415

Die jüdische Bevölkerung Frankreichs zählte bei Kriegsbeginn drei- bis vierhunderttausend Menschen. Diese waren der Menschenjagd durch die Deutschen ausgesetzt, ausserdem lebten sie – in Südfrankreich – unter einem Regime, welches wie kaum ein anderes europäisches unter der deutschen Besatzung operierendes Regime bei der Judenjagd mit den Deutschen kollaborierte. Marrus und Paxton meinen, dass im Sommer und Herbst 1942 etwa 42'500 Juden aus Frankreich deportiert wurden, etwa ein Drittel von diesen mit der Hilfe der Polizei des Vichy-Regimes; ferner, dass es 1943 nochmals 22'000 gewesen seien, und auch 1944 noch 12'500³⁶⁴; das ergäbe ein Total von 79'000 Deportierten Juden, Franzosen und anderen Staatsangehörigen.

³⁶⁴ MICHAEL R. MARRUS and ROBERT O. PAXTON, a.a.O. pg. 372

6.4.3 Das jüdische Schicksal im Norden und der nördliche Fluchtweg

Am 9. Mai 1940 hatte Deutschland Dänemark und Norwegen überfallen; die Besetzung der beiden Länder verlief ungleich: Die Deutschen waren an verschiedenen Stellen der langen norwegischen Nordseeküste gelandet, und trotz stellenweise sehr hartem Widerstand der Norweger hatten sie das Land besetzt; der König war nach England ins Exil geflohen. Es etablierte sich eine von Deutschland geduldete und mit diesem eng kooperierende Regierung unter Vidkun Quisling. Dänemark hingegen hatte keinen Widerstand geleistet, der König blieb im Lande, ebenso die Regierung, welche zwar protestierte, aber im Amt blieb, und in internen Angelegenheiten eine ziemliche Selbständigkeit wahren konnte. Unter dem Schirm dieser Scheinselbständigkeit und der wirtschaftlichen Kooperation Dänemarks mit Deutschland blieben die dänischen Juden anfänglich einigermaßen unbehelligt³⁶⁵. Der deutsche Gesandte Werner Best³⁶⁶ amtierte als ein de facto Gouverneur mit dem Titel «Reichsbevollmächtigter».

Schwedens Unabhängigkeit wurde von Deutschland direkt wenig tangiert, allerdings musste es, ähnlich wie die Schweiz, in eine begrenzte wirtschaftliche Kooperation einwilligen, es musste unter massivem Druck Berlins auch seine Eisenbahnlinien für den Transitverkehr Deutschlands mit Norwegen, mit Finnland und von Norwegen nach Finnland zur Verfügung

³⁶⁵ Der Grosse Ploetz, Freiburg und Würzburg, 1981, pg. 984 ff.

³⁶⁶ Werner Best war bis 1941 in Frankreich Chef des zivilen Stabes des deutschen Militärbefehlshabers gewesen. MICHAEL R. MARRUS and ROBERT O. PAXTON, a.a.O., pg. 78

stellen, und zwar auch für Truppen und militärische Materialtransporte. Militärische Transporte durchquerten auch schwedische Hoheitsgewässer³⁶⁷.

Die Flüchtlingssituation im Norden wurde anfänglich durch den russisch-finnischen Winterkrieg dominiert: Die Sowjetunion hatte im November 1939 einen Krieg gegen Finnland begonnen, in welchem Finnland unterlag und erhebliche territoriale Konzessionen machen musste, die in einem Friedensschluss in Moskau festgeschrieben wurden. Im Verlaufe dieses «Winterkrieges» kam es zu grossen Flüchtlingsströmen nach Schweden. Als Hitler 1941 Russland angriff, nahm Finnland den Krieg gegen Russland wieder auf, um die verlorenen Gebiete zurückzuerobern; das gelang auch, aber nach der Niederlage Deutschlands war Finnland 1944 wieder auf der Verliererseite, und es musste auf seine wiedergewonnenen Gebiete im Frieden von Paris 1947 definitiv verzichten. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen kamen insgesamt 131'000 finnische Menschen als Flüchtlinge nach Schweden, davon waren etwa ein Drittel Kinder³⁶⁸.

Neben dieser eher regional wichtigen finnischen Flüchtlingssituation wurde Schweden nach 1940 das Zielland für Flüchtlinge aus dem Baltikum, aus Norwegen und aus Dänemark. Bis Ende 1944 konnten etwa 32'000 norwegische Flüchtlinge über die Grenze nach Schweden fliehen, unter ihnen waren

³⁶⁷ ULF BRANDELL, «Die Transitfrage in der schwedischen Aussenpolitik während des Zweiten Weltkrieges», in «Schwedische und Schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg», Hrsgg. von Rudolf Bindschedler et. al., Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1985, pg. 82 ff.

³⁶⁸ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 271

800 Juden³⁶⁹. Felix E. Müller³⁷⁰ hat die schwedische Flüchtlingspolitik – vor dem Kriege und während des Krieges – dargestellt: Er kommt zum Schluss, dass die schwedische Haltung «bis Ende 1941 härter und rigoroser war als die schweizerische, dass aber die schwedische Politik früher, schon im Spätherbst 1941, eine Lockerung erfuhr»; das erfolgte, wie wir gesehen haben, in der Schweiz wesentlich später, nämlich ansatzweise und eher nur de facto im Herbst 1943, und grundsätzlich erst im Juli 1944.

Als Deutschland 1943 die bekannten Niederlagen in Russland, in Nordafrika und in Italien erlitt, als Italien anschliessend einen Separatfrieden mit den Alliierten abschloss, fasste die dänische Opposition im August 1943 Mut und rief zu einem landesweiten Proteststreik auf. Berlin geriet in Zorn, aber wohl vor allem auch in Sorge um die wichtige Verbindung nach Norwegen; man ersetzte Werner Best durch den General Hermann von Hanecken und verhängte das Kriegsrecht. Das beendete die «einigermassen friedliche Koexistenz» der Besatzungsmacht mit der dänischen zivilen Verwaltung. Insbesondere bedeutete es auch das Ende der bisherigen deutschen Zurückhaltung gegenüber dem dänischen Judentum. Im September 1943 entsandte Deutschland eine Spezialeinheit der SS, um die dänischen Juden zusammenzutreiben und per Schiff abzuführen. Ein deutscher Beamter, Georg F. Duckwitz, verriet die Pläne und brachte sie zur Kenntnis dänischer Politiker; diesen gelang es, am 29. September die dänischen Juden zu warnen, die Wartezeit bis zur Ankunft der für die

³⁶⁹ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 271

³⁷⁰ FELIX E. MÜLLER, «Stockholm und der J-Stempel», Neue Zürcher Zeitung, 4. Januar 2000, Nr. 2, pg. 11

Deportation notwendigen deutschen Schiffe zu nutzen, und die Flucht vorzubereiten³⁷¹. Schweden ermunterte die dänischen Behörden und war bei der Organisation einer Auffangorganisation im Küstenbereich auf der schwedischen Seite behilflich³⁷². In der Nacht vom 30. September 1943 verschwanden sämtliche dänischen Juden in Verstecken; in einer legendären Operation «bei Nacht und Nebel» wurden anschliessend innert kurzer Zeit beinahe sämtliche dänischen Juden in Booten jeder Sorte über das Meer nach Schweden geschafft; jedes schwimmfähige Fahrzeug wurde eingesetzt. Nur wenige Juden, die nicht hatten alarmiert werden können oder die körperlich nicht in der Lage waren zu fliehen, fielen den Deutschen zum Opfer; von den ca. 7'500^{373 374} dänischen Juden konnte der grösste Teil entweichen, der geplante deutsche Zugriff auf die Juden in Dänemark war misslungen, nur 430 sollen den Häschern zum Opfer gefallen sein³⁷⁵. Unter den Geretteten befand sich der weltberühmte Physiker Niels Bohr³⁷⁶ mit seiner Familie. Er musste sofort nach seiner Ankunft in Schweden unter Polizeischutz gestellt werden, weil bekannt wurde, dass Deutschland ihn in Stockholm aufspüren und ermorden wollte³⁷⁷. Nur eine Woche später wurde Bohr von einem englischen Flugzeug in Stockholm abgeholt und durch den von Deutschland beherrschten norwegischen Luftraum über die Nordsee nach London gebracht³⁷⁸.

³⁷¹ THOMAS POWERS, a.a.O., pg.232 ff.

³⁷² MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 288

³⁷³ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 271

³⁷⁴ RAUL HILBERG, a.a.O., pg. 390 ff.

³⁷⁵ THOMAS POWERS, a.a.O., pg. 233

³⁷⁶ Niels Bohrs Mutter war eine Jüdin

³⁷⁷ THOMAS POWERS, a.a.O., pg. 235

³⁷⁸ Niels Bohr reiste von England weiter nach USA, wo er u.a. auch Los Alamos besuchte und dort von den Arbeiten an der Atombombe Kenntnis erhielt, an

Ende 1943 befanden sich ca. 11'600 Juden, unter diesen die dänischen, in Schweden³⁷⁹. Felix E. Müller gibt an, dass sich bei Kriegsende 20'000 Juden in Schweden befunden hätten, wobei wiederum die dänischen Juden inbegriffen sind³⁸⁰.

Insgesamt ist festzustellen, dass Schweden als Zielland für jüdische (und andere) Flüchtlinge eine grosse Bedeutung hatte, allerdings doch nur regional, und in der Hauptsache für die Juden in den Nachbarländern Norwegen und Dänemark. Für weiter entfernt lebende Juden war Schwedens Lage zu peripher und wegen der Notwendigkeit der Überquerung der Ostsee bzw. der Meerengen zwischen Dänemark und Schweden ausserordentlich schwierig zu erreichen.

diesen aber aktiv nicht teilnahm; er berichtete über das wenige, was er über die deutschen Arbeiten wusste: Der deutsche Physiker Werner Heisenberg hatte Niels Bohr im Herbst 1941 besucht; aus dem Gespräch mit Heisenberg, das übrigens eine schwere Verstimmung zwischen den beiden Physikern hervorrief, wusste Bohr, dass die Deutschen in der Atomforschung arbeiteten, und auch dass sie damals noch nicht sehr weit gekommen waren. Mehr als die Tatsache, dass die Deutschen überhaupt an dieser Sache arbeiteten, konnte Bohr 1943 in Los Alamos nicht melden; aber das allein war eine wichtige Nachricht, eine Nachricht die allerdings viel früher schon Fritz Reiche überbracht hatte, wir haben es weiter oben vermerkt. THOMAS POWERS, an verschiedenen Textstellen.

³⁷⁹ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 288

³⁸⁰ FELIX E. MÜLLER, NZZ, 4. Januar 2000, Nr. 2, pg. 11

6.4.4 Grossbritannien

Die Geschichte der Flüchtlinge in England ist im Wesentlichen eine Geschichte der Internierungspolitik Englands; diese wechselte mehrmals und brachte für die Betroffenen jeweils andere Schwierigkeiten und Härten, jedoch nur ausnahmsweise Gefahren für Leib und Leben, letzteres höchstens dann, wenn Flüchtlinge und Internierte über die von deutschen Untersee-Booten verunsicherten Meere nach Übersee evakuiert wurden. Immerhin nahm England nach Beginn des Krieges in den Jahren 1941/1942 noch weitere 63'000 Flüchtlinge auf, im Jahre 1943 nochmals 4'000³⁸¹. – In Bezug auf die Öffnung Palästinas für Flüchtlinge blieb Grossbritannien auf der äusserst harten Linie, die ich im Anhang und weiter oben im Zusammenhang mit dem östlichen Fluchtweg skizziert habe.

Als immer deutlichere Nachrichten über die deutschen Ermordungsaktionen die Aussenwelt erreichten, und unter dem Druck jüdischer und anderer Organisationen, entschloss sich die britische Regierung im Dezember 1942 zu einer wesentlichen politischen Aktion: Am 17. Dezember 1942 gab der britische Aussenminister Anthony Eden im Namen von elf alliierten Regierungen und der französischen Exilregierung im Unterhaus eine Erklärung ab, in welcher die deutschen Aktionen mit grosser Deutlichkeit geschildert und aufs Schärfste verurteilt wurden; die Deklaration enthielt die feierliche Versicherung, dass diejenigen, welche für diese Verbrechen verantwortlich waren, später zur Rechenschaft gezogen werden

³⁸¹ KURT R. GROSSMANN, a.a.O., pg. 230

würden. Die «Deklaration des 17. Dezember 1942» erhielt weite Verbreitung; von nun an wurden die deutschen Pläne, die europäischen Juden und auch andere dem deutschen Regime missliebige Bevölkerungsgruppen auszurotten, in den für den europäischen Kontinent bestimmten Radiosendungen sowie in Flugblättern, die über dem Kontinent abgeworfen wurden, im Klartext dargestellt und angeprangert.

Eine der Folgen der «Deklaration des 17. Dezember 1942» war die Konferenz von Bermuda, welche am 19. April 1943 zusammentrat. Die Konferenz, an welcher Grossbritannien und die Vereinigten Staaten teilnahmen, sollte sich mit Flüchtlingsproblemen befassen, insbesondere mit den Problemen der verfolgten Juden, aber sie erreichte nach längeren Diskussionen herzlich wenig. Amerika war immer noch fremdenfeindlich: «The Americans, while they must do their utmost to placate Jewish opinion, dare not offend ‘American’ opinion. (...) The results of our endeavours could never be anything but meager», berichtete der britische Delegationsleiter an Anthony Eden. Aber selbst wenn die Vereinigten Staaten ihre Tore für die Flüchtlinge etwas weiter geöffnet hätten, konnte unter den gegebenen Umständen und zu diesem Zeitpunkt viel mehr als Verbales bei einer solchen Konferenz nicht resultieren. Jede Idee, in Europa befindliche Juden von aussen her zu retten, musste damals eine Utopie sein³⁸². Was hätte denn realistischerweise getan werden sollen?

³⁸² WILLIAM D. RUBINSTEIN, «The Myth of Rescue», Routledge, London, 1997 teilt diese Meinung; pg. 103

6.4.5 Zusammenfassung

Die Lage der Juden während des Zweiten Weltkrieges war sehr verschieden, je nach dem, wo sie sich befanden: Die schlimmste Situation herrschte ohne Zweifel in Polen, dort befanden sich sehr viele Juden, und dort errichteten die Deutschen ihre Vernichtungslager und Tötungsmaschinen, dort war die Chance zu überleben extrem klein; Marcel Reich-Ranicki schildert die Situation im Warschauer Ghetto, dessen Zerstörung und das Wegführen seiner Bewohner in die Vernichtungslager; er erzählt schlicht, beeindruckend und bedrückend³⁸³.

Die Chance, auf dem östlichen Fluchtweg über den Balkan und das Schwarze Meer zu entkommen, war ausserordentlich klein. Sehr kritisch war die Lage der Juden in Holland, in Belgien und in Frankreich; in diesen Ländern fanden systematische Jagden der Deutschen auf Juden statt, unterstützt von den lokalen «vichy-ähnlichen» Regierungen, welche Deutschland dort eingesetzt hatte, und die mit der Besatzungsmacht kollaborierten, auch bei der Judenverfolgung, sogar bei der Verfolgung ihrer eigenen jüdischen Landsleute; immerhin bestanden hier wenn auch kleine Chancen, auf dem westlichen Fluchtweg entweder in die Schweiz oder nach Spanien zu entkommen, Chancen zu entkommen, welche in Polen, Ungarn, Rumänien und in den anderen Balkanländern praktisch nicht existent waren. Ab Juli 1941 wurde die Verfolgung der Juden auf das gesamte von Deutschland damals beherrschte Gebiet in West-, Mittel-, Süd- und Südosteuropa ausgedehnt.

³⁸³ MARCEL REICH-RANICKI, a.a.O.

Dieser Aktion widersetzen sich nur ab 1942 Rumänien und ab 1944 Ungarn erfolgreich³⁸⁴. In Italien war die Situation bis 1943 dadurch gekennzeichnet, dass die italienische Regierung keine systematischen Judenverfolgungen betrieb; kritisch wurde die Lage hier erst als die Deutschen nach dem Separatfrieden Italiens im Herbst 1943 in Oberitalien vom Verbündeten zur Besatzungsmacht wurden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die deutschen und die westeuropäischen Juden wenigstens eine gewisse Chance hatten, nach 1933, und auch noch, sehr reduziert, nach Kriegsausbruch, nach England oder in die USA oder in andere überseeische Länder zu entkommen; das Schicksal der im Osten lebenden Juden war ungleich chancenloser; ihre Fluchtwege waren schwieriger, gefährlicher, länger, und existierten nach Kriegsausbruch praktisch überhaupt nicht mehr; die Zahlen nach Charguéraud (s. Tabelle 10, Seite 143) weisen für Juden aus diesen Ländern eine verschwindend kleine Überlebenschance nach.

³⁸⁴ DER GROSSE PLOETZ, a.a.O., pg. 945

7. Gedanken und Schlussfolgerungen

Die gedankliche Beschäftigung mit dem Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges in der Frage der jüdischen Flüchtlinge führt unweigerlich zur Schlussfolgerung, dass auch das damalige politische Umfeld mit einbezogen werden muss, wenn man sich ein auch nur einigermaßen richtiges Bild der Situation der Schweiz und ihres Umgangs mit dem Flüchtlingsproblem machen will; ich habe versucht, ein Bild des Verhaltens der Schweiz und – wenigstens in Umrissen – ihres Umfeldes zu skizzieren.

In diesem Umfeld steht selbstverständlich ganz zentral die Judenverfolgung durch das nationalsozialistische Deutschland. Das von Deutschland, das von deutschen Menschen damals begangene Verbrechen ist derart monströs, dass es sich, obwohl tausendfach benannt, beschrieben, untersucht und erörtert, letztlich doch jeder gedanklichen Erfassung entzieht. Die jüdischen Menschen sind gejagt, verhaftet, geschlagen worden, eingepfercht in unwürdige primitivste Lager, bewacht von unerzogenen Lämmeln mit niedrigsten Instinkten, dem Hunger und der Kälte ausgesetzt, sie wurden transportiert in Güterwagen, zusammengedrängt wie Vieh, ohne Luft und Wasser, stehend im eigenen Kot, im eigenen Urin, sie waren Schlachtvieh. Zum Schluss wurden sie umgebracht, mit den verschiedensten Methoden: Verhungert, verdurstet, erfroren, vergiftet, erstickt, vergast, erschossen, gehenkt, geköpft, erschlagen, in Tötungsversuchen zu Tode gequält; man nenne die Synonyma aller Methoden des Umbringens und des Tötens, – die deutschen Mörder haben jede dieser Methoden benützt, und sie haben kaltblütig ausprobiert, welche Methode

die effizienteste ist. Männer, Frauen, Kinder, Säuglinge, Greise, alle haben sie getötet; Kinder haben sie in die Luft geworfen und im Fluge des Fallens erschossen, wie Tontauben, sie haben Menschen in Massengräber stürzen lassen, ob getötet oder lebendig. Und dazu kam die unerträgliche Angst, die zugemutet, die gelitten worden ist: Die Angst um die Angehörigen, die Angst für sich selbst, vor dem eigenen Tode, der Kummer über die Trennung von geliebten Menschen, über getrennte Familien, über weggerissene Kinder, über verlorene Spuren. Der Schmerz, der physische und der seelische, der gelitten worden ist, war unermesslich, nicht vorstellbar. «There was a degree of suffering and loneliness in the concentration camps that defies imagination. Cut off from the world with no refuge anywhere, sons watched helplessly their fathers being beaten to death. Mothers watched their children die of hunger. (...) Terror, fear, isolation, torture, gas chambers, flames, flames rising to the heavens»³⁸⁵. Die Spitze der deutschen Bestialität war die methodische Entwürdigung ihrer Opfer: Nackt getötet werden, das eigene Grab schaufeln. Man nenne das Verbrechen, – und es hat stattgefunden. Sechs Millionen mal hat ein solches Verbrechen stattgefunden. Eine Zahl, die für normale Gehirne nicht fassbar ist, es sei denn mit makaberen und widerwärtigen Zahlenspielen: Wenn ein Staat sich 1945 bei Kriegsschluss zum Ziel gesetzt hätte, bis zum Jahre 2000, in 55 Jahren, sechs Millionen Menschen zu töten, dann hätte er seit 1945 täglich – täglich, ohne einen einzigen Tag auszulassen – 300 Menschen töten müssen, 12 Menschen

³⁸⁵ ELIE WIESEL, in einer Rede im Weissen Haus anlässlich der Verleihung der «Medal of Achievement», durch President Ronald Reagan, 1985. *Great Speeches in History*, Hrsg. von William Safire, W. W. Norton, New York & London, 1997

pro Stunde, jede Stunde, jeden Tag und jede Nacht. Unfassbar. Deutschland hat es zu stände gebracht, Deutschland hat es sogar zu stände gebracht, das in nur zwei Jahren «zu schaffen». Das von Hitler proklamierte «Tausendjährige Reich» hat eine Greueltat begangen, von der man in tausend Jahren noch sprechen wird, an die man sich noch erinnern wird, wenn die meisten, wenn auch nicht alle, anderen Greuel des 20. Jahrhunderts vergessen sein werden.

Unzählige in ganz Europa haben mitgeholfen bei der Menschenjagd, die Menschen der Vichy-Regierung in Frankreich, die Kollaborateure in Holland, in Belgien, in Norwegen, hier vielleicht mehr, dort vielleicht weniger. Dänemark ist die rühmliche Ausnahme.

Aber andere, auch unzählige, auch in ganz Europa, und auch in der Schweiz, dürfen nicht vergessen werden: Sie haben mitgeholfen, überall in allen Ländern, beim Verstecken, Verheimlichen, Beherbergen, Ernähren, Bekleiden von Verfolgten. Deshalb haben viele überlebt, aber zu wenige.

Wo steht die Schweiz in diesem Bild? Zuerst, in der Zeit von 1933 bis zum Ausbruch des Krieges hat die Schweiz eine zu ängstliche Flüchtlingspolitik betrieben; damals hatten die Fliehenden noch eine Chance, weiterzuwandern, und viele haben es auch geschafft, weiterzukommen, nach Übersee zu gelangen und sich in Sicherheit zu bringen. Die Schweiz war in dieser Periode hilfreich, aber nicht genügend hilfreich; damit war sie «in bester Gesellschaft»: Alle potentiellen Fluchtzielländer haben den gleichen grossen Fehler gemacht,

ich habe es aufgezeigt, alle gemeinsam haben sie «Evian» zum «München der Flüchtlingspolitik» gemacht.

Während des Zweiten Weltkrieges, hat die Schweiz 30'000 Juden Asyl geboten: Etwa 9'000 jüdische Flüchtlinge waren bei Kriegsbeginn bereits anwesend, 21'103 jüdische Flüchtlinge wurden während des Krieges aufgenommen. Die Schweiz hat soviel wir wissen 24'418 Flüchtlinge zurückgewiesen, wir wissen nicht, wie viele von ihnen Juden waren; die Schweiz hat 14'500 Visa verweigert, auch hier waren wahrscheinlich viele der Betroffenen Juden. Eine unbekannt Zahl von Verfolgten hat die Flucht in die Schweiz nicht versucht, weil sich die abweisende Politik der Schweiz herumgesprochen hatte.

Ich habe argumentiert, dass die Schweiz grössenordnungsmässig etwa die Summe der Zurückgewiesenen und derjenigen, die vergeblich um Visa gebeten hatten, hätte aufnehmen können, ohne ihre eigene Existenz zu gefährden, und dass man – wie Albert Oeri vorgeschlagen hatte – situativ hätte entscheiden und handeln sollen, wenn zu viele gekommen wären; ich bin mir durchaus und sehr klar bewusst, dass eine solche Vermutung im Nachhinein ungeheuer einfach hinzuschreiben ist; Max Frenkel nennt solches «Vermuten im nachhinein» eine Anmassung³⁸⁶; ich meine, es sei nicht eine Anmassung sondern ein Wagnis, aber ich meine auch, dass man ohne Wagnisse zu unternehmen nicht nachdenken kann.

Ich glaube der Bundesrat habe damals eine zu abweisende, zu zögernde Haltung eingenommen, er habe die Lage der

³⁸⁶ MAX FRENKEL, «Flüchtlingsbericht schafft Handlungsbedarf», NZZ, 20. November 1999, Nr. 271, pg. 13

Schweiz zu ängstlich beurteilt, er habe die Gefahr, in welcher die jüdischen Flüchtlinge standen, nicht genügend gross und realistisch gesehen, er habe deshalb eine Fehlbeurteilung vorgenommen; der Bundesrat habe es unterlassen, seine damals der Gefahrenrealität der jüdischen Flüchtlinge nicht angemessene Politik periodisch kritisch zu überprüfen und pragmatisch der Lage anzupassen.

Zu Anfang habe ich die Fragen gestellt, warum die Schweiz damals die oben ausführlich dargestellte Flüchtlingspolitik verfolgt hat, und wer dafür verantwortlich war, dass diese Politik nicht geändert wurde. Schlüssige Antworten habe ich nicht geben können, das hat aber bisher niemand können, auch nicht die Bergier-Kommission; ich habe jedoch Antworten vermutet, die mir plausibel zu sein scheinen.

Wenn wir Schweizerinnen und Schweizer den Fakten ins Auge sehen, wenn wir gelten lassen, was war und was nicht war, dann wird uns die Trauer um diejenigen, die umgekommen sind, weil unser Land sie damals nicht aufgenommen hat, bedrücken und schmerzen, und wir sollten ihrer immer wieder neu gedenken, wir dürfen sie nicht vergessen; wir dürfen und werden uns aber auch darüber freuen, dass andere in nicht unbedeutender Zahl aufgenommen worden sind und deshalb überlebt haben.

Shakespeare hat gesagt: «that that is is»; das, was ist, ist³⁸⁷. Wir müssen die Fakten zuerst kennen und sie dann akzeptieren; wenn wir das tun, dürfen wir sie auch ruhig stehen lassen.

³⁸⁷ WILLIAM SHAKESPEARE, «Twelfth night, or what you will», IV, 2

Etwas anderes können wir Spätgeborenen nicht tun: Das, was ist, ist; das, was war, war; was geschehen ist, ist geschehen.

Wenn wir, die Geschichte kennend, so auf sie reagieren, dann dürfen wir sagen: Niemand darf uns Vorwürfe machen, – ausser die Nachkommen derjenigen, die wir nicht gerettet haben, und vor allen wir uns selbst. Und in diesem Sinne – und nur in diesem Sinne – dürfen wir dann gewiss nicht gerade «hoch erhobenen Hauptes» weiterschreiten, aber nur «in Sack und Asche gehen» müssen wir auch nicht; denn viele sind gerettet worden, aber und dennoch: Nicht genug.

8. Noch eine Bemerkung zum Bergier-Bericht

Zum Thema der Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg liegt eine umfangreiche Literatur vor. Die wichtigsten Arbeiten sind – wie mir scheint – die folgenden: Der Bericht von Carl Ludwig, eine sehr bedeutende noch heute gültige Grundlagenquelle³⁸⁸; das Buch von Alfred A. Häslar, nach Ludwig vielleicht der erste sehr nachdrückliche Hinweis darauf, dass in der schweizerischen Flüchtlingspolitik damals Fehler gemacht wurden³⁸⁹; das umfassende Werk von Edgar Bonjour³⁹⁰; die Faktensammlung zu den Zulassungen und Wegweisungen von Guido Koller³⁹¹; die Studie von Gaston

³⁸⁸ CARL LUDWIG, «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart»

³⁸⁹ ALFRED A. HÄSLER, «Das Boot ist voll ...Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945»

³⁹⁰ EDGAR BONJOUR, «Geschichte der schweizerischen Neutralität»

³⁹¹ GUIDO KOLLER, «Entscheidungen über Leben und Tod. Die behördliche Praxis in der Schweiz. Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges»

Haas über die Frage, was man damals über die Tötung der Juden gewusst hat³⁹²; die Arbeit von Jacques Picard über die Schweiz und die Juden³⁹³; die Studie von Georg Kreis über die schweizerische Flüchtlingspolitik von 1933 bis 1945³⁹⁴, endlich die sehr umfassende Gesamtdarstellung von André Lasserre³⁹⁵; und als neueste Publikation liegt nun der Bergier-Bericht³⁹⁶ vor.

Wo steht der Bergier-Bericht in der Literatur? Ich meine, er stehe – je nach dem, was man sucht, und in welchem seiner Kapitel man sucht – bei den wichtigen oder bei den weniger wichtigen Faktensammlungen; er stehe also bei den Materialien. Ich glaube nicht, dass der Bergier-Bericht – wie bei seinem Erscheinen angekündigt worden ist – der abschliessende Bericht zum Thema der schweizerischen Flüchtlingspolitik sein wird. Alle, die an diesem historisch und politisch so wichtigen Thema interessiert sind, wünschen sich eine souveräne, eine so weit wie überhaupt nur möglich auf Fakten und Aktennachweise abgestützte, sachliche, abgerundete, auch das Umfeld mit einbeziehende, gut strukturierte, und auch gut lesbare Gesamtdarstellung und Gesamtbeurteilung auf höchstem wissenschaftlichen Niveau. Das ist der Bergier-Bericht nicht; er ist Stückwerk im echten Sinne des Wortes: Er ist zusammengesetzt aus verschiedenen Beiträgen unterschiedlicher

³⁹² GASTON HAAS, «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte, 1941-1942; Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste»

³⁹³ JACQUES PICARD, «Die Schweiz und die Juden»

³⁹⁴ GEORG KREIS, «Die schweizerische Flüchtlingspolitik der Jahre 1933-1945»

³⁹⁵ ANDRÉ LASSERRE, «Frontières et camps»

³⁹⁶ Unabhängige Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg (Kommission Bergier), «Die Schweiz und die Flüchtlinge zurzeit des Nationalsozialismus»

Qualität zu sehr verschiedenen Themen von verschiedenen Autoren. Er ist über weite Strecken eine nicht genügend strukturierte Fakten- und Quellensammlung, welche zudem zwischen Wichtigem und Nebensächlichem zu wenig differenziert; deshalb kann er auch keine zusammenfassende Darstellung, keine Synthese geben. Den hohen wissenschaftlichen, politischen und auch publizistischen Anforderungen, die an ihn gestellt werden müssen, wird er daher nicht gerecht.

Bei der Gesamtdarstellung und Gesamtbeurteilung, die ich mir wünsche, wäre Vorsicht, Zurückhaltung, kluge Gewichtung, sorgfältigste Redaktion und Formulierung, Beschränkung auf das Wesentliche, sowie Fairness geboten; die Fairness verlangt einerseits, geschehene Fehler und deren Folgen klar zu benennen und keinesfalls zu verkleinern oder zu beschönigen, andererseits aber auch den die Schweiz bedrohenden Druck des politischen und militärischen Umfeldes aufzuzeigen, und darzustellen, dass in jener schwierigen Zeit, individuell und auf der Ebene des Gemeinwesens, unseres Staates, das eigene Überleben das oberste Ziel gewesen ist. Solche Ausgewogenheit der Darstellung kommt in der z. Zt. vorliegenden Fassung des Bergier-Berichtes nicht genügend zur Geltung. Meines Erachtens bedarf der Bericht der Ergänzung und der gründlichen redaktionellen Überarbeitung.

Das nun dreissig Jahre alte Werk von Edgar Bonjour kann in Bezug auf die Tiefe der Aufarbeitung der damaligen Flüchtlingspolitik den heutigen Anforderungen natürlich nicht mehr genügen; aber die bei aller Schärfe von Bonjours Kritik an der damaligen Flüchtlingspolitik doch gegebene Ausgewogenheit

seiner Darstellung beeindruckt noch heute³⁹⁷. Mir scheint, das viel neuere, sehr umfassende und gut recherchierte, auch gut strukturierte und mit einem sehr ausführlichen Apparat von Quellenangaben ausgestattete Werk von André Lasserre komme dem, was ich mir wünsche, sehr nahe. Wenn es Lasserre gelänge, die bisher bei weitem nicht ausreichend geklärte Frage nach den Überlegungen des Bundesrates zur Flüchtlingspolitik auszuleuchten und zu erhellen, und wenn er das internationale Umfeld stärker miteinbezöge, dann könnte man vielleicht feststellen, dass das Thema in einer für die interessierte Öffentlichkeit und für die Politik, und für den heutigen Zeitpunkt, ausreichenden Tiefe behandelt wäre.

9. Ein persönliches Nachwort

Im Vorstehenden habe ich versucht, die wesentlichen Elemente der schweizerischen Flüchtlingspolitik abgerundet darzustellen, so wie sie sich aus der bekannten veröffentlichten Literatur erkennen lassen; ich habe weiter versucht – in den Umrissen – ein Bild des damaligen Umfeldes der Schweiz einzubeziehen, und zwar deshalb, weil ich der Überzeugung bin, dass eine Darstellung, welche sich ausschliesslich mit der innerschweizerischen Sicht begnügt, der Problematik nicht gerecht wird und eine sinnvolle Beurteilung verhindert.

Weiter habe ich mich bemüht, soweit wie möglich auf Fakten abzustellen. Der meiner Studie vorangestellten Forderung von Cicero folgend habe ich darauf hingewiesen, dass der Bergier-

³⁹⁷ Edgar Bonjour, a.a.O., Bd. VI, Kapitel I, 1970

Bericht auf die meines Erachtens wichtigste Frage, die Frage nach dem «Warum so und nicht anders» (die Frage von Fritz Stern) keine Antwort gibt. Weiter musste ich sagen, dass ich den Bergier-Bericht für eine willkommene zusätzliche Materialsammlung halte, dass er aber das Umfeld nicht genügend berücksichtigt und eine ausgewogene Synthese und Beurteilung nicht vorstellt. Der Leser wird bemerken, dass ich den Bergier-Bericht wegen seiner deutlichen methodischen Mängel kritisiere, und nicht etwa deshalb, weil er den damals Verantwortlichen wegen ihrer Fehlentscheide Vorwürfe macht.

Überall dort, wo ich meine, den seinerzeit Verantwortlichen Vorwürfe machen zu müssen, habe ich darauf hingewiesen, dass man das damalige politisch-militärische Umfeld und die sehr gefährdete Lage der Schweiz mitberücksichtigen muss; wir brauchen das ganze Bild. Das ist nicht ein «Denken in den Kategorien der Aktivdienstgeneration», sondern es ist die Voraussetzung für eine sachgerechte Beurteilung. Die historische Darstellung der politischen Bewältigung der kritischen Situation unseres Staates im Zweiten Weltkrieg erfordert hohe Urteilskraft und subtiles Abwägen; die Beurteilungen «richtiges Handeln» und «falsches Handeln» dürfen im Rückblick nicht ohne Einbezug aller Tatsachen und Umstände vorgenommen werden, denn die Politik kommt dort in tragische Dilemmata, wo «moralisch richtiges Handeln» zu «politisch falschem Handeln» wird oder werden könnte. Die Existenz solcher Situationen hat der Philosoph Isaiah Berlin mit beeindruckender Prägnanz formuliert: «If, as I believe, the ends of men are many, and not all of them are in principle compatible with each other, then the possibility of conflict – and of tragedy – can never wholly be eliminated from human life,

either personal or social. The necessity of choosing between absolute Claims is then an inescapable characteristic of the human condition.»³⁹⁸ Wer verkennt, dass die schweizerische Politik damals mit solchen Dilemmata konfrontiert war, simplifiziert die Dinge und verfällt damit Irrtümern.

Wer meint, die zurückhaltende Sprache, die ich benütze, und mein Streben nach äusserster Sachlichkeit zeige, dass ich mit dem Herzen nicht bei der Sache sei, der täuscht sich: Die angestrebte Sachlichkeit der Betrachtung erfordert die entsprechende Sprache. Aber wer, wie ich, die damalige Zeit sehr intensiv miterlebt hat, den muss man nicht zur «Betroffenheit» ermahnen; das Wissen über die damaligen Scheusslichkeiten hat man ein Leben lang mit sich herumgetragen; man soll das nicht zeigen, wenn man schreibt. Aber man kann sich natürlich nicht mit dem Gegenstand dieser Studie befassen, ohne intensiv Anteil zu nehmen. Das führte mich dann – ungewollt – dahin, dass mein Zorn auf die deutschen Verbrecher mit fortschreitender Vertiefung in die Materie sehr viel schmerzhafter wurde, als meine tiefe Bekümmerung über die Tatsache, dass damals in der schweizerischen Flüchtlingspolitik schlimme Fehler gemacht worden sind, Fehler überdies, die hätten vermieden werden können.

³⁹⁸ ISAIAH BERLIN, «The Two Concepts of Liberty»; in «An Anthology of Essays», Chatto & Windus, London, 1997, pg. 239

Anhang: Was ist und woher kommt der moderne Antisemitismus?

Es kann nicht der Anspruch dieses kurzen Anhangs sein, eine auch nur einigermaßen vollständige Darstellung der Herkunft und des Wesens des Antisemitismus zu geben. Aber jeder, der die grauenhaften Judenverfolgungen dieses Jahrhunderts nicht nur oberflächlich zur Kenntnis nehmen will, kommt nicht darum herum, sich zu fragen, was Antisemitismus denn eigentlich sei, wo der Antisemitismus seine Wurzeln habe, woher dieses Übel komme. Was meint überhaupt diese vielbenützte, aber auch abgenützte Worthülse? Um was geht es? De quoi s'agit-il? Das Folgende möchte versuchen, zu umschreiben, wovon die Rede ist.

A. 1 Antisemitismus in Deutschland

Das klassische Land des Antisemitismus ist ursprünglich nicht nur Deutschland, das waren im 19. Jahrhundert Deutschland, Frankreich und Österreich-Ungarn; in Deutschland ist der Begriff entstanden, und zwar in der Zeit nach der Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, auch, aber nicht nur, als Folge der damaligen schlimmen Wirtschaftskrise, die auf den «Gründerkrach» von 1873 folgte³⁹⁹.

³⁹⁹ Ich stütze diesen Abschnitt wesentlich, aber nicht nur, auf THOMAS NIPPERDEY, «Deutsche Geschichte 1866-1918», Bd. I u. II, C. H. Beck, München, 1992, pg. 396 bzw. 289 ff. Die dreibändige Deutsche Geschichte von Nipperdey ist ein in glasklarer Sprache verfasstes Standardwerk zur deutschen Geschichte von 1800 bis 1918. «a.a.O.» meint im folgenden Band II. Sehr aufschlussreich und in der Argumentation sehr ähnlich wie Nipperdey ist GOLO MANN, «Über Antisemitismus», (1961) in: «Geschichte und Geschichten», S. Fischer Verlag, Frankfurt

Die Judenfeindschaft war eine in Europa seit Jahrhunderten verbreitete Erscheinung; es gab sie schon in der Antike, überall dort, wo es Juden in der Diaspora⁴⁰⁰ gab, z.B. in Alexandria; u.a. gibt der Römer Tacitus ausführlich Zeugnis davon⁴⁰¹, sie gründete später in einem religiös fundierten Gegensatz zwischen Juden und Christen, sie gründete hier in ihrer einfachsten Formulierung in der These, «die Juden» hätten «Christus ermordet», sie geht darauf zurück, dass «die Ausgeschlossenheit vom Christentum dem frommen Mittelalter ungeheuerlich erscheinen musste»⁴⁰², sie geht weiter zurück auf eine durch die Jahrhunderte gepflegte antijüdische Haltung der christlichen Kirchen. Aber diese traditionelle Judenfeindschaft ist kein Antisemitismus, mit dieser «alten» Judenfeindschaft hatte die Aufklärung und das von der französischen Revolution geborene Gleichheits- und Freiheitsdenken längst gebrochen. Natürlich lebte der alte christliche Antisemitismus fort, wie Friedländer aufzeigt⁴⁰³, aber das war nicht mehr die dominante Wurzel. Die Emanzipation der Juden, deren Assimilation und Akkulturation (Nipperdey) waren zur Zielvorstellung nicht nur der Juden selbst, sondern auch der aufgeklärten liberalen Gesellschaft geworden. Unter Emanzipation verstand man dabei die Aufhebung der

a.M., 1961. Eine sehr interessante Quelle, die zeitlich über Nipperdey hinausführt, ist SAUL FRIEDLÄNDER, «Nazi Germany and the Jews, The Years of Persecution, 1933-1939», Paperback Edition by Phoenix, Division of Orion Books, London, 1997; Saul Friedländer stimmt weitgehend mit der Interpretation von Nipperdey überein. Siehe ausserdem: Eidg. Kommission gegen Rassismus, «Antisemitismus in der Schweiz», EDMZ, Bern, November 1998

⁴⁰⁰ Ein Gebiet, in welchem eine Religionsgemeinschaft in der Minderheit lebt.

⁴⁰¹ DER KLEINE PAULY, Lexikon der Antike, dtv, 1979

⁴⁰² GOLO MANN, a.a.O., pg. 176

⁴⁰³ SAUL FRIEDLÄNDER, a.a.O., pg. 83 ff.

gesellschaftlichen Schranken, vor allem aber auch die verfassungsmässige Gleichstellung, und damit die Aufhebung bisher bestehender Rechtsungleichheiten⁴⁰⁴. Paradoxerweise war aber gerade der «Aufstieg [der Juden] zur bürgerlichen Gleichberechtigung im Zeichen des Liberalismus (...), ihre Verbürgerung und Akkulturation in die deutsche Gesellschaft, der soziale Aufstieg, und die Übernahme der deutschen Kultur und ihrer Verhaltensnormen»⁴⁰⁵ gleichzeitig auch die Ursache für die Entstehung des deutschen Antisemitismus. Dieser Antisemitismus ist nicht eine Fortentwicklung der alten traditionellen, ja fast mittelalterlichen Judenfeindschaft, er ist in diesem Sinne «kein Rückfall, er ist anders, ist neu, ist modern, (...) er ist post-emanzipatorisch»^{406,407}. Der moderne Antisemitismus entzündet sich überall gerade an den Folgen der seit dem frühen 19. Jahrhundert angestrebten Gleichstellung und Gleichberechtigung der Juden. Diese selbst wollten «emanzipiert» sein, sie wollten in Deutschland, und anderswo, «dazugehören», sie wollten vollgültige akzeptierte Bürger ihrer Vaterländer sein. Die Juden wollten jetzt ausbrechen aus den Beschränkungen, die sie jahrhundertlang behindert hatten, die ihnen dieses und jenes und vieles verboten hatten. Sie wollten aufsteigen, sie entwickelten deshalb einen ungeheuren Schaffensdrang, sie wollten Gymnasien absolvieren, sie wollten studieren und akademische Bildung erwerben, sie wollten in wich-

⁴⁰⁴ JACQUES PICARD a.a.O., pg. 27

⁴⁰⁵ THOMAS NIPPERDEY, a.a.O., pg. 290

⁴⁰⁶ THOMAS NIPPERDEY, a.a.O., pg. 291

⁴⁰⁷ Wilhelm Marr (1819-1904) hat den Begriff «Antisemitismus» geschaffen; Marr suchte ein Wort, um die Erscheinung des Antisemitismus gegen die traditionelle Judenfeindschaft abzugrenzen. SHMUEL ALMOG, «Nationalism & Antisemitism in Modern Europe, 1815-1945», Pergamon Press, Oxford, New York etc., 1990, pg. 1

tige Positionen der Wirtschaft und des Finanzwesens aufsteigen, sie wollten selbständige Akademiker, Rechtsanwälte, Notare, Ärzte werden, sie wollten im akademischen Lehrkörper und in der wissenschaftlichen Forschung vertreten sein und Spitzenstellungen erreichen, sie wollten Journalisten, Zeitungsmacher, Verleger, Künstler, Schauspieler werden, und vieles andere auch noch. «Assimilationswille, Bildungsmotivation, Aufstiegswille»⁴⁰⁸, das waren die Kräfte, welche sie gewaltig antrieben. «Viele von ihnen versuchten, die tatsächliche Emanzipation durch aussergewöhnliche geistige oder künstlerische Leistung zu erlangen oder gar zu erzwingen»⁴⁰⁹.

Und all das gelang ihnen. Sie wurden das, und erreichten alles das, was sie werden und erreichen wollten. Sie waren erfolgreich. Sie stiegen auf ins gebildete, die Wirtschaft steuernde und entwickelnde obere und mittlere Bürgertum⁴¹⁰. Sie entwickelten Neues in Wirtschaft und Handel⁴¹¹, sie wurden er-

⁴⁰⁸ THOMAS NIPPERDEY, a.a.O., 292

⁴⁰⁹ MARCEL REICH-RANICKI, Frankfurter Allgemeine Zeitung, am 9. September 1999, pg. 49

⁴¹⁰ THOMAS NIPPERDEY belegt dies mit sehr eindrücklichen Zahlen über die Präsenz deutscher Juden in der deutschen Wirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; in seinem Bd. II, pg. 396 ff.

⁴¹¹ Beispiele: Die Berliner Warenhäuser von Abraham Wertheim und Oskar Tietz, der Industrielle und Gründer der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) Emil Rathenau, der Reeder und Gründer der Hamburg-Amerika Linie Albert Ballin, die Verleger Samuel Fischer und Leopold Ullstein, der Zeitungsverleger Rudolf Mosse, die Banquiers Georg Amhold, Gerson Bleichröder und Max Warburg. (Walther Rathenau folgte seinem Vater Emil als Präsident der AEG; als Aussenminister der Weimarer Republik schloss er 1922 mit der Sowjetunion den Vertrag von Rapallo ab; er wurde von nationalistischen und antisemitischen Gruppen angefeindet und 1922 ermordet.)

folgreiche Forscher, besonders in den Naturwissenschaften⁴¹². Viele wurden wohlhabend, etliche, gar nicht wenige, wurden reich. Die Juden wollten in ihren Vaterländern zur meinungsbildenden Elite gehören, auch das gelang ihnen, und dabei waren sie politisch oft eher links der Mitte angesiedelt, was Misstrauen und Ablehnung erregte; dass sie politisch eher der «Linken» zuneigten, hatte viel damit zu tun, dass die «Rechte» die Juden ablehnte, sodass diese sich den Progressiven zuwandten, und das waren eben damals die «Linken»⁴¹³.

All das, was sie erreichen wollten, geriet ihnen, weil sie tüchtig waren, und – das ist eine eminent wichtige Randbedingung –, weil es in einer Zeit geschah, in welcher die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts zu enormen Umstellungen führte, zu Umstellungen und Umstrukturierungen, welche gerade die Tüchtigen, die Fleissigen, die Aufstiegswilligen, die geradezu Erfolgsbesessenen erforderte und sie auch herausforderte⁴¹⁴. Und es wundert nicht, dass diese Erfolgreichen, wenn sie Juden waren, womöglich reiche Juden, nun zur Zielscheibe für die Verlierer wurden. Alle, denen die damals «neue Zeit» unheimlich war, denen die Umstrukturierungen unbequeme Umstellungen abforderten, die am Alten hingen, die besorgt waren, es könnten echte oder vermeintlich wertvolle Werte und Traditionen verloren gehen, alle diese begannen in «den Juden» ein Feindbild zu sehen: Die Juden waren «an allem schuld». Nipperdey formuliert hervorragend: «Mo-

⁴¹² Z.B. Fritz Haber, einer der bedeutendsten Vertreter der modernen Chemie; für die Ammoniaksynthese, die ihm gemeinsam mit Carl Bosch gelang, erhielt er 1918 den Nobelpreis für Chemie.

⁴¹³ SAUL FRIEDLÄNDER, a.a.O., pg. 76

⁴¹⁴ Der Vergleich mit der Gegenwart drängt sich auf: Auch die heutige Zeit ist eine Zeit grossen Wandels und erfordert Erfolgsbesessene!

dermitätsnähe einer Minderheit – das charakterisiert die Lage. Das war der Grund, warum die Juden in die Krise der Modernität, die Erfahrung der Modernitätsverluste, in die Abwendung der von der Modernität Gebeutelten und Verlierenden so leicht hereingezogen werden konnten, warum irrationale – und sich eigentlich abschwächende Traditionen der Abneigung sich neu kristallisieren oder von Demagogen neu erregt werden konnten – warum man «die Juden» oder «den Juden» zum Sündenbock für Modernisierungsübel machen konnte»⁴¹⁵, vielleicht gleich noch zusammen mit den Freimaurern. Konservative Kreise aus der Landwirtschaft, der Wirtschaft, dem Handel, dem deutschen Adel, dem Militär, dem Beamtentum, der Kirche, sahen im Judentum Feindbilder; der Einfluss des emanzipierten Judentums konnte als Erklärung leicht für manche echte oder gedachte Krise verantwortlich gemacht werden; daraus entstand der «post-emanzipatorische, säkulare, modernitätsfeindliche Antisemitismus»⁴¹⁶, – in den dann natürlich auch «die kleinen Leute» unter den Juden einbezogen wurden, die, welche keinen Erfolg gehabt hatten, arm geblieben waren, denen man an Kleidung und Sprache die polnische oder eine andere, jedenfalls fremde Herkunft noch anmerken konnte.

Das Stichwort «Minderheit»: Bei allem Aufstiegswillen, bei allem Emanzipationsstreben blieben die Juden doch auch eine Gruppe: Viele waren zwar, meistens wohl, in Sachen ihrer Religion ebenso liberal wie die meisten (protestantischen oder katholischen) Christen, aber sie hielten zusammen: Sie waren eine Gruppe, der Religion, gesellschaftlich, familiär, eine

⁴¹⁵ THOMAS NIPPERDEY, a.a.O., pg. 293

⁴¹⁶ THOMAS NIPPERDEY, a.a.O., pg. 294

deutlich differenzierte und deshalb erkennbare Gruppe, eben eine Minderheit, – und eine erfolgreiche Minderheit: Da konnte der Neid nicht ferne sein. Deshalb wurden die Juden nicht nur zum Sündenbock für vermeintlich ungute Modernisierungsfolgen, sondern gleichzeitig zum willkommenen Objekt des Neides. Ein berühmtes Beispiel ist Gerson Bleichröder, der Banquier Bismarcks, der einerseits nach 1871 im neuen Deutschen Reich grossen Einfluss gewann, andererseits wenig später, zu Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre, auf üble Weise angefeindet wurde: «[His] career mirrored some of the fundamental processes of the two worlds he belonged to, one by birth, the other by desperate desire. He was a Jew by birth, a German by choice. For years he thought that he could combine both worlds, that a private and loosening association with the Jewish world would not be incompatible with a public and ever greater role in the German world. (...) his [early] years described the moment of the least troubled amalgamation of German and Jewish society; his declining years marked the first organized repudiation of that amalgamation, and his very success was taken as a warrant for repudiation. (...) For services rendered the Prussian Crown and the Reich (...) amply rewarded him. Only the sense of belonging and security, only the sense of safe acceptance had been withheld. And that perhaps is the essence of the anguish of assimilation», schreibt Fritz Stern⁴¹⁷. Ein anderes Beispiel für die Probleme der Emanzipation und der Assimilation findet sich in Österreich-Ungarn: Der Grossvater des Physikers Victor Weisskopf (geb. 1908) war Metzger in einem kleinen

⁴¹⁷ FRITZ STERN, «Gold and Iron: Bismarck, Bleichröder and the Building of the German Empire», Vintage Books, a division of Random House, New York, 1977, pg. 461 and 541

Städtchen in der Tschechei gewesen; dessen Sohn, Victor Weisskopfs Vater, hatte sich zum Juristen heraufgearbeitet; Weisskopf schreibt über seine Eltern: «one evening [my father] was invited to a party at my mother's family's apartment. There he met my mother, and they soon fell in love. [Victor Weisskopfs mütterliche Urgrossmutter] was not pleased. Her assimilated, nonobservant Jewish family prided itself on its enlightened outlook. They were Austrians who happened to be Jewish. That [my father] was a district judge was not as important as his background. The fact remained that he was a poor young man from a tiny shtetl. His father was a butcher – and a kosher butcher at that. It wouldn't do at all.»⁴¹⁸

Aus dem Aufstieg, dem Erfolg und dem starken Einfluss von Juden in einer sich gleichzeitig radikal wandelnden Welt wurde damals der moderne Antisemitismus geboren, der eben, wie Nipperdey betont, nicht einfach die Umbildung der Tradition überlieferter Judenfeindschaft war, der vielmehr etwas ganz neues war. «Antisemitismus ist nicht, wie er sich selbst gibt, eine simple Reaktion auf die Existenz von Juden in der Gesellschaft; in gewisser Weise ist er ein Produkt der Idiosyncrasien der Antisemiten, er konstruiert die Juden nach seinen Bedürfnissen – als Feindgruppe, als Wurzel vieler und gar aller Gesellschafts- und Weltübel»⁴¹⁹. André Lasserre⁴²⁰ bringt alles das auf eine Kurzformel: «L'antijudaïsme, relayé

⁴¹⁸ Victor Weisskopf, «The Joy of Insight, Passions of a Physicist», Basic Books, Harper Collins, 1991, pg. 5. – Victor Weisskopf arbeitete während des Zweiten Weltkrieges in Los Alamos, war nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweise Gastprofessor an der ETH Zürich; von 1960 bis 1965 war er Generaldirektor des CERN in Genf, später Professor am MIT in Boston, USA.

⁴¹⁹ THOMAS NIPPERDEY, a.a.O., pg. 291

⁴²⁰ ANDRÉ LASSERRE, a.a.O., pg. 15

par l'antisémitisme, y perçoit cependant une menace, tant les Juifs sont réputés habiles à s'infiltrer aux postes-clefs de l'économie, du journalisme, des élites intellectuelles». Eine ähnliche Kurzform für den deutschen Antisemitismus schlägt Saul Friedländer für den deutschen Antisemitismus vor: «The general visibility of the Jews was enhanced by their relative importance in the 'sensitive' areas of business and finance, journalism and cultural activities, medicine and the law, and, finally, by their involvement in liberal and left-wing politics. The social discrimination to which the Jews were subjected, and their own striving for advancement and acceptance, easily explain their patterns of activity. Interpreted as Jewish subversion and dominance, these patterns in turn led, at least in parts of German society, to further hostility and rejection»⁴²¹.

Ein wesentliches Element des im 19. Jahrhundert aufkommenden «modernen Antisemitismus» ist dessen Zusammenhang mit dem Nationalismus; dieser ist in Deutschland seinerseits ein Halbbruder der Romantik: Die Reaktion auf die französischen Herrschaftsgelüste und Eroberungskriege war, nach Napoleons Sturz, das Aufkommen von nationalem Gedankengut. Insbesondere die Heroisierung der «Befreiungskriege» gegen die Franzosen in Preussen, die Ablehnung der erlittenen verhassten Fremdherrschaft in ganz Mitteleuropa, liessen die Menschen sich auf ihre im Nationalen gegründeten Kräfte besinnen. Es entstand, und dies nicht nur, aber vor allem, in Deutschland eine zwiespältige Tendenz, die Modernisierung und die Liberalisierung im Geiste des 18. Jahrhunderts und der französischen Revolution einerseits als zukunftsweisend,

⁴²¹ SAUL FRIEDLÄNDER, a.a.O., pg. 77

aber andererseits doch wieder skeptisch zu beurteilen, sogar abzulehnen und dem modernen Geist des Wandels restaurative, ja nostalgische, konservative und nationalistische Ideen entgegenzustellen. Die Romantik suchte Kräfte im Gemeinschaftlichen, in der Pflege der nationalen Dichtung, der Kunst und der Sprache, der Tradition, sie wurde so zur Dienerin nationalistischer Tendenzen. Dieser romantische Nationalismus förderte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Bildung wirtschaftlich starker, machtbewusst politisierender Nationalstaaten. Im Klima dieses Geistes mussten die Juden entweder voll emanzipiert und akkulturiert werden oder zu störenden Aussenseitern werden, denen man alles, was «die Nation» bedrückte oder ihr misslang, zur Last legen konnte. Kompliziert wurde die Sache noch dadurch, dass die bürgerlichen Rechte den Juden vielerorts unter dem Dekret Napoleons zuerkannt worden waren, was sie eo ipso als «national nicht dazugehörig» stigmatisierte.

Die «Gruppe» der Juden gehörte dann bald nicht mehr zum «allgemeinen Volk»; der im 19. Jahrhundert entstehende moderne Nationalismus berief sich auf «das Volk»; in Deutschland: Das «einheitliche deutsche Volk» war die Basis der deutschen Nation. Der nationale Aspekt des Antisemitismus wird sehr wichtig⁴²². Und zu dieser Nation, zu diesem Volk

⁴²² Dafür wichtig ist Heinrich von Treitschke, «dessen Geschichtsbild mit seinem antisemitischen und nationalen Pathos das nationale deutsche Bürgertum entscheidend bestimmt hat», Brockhaus, dtv, 1982. «Treitschke gave respectability to anti-Semitism. He made it part of German patriotism, he wrapped an old prejudice in a new cloak of idealism», Fritz Stern, «Gold and Iron», a.a.O., pg. 512. Theodor Mommsen widersprach in seinem «Wort über das Judentum», Reden und Aufsätze, Berlin, 1905. Golo Mann sagt über Treitschke: «Etwas Unwahres, etwas Gemeines wäre nie aus seiner Feder gekommen. Treitschke sah nur eine Lösung (...): Völliges Aufgehen des zahlenmässigen so geringen Judentums im

sollten dann die Juden nicht mehr gehören, die Juden, die doch die pflichtbewusstesten deutschen Staatsbürger sein wollten, und das meistens auch waren; im Ersten Weltkrieg sollten sie dann wenig später für dieses Land, ihr deutsches Vaterland, kämpfen und in beträchtlicher Zahl umkommen. Etwa gleichzeitig mit dem Entstehen des nationalistischen gewinnt auch der rassistische Antisemitismus Gewicht: Die im 19. Jahrhundert erwachende moderne Naturwissenschaft erkannte, dass Menschen biologische Wesen sind; da konnte man die Juden auch unter diesem Gesichtswinkel als anders, eben als anders-«rassig» erkennen⁴²³. So beginnt die Ausgrenzung der Juden aus der deutschen Nation, aus dem deutschen Volk, als «fremdrassig», die viel später in den dreissiger Jahren des 20. Jahrhunderts in den Pogromen der «Kristallnacht» einen vorläufigen schlimmen Höhepunkt fand und dann in die Katastrophe führte.

Alles das war im Grunde schon präsent vor dem Ersten Weltkrieg, nicht so sehr politisch, viel stärker in der Form des «Verbändeantisemitismus» (Nipperdey), der gegründet war im Neid auf den Erfolg, und im ständischen protektionistischen Denken der unter Modernisierungsdruck geratenen

Deutschtum (...). Und «...wäre es bei dieser Art von Antisemitismus geblieben, der wäre auszuhalten gewesen, (...) dem wäre auch die Lebenskraft von selber allmählich ausgegangen.» a.a.O., pg. 180. Da interpretiert Golo Mann exakt wie Nipperdey.

⁴²³ «Antisemitismus in der Schweiz», a.a.O., pg. 16. «Die Juden sind keine biologische Rasse, sondern eine durch Geschichte, gemeinsames Schicksal, Religion und Volkszugehörigkeit geformte Einheit; sie als eine «semitische Rasse» zu bezeichnen, ist unrichtig. Seit der Emanzipation im 19. Jahrhundert hat sich die früher unbestrittene Einheit in der Zugehörigkeit zur jüdischen Religion und zum jüdischen Volk gelockert, sie ist jedoch nach den Erfahrungen der Verfolgung (...) wieder gefestigt worden.» Brockhaus, dtv, 1982

Wirtschaftszweige; der Antisemitismus blieb noch weitgehend latent. Eine Wegmarke waren die Reichstagswahlen des Jahres 1912, welche einen grossen Erfolg der Sozialdemokraten brachten und diese zur stärksten Fraktion des Reichstags machten; die Sozialdemokraten hatten im Wahlkampf die Unterstützung jüdischer Organisationen gehabt, und die Wahlen des Jahres 1912 wurden deshalb schon bald als «Judenwahlen» bezeichnet⁴²⁴. Der deutsche Antisemitismus erfuhr eine erste deutliche Steigerung während des Ersten Weltkrieges: Dass Juden wie andere Deutsche Militärdienst leisteten, wurde nur zögernd anerkannt, und einige Juden, die in wichtigen Positionen der Wirtschaft standen, wurden als «Kriegsgewinnler» angeprangert. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das alles in Deutschland sehr rasch sehr hässlich virulent, gefördert durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der zwanziger Jahre. Der verlorene Krieg, der Umsturz von 1918, die daraus folgende Angst vor den «Linken» hatten die Gesellschaft erschüttert und das ergab eine «explosive ideologische Mischung»⁴²⁵; die Suche nach den Schuldigen fand auch «den Juden» und das brachte eine weitere Steigerung des Antisemitismus. Ganz früh schon, bereits 1919, begann z.B. eine üble antisemitische Kampagne gegen Albert Einstein, mit Versuchen, dessen revolutionäre und bahnbrechende Relativitätstheorie als «jüdische Physik» zu diffamieren, mit organisierten Störungen und Verhinderungen von Vorlesungen, mit Angriffen in der Presse⁴²⁶. Auch da war, neben anderem, Neid im Spiel, Neid innerhalb der Wissenschaft. Einstein dachte

⁴²⁴ SAUL FRIEDLÄNDER, a.a.O. pg. 77

⁴²⁵ SAUL FRIEDLÄNDER, a.a.O., pg. 91

⁴²⁶ RONALD W. CLARK, «Einstein, The Life and Times», Avon Books, New York, 1984, verschiedene Textstellen

früh daran, Deutschland zu verlassen. Nach 1933 entstand die absurde Idee, eine «deutsche Physik» definieren zu wollen, eine Physik, die ohne die Beiträge und Erkenntnisse jüdischer Wissenschaftler hätte auskommen sollen; eine Idee, die natürlich an ihrer eigenen Dummheit scheiterte.

A. 2 Antisemitismus in den Vereinigten Staaten von Amerika

Es gab in den zwanziger Jahren auch in den Vereinigten Staaten von Amerika einen Antisemitismus⁴²⁷, von dem wir Kenntnis nehmen müssen. Wie kam es dazu?

Die Einwohnerzahl der USA hatte sich von ca. 40 Millionen im Jahre 1870 auf ca. 76 Millionen im Jahre 1900 in nur dreissig Jahren fast verdoppelt, und sie wuchs weiterhin rasch; dazu hatte die Immigration wesentlich beigetragen. Diese betrug in den fünfziger, den sechziger und den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts ca. 2.5 Millionen Einwanderer pro Dekade, sie erreichte im Jahrzehnt von 1881 bis 1890 etwa 5.2 Millionen, in den neunziger Jahren etwa 3.7 Millionen, und sie brachte in den Jahren von 1900 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges jährlich fast eine Million neue Einwanderer⁴²⁸ in die USA⁴²⁹. Anfänglich kamen diese Einwanderer

⁴²⁷ Ich stütze diesen Abschnitt u.a. auf HENRY L. FEINGOLD, «A Time for Searching», Bd. IV des fünfbandigen Werkes «The Jewish People in America», Henry L. Feingold (Hrsg.) et al., The Johns Hopkins University Press, Baltimore and London, 1992

⁴²⁸ THOMAS BAILEY, «The American Pageant», D. C. Heath & Co., Boston, 1956, pg. 542 ff.

hauptsächlich aus Irland und Grossbritannien, viele kamen aus Deutschland, später dominant aus Süd- und Osteuropa. Es konnte nicht ausbleiben, dass diese starke Zuwanderung fremdenfeindliche Reaktionen hervorrief. Die alteingesessenen anglikanischen angelsächsischen «Ureinwanderer» fühlten sich als «Ureinwohner», sie waren alarmiert, sie fürchteten eine Veränderung des Charakters des Landes. Viele Einwanderer aus Deutschland, Irland, Polen und Südeuropa waren katholisch, viele, die aus Polen oder Russland kamen waren Juden, alle waren bettelarm, ungebildet oder anders gebildet, viele waren jung und unternehmend, sie hatten eine hohe Geburtenrate und vermehrten sich rasch; das wirkte beängstigend, zudem witterte man Gefahr, dass die Immigranten, hauptsächlich diejenigen aus Osteuropa und Russland, sozialistische oder kommunistische Ideen mitbringen könnten. Fremdenfeindliche Organisationen sprangen aus dem Boden, die «American Protective Association» erreichte in kurzer Zeit eine Million Mitglieder⁴³⁰, die Gewerkschaften bliesen ins gleiche Horn, denn die Zuwanderer liessen sich nur schwer oder gar nicht gewerkschaftlich organisieren; «they were difficult to unionize»⁴³¹.

Und natürlich kam auch Antisemitismus auf, denn Juden stellten einen ganz bedeutenden Anteil der Immigranten. Das war die Folge von heftigen Judenverfolgungen, die in Russland und in den ursprünglich polnischen Gebieten Russlands in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts ausbrachen, und die dort

⁴²⁹ Sehr genaue Zahlen über die amerikanische Einwanderung von 1820 bis 1946, die wir hier nicht brauchen, gibt KURT R. GROSSMANN, a.a.O.

⁴³⁰ VTHOMAS BAILEY, a.a.O., pg. 545

⁴³¹ THOMAS BAILEY, a.a.O., pg. 545

nach der Ermordung Zar Alexanders II. im Jahre 1881 zu schweren Pogromen führten. Auch aus Rumänien und dem österreichischen Galizien wanderten viele Juden aus. Armut und Verfolgung, dies vor allem in Russland und Rumänien, waren die treibenden Kräfte der massiven jüdischen Auswanderung aus Osteuropa. Zwischen 1881 und 1910 kamen 1.56 Millionen osteuropäische Juden in die USA, 73% von ihnen kamen aus Russland; bis 1924 kamen weitere 1.25 Millionen. Insgesamt verliess zwischen 1880 und 1920 ein Drittel aller dort lebenden Juden Osteuropa, ein gewaltiger jüdischer Exodus, der sich wegen deren sehr liberaler Einwanderungspolitik zu mehr als 80% den Vereinigten Staaten zuwandte^{432,433}. Ein besonders starker Einwanderungsschub aus Russland erreichte Amerika nach der russischen Revolution von 1905. Ellis Island erlebte seine grössten und zugleich schlimmsten Zeiten⁴³⁴. Es konnte nicht ausbleiben, dass eine Zuwanderung von Juden in diesem Umfang zu antisemitischen Reaktionen führte, zumal die jüdischen Einwanderer, die aus einem gänzlich verschiedenen gesellschaftlichen Umfeld kamen, die Tendenz hatten, sich fast ausschliesslich der Stadt New York zuzuwenden, dort vorzugsweise an der «Lower East Side» zusammengedrängt zu leben und in diesem quasi von ihnen selbst konstruierten «Ghetto» ihre jüdischen Traditionen zu pflegen; unter sich sprachen viele noch das für Amerikaner höchst fremdartige Jiddisch. Fast ebenso besorgt über diese massive jüdische Einwanderung wie die angelsächsischen

⁴³² GERALD SORIN, «A Time for Building», Bd. III des fünfbandigen Werkes «The Jewish People in America», Henry L. Feingold (Hrsg.) et al., The Johns Hopkins University Press, Baltimore and London, 1992, pg. 42 ff.

⁴³³ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 27 ff.

⁴³⁴ GERALD SORIN, a.a.O., pg. 46 ff.

Bewohner der USA waren die bereits früher eingewanderten, vornehmlich deutschen Juden; diese fürchteten eine «Rufschädigung» durch die Zuwanderung dieser «elenden Gesellen», dieser «beggars of the Russian Empire»⁴³⁵ und zudem beunruhigten sie die wirtschaftlichen Lasten, welche sie auf sich zukommen sahen⁴³⁶. Natürlich machten sich diese enormen Ströme recht fremdartiger Menschen auch in Europa bemerkbar; aber dort, wo diese nur Passanten waren, und so lange Amerika praktisch jeden aufnahm, der hinüberkam, waren es in Europa zum grössten Teil und vielerorts nur durchwandernde Flüchtlingsströme; immerhin hinterliessen sie hier den Begriff des «Ostjuden», einen pejorativen Begriff, der bis heute erhalten und pejorativ geblieben ist.

Der Erste Weltkrieg brachte eine Unterbrechung dieser gewaltigen Einwandererströme, als aber 1920/1921 wieder 800'000 neue Einwanderer in einem einzigen Jahr herbei strömten, kam die wohl unvermeidliche politische Reaktion. Der Kongress erliess 1921 ein Notgesetz, welches im Laufe der Jahre in mehreren Schritten verfeinert wurde. Dabei wurden für Einwanderer aus Süd- und Osteuropa besonders hohe Barrieren aufgerichtet; das berühmte und berüchtigte Quotensystem wurde erfunden: Das Gesetz von 1929 erlaubte 132'323 Einwanderer aus Nord- und Westeuropa und nur 20'251 für alle anderen Länder. Insgesamt erlaubte das Gesetz noch ca. 18% der durchschnittlichen Einwanderung der Jahre 1907-1914, für die Einwanderung aus Süd- und Osteuropa sogar nur noch 4.3%. Das war eine sehr drastische Reaktion, und eine deutliche Bevorzugung Nordeuropas, der politisch eine starke

⁴³⁵ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 39

⁴³⁶ GERALD SORIN, a.a.O., pg. 51

Fremdenangst der amerikanischen Bevölkerung zu Grundlage. Bailey schreibt: « (...) a 'No Vancancy' sign was being hung out. Immigration henceforth died down to a comparative trickle; the famed melting pot henceforce would operate on the foreigners already here»⁴³⁷.

Die Akkulturation der Juden erfolgte in den USA im Rahmen des grossen Schmelztiegelprozesses, der in Nordamerika stattfand. «Der Amerikaner ist (...) ein Mischling, in dem das Blut nicht nur aller europäischen Völker, sondern auch – implizite – von Abkömmlingen aus verschiedenen Ständen, Klassen, Konfessionen fliesst. (...) Amerikanische Geschichte ist die Geschichte der Koordination, des Ineinandergreifens, des gegeneinander und miteinander Hochstrebens von Menschen verschiedenster Herkunft im gleichen Staat»⁴³⁸. Der Antisemitismus Amerikas entsteht im Rahmen dieses «gegenseinander und miteinander Hochstrebens», in welchem sich die jüdischen Einwanderer ebenso durchsetzen mussten wie alle anderen Einwanderer auch. Die Akkulturation jüdischer Einwanderer in Nordamerika ergab ähnliche, aber nicht gleiche, Situationen wie in den europäischen Ländern: Sie fand in Europa im Umfeld bestehender stabiler Gesellschaften statt, in Nordamerika hingegen innerhalb einer sich selbst erst noch konsolidierenden Gesellschaft. Die Emanzipation ist also auch in Nordamerika ein wichtiges Thema, und die Akkulturation dieser sehr fremden Menschen ist es umso mehr. Gewisse Stellungen waren für Juden anfänglich nicht zugänglich, so

⁴³⁷ THOMAS BAILEY, a.a.O., pg. 781

⁴³⁸ MAX SILBERSCHMIDT, «Beidseits des Atlantik, Studien über Wirtschaft, Gesellschaft und Staat», Festgabe zum 70. Geburtstag, Atlantis Verlag, Zürich, 1969, pg. 57

konnte z.B. ein Jude kaum hinter einem Bankschalter stehen oder Verkäufer in einem nicht-jüdischen Geschäft sein. Besondere Schwierigkeiten hatten Juden mit gehobenen Berufen (white collar jobs). «Even areas of business where Jews predominated were not exempt from the anti-Semitic animus, especially if they were imagined to have a mindshaping propensity, as in the film industry»⁴³⁹; diese Mitteilung von Feingold ist erstaunlich, denn das Argument liegt verblüffend nahe bei Rothmunds Meinung, man müsse Juden mit höherer Bildung deshalb fernhalten, weil diese grössere Möglichkeiten hätten, ihre Umgebung zu beeinflussen. Gewisse Wohngebiete versuchten, sich von jüdischen Bewohnern frei zu halten, d.h. eine negative Ghetto-Politik zu betreiben. «The Separation [between Jews and Gentiles] is even more pronounced [in America] than it ever was anywhere in Western Europe, including Germany» fand Einstein noch 1948⁴⁴⁰. Einen erstaunlichen Beitrag zum Antisemitismus lieferten die amerikanischen Kirchen: Es gab eine christlich-fundamentalistische Auffassung, welche die strikte Einhaltung der Sonntagsruhe verlangte und den gläubigen Juden die Arbeit am Sonntag verwehren wollte, was diese gezwungen hätte, zwei Ruhetage pro Woche, den Sonntag und den Sabbat, einzuhalten; das konnten sie sich wirtschaftlich nicht leisten. Erst als die steigende Produktivität die Fünftagewoche ermöglichte, fanden sich Christen und Juden zum Kompromiss und im gemeinsamen Interesse vermehrter Freizeit⁴⁴¹; es verblüfft, wenn man sich klarmacht, dass der arbeitsfreie Samstag und

⁴³⁹ HENRY L. FEINGOLD, a.a.O., pg. 3

⁴⁴⁰ ALBERT EINSTEIN an Hans Mühsam, 24. März 1948, «The Quotable Albert Einstein», Princeton University Press, 1996, p. 24

⁴⁴¹ HENRY L. FEINGOLD, a.a.O., pg. 4

die Fünf-Tage-Woche der modernen Arbeitswelt ursprünglich auf den jüdischen Sabbat zurückgeht. Auch im Hochschulbereich gab es damals Antisemitismus in Form von Quotenregelungen; Die Harvard University beschloss z.B. zeitweise eine Limite einzuführen und nur 10 Prozent jüdische Studenten aufzunehmen, mit der Begründung, man wolle damit das Aufkommen von Antisemitismus verhindern, ein Argument, welches wiederum erstaunlich deutlich an spätere europäische Argumente erinnert. «Everywhere Jewish students exhibited the same characteristics: extraordinary drive, coupled with high visibility, and strong institutional and disciplinary concentration»⁴⁴².

Zusammenfassend: Für die jüdischen Einwanderer in den Vereinigten Staaten waren die zwanziger Jahre eine Zeit der «acculturation»⁴⁴³ mit all ihren Schwierigkeiten, die – mutatis mutandis – die gleichen waren wie jene, denen jüdische Einwanderer in Europa begegneten. Da die zwanziger Jahre aber auch die «Roaring Twenties» waren, war die Akkulturation wahrscheinlich für viele besonders schwierig, und dies vor allem für die Einwanderer aus Osteuropa⁴⁴⁴. Die Situation ist einerseits dadurch geprägt, dass die europäische Einwanderung nach Nordamerika in grösserem Stil erst seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts im Gange war und einen Höhepunkt in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erreichte⁴⁴⁵, sodass die Akkulturation einwandemder Juden erster

⁴⁴² HENRY L. FEINGOLD, a.a.O., pg. 14

⁴⁴³ Henry L. Feingold benützt den gleichen Begriff wie Nipperdey

⁴⁴⁴ HENRY L. FEINGOLD beschreibt dies ausführlich in seinem Kapitel «Acculturation and its Discontents», pg. 35 ff.

⁴⁴⁵ DER GROSSE PLOETZ, 29. Auflage, 980, pg. 1178

und zweiter Generation und die damit verbundenen Probleme gegenüber Europa verspätet einsetzten, sie hängt aber auch zusammen mit der Tendenz zum Isolationismus, der in den USA nach dem Ersten Weltkrieg wesentlich wurde. In den Ersten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten nur zögernd und widerwillig eingetreten, vor allem herausgefordert durch die rücksichtslose deutsche Politik des «unbeschränkten U-Boot-Krieges». Am Ende des Ersten Weltkrieges, der ohne ihr Eingreifen durch die Alliierten nicht hätte gewonnen werden können, hatten die Vereinigten Staaten «in der Rolle eines Mediators, sozusagen als bloss indirekt interessierte und in der Tat auf territoriale Erwerbungen gar keine Ansprüche erhebende Macht, der Welt einen ‘gerechten’ Frieden bringen wollen. [Wilson] hoffte, dass die Vereinigten Staaten als Gründermittglied der wesentlich durch seine Initiative ins Leben gerufenen Organisation des Völkerbundes beitreten würden». Die Nicht-Ratifizierung des Beitritts zum Völkerbund durch den republikanisch beherrschten Kongress war «eine klare Verwerfung des von [Wilson] erstrebten Zieles einer globalen, das heisst kollektiven Politik der Friedenssicherung»⁴⁴⁶. Die Absage an den Völkerbund war der Anfang einer Periode amerikanischer Isolationismus-Politik. Wirtschaftspolitisch besaßen die Vereinigten Staaten zwar eine global wirksame ökonomische Machtstellung, politisch zogen sie sich zurück.

Dieses isolationistische Nordamerika, «ingrown and provincial»⁴⁴⁷, erlebte in den zwanziger Jahren einen weiteren Zu-
drang von Einwanderern aus dem heruntergekommenen Euro-

⁴⁴⁶ MAX SILBERSCHMIDT, a.a.O., pg. 71

⁴⁴⁷ THOMAS BAILEY, a.a.O., pg. 780

pa, den es nicht akzeptieren wollte. Die vom Kongress erlassenen restriktiven Einwanderungsgesetze wandten sich zwar nicht spezifisch gegen jüdische Einwanderung, aber sie erfassten mit ihrem rigiden länderbezogenen Quotensystem automatisch auch jüdische Einwanderer⁴⁴⁸. «The quota System proclaimed an epochal departure in American practice»⁴⁴⁹. Die Einwanderung hatte in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg etwa bei einer knappen Million Menschen pro Jahr gelegen; für das Jahr 1929 erlaubte das Quotensystem nur noch 152'574 Einwanderer⁴⁵⁰. Feingold zeigt auf, dass ein Teil der Angst vor zu vielen Einwanderern auch eine Angst vor zu vielen jüdischen, und insbesondere vor zu vielen polnischen jüdischen Einwanderern war⁴⁵¹. Die isolationistische und einwandererfeindliche Haltung der Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg war implizite auch antisemitisch. Sie richtete sehr hohe Schranken auf, welche die Einwanderung ab 1929 stark reduzierte und dadurch die Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen ab 1933 ausserordentlich erschwerte und niedrig hielt. Das ergab keine günstige Ausgangslage für die Aufnahme der Flüchtlingsströme, generell, aber besonders auch für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland.

A. 3 Antisemitismus in England

Nach einer wechselvollen Geschichte war die jüdische Bevölkerung Englands im ausgehenden 18. Jahrhundert deutlich ge-

⁴⁴⁸ HENRY L. FEINGOLD, a.a.O., pg. 24

⁴⁴⁹ THOMAS BAILEY, a.a.O., pg. 781

⁴⁵⁰ THOMAS BAILEY, a.a.O., pg. 780

⁴⁵¹ HENRY L. FEINGOLD, a.a.O., pg. 24 ff.

wachsen; schon damals waren die misslichen Lebensbedingungen in Osteuropa der Hauptgrund der jüdischen Einwanderung in England, die allerdings durch die napoleonischen Kriege unterbrochen wurde. Zurzeit des Wiener Kongresses betrug die jüdische Bevölkerung Englands 20-30'000 Menschen⁴⁵²; deren Mehrzahl lebte in London. Juden waren damals nur geduldet, eine Mitwirkung am öffentlichen Leben war ihnen praktisch unmöglich; sie teilten dieses Schicksal aber mit anderen Minderheiten, insbesondere mit den Katholiken: Alle, die nicht bereit waren zur etablierten anglikanischen Kirche, zur Church of England überzutreten, waren in der gleichen Lage. Die Idee der Emanzipation der Minderheiten, insbesondere eben der Katholiken und der Juden, wurde unterstützt durch die Vertreter der Aufklärung, politisch vertreten durch die Whigs und später durch die aus diesen hervorgehenden Liberalen, während die Konservativen, die Church of England und der Landadel der Emanzipation Widerstand entgegensetzten. Andererseits gab es auch innerhalb des Judentums zwei Parteien, eine moderne Gruppe, welche die Emanzipation suchte, und eine konservative Gruppe, welche fürchtete, dass die Emanzipation zu einer allzu starken Assimilation und damit zum Verlust der religiösen Identität führen würde. Die Geschichte der Integration der Juden in England war langwierig, mehrere Versuche, den Juden die politischen Rechte zuzuerkennen, scheiterten jeweils am Veto des Oberhauses. Eine besondere Schwierigkeit war die Form des bei der Annahme eines Sitzes im Unterhaus zu leistenden Eides: Es musste eine Formel gefunden werden, welche gläubige Juden akzeptieren konnten. Erst 1858 konnte

⁴⁵² GEOFFREY ALDERMAN, «The Jewish Community in British Politics», Clarendon Press, Oxford, 1983, pg. 9

Baron Lionel de Rothschild als erster Jude seinen Sitz im Unterhaus einnehmen. Die wenigen jüdischen Mitglieder des Unterhauses, 1866 waren es sechs, stimmten fast ausnahmslos mit den Liberalen. Das änderte sich allerdings, als der Führer der liberalen Partei, Gladstone, sich während der Balkankrise der siebziger Jahre vehement für die dort unter der Herrschaft der Türken lebenden Christen einsetzte, nicht aber für die dortigen Juden. Die Balkanpolitik des Premierministers Disraeli, dessen Hauptziel es war, Russland vom Balkan fernzuhalten, fand die warme Unterstützung der englischen Juden. Disraeli kehrte 1878 im Triumph vom Berliner Kongress zurück. Die Geschichte der Emanzipation der englischen Juden im 19. Jahrhundert ist bis in die achtziger Jahre die Geschichte von deren Assimilation und Akkulturation, vom Kampf um deren Akzeptanz. Der auf dem Kontinent beobachtete Antisemitismus war in England bisher und zunächst weniger virulent; natürlich gab es – wie überall – Antisemitismus, aber die Frage der sozialen Akzeptierbarkeit war weitgehend eine Frage der Zugehörigkeit zur Church of England, eine Frage des Grades der Assimilation und weniger eine Frage der jüdischen Abstammung. Wo auf dem Kontinent wäre es im 19. Jahrhundert möglich gewesen, dass der Premierminister ein Jude war – ein im Kindesalter anglikanisch getaufter Jude natürlich –, Benjamin Disraeli?

Diese Situation änderte sich radikal, als wegen der heftigen Judenverfolgungen in Osteuropa nach 1880 die grosse Auswanderung der dortigen Juden einsetzte. Die englischen Juden waren bis dahin dem mittleren und unteren Bürgertum zuzuordnen gewesen, viele waren auch nicht besonders orthodox in ihrem Glauben, sondern hingen vielmehr reformierten Ge-

meinden an. Nun kamen ganz andere Menschen ins Land; streng orthodox, lehnten sie die religiösen jüdischen Institutionen, die sie vorfanden, ab und gründeten eigene neue Gemeinden; sie waren arm, sie sprachen jiddisch, sie dachten sozialdemokratisch, sie brachten die Ideen von Marx, Ideen des Sozialismus. Diese Masseneinwanderung begründete ein jüdisches Proletariat im Londoner East End, in Leeds, in Manchester und an anderen Orten, und mit diesem entstand auch ein stärkerer Antisemitismus. Denn diese ganz anderen Juden kamen in grosser Zahl, von 1880 bis 1914 kamen etwa 150'000; viele von ihnen waren eigentlich auf dem Weg nach Amerika, blieben aber in England hängen. Auch die englischen Juden sahen diese Zuwanderung nicht gern, sie fürchteten für ihren eigenen akzeptierten Status, sie fürchteten die Fremdenfeindlichkeit, die durch diese Zuwanderung ausgelöst wurde; die Parallele zu den Vereinigten Staaten von Amerika springt in die Augen.

Und auch die Konsequenz war die gleiche wie in Amerika: Um die Jahrhundertwende dominierte eine Frage vor allen anderen die Politik: Der Wunsch nach einer Begrenzung der Einwanderung. Nach einigem Hin und Her wurde 1905 von einer konservativen Regierung eine Aliens Act beschlossen, welche in Anbetracht der Volksmeinung auch von der liberalen Seite her keinen ernsthaften Widerstand gefunden hatte. Das Gesetz sollte die Einwanderung begrenzen und ausserdem gewisse Menschengruppen definieren, die überhaupt nicht zugelassen werden sollten. Eines der Ziele war die Begrenzung weiterer jüdischer Einwanderung. Das Gesetz wurde auch von nachfolgenden liberalen Regierungen nie widerrufen.

fen, es wurde von diesen höchstens etwas liberaler ausgelegt und angewendet als von den Konservativen.

Zu Beginn der 20. Jahrhunderts hatte England also einen emanzipierten älteren jüdischen Bevölkerungsteil, arrivierte Juden in höheren Beamtenstellungen und in politischen Ämtern, aber auch einen jüngeren eben erst eingewanderten und noch keineswegs assimilierten jüdischen Bevölkerungsteil, – und dazu eine Ausländergesetzgebung, deren Ziel es war, weitere unerwünschte Einwanderung, auch jüdische, zu verhindern. Viele Juden leisteten im Ersten Weltkrieg Militärdienst wie andere Briten, der Krieg forderte die Akzeptanz der englischen Juden. Die armen Juden gewannen im Laufe der Zeit etwas mehr Wohlstand, die Bedeutung des armen Londoner Quartiers East End nahm ab. Die Assimilation und Akzeptanz der englischen Juden kam vorwärts. Es sah so aus, als ob das Problem als «auf gutem Wege» hätte betrachtet werden können.

Nun kam aber etwas hinzu, was für unseren Zusammenhang wichtige Folgen hatte: Die Zionistische Dimension, auf die wir kurz eingehen müssen. 1896 hatte Theodor Herzl sein Programm «Der Judenstaat» publiziert, und der erste Zionistenkongress in Basel hatte 1897 stattgefunden. Der Zionismus, die Idee einen Judenstaat zu gründen, fand in England unter den armen Juden, den aus Russland und Polen vertriebenen, eine grosse Anhängerschaft; diese waren entwurzelt, noch bettelarm, und noch keineswegs assimiliert, noch nicht britische Staatsbürger, sie hatten keine Ursache anzunehmen, dass England ihnen rasch eine bleibende Heimat werden würde. Chaim Weizmann, einer der ihren, selbst ein russi-

scher Auswanderer, nahm sich in England nach Herzls Tod der Idee und der Bewegung an und formte sie. Der Zionismus blieb zunächst eine sehr theoretische Sache, alles war vage, man hatte ja keine Ahnung, wo denn der jüdische Staat, den man erträumte, gegründet werden sollte, man dachte an Zypern, an Ostafrika, an Madagaskar und anderes. Den etablierten Juden kam die Idee der Gründung eines Judenstaates in die Quere, sie lehnten sie ab, denn sie empfanden sich als Engländer, von anderen Engländern nur durch die Religion unterschieden. Edwin Montagu, ein damals prominenter arrivierter englischer Jude, Secretary for India, lehnte den Zionismus vehement ab: «All my life I have been trying to get out of the Ghetto, you want to force me back there»⁴⁵³, erklärte er gegenüber Lloyd George⁴⁵⁴; eine wohl durchaus naheliegende Reaktion. Aber 1917 war es Weizmann gelungen, den damaligen britischen Aussenminister, Arthur James Balfour, von der Idee des jüdischen Staates zu überzeugen; Balfour sicherte den Juden zu, die britische Regierung werde «the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people»⁴⁵⁵ unterstützen. Balfour verfolgte dabei auch sehr praktische politische Ziele: Der Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches war abzusehen, und Balfour wollte mit seiner Erklärung, mit der «Balfour Declaration» wie sie genannt wird, die Unterstützung der Juden bei der Sicherung des britischen Einflussbereiches und eines Stützpunktes im östlichen Mittelmeer nahe beim Suezkanal erwirken.

⁴⁵³ GEOFFREY ALDERMAN, a.a.O., pg. 101

⁴⁵⁴ Lloyd George war Prime Minister 1916-1922

⁴⁵⁵ SHMUEL ALMOG, a.a.O., pg. 89

So einfach verlief aber die Geschichte nicht: Zwar zerfiel das Ottomanische Reich wie erwartet mit dem Ende des Ersten Weltkrieges, und England übte ab 1923 das Mandat des Völkerbundes und in Palästina die Macht aus. Aber die Begeisterung über die Idee, einen jüdischen Staat zu schaffen, schwand, einerseits wurde das Bedürfnis der englischen Juden, dorthin auszuwandern, nach dem Ersten Weltkrieg deutlich kleiner, andererseits wurde im Laufe der Zeit immer klarer, dass die vorgesehene Staatsgründung auf den vehementen Widerstand der in Palästina lebenden Araber stiess. Die Schwierigkeiten, auf deren Details hier nicht einzutreten ist, wurden immer grösser; in den Jahren 1936-1939 mussten in langwierigen Operationen arabische Aufstände bekämpft werden⁴⁵⁶; die Probleme erschienen je länger desto unlösbarer, so dass schliesslich die Regierung Neville Chamberlain im Mai 1939 die «Balfour Declaration» de facto widerrief und in einem «White Paper» eine neue Palästinapolitik formulierte: Diese sah für die folgenden fünf Jahre jährlich 10'000 jüdische Einwanderer plus 25'000 Flüchtlinge vor, insgesamt 75'000 Personen, und das wurde den Arabern gegenüber, und von diesen, als Versprechen aufgefasst⁴⁵⁷. Andererseits war die «Balfour Declaration» auch gegenüber den Juden ein Versprechen gewesen, dessen Bruch u.a. Winston Churchill heftig kritisierte und beklagte⁴⁵⁸. Die britische Regierung verfolgte von jetzt an die Politik, die legale jüdische Einwanderung nach Palästina zu rationieren und die illegale Einwanderung radikal zu unterbinden, und dies geschah genau in den Jahren, in denen die Öffnung Palästinas als Fluchtland für die

⁴⁵⁶ BERNARD WASSERSTEIN, a.a.O., pg. 12

⁴⁵⁷ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 152

⁴⁵⁸ MICHAEL R. MARRUS, a.a.O., pg. 274

von Deutschland verfolgten Juden grosse Bedeutung hätte haben können. Wir haben gesehen, dass Grossbritannien die Einwanderung von Juden aus Deutschland und aus Osteuropa vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Zweiten Weltkrieges tatsächlich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchte und auch mit ziemlichem Erfolg verhindert hat.

A. 4 Antisemitismus in Frankreich⁴⁵⁹

Seit der französischen Revolution war Frankreich das Land der «Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit». 1791 erhielten die Juden die gleichen bürgerlichen Rechte wie die anderen Franzosen, und Napoleon dekretierte, dass der jüdische Glaube zum christlichen in dessen beiden Formen, der katholischen und der evangelischen, gleichberechtigt anerkannt sei. Man könnte meinen, dass Antisemitismus in Frankreich seitdem kein Thema gewesen sei.

Aber der Antisemitismus war dadurch keineswegs beseitigt; er lebte im 19. Jahrhundert weiter, einerseits bei erzkonservativen Katholiken, aber vor allem genährt durch die Angst vor der neuen wirtschaftlichen Entwicklung, vor Kapitalismus und Modernisierung, vor der Entwicklung, die im 19. Jahrhundert alle europäischen Länder erfasste; der Antisemitismus hatte deshalb in Frankreich im Ansatz sehr ähnliche Wurzeln wie in Deutschland. Die Banquiersfamilie Rothschild wurde wegen ihres bedeutenden Einflusses und ihrer zunehmenden

⁴⁵⁹ SHMUEL ALMOG, a.a.O., verschiedene Textstellen

Macht in der französischen Wirtschaft zum Inbegriff der jüdischen Präsenz in der Wirtschaft, zur bevorzugten Zielscheibe eines durchaus säkularen Antisemitismus. Der Kapitalismus der Handelsbanquiers erschreckte die alte Aristokratie, die grossen und die kleinen Grundbesitzer, das Gewerbe, den Handel⁴⁶⁰; man hatte ein Gefühl der Bedrohung. Antisemitische Sozialisten setzten Kapitalisten mit Juden gleich, und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der achtziger Jahre, die Frankreich Bankskandale und eine schlimme Rezession brachten, liessen die Juden zu willkommenen Sündenböcken werden.

Ein weiteres Element der französischen Innenpolitik des späten 19. Jahrhunderts war die traumatische Erfahrung der Niederlage im Krieg 1870/1871 gegen Preussen, die Ausrufung Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser im Herzen Frankreichs, in Versailles, und die Annexion des Elsass und eines Teils von Lothringen durch das neu gegründete Deutsche Reich. Es entstand eine tiefsitzende Feindschaft gegenüber Deutschland, ein vom Gedanken der Revanche getriebener Nationalismus. Diesem äusserst aktiven Nationalismus kam es zupass, ein weiteres Feindbild zu haben: Den Juden, den, der nicht recht, oder nur halb, dazu gehörte, den Juden, der ein Fremder war, der nicht arbeitete, sondern nur immens viel Geld verdiente.

Die antisemitische Situation wurde durch Publizisten angeheizt: Edouard Drumont, ein begabter höchst antisemitischer Journalist, schrieb ein Buch «La France juive», in welchem er die Machtstellung der Juden aufs Korn nahm; der Titel wurde

⁴⁶⁰ HERBERT R. LOTTMANN, «Die Rothschilds in Frankreich, Geschichte einer Dynastie», Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 1999, pg. 95

ein Bestseller, dem Drumont bald ein zweites Buch folgen liess. Zeitungen nahmen das Thema auf, das ganze mündete in eine antisemitische Hetzkampagne, welche den Boden vorbereitete für die berühmte «Dreyfus-Affaire».

Diese ist bekannt: Im Oktober 1894 wurde dem französischen Hauptmann Alfred Dreyfus (1859-1935) vorgeworfen, er habe für Deutschland spioniert und dem deutschen Militärattaché Papiere ausgehändigt. Es gab einen ungeheuren publizistischen Wirbel, Dreyfus wurde vor Gericht gestellt und zur Verbannung verurteilt, obwohl die Beweislage gegen ihn ungenügend war. Der wirkliche Spion wurde später entdeckt, und dennoch wurde Dreyfus nur zögernd begnadigt und erst sehr spät, 1906, frei gesprochen. In unserem Zusammenhang interessiert vor allem, dass die «Dreyfus-Affaire» die französische Öffentlichkeit zu tiefst spaltete, in die weltlich-republikanische Seite, welche für Dreyfus Partei nahm, und die konservative Seite, die sich hinter die Armee stellte, für welche Dreyfus' jüdische Abstammung diesen höchst suspekt machte und die seine Verurteilung wünschte. «The affair became a symbolic contest between the Spirit of France and the «anti-French» Jewish spirit. (...) The ingredients of a nationally motivated antisemitism were clearly visible in the «Dreyfus-Affair»⁴⁶¹.

Nach dem Abklingen der Erregung wegen der «Dreyfus-Affaire» beruhigte sich die Situation, aber der Antisemitismus war nicht tot, es brauchte nicht viel, um ihn neu zu beleben; die vielen jüdischen Flüchtlinge, die in den dreissiger Jahren aus Deutschland kamen und die vermeintlich den Franzosen

⁴⁶¹ SHMUEL ALMOG, a.a.O., pg. 46

Arbeitsplätze Wegnahmen, genügten. Die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre und die damals vorherrschende internationale Spannung zwischen Frankreich und Deutschland schoben die Juden in eine zentrale Lage; man wollte eigentlich Frieden mit Deutschland und manche hielten die im Lande lebenden Juden für hinderlich bei der Suche nach Entspannung; die Ermordung des deutschen Diplomaten Ernst vom Rath am 7. November 1938 durch den jungen Juden Herschel Grynspan, die in Deutschland der willkommenen Anlass war für die Auslösung der Pogrome der «Kristallnacht», unterstützte diese anti-jüdische Auffassung. Der betonte Antisemitismus der späteren «Vichy-Regierung» hat auch in diesen Ereignissen seine Wurzeln. Die erstaunliche Mitwirkung der «Vichy-Regierung» an den Deportationen von Juden, nicht nur von ausländischen Juden, sondern sogar von französischen Juden in den Jahren 1942-1944 beweist, dass ein französischer Antisemitismus auch damals noch durchaus lebendig war und mancherlei Wurzeln hatte: «Les thèmes antijuifs pénétraient subrepticement dans la culture, changeant périodiquement de composition, parfois trop faibles pour s'affirmer, parfois comprimés à un mélange détonant, lorsqu'un problème économique ou social venait se mêler à eux»⁴⁶².

A. 5 Antisemitismus in der Schweiz

Der Antisemitismus hat in der Schweiz ähnliche Wurzeln wie überall sonst in Europa. Nach Jahrhunderten der Ausgren-

⁴⁶² MICHAEL R. MARRUS ET ROBERT O. PAXTON, a.a.O., pg. 36.

zung, auf die hier nicht einzugehen ist⁴⁶³, schaffte erst die Helvetische Republik 1798 unter dem Druck Frankreichs alle beschränkenden Sonderregelungen für Juden ab, sie machte die Juden aber doch noch nicht zu vollberechtigten Bürgern, sondern gab ihnen den Status «niedergelassener Fremder». Die Restauration brachte nach 1815 wieder Rückschläge, und auch in der ersten Bundesverfassung von 1848 wagten «die Gründerväter» noch nicht, die Gleichstellung der Juden einzuführen, weil man fürchtete, die Annahme des ganzen Verfassungsprojektes in der Volksabstimmung wegen dieser Frage zu gefährden⁴⁶⁴. Die Gleichberechtigung der Juden wurde, fast zur gleichen Zeit wie in Deutschland, erst in zwei späteren Schritten erreicht: In der Revision der Bundesverfassung von 1866 wurden die Niederlassungsfreiheit und die Gleichheit vor dem Gesetz gewährt, und zwar auf Drängen des Auslands, vornehmlich Frankreichs, und erst in der Verfassungsrevision von 1874 wurde die volle Glaubens- und Kultusfreiheit für Juden eingeführt⁴⁶⁵. Das 19. Jahrhundert brachte, eben als Folge der Gleichstellung, nun auch in der Schweiz die weiter oben beschriebenen Erscheinungen und Probleme der Emanzipation, der «Akkulturation» und der mühsam zu erkämpften Akzeptanz. Gleichzeitig wurde das Wirtschaftsleben als Folge der Liberalisierung und der frühen Industrialisierung modernisiert und umstrukturiert, sodass sehr ähnliche Erscheinungen zu beobachten waren wie anderenorts in Europa: Die Anpassungsschwierigkeiten und die Modernisierungsnöte der

⁴⁶³ Eine gute Übersicht findet sich im Bericht «Antisemitismus in der Schweiz», a.a.O., pg. 21 ff.

⁴⁶⁴ «Antisemitismus in der Schweiz», a.a.O., pg. 23

⁴⁶⁵ Der Kanton Zürich erliess 1862 ein Emanzipationsgesetz; «Geschichte des Kt. Zürich», Werd Verlag, 1994, Bd.III, pg. 238

Menschen wurden häufig den Juden angelastet: Das Volk brauchte auch bei uns in jener Zeit enormen Wandels seine Sündenböcke; für vieles, was schief lief, was Not brachte und harte Anpassung an das Neue erforderte, konnten «die Juden» verantwortlich gemacht werden, einfach weil sie anders waren, und vor allem, weil sie eine Minderheit waren. Auch in der Schweiz wurde im 19. Jahrhundert und in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisen oft «die Juden» als die Verantwortlichen angeprangert, so z.B. im Zusammenhang mit den Problemen des Eisenbahnbaus und der späteren Verstaatlichung in Bedrängnis geratener Eisenbahngesellschaften; es gab auch in einigen Berufsgattungen besondere Arbeitsmarktprobleme, die sich «den Juden» anlasten liessen⁴⁶⁶. Konservative Kreise in der bürgerlichen Gesellschaft, im Beamtentum, im Militär, in der Wirtschaft, im Handwerk, z.T. auch an den Hochschulen, und in ländlichen Gebieten, waren tendenziell eher antisemitisch gesonnen⁴⁶⁷. Auf kantonaler und kommunaler Ebene dachte man den Juden gegenüber noch lange deutlich weniger liberal und stand deren Emanzipation kritischer und zurückhaltender gegenüber als auf Bundesebene; die Idee, die vor einer Einbürgerung vorgeschriebene Wohnsitzdauer in der Stadt Zürich für die als «ausgesprochenes Fremdtum in unserer Bevölkerung» betrachteten Ostjuden statt auf die üblichen zehn auf fünfzehn Jahre festzulegen, mag als Beispiel dafür ein Hinweis sein⁴⁶⁸. Aber alles das war in der Schweiz wohl eher

⁴⁶⁶ JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 36

⁴⁶⁷ JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 36

⁴⁶⁸ WILLY GUGGENHEIM, (Hrsg.) «Wege zur Gegenwart. Die Schweizer Juden zwischen 1920 und 1945» in «Die Juden in der Schweiz», Edition Kürz, Küsnacht, 1982

schwächer artikuliert als in Deutschland, schwächer auch als in Frankreich, wo der Antisemitismus im 19. Jahrhundert zuerst stark war, dann aber im Zusammenhang mit der Affaire Dreyfus einen deutlichen Dämpfer erfuhr⁴⁶⁹. Unser Land erfährt alles etwas später, etwas schwächer, und vor allem, und glücklicherweise, viel weniger ideologisiert, so auch den Antisemitismus. «Die Schweiz entwickelte keinen autochthonen oder originären Antisemitismus, der eine eigenständige Ideologieleistung dargestellt hätte»⁴⁷⁰⁴⁷¹, und «gemessen an den Tatsachen, (...) an der marginalen Zahl der Juden in der Schweiz war hier der Antisemitismus noch mehr als andernorts auf [ihn selbst begründende] Konstruktionen angewiesen»⁴⁷². Dass alles das ähnlich, aber nicht gleich und weniger virulent in Erscheinung trat als in Deutschland, ist sehr plausibel: Deutscher Einfluss war zwar in jener Zeit in der Schweiz sehr stark, es lebten viele Deutsche in unserem Land, aber unter diesen waren eben auch sehr viele liberal denkende, sogenannte 48er, die gerade wegen ihrer liberalen Gesinnung nach der misslungenen Revolution von 1848 aus dem restaurativen Deutschland in die liberalere Schweiz geflohen waren.

Sehr viel konkreter wurde der schweizerische Antisemitismus erst nach dem Ersten Weltkrieg: Nun verband er sich mit der allgemeinen Angst vor zu vielen niedergelassenen Fremden – was zwar in den zwanziger Jahren eigentlich gar nicht mehr sehr aktuell war – und mit der Angst um die Arbeitsplätze in

⁴⁶⁹ JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 31

⁴⁷⁰ JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 37

⁴⁷¹ Der Bericht «Antisemitismus in der Schweiz» teilt diese Auffassung von Picard.

⁴⁷² JACQUES PICARD, a.a.O., pg. 41; er nennt Konstruktionen «Stilisierung».

einer von Arbeitslosigkeit bedrängten Schweiz. Antisemitismus und Überfremdungsangst verknüpften sich, ein schweizerischer Antisemitismus wurde genau dann deutlich spürbar als die Überfremdungsangst ein Politikum wurde, und aus dieser Angst heraus kommt es dann auch dazu, dass den «Ostjuden» mit besonderem Misstrauen begegnet wurde. Die Nationale Front der dreissiger Jahre wollte das demokratische politische System der Schweiz verändern; sie war nicht weit von einer «Anpassung» an das nationalsozialistische Deutschland angesiedelt; sie war antisemitisch, und viele Antisemiten standen ihr nahe. Typisch für das politische Klima der dreissiger Jahre steht das Erlebnis einer heute etwas mehr als siebzehnjährigen in Zürich lebenden Jüdin, die sich betont positiv daran erinnert, dass sie als junges Mädchen damals und während des Zweiten Weltkrieges im Elternhaus einer ihrer nichtjüdischen Schulfreundinnen besonders herzlich und «ganz normal» empfangen wurde, was – wie sie meint – in der damaligen Zeit gar nicht selbstverständlich gewesen sei.

Summa summarum: Es gab (und, ich meine, es gibt) auch in der Schweiz einen Antisemitismus; wir wollen sehen, wie später, nach dem Zweiten Weltkrieg, Golo Mann, ein langjähriger Bewohner unseres Landes, unseren schweizerischen Antisemitismus sieht: «Der Antisemitismus der Schweizer ist überaus diskret und in sicheren Grenzen gehalten. Ohne dass ein Aufhebens davon gemacht würde, wird doch dafür gesorgt, dass in der Presse, auf den Universitäten, im Kulturbetrieb die Zahl der dort wirkenden Schweizer jüdischer Herkunft eine sehr geringfügige bleibt. Man unterscheidet auch wohl zwischen Juden altschweizerischer Herkunft, die nicht nur theoretisch, vor dem Gesetz, sondern auch in der wirk-

lichen Meinung, im Gefühl ihrer Mitbürger, völlig gleichberechtigt und angesehen sind, die es hochbringen können im Staat und Heeresdienst⁴⁷³, und auf der anderen Seite Neuschweizern jüdischer Abkunft, die, in aller Diskretion, nicht ganz dasselbe Ansehen geniessen». Ein Mitglied einer alteingesessenen nichtjüdischen schweizer Familie formuliert, es gebe in der Schweiz einen «kalten Antisemitismus»; damit sei gemeint, dass trotz der Einhaltung durchaus korrekter Beziehungen «ein ungenau definiertes Gefühl des Getrenntseins bestehe, und dass deshalb bewusst oder unbewusst eine Distanz beobachtet werde»: Eine Umschreibung, die mit derjenigen von Golo Mann durchaus kompatibel, ja fast identisch ist.

Wie dem auch im Einzelnen sei, ich meine wir dürfen annehmen, Golo Mann habe recht, wenn er sagt: «Wenn Antisemitismus sein muss, dann ist der Antisemitismus schweizerischer Art wohl der erträglichste, zivilisierteste. Nun, in der Schweiz hat eben alles seine menschliche Dimension»⁴⁷⁴. Der Antisemitismusbericht meint: «Die schweizerischen Gegebenheiten einer viersprachigen, plural zusammengesetzten Gesellschaft und der föderale Aufbau des Staates verhinderten das Überhohen einer «Rasse» wie auch die organisierte und staatlich sanktionierte definitive Ausgrenzung einer religiösen Minderheit»⁴⁷⁵.

⁴⁷³ Als Beispiel: Korpskommandant Herbert Constam (1885-1973). (HANS SENN, NZZ, Nr. 244, 20. Oktober 1999, pg. 17)

⁴⁷⁴ GOLO MANN, a.a.O., pg. 196

⁴⁷⁵ «Antisemitismus in der Schweiz», a.a.O., pg. 28

A. 6 Antisemitismus – das Resumee des Anhangs

Ich habe – quasi veranlasst durch das gestellte Thema – in diesem Essay die Frage gestellt: «Was ist und woher kommt der moderne Antisemitismus?»; am Beispiel einiger wichtiger Länder habe ich eine Antwort gesucht, weil sie für das Verständnis des vorstehenden wichtig ist; wie lässt sich zusammenfassen, was wir gefunden haben?

«Antisemitismus» ist eine schwer fassbare gegenüber Juden feindliche Einstellung; der Begriff hat, je nach Gesellschaftsschicht, Land und Zeitpunkt, einen anderen und oft ungenauen Inhalt, sowie andere und z.T. sehr verschiedene Ausformungen, welche von «akut und bösartig» bis «latent», «primitiv», «dumm» oder «naiv» gehen. Das Wort «Antisemitismus» als solches ist eine abgenützte Worthülse, welche für oft grundverschiedene Ausformungen und zudem unpräzise benützt wird; es bedürfte bei jeder Anwendung einer Erklärung dessen, was gemeint ist. «Antisemitismus» ist in vielerlei Varianten global omnipräsent, er ist von Fremdenfeindlichkeiten, die es in beliebig vielen Spielarten gibt, die aber meistens national orientiert sind, grundsätzlich verschieden, er amalgamiert sich aber oft mit ihnen; er orientiert sich rassistisch und nicht kulturell oder national, seine Existenz ist übernational. Der «Antisemitismus» ist eine Aberration, aber auch eine enigmatische Erscheinung, und dies in Europa und Nordamerika umso mehr, weil Juden und europäische und nordamerikanische Nicht-Juden in fast jedem denkbaren Bereich menschlicher Existenz fast ununterscheidbar ähnlich sind, vor allem deshalb, weil ihre religiösen, philosophischen, kulturellen und intellektuellen Wurzeln weitgehend die gleichen sind.

Ich stelle meinem eigenen Verständnis des Begriffes Antisemitismus noch eine Definition aus einer englischen Quelle gegenüber: «Antisemitism may be understood as a relic of the ancient hatred of the different; as a mutation of Christian beliefs in a post-christian society; as part of the debris of romantic nationalism; as a product of social and intellectual upheaval resulting from rapid and uneven industrialisation; as a collective psychopathy in which the Jew is identified with the devil; or as a modern version of the which craze. (...) Two further reasons stand out: First the important role of Jews in the development of commerce and industry, their heavy concentration in certain professions such as law, medicine, and journalism and their importance in the arts, all of which aroused nationalist resentment, secondly the tendency (...) to identify Jews with the communist threat»⁴⁷⁶.

Einstein hat einmal gesagt: «There are no German Jews, there are no Russian Jews, there are no American Jews. Their only difference is their daily language. There are in fact only Jews»⁴⁷⁷. Selbst wenn das so wäre, was ich bezweifle, dann wäre Einstein wohl zu entgegenn, dass es jedenfalls keinen «Antisemitismus schlechthin» gibt; es gibt deutschen, amerikanischen, englischen, französischen, endlich schweizerischen und noch allerlei anderen Antisemitismus, jede Nation und jede soziale Schicht pflegt ihre eigene Spielart dieser Unart.

⁴⁷⁶ BERNARD WASSERSTEIN, «Britain, and the Jews of Europe 1939-1945», Institute of Jewish Affairs, London, Clarendon Press, Oxford, 1979, pg. 4

⁴⁷⁷ ALBERT EINSTEIN, Rede im German-Jewish Club in New York, 24. März 1935, a.a.O., pg. 97

Dank

Ich danke Herrn Prof. Dr. Peter Ziegler, Leiter des Th. Gut Verlages, der mich zur Publikation dieser Studie ermuntert und diese in sein Verlagsprogramm aufgenommen hat.

Den Mitarbeitern der Schulthess Druck AG und deren Geschäftsführer, Herrn Heinz Hodel, danke ich für die sorgfältige Herstellung von Druck und Einband, und Herrn Gabriel Alpiger und den Mitarbeiterinnen der Buchhandlung Schulthess Juristische Medien AG für das immer speditive Auffinden und Beschaffen der von mir gewünschten Literatur.

Meiner Frau Marie-Luise Albers-Schönberg danke ich für vielerlei Hinweise, für sorgfältiges kritisches Prüfen vieler Textstellen und Formulierungen, und vor allem für die grosse Geduld, die sie meiner intensiven Beschäftigung mit dieser Arbeit entgegengebracht hat.

Konsultierte Literatur

Einige der verwendeten Quellen werden nur in den Fussnoten angegeben. Die Angabe «Z» vor der Standortnummer bedeutet im Folgenden «Zentralbibliothek Zürich».

- | | |
|-------------------------------------|---|
| Alderman, Geoffrey | The Jewish Community in British Politics, Clarendon Press, Oxford, 1983
Standort: Z GC 483 |
| Almog, Shmuel | Nationalism and Antisemitism in Modern Europe 1815-1945, Pergamon Press, Oxford, New York etc. 1990
Standort: Z GN 32702 |
| Bailey, Thomas A. | The American Pageant, D. C. Heath, Boston, 1956 |
| Barth, Karl | Im Namen Gottes des Allmächtigen, 1291-1941, Verlag der Evangelischen Gesellschaft, St. Gallen, 1941, Standort: Z DA 30259 |
| Bergier, Jean-François
Präsident | Uabhängige Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg: Die Schweiz und die Flüchtlinge zurzeit des Nationalsozialismus EDMZ, Bern, 1999 |
| Bonjour, Edgar | Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1970 |

- Breitman, Richard and Kraut, Alan M. American Refugee Policy and European Jewry, 1933-1945, Indiana University Press, Bloomington and Indianapolis, 1987
Standort: Z GC 32514
- Breitman, Richard Official Secrets, What the Nazis Planned, What the British and Americans Knew, Penguin Books, London, 1998
- Charguéraud, Marc-André Tous Coupables?, Labor et Fides, Genève, Les Editions du Cerf, Paris, 1998
- Eidg. Kommission gegen Rassismus Antisemitismus in der Schweiz, EDMZ, Bern 1998
- Feingold, Henry L. General Editor and Author The Jewish People in America, VOL. IV A Time for Searching, Entering the Main Stream 1920-1945, The Johns Hopkins University Press, Baltimore and London, 1992
Standort: Z GN 35565, 4
- Friedländer, Saul Nazi Germany & the Jews, The Years of Persecution, Weidenfeld & Nicolson, 1997, Phoenix Giant Paperback, 1998
- Haas, Gaston Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte, Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste, Helbling & Lichtenhahn, Basel, 1997

- Häsler, Alfred A. Das Boot ist voll,
Ex Libris, Zürich, 1967
- Heller, Daniel Eugen Bircher, Arzt, Militär, Politiker
Verlag NZZ, Zürich, 1988
- Hilberg, Raul Die Vernichtung der Europäischen Juden.
Die Gesamtgeschichte des Holocaust
Olle & Wolter, Berlin, 1982
Standort: ZFN 1339
und
The Destruction of the European Jews
Holmes & Meier, New York, 1985
Student Edition
- Keams Goodwin, Doris No Ordinary Time, Franklin and Eleanor
Roosevelt, The Home Front in World War II,
Simon & Schuster, New York,
Touchstone Edition, 1995
- Kocher, Hermann Rationierte Menschlichkeit, Schweizerischer
Protestantismus im Spannungsfeld von
Flüchtlingsnot und (...) Flüchtlingspolitik (...)
1933-1948, Chronos, Zürich, 1996
- Koller, Guido Entscheidungen über Leben und Tod. Die
behördliche Praxis in der schweizerischen
Flüchtlingspolitik während des Zweiten
Weltkrieges, Zeitschr. Schweiz. Bundesarchiv,
Bd. 22 Haupt, Bern, 1996

- Kreis, Georg Die schweizerische Flüchtlingspolitik der Jahre 1933-1945, Schweiz. Zeitschrift für Geschichte, Vol. 47, 1997, Nr. 4, pg. 552
- Kreis, Georg Die Rückkehr des J-Stempels, Chronos, Zürich, 2000
- Lambelet, Jean-Christian Le Mobbing d'un Petit Pays, L'Age de l'Homme, Lausanne, 1999
- Lasserre, André Frontières et Camps, Editions Payot, Lausanne, 1995
- Ludwig, Carl Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart, EDMZ, Bern, 1957
- Mann, Golo Geschichte und Geschichten, S. Fischer, Frankfurt, 1961
- Marrus, Michael R. The Unwanted, Oxford University Press, New York and Oxford, 1985
Standort: Z GC 30336
- Marrus, Michael R. The Politics of Assimilation, A Study of the French Jewish Community at the time of the Dreyfus Affair, The Clarendon Press, Oxford, 1971, Standort: Z FC 5541

- Marrus, Michael R. and Robert O. Paxton Vichy and the Jews
Basic Books, New York, ohne Jahr
Museumsgesellschaft Zürich P3488
- Französische Ausgabe Vichy et les Juifs, Calman-Levy, 1981
ZFN 35611
- Picard, Jacques Die Schweiz und die Juden 1933-1945,
Chronos, Zürich, 1994
- Roschewski, Heinz Rothmund und die Juden, Eine historische
Fallstudie des Antisemitismus in der
schweizerischen Flüchtlingspolitik 1933-1957,
Helbling & Lichtenhahn, Basel, 1997
- Rubinstein, William D. The Myth of Rescue,
Routledge, London, 1997
- Salis, Jean Rodolphe v. Weltchronik 1939-1945, Orell Füssli, Zürich,
1981
- Sherman, Ari Joshua Island Refuge, Britain and Refugees from the
Third Reich, 1933-1939,
University of California Press, Berkeley and
Los Angeles, 1973, Standort: Z FC 33294
- Sorin, Gerald,
Feingold, Henry L.,
General Editor The Jewish People in America, VOL III
A Time for Building, The Third Migration
1880-1920, The Johns Hopkins University
Press, Baltimore and London, 1992
Standort: Z GN 35565, 3

- Stadelmann, Jürg Umgang mit Fremden in bedrängter Zeit, Schweizerische Flüchtlingspolitik 1940-1945 (...), Orell Füssli, 1998
- Stern, Fritz Das feine Schweigen, Historische Essays, C.H. Beck, München, 1999
- Stern, Fritz Gold and Iron, Bismarck, Bleichröder, and the Building of the German Empire, Vintage Books, New York, 1979
- Wasserstein, Bernard Britain and the Jews of Europe, 1939-1945 Institute of Jewish Affairs, London, Clarendon Press Oxford, 1979 Standort: ZFN 33172
- Weingarten, Ralph Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage, The «Intergovernmental Committee on Political Refugees» (IGC) 1938-1939, Peter Lang Bern, Frankfurt a.M., 1981
- Winock, Michel Édouard Drumont et Cie. Antisémitisme et Fascisme en France Éditions du Seuil, Paris, 1982, Standort: ZFN 8110

Curriculum des Verfassers

Heinz Albers-Schönberg wurde 1926 in Berlin geboren. Sein Vater Ernst Albers-Schönberg stammte aus Hamburg und war Chemiker, seine Mutter Elisabeth geb. Wille ist Schweizerin. Die Schulen bis zum Gymnasium absolvierte er in Berlin. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges hat der Verfasser sehr bewusst erlebt; seine Eltern, sowie Menschen aus deren Freundeskreis und sein Mathematiklehrer Dr. Ludwig Peters am Lessing-Gymnasium in Berlin brachten dem Jüngling eine strikte ablehnende Haltung gegenüber dem damaligen deutschen Regime bei. Gegen Ende des Krieges musste er als 18-jähriger zur deutschen Wehrmacht einrücken; im März 1945 beim Rückzug der deutschen Truppen über den Rhein erlitt er eine Schuss Verletzung. In den turbulenten Tagen des Kriegsendes konnte er aus dem Lazarett entweichen, sich in seinem Elternhaus in Berlin verstecken und dadurch der Kriegsgefangenschaft entgehen.

1946 kam Heinz Albers-Schönberg in die Schweiz; er lebte bei seinem Grossvater Ulrich Wille in Meilen und studierte in Zürich an der ETH Physik bei den Professoren Paul Scherrer, Wolfgang Pauli und Georg Busch; 1952 erwarb er das Diplom, 1954 den Titel eines Dr. sc. nat. der ETH. Zusätzlich studierte er 1956 Nuclear Engineering an der Pennsylvania State University und am Argonne National Laboratory in den USA. Beruflich arbeitete der Verfasser seit 1957 als Physiker und Ingenieur, zuerst wissenschaftlich in der Reaktorforschung, dann bei Gebr. Sulzer, später in der Energiewirtschaft bei den Nordostschweizerischen Kraftwerken. Zuletzt war er Direktionsvorsitzender der international tätigen Elektrowatt-Ingenieurunternehmung. Albers war in verantwortlichen Stellungen am Bau der Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt beteiligt.

Heinz Albers-Schönberg erwarb 1955 das schweizerische Bürgerrecht; er ist Bürger von Meilen und Zürich und mit der Zürcherin Marie-Luise Hürlimann verheiratet.